

Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2011/2012 (I)**

Brühl /Rheinland 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-52-3

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:

Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.fhbund.de

Inhalt

Vorwort	5
Grundsatzfragen	
Armin Pfahl-Traugber: Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IO-S-W-Schema zu Analyse und Vergleich extremistischer Organisationen	7
Linksextremismus	
Manuel Becker: Pseudo-sakrale Bezüge im Profanen? Eine Fallstudie zu religionsähnlichen Tendenzen im aktuellen linksextremistischen Spektrum	28
Viola Neu: Die programmatische Entwicklung der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ bzw. „Die Linke“ von 1990 bis 2011 – Systemwechsel aus der Opposition?	49
Armin Pfahl-Traugber: „Demokratischer Sozialismus“ (I) oder „Demokratischer Sozialismus“ (II)? Zur Umdeutung und Vereinnahmung eines Konzepts durch die Partei „Die Linke“	80
Udo Baron: Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie. Links- und Rechtsautonome im Vergleich	97
Rechtsextremismus	
Bernd Sommer: Macht soziale Unsicherheit rechtsextrem? Ergebnisse empirischer Untersuchungen aus dem Zeitraum von 1996 bis 2008	115
Walter Jung: Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus. Über einen Aspekt rechtsextremistische Traditionspflege und seine historisch-ideologischen Hintergründe.	133

Christoph Weckenbrock: Zur Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP. Eine Analyse im Lichte des SRP-Verbotsurteils	179
Thomas Pfeiffer: Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus. Erfolgspotenzial, strategische Hintergründe und Diskurstechniken am Beispiel der NPD	215
Christoph Busch: Das Grün im Braun. Umweltschutz in den Parteiprogrammen der extremistischen Rechten	245
Elmar Vieregge: „Thor Steinar“. Eine Bekleidungsmarke zwischen sportlicher Straßenmode und rechtsextremistischer Szene	280

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die dritte Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Es will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Das JET versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage darstellen können. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen.

Im Unterscheid zu anderen Jahrbüchern ähnlicher Ausrichtungen finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich steht jeder Autor für seinen Beitrag, d. h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Sonderfragen“ eingeteilt.

Nach 2009/2010 musste auch die Ausgabe 2011/2012 als Doppelnummer in zwei Bänden erscheinen. Autorenangaben und Zusammenfassungen finden sich am Ende des zweiten Bandes. Die erneute Doppelausgabe hängt mit den arbeitsökonomischen Problemen der Produktion eines solchen Projektes zusammen, besteht doch an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung kein einschlägiger Apparat in diesem Sinne. Somit mussten manche Texte von Autoren längere Zeit auf ihren Abdruck warten, was bei einer evtl. kritischen Betrachtung des Forschungsstandes wie des Inhaltes durch die Leser berücksichtigt werden sollte. Auch in dieser Ausgabe sei Jochen Rosar von der Fachhochschule des Bundes in Brühl für sein hohes Engagement bei der Herausgabe des JET ausdrücklich gedankt.

Armin Pfahl-Traughber

Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung

Das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen

Armin Pfahl-Traugber

1. Einleitung und Fragestellung

Extremismus gilt als Sammelbezeichnung für politische Bestrebungen, die sich gegen die Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten richten.¹ Die Formulierung „Sammelbezeichnung“ deutet dabei die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der gemeinten Objekte an. Allen ist die erwähnte Frontstellung gegen die Grundprinzipien moderner Demokratien und offener Gesellschaften eigen, ansonsten können sich die gemeinten Bestrebungen aber in allen nur möglichen Bereichen grundlegend unterscheiden. Einige Beispiele aus dem deutschen Links- und Rechtsextremismus sollen dies hier veranschaulichen: Autonome führen Gewalttaten durch, die DKP sieht im Marxismus-Leninismus ihre ideologische Grundlage, die DVU² bekennt sich formal zum Grundgesetz, die MLPD verfügt über eine zentralistische Organisationsstruktur, Neonazis machen durch Aufmärsche auf sich aufmerksam, die NPD kandidiert zu Wahlen, Skinheads nutzten Musik als Agitationsmittel, Trotzlisten unterwandern andere politische Organisationen.³

Durch die hier deutlich werdenden Unterschiede auf den verschiedensten Ebenen stellt sich die Frage, wie angemessen die Sammelbezeichnung „Extremismus“ dann überhaupt noch ist. So nachvollziehbar die Einordnung politischer Bestrebungen über deren Ablehnung der Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten sein mag, so problematisch scheint deren Erfassung angesichts der erwähnten Unterschiede zu sein.

¹ Vgl. u.a. Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000.

² Der Beitrag entstand noch zur Zeit des Bestehens der DVU als eigenständiger Partei bzw. in der Phase des Übergangs zur Vereinigung mit der NPD.

³ Die Beispiele in der vorliegenden Abhandlung konzentrieren sich auf den deutschen Links- und Rechtsextremismus. Inwieweit die erwähnten Kriterien auch auf den Islamismus anwendbar sind, bedarf einer gesonderten Erörterung.

Diese Feststellung nötigt gleichwohl nicht zu einem Verzicht auf die Sammelbezeichnung „Extremismus“: Denn zur Analyse und Einordnung der gemeinten Phänomene über die Unterscheidung von Linkem, rechtem und religiösem Extremismus hinaus, bedarf es noch weiterer Kriterien zur Erfassung und Unterscheidung von deren Besonderheiten. Dazu soll hier das E-IO-S-W-Schema als ein solches methodisches Instrument vorgestellt werden. Das „Abkürzungsungetüm“ bezieht sich dabei auf die Kriterien „Extremismusintensität“, „Ideologie“, „Organisation“, „Strategie“ und „Wirkung“, die abstrakt wie exemplarisch definiert wie erläutert werden sollen.

Um dieser Aufgabenstellung nachzukommen, wird folgende Vorgehensweise gewählt: Zunächst bedarf es noch einmal einer kurzen Definition des mit „Extremismus“ gemeinten politischen Bereichs (2.). Danach sollen die erwähnten fünf Kriterien „Extremismusintensität“ (3.), „Ideologie“ (4.), „Organisation“ (5.), „Strategie“ (6.) und „Wirkung“ (7.) jeweils allgemein bezüglich des genau Gemeinten definiert und hinsichtlich ihrer verschiedenen „Unterkriterien“ vorgestellt werden. Bereits in diesem Kontext erfolgt eine Erläuterung anhand von Beispielen aus dem Links- und Rechtsextremismus. In den sich daran anschließenden Fallstudien geht es noch einmal gesondert um das Aufzeigen der Analysekapazitäten des E-IO-S-W-Schemas anhand einer Analyse orthodox-kommunistischer Organisationen und Parteien (8.) und einer Analyse von Neonazis und Skinheads im Rechtsextremismus (9.). Und besonders ausführlich soll gegen Ende noch eine gesonderte Darstellung und vergleichende Untersuchung der Partei „Die Linke“ und der NPD mit Hilfe des Analyserasters der fünf Kriterien (10., 11., 12.) vorgenommen werden.

2. Definition von Extremismus als Sammelbezeichnung für politische Phänomene

„Extremismus“ als Sammelbezeichnung für politische Phänomene meint, dass das damit begrifflich Angesprochene alle gegen die Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft gerichteten Bestrebungen und Einstellungen⁴ umfasst. Entgegen eines anders

⁴ Das juristische Extremismusverständnis bezieht sich nur auf Bestrebungen im Sinne von politischen Personenzusammenschlüssen, das politikwissenschaftliche Extremismusverständnis nimmt darüber hinaus auch Einstellungen und Ideologien unabhängig von einem politischen Organisationsbezug zur Kenntnis. Vgl. Armin

lautenden Verständnisses geht es also nicht um eine mehr oder weniger intensive Abweichung von der „politischen Mitte“.⁵ Derartige Auffassungen gehören als legitimer Ausdruck zu einer Demokratie, sofern sie eben deren Grundlagen nicht in Frage stellen. Dazu zählen Abwahlmöglichkeit und Individualitätsprinzip, Menschenrechte und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Die Frontstellung gegenüber diesen Prinzipien stellt demnach das entscheidende Kriterium für die Bezeichnung eines politischen Phänomens als extremistisch dar. Die Bezeichnung meint nicht mehr, sie meint aber auch nicht weniger. Eine gelegentlich unterstellte Gleichsetzung der angesprochenen politischen Phänomene verbindet sich damit demnach nicht.

Über die Negativ-Definition von Extremismus als Sammelbezeichnung für die Ablehnung der Minimalbedingungen demokratischer Verfassungsstaaten hinaus lässt sich noch eine Positiv-Definition für das Angesprochene formulieren. Sie stellt auf die formalen Gemeinsamkeiten bei der Frontstellung gegen die erwähnten Grundprinzipien moderner Demokratie und offener Gesellschaft ab.⁶ Es geht auch hier nicht um eine inhaltliche Gleichsetzung, sondern um strukturelle Identitäten. Dazu gehören exklusiver Erkenntnisanspruch und dogmatischer Absolutheitsanspruch, essentialistisches Deutungsmonopol und holistische Steuerungsabsicht, deterministisches Geschichtsbild und identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus und fundamentale Verwerfung.⁷ Solche Merkmale kann man mehr oder weniger stark ausgeprägt bei allen Extremisten ausmachen. Inhaltlich artikulieren sie sich meist in unterschiedlicher oder gar widersprüchlicher Form. Es geht also auch hier nur um die den angesprochenen Auffassungen positiv eigenen formalen Gemeinsamkeiten.

Pfahl-Traugber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33; Gunter Warg, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus rechtlicher Sicht, in: ebenda, S. 34-65.

⁵ Diese falsche Auffassung vertritt etwa: Martin Kutscha, Verfassungsschutz tut not, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 55 (2010), Nr. 9, S. 21-23, hier S. 21.

⁶ Vgl. U. Backes (Anm. 1), S. 289-318.

⁷ Vgl. Armin Pfahl-Traugber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Ideologien, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

Auf diese Besonderheiten im Extremismusverständnis muss immer wieder ausdrücklich hingewiesen werden, weil man gelegentlich in Publikationen gegenteilige Darstellungen als Kritik lesen kann: Eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus nimmt die Extremismustheorie keineswegs vor. Allein aufgrund der ideologischen Differenzen erscheint eine inhaltliche Gleichsetzung unsinnig. Je nach Entwicklungsgrad und Gefahrenpotential des gesamten Extremismusbereichs oder einzelner Untergruppen müssten differenzierte Einschätzungen formuliert werden. Auch in dieser Hinsicht wird demnach keine Gleichsetzung vorgenommen. Es handelt sich bei einer solchen Kritik⁸ meist nur um eine Unterstellung, die zumindest objektiv eine gar nicht formulierte Einschätzung konstruiert, um sie danach um so leichter widerlegen zu können. Diese Kritik der Kritik will Schwächen der Extremismustheorie wie die begrenzte analytische Reichweite nicht leugnen.⁹ Bei den Einwänden bezüglich angeblicher Gleichsetzungen handelt es sich aber um Fehldeutungen.

3. Definition und Grade von „Extremismusintensität“ als Kriterium

Als erstes Kriterium zur Analyse extremistischer Bestrebungen soll hier die „Extremismusintensität“ behandelt werden.¹⁰ Damit lassen sich Ein-

⁸ Vgl. u.a. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die „Extremismus-Formel“. Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Armin Pfahl-Traughber, Politischer Extremismus – was ist das überhaupt? Zur Definition von und Kritik an einem Begriff, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln 2000, S. 185-212, hier S. 198-209.

⁹ Vgl. hierzu folgende Kontroverse: Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 33-60; Armin Pfahl-Traughber, Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge, in: ebenda, S. 61-86.

¹⁰ Erste Ansätze zur Definition dieses Kriteriums finden sich in: Armin Pfahl-Traughber, Der parteipolitische Extremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Bewertung, in: Politische Studien, 58 (2007), Themenheft 1: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 18-30, hier S. 26.

schätzungen über den Grad der Ablehnung von Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates formulieren, stehen die gemeinten politischen Organisationen doch in unterschiedlichem Maße solchen Prinzipien fern oder nah. Um hier eine genaue Verortung vorzunehmen, bedarf es der Einschätzung von weiteren Gegebenheiten: Hierzu gehört erstens die kritische Prüfung einer solchen Organisation hinsichtlich der Frage, inwieweit es sich dabei um eine extremistische Bestrebung handelt. So klar die Unterscheidung einer demokratischen und einer extremistischen Ausrichtung theoretisch ist, so darf die damit verbundene Einsicht nicht über das Bestehen von „Grauzonen“ oder „Übergangsbereichen“ in der Realität hinwegtäuschen. Extremistische Organisationen können sich etwa auch hin zu demokratischen Positionen entwickeln oder in der Nähe zu ihnen innerhalb extremistischer Tendenzen verbleiben.

Exemplarisch für solche Phänomene stehen die Parteien „Die Linke“ und „Die Republikaner“, die daher sowohl in politikwissenschaftlichen wie verfassungsschützerischen Publikationen unterschiedlich eingeschätzt wurden und werden. Für beide Fälle ließe sich daher bei einer entsprechenden Bewertung allenfalls von einem geringen Intensitätsgrad von Extremismus sprechen. Ein zweiter Gesichtspunkt bei dem hier zu erörternden Aspekt besteht darin, dass politische Organisationen, die sich formal zum demokratischen Verfassungsstaat bekennen, von politischen Organisationen, die eine solche staatliche Ordnung offen ablehnen, unterschieden werden können. Selbst wenn man den Erstgenannten zutreffend nur strategisch und taktisch motivierte „Lippenbekenntnisse“ unterstellt, müssen sie sich doch um einer gewissen Glaubwürdigkeit willen bei öffentlichen Positionierungen etwas mäßigen. Mitunter geschieht dies in Deutschland etwa mit dem verbalen Bekenntnis zum Grundgesetz. Demgegenüber lehnen es die letztgenannten Extremisten in aller Deutlichkeit ab.

Beispielhaft für derartige extremistische Organisationen stehen für die Erstgenannten die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und für die Letztgenannten die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Diesen Unterschied kann man auch darüber ausmachen, dass die erstgenannten Bestrebungen eher eine autoritäre und die letztgenannten Parteien eher eine totalitäre Diktatur etablieren wollen.¹¹ Und schließlich lässt sich als dritter Gesichtspunkt zur Einschät-

¹¹ Vgl. u.a. Juan L. Linz, *Totalitäre und autoritäre Regime* (1975), Berlin 2000; Hans-Joachim Lauth, *Regimetypen: Totalitarismus – Autoritarismus – Demokratie*, in:

zung des Grades von Extremismusintensität noch die Einstellung zur Gewaltanwendung nennen. Sehen extremistische Bestrebungen darin ein legitimes Mittel für die aktuelle politische Auseinandersetzung, stellen sie auch schon das gegenwärtige Gewaltmonopol des demokratischen Rechtsstaats in Frage. Diese Einstellung und Praxis von subkulturell geprägten Extremismusformen oder strukturell entwickelten Terrorgruppen würden dann für den höchsten Grad von Extremismusintensität stehen.

4. Definition und Ebenen von „Ideologie“ als Kriterium

Als zweites Kriterium zur Analyse extremistischer Bestrebungen soll es nun um die „Ideologie“ gehen. Sie gehört neben der „Organisation“ und „Strategie“ auch zu den Merkmalen, die in der Extremismusforschung bislang zu Analyse und Vergleich derartiger Bestrebungen genutzt wurden.¹² Mit der allgemeinen Formulierung „Ideologie“ lassen sich Doktrine, Programmatik und Weltanschauungen von Extremisten erfassen. Die ausführliche und differenzierte Analyse dieser Gesichtspunkte ist dabei von konstitutiver Bedeutung für die Extremismusanalyse, muss doch auf dieser Ebene der Beleg für eine Frontstellung gegen die Normen einer modernen Demokratie und einer offenen Gesellschaft erbracht werden. Dazu dienen auch die oben bereits erwähnten formalen Kriterien exklusiver Erkenntnisanspruch und dogmatischer Absolutheitsanspruch, essentialistisches Deutungsmonopol und holistische Steuerungsabsichten, deterministisches Geschichtsbild und identitäre Gesellschaftskonzeption, dualistischer Rigorismus und fundamentale Verwerfung.

Eine auf die Ideologie bezogene Analyse müsste dabei aufzeigen, dass die inhaltlichen Positionen der gemeinten politischen Organisationen alle oder einige dieser Merkmale aufweisen und sich daraus auch die Ablehnung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates ergibt. Nach diesem ersten müsste in einem zweiten Schritt darauf geachtet werden, inwieweit extremistische Akteure bei ihrer ideologischen Selbstverortung

Ders. (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 2002, S. 105-130.

¹² Vgl. u.a. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1996, S. 251-272; Eckhard Jesse/Tom Thieme, Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen, in: Eckhard Jesse/Tom Thieme (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden 2011, S. 11-32, hier S. 17-19.

eine Umwertung bestehender politischer Kategorien vornehmen. Dies gilt insbesondere für den Demokratiebegriff: Angesichts eines breiten öffentlichen Konsenses über die Wertschätzung von Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, die in diesem Ausmaß etwa in der Weimarer Republik nicht vorhanden war, sehen sich Extremisten aus strategischen und taktischen Gründen häufig zu einem formalen Bekenntnis zur Demokratie genötigt. Dabei nehmen sie eine einseitige Umdeutung in Richtung eines identitären oder totalitären Verständnisses vor, was aber jeweils auch nachzuweisen wäre.¹³

Und schließlich geht es in einem dritten Schritt um die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem positiven Selbstverständnis der zu untersuchenden politischen Ideologie. Dabei können unterschiedliche Gesichtspunkte von Bedeutung sein: Zunächst lassen sich über eine allgemeine Betrachtung der Positionen grobe Einteilungen wie die Zuordnung zum Linken, rechten oder religiösen Extremismus vornehmen. Sodann kann innerhalb eines solchen Extremismusbereichs wiederum eine Benennung zu einer besonderen „Ideologiefamilie“ erfolgen wie etwa im Linksextremismus zu den Anarchisten oder Kommunisten. Und auch innerhalb dieser Bereiche lassen sich besondere Einordnungen vornehmen, was etwa bezüglich der Kommunisten in den Bereichen Marxisten, Marxisten-Leninisten, Maoisten, Stalinisten oder Trotzisten möglich wäre.¹⁴ Hieraus ergeben sich wiederum wichtige Einsichten über Organisationsprinzipien und Strategien, aber auch zu dem Verhältnis der analysierten Extremisten zu anderen politischen Akteuren des eigenen Lagers.

5. Definition und Typologie von „Organisation“ als Kriterium

Als drittes Kriterium zur Analyse extremistischer Bestrebungen sei hier die „Organisation“ genannt. Damit sind unterschiedliche Aspekte angesprochen: Erstens wäre die Form des Personenzusammenschlusses zu nen-

¹³ Vgl. u.a. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien (1964). Erweiterte Ausgabe, Frankfurt/M. 1991; Jacob L. Talmon, Die Ursprünge der totalitären Demokratie (1952), Köln/Opladen 1961.

¹⁴ Vgl. u.a. Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3 Bände, München 1979; Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf/Wien 1970.

nen. Es lässt sich eine Reihe von Typen¹⁵ unterscheiden, wobei die Organisationsform indirekt auch immer etwas über die Strategie aussagt, worauf aber später noch gesondert eingegangen werden soll. Ein erster Typ besteht in der Partei, wobei wiederum die „Kaderpartei“ von der „Massenpartei“ unterschieden werden kann. Im letztgenannten Sinne geht es um die Gewinnung vieler Mitglieder, bei der „Kaderpartei“ soll lediglich eine Elite als Avantgarde organisiert werden. In der kommunistischen Parteienlandschaft bildete und bildet diese Organisationsform in Anlehnung an das Leninische Parteimodell eine häufig auszumachende Variante. Gleichwohl dominiert nicht nur im Linksextremismus das Idealmodell der „Massenpartei“, entstand doch das Idealmodell der „Kaderpartei“ aus der realen Situation einer Abwesenheit von Massen heraus.

Als zweiter Typ können nicht-partieförmige Organisationen wie Aktivistengruppen, Denkzirkel oder Vereine genannt werden. Exemplarisch für die Erstgenannten sind etwa die Neonazis, die mit öffentlichen Aktionen auf sich aufmerksam machen wollen. Für Denkzirkel oder Intellektuellengruppen stehen Extremisten, die sich wie die „Neue Rechte“ auf das Feld der Theoriearbeit konzentrieren und über Konferenzen und Publikationen einen politischen Wandel bewirken wollen. Extremistische Vereine identifizieren sich entweder über ein bestimmtes thematisches Handlungsfeld oder eine spezifische ideologische Orientierung. Für letztere stehen etwa trotzkistische Gruppen wie „Marx21“ oder „Sozialistische Alternative Voran“ (SAV), für die Konzentration auf ein bestimmtes thematisches Handlungsfeld die „Rote Hilfe“ als Unterstützungsorganisation für inhaftierte Linksextremismus. Und schließlich wäre noch auf stark subkulturell geprägte Organisationsformen im Sinne personeller Netzwerke wie bei den Autonomen oder Skinheads zu verweisen.

Bei der Analyse extremistischer Bestrebungen über das Kriterium „Organisation“ sollte aber nicht nur die jeweilige Form, sondern auch der personelle Inhalt von Bedeutung sein. Dabei stellt sich die Frage nach der sozialen Zusammensetzung der jeweiligen Organisationen, wobei ebenfalls mehrere Ebenen unterschieden werden können. Hierzu gehört erstens die schlichte Zahl der Aktivisten oder Mitglieder. Allein durch die personelle Größe ergeben sich wichtige Aufschlüsse über die Bedeutung der Organisation. Gleichwohl reicht dies als aussagekräftiges Kriterium allein nicht aus. Es kommt auch auf das Ausmaß des Engagements der Mitglieder an:

¹⁵ Vgl. hierzu auch die Typologie bei U. Backes (Anm. 1), S. 266-280, die allerdings andere Organisationsformen als in den folgenden Ausführungen benennt.

So bedeuteten etwa tausend Mitglieder mehr oder weniger bei der DVU mit einer inaktiven und überalterten Parteibasis etwas anderes als bei der NPD mit einer aktiven und jungen Parteibasis. Auch das intellektuelle Niveau und der soziale Status von Mitgliedern ist von großer Bedeutung, erhöht dies doch in der Regel die Möglichkeit gesellschaftlicher und medialer Wirkung extremistischer Bestrebungen.

6. Definition und Varianten von „Strategie“ als Kriterium

Als viertes Kriterium zur Analyse extremistischer Bestrebungen soll hier die Strategie behandelt werden. Es geht dabei auch um die „Handlungsfelder“, die sich etwa wie folgt unterscheiden lassen: Politik, Aktion, Kultur und Gewalt.¹⁶ Mit dem erstgenannten Bereich ist die Parteipolitik gemeint, also die Organisation politischer Aktivitäten über eine Parteistruktur, die Kandidatur zu Wahlen, die Arbeit in einem Parlament und die Beteiligung an einer Regierung. Für „Aktion“ stehen die unterschiedlichsten Handlungsfelder: Dazu gehört etwa die Durchführung von öffentlichen Demonstrationen und Versammlungen durch Extremisten entweder als alleiniger Akteur oder Bestandteil einer größeren Bewegung. Letzteres gilt vor allem für Linksextremisten, die sich weitaus erfolgreicher als Rechtsextremisten auch an Protestbewegungen mit mehrheitlich demokratischer Ausrichtung beteiligen.¹⁷ Ebenfalls für das Handlungsfeld „Aktion“ steht die insbesondere von Trozlisten häufig praktizierte Unterwanderung anderer Bewegungen oder Organisationen.

Mit „Kultur“ als Betätigungsbereich von Extremisten ist das Bemühen gemeint, durch Aktivitäten im geistigen Bereich Anhänger zu gewinnen und dabei für eine Hinwendung zu den jeweiligen Einstellungen und Nor-

¹⁶ Vgl. bezüglich einer Anwendung auf den Rechtsextremismus dazu: Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Auflage, München 2006; Armin Pfahl-Traughber, *Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“*, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 71-100.

¹⁷ Vgl. u.a. Armin Pfahl-Traughber, *Soziale Bewegungen zwischen Bereicherung und Gefahr für Demokratie. Darstellung und Einschätzung der Protestbewegungen in Deutschland nach 1949*, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Das vereinigte Deutschland (Arbeitstitel)*, i.E.; Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt/M. 2008.

men zu werben. Dieser Strategie bedienen sich vor allem Denkzirkel, die etwa wie die „Neue Rechte“ von einem „Kampf um die Köpfe“ oder einer „Kulturrevolution“ sprechen. Für den alltagskulturellen Bereich wirkt so etwa die NPD durch die Durchführung von Musikkonzerten, Schulhofaktionen oder Sommerfesten, womit längerfristig eine politisierende Wirkung ausgelöst werden soll. Von den vorgenannten Handlungsfeldern muss der Bereich „Gewalt“ strikt getrennt werden: Gemeint sind damit extremistische Aktivitäten, wobei einschlägige Handlungen von zentraler Bedeutung sind. Hierzu gehören sowohl relativ spontane Gewalttaten und Krawalle wie von Autonomen und Skinheads, aber auch systematisch geplante Anschläge auf Einrichtungen und Personen wie sie von terroristischen Gruppen unterschiedlichster Ausrichtung durchgeführt werden.

Bei dem letztgenannten Handlungsfeld „Gewalt“ artikulieren die extremistischen Akteure in aller Deutlichkeit ihre Ablehnung der Minimalbedingungen einer modernen Demokratie und offenen Gesellschaft. Dies muss auf den anderen genannten Ebenen nicht der Fall sein: Aufgrund einer doch breiten gesellschaftlichen Akzeptanz der damit angesprochenen Normen und Regeln bekennen sich Extremisten mitunter verbal zu Demokratie und Verfassung. Sie erhoffen sich so, innerhalb der Mehrheitsgesellschaft größere Akzeptanz finden zu können. Hierbei lässt sich häufig die Aneignung und Umdeutung von einschlägigen politischen Begriffen wie „Demokratie“ oder „Freiheit“ beobachten. Demgegenüber lehnen die meist sozial stärker marginalisierten Extremisten die bestehende Ordnung von Grundgesetz und Staat zugunsten des „Sozialismus“ oder der „Volksgemeinschaft“ in aller Deutlichkeit und Offenheit ab, was etwa auch anhand der ideologischen Orientierung an politischen Systemen wie dem Nationalsozialismus oder dem Stalinismus zum Ausdruck kommt.

7. Definition und Grad von „Wirkung“ als Kriterium

Und schließlich sei als fünftes und letztes Kriterium zur Analyse extremistischer Bestrebungen die „Wirkung“ genannt. Damit lässt sich isoliert wie vergleichend die politische Bedeutung der jeweils gemeinten Organisationen einschätzen. Auch hierbei bedarf es einer Verkopplung des Analyse-kriteriums mit den anderen bereits genannten Gesichtspunkten, wobei insbesondere die Handlungsfelder von herausragender Bedeutung sind. Betrachtet man etwa den Bereich der „Politik“, so lässt sich hier die Wirkung von Extremisten gut über die jeweiligen Wahlerfolge messen. Diese zeigen

mit den jeweiligen Prozentzahlen deutlich an, wie stark die gesellschaftliche Unterstützung für eine extremistische Partei ist. Hierbei muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass extremistische Einstellungen und extremistisches Wahlverhalten nicht deckungsgleich sind. Aus der Forschung zum Rechtsextremismus ist bekannt, dass nicht alle so Eingestellten die NPD wählen und dass nicht alle NPD-Wähler überzeugte Rechtsextremisten sein müssen.

Bezogen auf das Handlungsfeld „Aktion“ können hinsichtlich der Einschätzung der „Wirkung“ bezüglich der Demonstrationen zunächst die Menge der Teilnehmer und die Regelmäßigkeit der Veranstaltungen als Kriterien zur Einschätzung gelten. Darüber hinaus bedarf es hier der Berücksichtigung der Frage, ob es den Extremisten bei solchen öffentlichen Anlässen gelingt, auch Personen außerhalb ihres politischen Lagers als Teilnehmer zu mobilisieren. Bei Rechtsextremisten lässt sich etwa seit Mitte der 1990er Jahre ein Anstieg von Demonstrationen wie von Teilnehmern ausmachen, gleichwohl gelang es ihnen kaum Nicht-Rechtsextremisten in nennenswerter Zahl mit zu mobilisieren. Demgegenüber beteiligen sich Linksextremisten ohne größere Einwände auszulösen bei öffentlichen Demonstrationen mit überwiegend demokratischen Teilnehmern. Daher können bezüglich des Ausmaßes derartiger Aktivitäten keine trennscharfen Angaben gemacht, aber hinsichtlich einer stärkeren gesellschaftlichen Akzeptanz Einschätzungen formuliert werden.

Und schließlich sei bezüglich des Handlungsfeldes „Gewalt“ noch etwas zur „Wirkung“ formuliert. Vorausgeschickt werden soll hier allerdings, dass die Gewaltanwendung eigentlich nicht für politisches Gewicht, sondern eher für politische Schwäche der jeweiligen Akteure spricht. Offenkundig sehen sie nicht die Möglichkeit und verfügen auch nicht über die Potentiale, ihre politische Zielsetzung auf einem anderen Weg voran zu bringen. Zur Einschätzung der „Wirkung“ von Gewalthandlungen bieten sich hier zum einen die Gesichtspunkte „Kontinuität“ und „Quantität“ an. Weitaus entscheidender dürfte aber die Rezeption der Taten sein. Gibt es dafür in gewichtigen Teilen der Gesellschaft wenigstens eine gewisse Akzeptanz? Oder lässt sich zumindest im eigenen politischen Umfeld im weitesten Sinne eine innere Zustimmung ausmachen? Gelingt Extremisten bei der Gewaltanwendung nicht die Auslösung solcher Reaktionen, muss deren Wirkung selbst bei gravierenden Folgen für Personen oder Sachen als gering angesehen werden.

8. Fallstudie I: Analyse orthodox-kommunistischer Organisationen und Parteien

Nach der allgemeinen Erläuterung der Bestandteile des E-IO-S-W-Schemas zur Analyse extremistischer Bestrebungen soll deren Erkenntniswert noch anhand einiger Beispiele in Fallstudien zusätzlich veranschaulicht werden. Am Beginn steht ein Blick auf die orthodox-kommunistischen Organisationen und Parteien in Deutschland, wobei eine Einschränkung und Konzentration auf die DKP¹⁸, die MLPD¹⁹ und die Trotzlisten²⁰ vorgenommen wird. Bezogen auf die Letztgenannten, die sich wiederum in über zwanzig Organisationen aufsplittern, erfolgt die Betrachtung nur bezogen auf die bedeutendsten Strömungen in Form von „Marx21“ und SAV. Zunächst soll hier das Kriterium „Ideologie“ als Analyseinstrument genutzt werden: Dabei lässt sich zum einen die Gemeinsamkeit in Form der Ausrichtung an Marx/Engels und Lenin ausmachen. Dies gestattet es auch die genannten Bestrebungen unter dem Oberbegriff „orthodox-kommunistisch“ abzuhandeln. Darüber hinaus lassen sich aber noch gesonderte ideologische Prägnanzen feststellen.

Die DKP beruft sich nur auf Marx/Engels und Lenin, die MLPD nimmt noch Mao und Stalin hinzu und die Trotzlisten verzichten auf die beiden letztgenannten und berufen sich entsprechend auf Trotzki. Aus diesen ideologischen Differenzen im Rahmen einer marxistisch-leninistischen Grundprägung können auch Erkenntnisse bezüglich der „Extremismusintensität“ abgeleitet werden. Während die DKP mit nur wenigen Abstrichen in der DDR weiterhin noch ein politisches Alternativ-Modell sieht, beruft sich die MLPD auf die politischen Systeme des Maoismus und Sta-

¹⁸ Vgl. u.a. Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990.

¹⁹ Vgl. u.a. Helmut Müller-Enbergs, Die MLPD und die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag. Ein politisches Portrait der Partei und eine empirische Auswertung der Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 319-369; Armin Pfahl-Traugber, „Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD). Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte, in: www.bpb.de.

²⁰ Vgl. u.a. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 187-189; Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, in: www.bpb.de.

linismus. Aufgrund deren ausgeprägteren Herrschaftsintensität im Sinne einer totalitären Diktatur ist auch die Extremismusintensität der MLPD höher als die der DKP. Das von den Trotzlisten angestrebte Ordnungsmodell soll bei aller Unklarheit in der Programmatik aber wohl auf eine Art „Rätemodell“ hinauslaufen. Entsprechend ihres politischen Vorbildes würde dies aber auch in einer Diktatur münden, gleichwohl innerhalb des sozialistischen Rahmens pluralistischer sein.

Bezüglich Organisation und Strategie bestehen zwischen DKP und MLPD Gemeinsamkeiten: Beide sind im Sinne klassischer kommunistischer Modelle als Parteien zentralistisch strukturiert. Ihre Mitgliederzahlen²¹ bewegen sich mit um die 4.000 (DKP) und um die 2.000 (MLPD) eher auf niedriger Ebene, was quantitativ für eine eher schwache Organisationsentwicklung steht. Diese Einschätzung kann auch nicht durch den relativ hohen Aktivitätsgrad der MLPD-Mitglieder revidiert werden, zumal diese durch ihr besonders dogmatisches Gebaren auch viele andere Linksextremisten als Bündnispartner abschrecken. Bei Wahlen spielen beide Parteien mit Ergebnissen im Bereich von 0,0 bis 0,2 Prozent der Stimmen bei Bundes- oder Landtagswahlen keine Rolle. Die beiden trotzkistischen Gruppen machen zwar jeweils nur um die 400 Personen aus. Aufgrund der als „Entrismus“-Strategie bekannt gewordenen Unterwanderung konnte die erstgenannte Gruppe aber in der Partei „Die Linke“ in bestimmten Bereichen einen bedeutsamen Einfluss erlangen.

9. Fallstudie II: Analyse von Neonazis und Skinheads im Rechtsextremismus

Als weiteres Beispiel für eine Analyse extremistischer Bestrebungen mit dem E-IO-S-W-Schema soll hier eine vergleichende Betrachtung zu den Neonazis²² und Skinheads²³ im Rechtsextremismus angestellt werden. Da-

²¹ Als Mitgliederzahlen – falls nicht anders angegeben – nach: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010.

²² Vgl. u.a. Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kamerdschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004; Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel, Göttingen 2009.

²³ Vgl. u.a. Christian Menhorn, Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001; Christian Menhorn, Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur. Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale, in: Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 125-150.

bei gilt es zunächst ausdrücklich darauf zu verweisen, dass nicht alle Skinheads als rechtsextremistisch gelten können. Es handelt sich um die Anhänger einer jugendlichen Subkultur mit einem allerdings bedeutsamen rechtsextremistischen Anteil. Nur um diesen Teil der Skinhead-Szene geht es im Folgenden. Damit ist bereits für das Kriterium „Organisation“ ein bedeutender Unterschied benannt: Die Neonazis sammeln sich nach einer Welle von Verboten gegen ihre Vereine in Form von weitgehend unstrukturierten Netzwerken. Gleichwohl lässt sich bezüglich der damit angesprochenen „Kameradschaften“ sehr wohl von einem politischen Zusammenschluss sprechen. Demgegenüber ist der Bindungs- und Organisationsgrad der Skinheads aufgrund deren stark subkultureller Prägung weitaus geringer ausgeprägt.

In ideologischer Hinsicht bestehen demgegenüber starke Gemeinsamkeiten: Beide Strömungen des Rechtsextremismus beziehen sich auf den historischen Nationalsozialismus. Für die Neonazis ergibt sich dies aus ihrem politischen Selbstverständnis, für die Skinheads aus den Texten einschlägiger Kommunikationsmittel wie Fan-Magazinen, Internet-Einstellungen und Songtexten. Eine gewisse Abkehr von hier als „klassisch“ anzusehenden Prägungen bei den Neonazis und die immer stärkere Öffnung hin zu nationalsozialistischen Ideologieelemente führte sogar zu einer verstärkten Annäherung beider Bereiche. Mitunter fällt es überaus schwer, beide Strömungen innerhalb des Rechtsextremismus auseinander zu halten. Anhand der Entwicklung einzelner Aktivisten lässt sich sogar von fließenden Übergängen sprechen. Die Kriterien „Bereitschaft zur kontinuierlichen politischen Arbeit“ und „Grad des ideologisch-politischen Bewusstseins“ müssen dann zur Unterscheidung einzelner Aktivisten und Gruppen in diesem politischen Lager dienen.

Bezüglich der „Strategie“ lässt sich für die Neonazis sagen, dass sie offenbar durch eine kontinuierliche Präsenz in der Öffentlichkeit in Gestalt von Aufmärschen und Demonstrationen für ihre Positionen werben, aber auch mit alltagskulturellen Angeboten für bestimmte Zielgruppen wie Jugendliche neue Anhänger gewinnen wollen. Demgegenüber scheinen die Skinheads über keine systematisch entwickelte Strategie zu verfügen. Nicht zufällig werden sie daher sowohl von der NPD wie den Neonazis als Mobilisierungspotential für Demonstrationen genutzt. Häufig wird dort die politische durch die subkulturelle Dimension überlagert. Gleichwohl lassen etwa die in Songtexten präsentierten Positionen eine von Gewaltbereitschaft und Rassismus geprägte Einstellung in aller Deutlichkeit erkennen. Wäh-

rend in den letzten Jahren der Anteil der Skinheads auf um die 9.000 sank, stieg das Personenpotential der Neonazis auf um die 5.000 an. Mit ihrer illegal verbreiteten Musik können beide eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf Jugendliche ausüben.²⁴

10. Fallstudie III: Vergleich von „Die Linke“ und NPD (1): „Die Linke“

Bei den vorherigen Fallstudien, welche die Analysekraft des E-IO-S-W-Schemas veranschaulichen sollten, standen jeweils politische Bestrebungen in einem Extremismusbereich im Zentrum. Nun sollen die genannten Kriterien für einen Vergleich zweier Parteien aus unterschiedlichen Bereichen genutzt werden. Dabei geht es einerseits um die Partei „Die Linke“ und andererseits um die NPD. Darauf bezogene Vergleiche sind mitunter in der Literatur empört zurückgewiesen worden.²⁵ Es gibt aber auch Ausführungen im Sinne einer solchen Betrachtungsweise.²⁶ Aufgrund der damit einhergehenden Reflexionen sollen auch hier die beiden genannten Parteien als Anschauungsobjekte genutzt werden. Vorausgeschickt werden muss darüber hinaus, dass es sich nicht um eine Gleichsetzung, sondern um einen Vergleich handelt. Ersteres wäre das Ergebnis eines Verfahrens im letztgenannten Sinne: Ein Vergleich fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden und kommt danach evtl. zum Ergebnis einer allgemeinen oder teilweisen Gleichsetzung.

Zunächst aber zu den Einschätzungen bezüglich der E-IO-S-W-Kriterien bezogen auf die beiden Parteien im Einzelnen: Hinsichtlich der Frage, ob

²⁴ Über deren Ausmaß lassen sich keine genauen Angaben machen, da es an einschlägigen Daten und Untersuchungen fehlt. Die Frage nach einer Bekanntheit von Gruppen wie „Landser“ oder „Zillertaler Türkenjäger“ bei eher zufälligen Anlässen bei heutigen Jugendlichen belegt aber ein relativ hohes Ausmaß, wobei dies aber nicht zwingend im Sinne einer inhaltlichen Zustimmung interpretiert werden muss.

²⁵ Vgl. u.a. C. Butterwegge (Anm. 9), S. 37f.; Richard Stöss, „Extremistische Parteien“. Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 47/2008, S. 3-7, hier S. 6f.

²⁶ Vgl. Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 13-31.

die Partei „Die Linke“²⁷ als extremistisch anzusehen ist, besteht unter Politikwissenschaftlern wie Verfassungsschützern kein Konsens: Es wird sowohl die Auffassung vertreten, die Partei sei extremistisch, sie sei in Form von bestimmten Strömungen und Untergruppen in Teilen extremistisch oder sie sei gar nicht extremistisch. Unabhängig von einer konkreten Einschätzung²⁸ kann hier die Feststellung genügen, dass der Grad von Extremismusintensität sehr gering ist. Auch vehemente Kritiker der „Linken“ sprechen von einem „smarten Extremismus“.²⁹ Ideologisch versteht man sich als eine „sozialistische Strömungspartei“, d. h. man gibt nicht eine festgelegte Ideologie vor, sondern will unterschiedliche Sozialismuskonzeptionen organisatorisch sammeln. Eine Berufung auf den Marxismus-Leninismus erfolgt nicht mehr, gleichwohl duldet man darauf bezogene Strömungen in der Partei.

Damit deutet sich aber auch an, dass „Die Linke“ eine solche ideologische Ausrichtung als eine mögliche Deutung des programmatischen Selbstverständnisses ansieht. Allein von daher wäre der kritische Hinweis, es handle sich hier um Anhaltspunkte für Extremismus, nicht so einfach von der Hand zu weisen. Bezüglich der anderen Kriterien des vorgestellten Analyseschemas wäre zunächst zu sagen, dass „Die Linke“ mit knapp 78.000 Mitgliedern personell gut ausgestattet ist, wenngleich davon nur knapp 29.000 in den westlichen Ländern organisiert sind. Innerparteilich unterscheidet man sich von den orthodox-kommunistischen Parteien durch ein weitaus demokratischeres und pluralistischeres Bild. Als Wahlpartei geht es der „Linken“ vor allem um die Gewinnung von Wählerzustimmung, was ihr in den letzten Jahren bezüglich des Einzugs in die Parlamente auch bei Landtagswahlen im Westen meist gelungen ist. Man kann gegenwärtig bezüglich des Bundestags und der meisten Landtage daher schon von einem „Fünf-Parteien-System“ sprechen.

²⁷ Vgl. u.a. Jürgen P. Lang, Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Extremismus & Demokratie 21, Baden-Baden 2009, S. 161-179; Viola Neu, Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004.

²⁸ Vgl. zu den Auffassungen des Autors zuletzt: Armin Pfahl-Traughber, Demokratietheoretische Anfragen an die Partei „Die Linke“, in: Deutschland Archiv, 41 (2008), Nr. 3, S. 402-407; Armin Pfahl-Traughber, Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmwurf der Partei „Die Linke“ (2010), in: Liberal, 52 (2010), Nr. 3, S. 28-31.

²⁹ Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

11. Fallstudie III: Vergleich von „Die Linke“ und NPD (2): NPD

Wie steht es demgegenüber bezüglich der Kriterien des E-IO-S-W-Schemas bei der NPD³⁰? Hinsichtlich der Extremismusintensität lässt sich von einem relativ hohen Grad sprechen. Die politikwissenschaftlichen und verfassungsschützerischen Analysen kommen hier zu einer identischen Bewertung, was angesichts der klaren Formulierungen von führenden Funktionären der Partei auch nicht verwundert. Offen bekundete man, die „BRD abzuwickeln“ und sie nur ein „neues Reich“ zu ersetzen. Darüber hinaus hat die NPD keine Probleme mit der Kooperation mit Neonazis, welche mitunter in hohe Funktionen aufsteigen konnten. Auch in der offiziellen Positionierung der NPD in Gestalt von programmatischen Aussagen beruft man sich auf einschlägige Ideologieelemente wie etwa das „Volksgemeinschafts“-Verständnis. Führende Funktionäre hatten sogar bei öffentlichen Parteiveranstaltungen in aller Deutlichkeit von einer „Judenrepublik“ gesprochen und damit einen antisemitischen Kampfbegriff der Nationalsozialisten genutzt.³¹

Bezüglich des Gesichtspunktes „Organisation“ lässt sich folgendes sagen: Ende 2009 verfügte die NPD über 6.800 Mitglieder, wobei sich im Vergleich mit den vorherigen Jahren 2008 mit 7.000 und 2007 mit 7.200 Mitgliedern sogar eine sinkende Tendenz konstatieren lässt. Damit hat man es zwar mit der personenbezogen stärksten rechtsextremistischen Organisation zu tun. Vergleicht man aber diesen Stand mit den Mitgliederzahlen der Partei in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, wo die NPD ihre herausragendsten Wahlerfolge verzeichnen konnte, so machen sie gegenwärtig nur ein Viertel der damaligen Zahl aus (1968: 28.000 Mitglieder). Im Unterschied zur DVU handelt es sich gleichwohl um eine eher aktive und junge Anhängerschaft, die in bestimmten Regionen Ostdeutschlands alltagskulturell gut verankert ist. Darüber hinaus besteht ein – mitunter aber im

³⁰ Vgl. u.a. Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin/Berlin 2008.

³¹ Vgl. u.a. Walter Jung, Neonazismus in der „Deutschen Stimme“. Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 193-246; Christoph Weckenbrock, Zur Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP. Eine Analyse im Lichte des SRP-Verbotsurteils, im vorliegenden Band.

Schwanken begriffenes – gutes Verhältnis zur Neonazi- und Skinhead-Szene, lassen sich deren Protagonisten doch zu Aufmärschen, Demonstrationen und Wahlkampfaktivitäten für die Partei mobilisieren.

Bezüglich des Kriteriums „Strategie“ kann die „Vier-Säulen-Strategie“ der NPD verwiesen werden: „Kampf um die Parlamente“, „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“ und „Kampf um den organisierten Willen“.³² Letzteres meint die Bündelung der rechtsextremistischen Kräfte, was der NPD durchaus gelungen ist. Die DVU ist in ihr aufgegangen, mit der Neonazi- und Skinhead-Szene besteht ein kooperatives Verhältnis. Bezüglich des „Kampfes um die Köpfe“ muss für die Partei ein Scheitern konstatiert werden, gelang es doch nicht die Intellektualisierung der NPD voran zu treiben.³³ Beim „Kampf um die Straße“ kann die Partei auf regelmäßige Demonstrationen verweisen, gleichwohl bewegen sich die durchschnittlichen Zahlen auf eher geringer Ebene. Nicht-Rechtsextremisten konnten dazu meist nicht mobilisiert werden. Bei Wahlen gelang in den letzten Jahren in zwei ostdeutschen Bundesländern der Sprung ins Landesparlament, was ebendort für das Bestehen einer gewissen Stammwählerschaft spricht, nicht jedoch in den westlichen Bundesländern.

12. Fallstudie III: Vergleich von „Die Linke“ und NPD (3): Vergleich

Welche Einschätzung lässt sich nun bezogen auf einen Vergleich von „Die Linke“ und der NPD im Lichte der oben formulierten Ausführungen formulieren? Berücksichtigt man noch einmal explizit, dass es hierbei um eine Frage nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden geht, also nicht schon von vornherein eine Gleichsetzung vorgenommen wird, muss im Ergebnis eine differenzierte Bewertung vorgenommen werden. Erkenntnistheoretisch Sinn macht ein Vergleich allein schon, weil es jeweils um Objekte auf einer gleichen Ebene geht: „Die Linke“ und die NPD sind Parteien, ihr gemeinsames Handlungsfeld ist demnach die „(Partei-) Politik“.

³² Vgl. Eckhard Jesse, die Vier-Säulen-Strategie der NPD. Eine Analyse zu Anspruch und Wirklichkeit ihrer Umsetzung, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 178-192.

³³ Vgl. Torsten Kriskofski, Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus. Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 211-248.

Die komparative Betrachtung soll aber mit dem Kriterium „Extremismusintensität“ begonnen werden: Hier lässt sich ein klarer Unterschied konstatieren: Während aktuell und historisch bei der „Linken“ ein geringer Grad mit sinkender Tendenz ausgemacht werden kann, lässt sich bei der NPD ein hoher Grad mit steigender Tendenz beobachten. Hier bestehen demnach gegenläufige Tendenzen.

Bezüglich des Gesichtspunktes „Ideologie“ kann man bei den politischen Inhalten der öffentlichen Agitation eine Reihe von Gemeinsamkeiten feststellen: die Ablehnung der ausgeprägten EU-Integrationspolitik und der internationalen NATO-Einsätze, die Klage über den repressiven Staat und die neoliberale Wirtschaftspolitik oder die Kritik an der ausbeuterischen Globalisierung und dem unsozialen Kapitalismus. Auch wenn es hier mitunter ähnliche oder gleichlautende Parolen gibt, darf doch nicht der grundlegende ideologische Unterschied bei der Begründung der jeweiligen Positionen übersehen werden: In dem einen Fall bildet der ethnisch homogene Nationalstaat, in dem anderen Fall der sozial homogene Wohlfahrtsstaat das angestrebte politische Ideal. Unabhängig davon, ob das Letztgenannte bei der Partei „Die Linke“ mit einer Frontstellung gegenüber den Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates verbunden ist oder nicht, besteht hier doch ein grundlegender ideologischer Unterschied von politisch „rechts“ und „links“.

Hinsichtlich des Kriteriums „Organisation“ wäre allgemein zu sagen, dass beide Vergleichsobjekte sich als Partei strukturiert haben. Die Mitgliederzahl der „Linken“ ist aber um ein Vielfaches höher als die der NPD, wenngleich wiederum für beide Parteien – aber aus unterschiedlichen Gründen – ein Übergewicht im Osten Deutschlands konstatiert werden kann. Bezüglich der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft wäre bei der Partei „Die Linke“ im Vergleich zur NPD, ein höheres Alter und ein höheres Bildungsniveau zu konstatieren. Bei Wahlen erhält „Die Linke“ bundesweit Ergebnisse von eindeutig über fünf Prozent der Stimmen, während dies für die NPD nur in bestimmten Regionen Ostdeutschlands gilt. An deren Demonstrationen nehmen in der Regel keine Demokraten teil. Während die „Linke“ sowohl im linksdemokratischen wie im linksextremistischen Spektrum Personen zu öffentlichen Protestaktionen mobilisieren kann. Über sie wird auch in den meisten Medien eher neutral, über die NPD meist durchgängig abwertend berichtet.

13. Schlusswort und Zusammenfassung

Fragt man nun bilanzierend nach den Differenzen und Gemeinsamkeiten von „Die Linke“ und der NPD und nutzt dazu das E-IO-S-W-Schema, so lassen sich nahezu bei allen Gesichtspunkten eher Unterschiede konstatieren. Deren Hervorhebung macht im Umkehrschluss die Partei „Die Linke“ nicht automatisch oder notwendigerweise zu einer in jeglicher Hinsicht demokratischen Organisation. Ein Spannungsverhältnis zu den angesprochenen Normen und Regeln lässt sich gleichwohl ausmachen. Antworten und Positionen zu der damit verbundenen Frage bewegen sich auf einer anderen Ebene. Durch die vergleichende Betrachtung beider Parteien über die genannten Kriterien lassen sich die Besonderheiten von „Die Linke“ und der NPD besser erkennen. Die Erörterung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden gibt darüber hinaus solchen Analysen noch die nötigen Konturen. Auf deren Basis kann man dann auch das Gefahrenpotential für die Demokratie differenzierter einschätzen, was aber nicht das Thema der vorliegenden Erörterung ist.

Bilanzierend lässt sich demnach sagen, dass die Besonderheiten extremistischer Bestrebungen in organisierter Form über das E-IO-S-W-Schema gut identifiziert und vergleichend betrachtet werden können. Mit der „Extremismusintensität“ kann man den Grad der Abweichung von der Akzeptanz demokratischer Normen und Regeln gut bestimmen. Gleichwohl sollten damit einhergehende Einschätzungen nicht zu vorschnellen Bewertungen des Gefahrenpotentials führen: So können die Parteien, die ihre extremistische Ausrichtung besonders stark zu erkennen geben, bei Wahlen meist nur geringe Zustimmung mobilisieren. Die NPD bildet hier – auch im europäischen Vergleich – eher eine Ausnahme. Demgegenüber erlangen die Parteien, die als eher gemäßigt mit einem geringeren Grad von Extremismusintensität gelten, weitaus häufiger Wahlerfolge. Bei der Bestimmung der „Extremismusintensität“ ist die Einschätzung der „Ideologie“ von großer Bedeutung, ergibt sich doch aus deren Inhalten das Verhältnis zu den Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates.

Demgegenüber lassen sich aus den Kriterien „Organisation“ und „Strategie“ eher Aussagen über die Potentiale für eine gesellschaftliche Wirkung ableiten. Ein mitgliederstarker Personenzusammenschluss von Angehörigen gesellschaftlich etablierter und politisch aktiver Anhänger kann eine weitaus größeren Einfluss entfalten als eine Organisation mit einer genau gegenteiligen Zusammensetzung ihrer personellen Basis. Aber auch hier

muss jeweils die Handlungsebene beim Kriterium „Strategie“ berücksichtigt werden, bedeuten doch etwa mehrere hundert Aktivisten im Bereich der Aktionsorientierung, der Gewalttaten, der Parteipolitik oder der Unterwanderung in dieser Hinsicht immer etwas anderes. Erst aus der kombinierten Analyse der „Ideologie“, „Organisation“ und „Strategie“ kann die „Wirkung“ differenziert eingeschätzt werden. Eine Bewertung des Gefahrenpotentials lässt sich für sich allein daraus noch nicht ableiten. Hinzu müsste dafür noch eine ähnlich differenzierte Betrachtung der gesellschaftlichen und politischen Rahmensituation kommen.

Pseudo-sakrale Bezüge im Profanen? Eine Fallstudie zu religionsähnlichen Tendenzen im aktuellen linksextremistischen Spektrum

Manuel Becker

1. Einleitung und Fragestellung

Es ist eine psychologische und politikwissenschaftliche Binsenweisheit, dass Überzeugungen und Ideen das politische Handeln des Einzelnen beeinflussen und anleiten. Das gilt insbesondere für extremistische Bestrebungen. Die Wirkungsweise extremistischer Ideologien ist schwer zu analysieren; ihr Wirkungsgrad lässt sich in seiner Intensität kaum empirisch quantifizieren. Es ist bisher noch kaum gelungen, ein überzeugendes Instrumentarium zu entwickeln, mit Hilfe dessen der Übergang vom weltanschaulich begründeten Gedanken zur konkreten politischen Tat untersucht werden kann. Die folgenden Überlegungen entwickeln keinen „Masterplan“ für die Lösung dieses grundsätzlichen Problems. Sie sollen lediglich dazu anregen, sich durch den eigentlich aus der vergleichenden Diktaturforschung stammenden Untersuchungsansatz der „politischen Religion“ zur Lösung dieses Problems inspirieren zu lassen: Wie können unter der Perspektive, religionsähnliche Strukturen aufdecken zu wollen, Erkenntnisse über den Zusammenhang von Wort und Tat in aktuellen extremistischen Bewegungen gewonnen werden? Die Beschränkung auf das linksextremistische Spektrum ergibt sich daraus, dass dergleichen Ansätze, wenn überhaupt, bisher zumeist nur auf das rechtsextremistische Spektrum angewendet worden sind. Es soll mit dieser Problemstellung keineswegs suggeriert werden, dass mit dem gleichen methodischen Vorgehen nicht auch rechtsextremistische Bewegungen Gewinn bringend analysiert werden können.

Hier soll wie folgt vorgegangen werden: In einem ersten Schritt gilt es herauszuarbeiten, wann politische Überzeugungen und Gedankensysteme überhaupt als „ideologisch“ bezeichnet werden können. Dazu wird zunächst eine systematische Auseinandersetzung mit dem Ideologiebegriff erfolgen, wobei ausgehend von der Unterscheidung zwischen einer wertneutralen und einer normativen Verwendungsweise das Monismuskriterium in den Mittelpunkt gerückt wird. Anschließend sollen im Rahmen knapper begriffshistorischer Einordnungen einige Spezifika des Marxismus-Leninismus als der prominentesten linksextremistischen Ideologie

dargelegt werden. Es wird näher erläutert, warum es sich hierbei um eine monistische Ideologie handelt (2). In einem nächsten Schritt soll der Ansatz der „politischen Religion“ aus der vergleichenden Diktaturforschung vorgestellt und seine Vorzüge und Nachteile einander gegenübergestellt werden. Dabei wird gezeigt, dass das Potential dieser Ansätze für die Extremismus- und Terrorismusforschung derzeit nur unzureichend ausgeschöpft ist, wenn es allein auf die vergleichende Diktaturforschung und hierbei insbesondere auf ideologisch rechtsgerichtete Regime beschränkt wird (3). Anhand konkreter Beispiele soll aufgezeigt werden, dass sich gewisse Anleihen der Konzepte zur „politischen Religion“ in modifizierter Form fruchtbar auf aktuelle linksextremistische Ideen und Organisationen anwenden lassen. Die Beispielpalette erstreckt sich dabei nicht nur auf marxistisch-leninistische Gruppen, sondern auch auf trotzkistische oder anarchistische Organisationen und Zusammenschlüsse (4). Abschließend wird der Erkenntnisgewinn der Beispiele noch einmal zusammengefasst und synthetisiert. Es soll verdeutlicht werden, welches normative und forschungspraktische Potential diese bisher selten eingenommene Beobachtungsperspektive bietet (5).

2. Der Monismus als entscheidendes Kriterium einer extremistischen Ideologie

Für den Ideologiebegriff existiert keine einheitliche Definition. In einem assoziativen Verfahren sammelt der britische Literaturkritiker Terry Eagleton insgesamt sechzehn verschiedene Verwendungsweisen des Begriffs, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben oder Hierarchien für diese Liste festlegen zu können.¹ Der Ideologiebegriff erweist sich in einer ersten Annäherung als schwer fassbarer und schwierig einzugrenzender *catch-all term*, der gleichwohl eine zentrale Grundkategorie der Geistesgeschichte im Allgemeinen und des politischen Denkens im Besonderen darstellt.

Versucht man, den Begriff systematisch zu erfassen, so lässt sich grundlegend ein *normativer* von einem *wertneutralen* Ideologiebegriff unterscheiden: Der amerikanische Politikwissenschaftler Roy C. Macridis definiert die Ideologie als „Set von Ideen und Überzeugungen, dass Menschen von einem politischen System und seinen Institutionen sowie ihrer eigenen Po-

¹ Vgl. Terry Eagleton, *Ideologie. Eine Einführung*, Stuttgart 1993, S. 7-8.

sition und Rolle darin teilen.“² Macridis Begriffsverständnis steht dabei paradigmatisch für die in der angelsächsischen Literatur dominierende wertneutrale Verwendung der Terminologie, die sowohl Sozialismus und Nationalismus als auch Liberalismus, Konservatismus und Ökologismus als politische Ideologien begreift.³ Eine solche Verwendungsweise gründet in der Annahme, dass jedes Denken unvermeidlich ideologiebehaftet sein müsse – ideologiebehaftet insofern, als dass einer jeden politischen Ordnung, gleich ob sie auf einem dogmatisch geschlossenen Weltbild oder einem liberal offenen Gesellschaftsentwurf aufbaut, gewisse normative Prinzipien, Ideen und Überzeugungen zu Grunde liegen müssen. Diese Auffassung spiegelt auch die einflussreiche Ideologietheorie des Soziologen Karl Mannheim wider, der zufolge jegliches Denken durch die soziale Existenz und Prägung des denkenden Individuums automatisch vorgeprägt und insofern ideologisch präformiert sei.⁴ Mit einer wertneutralen Verwendungsweise wird der Ideologiebegriff allerdings automatisch sehr weit gefasst und verliert seine spezifische Kontur.

Neben diesem wertneutralen lässt sich daher ebenso ein bewusst normativer Ideologiebegriff vertreten. Es empfiehlt sich sogar, von einem enger gefassten Ideologiebegriff auszugehen, wenn die Bezeichnung nicht auf jedes beliebige politische Wertefundament zutreffen und somit zu einer willkürlichen und wenig aussagekräftigen Kategorie degenerieren soll. Ein enger konturierter Ideologiebegriff lässt sich beispielweise anhand der Differenzierung zwischen Ideologien erster Ordnung und Ideologien zweiter Ordnung, wie sie der Soziologe Eugen Lemberg vorgenommen hat, schärfen. Lemberg versteht unter Ideologien erster Ordnung so genannte Großideologien wie Religionen und politische Weltanschauungen und bezeichnet Ideologien zweiter Ordnung als Ad-hoc-Ideologien, unter denen er Partei- und Verbandsprogramme subsummiert.⁵ Darauf zurückgreifend lässt

² Im Original heißt es: “set of ideas and beliefs that people hold about their political regime and its institutions and about their own position and role in it.” Vgl. Roy C. Macridis, *Contemporary Political Ideologies. Movements and Regimes*, 4. Auflage, Glennview 1989, S. 24. (Übersetzung, M. B.)

³ Vgl. Robert Eccleshall et al., *Political Ideologies. An introduction*, Boston 1984; Matthew Festenstein / Michael Kenny, *Political Ideologies. A Reader and Guide*, Oxford 2005.

⁴ Vgl. Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie*, 3. Auflage, Frankfurt a. M. 1952, S. 232.

⁵ Vgl. Eugen Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft. Eine Theorie der ideologischen Systeme, ihrer Struktur und Funktion*, Stuttgart 1971, S. 40-43.

sich die Prämisse formulieren, dass nur Ideologien erster Ordnung im Sinne Lembergs als solche zu betrachten sind.

Diese Überlegung wirft wiederum die Frage nach dem Unterscheidungskriterium, der *differentia specifica*, auf, die ein allgemeines politisches Wertefundament von einer echten Ideologie unterscheidet. Hierzu bietet sich das Kriterium des Monismus an. Die Charakterisierung einer politischen Überzeugung als monistisch zielt auf einen bestimmten Ideologiebegriff, der Marxismus-Leninismus, Nationalsozialismus, Maoismus etc. ein- und der Liberalismus, Konservatismus u. Ä. kategorisch ausschließt. „Monismus“ bezeichnet einen philosophischen Standpunkt, demzufolge alle Prozesse und Phänomene des weltgeschichtlichen Geschehens auf ein singuläres Prinzip oder Gesetz bzw. auf eine zentrale Regel zurückgeführt werden können. Monistische Ideologien können zwar je nach konkreter politischer Situation durchaus flexibel und anpassungsfähig sein, verfügen aber im Kern stets über ein zentrales, unantastbares Dogma. Offenkundige Widersprüchlichkeiten, Doppelbödigkeiten und Brüche des realgeschichtlich Geschehenden werden in ein universales System des vorgeblich „korrekten Denkens“ eingeordnet. Monistische Ideologien wännen sich typischerweise im Besitz allgemeiner Erklärungsschlüssel zum Gang der Weltgeschichte. Abweichungen oder Variationen dieses Erklärungsschlüssels werden entweder verkannt oder nicht geduldet.⁶ Monistische Ideologien bieten zugleich programmatische Vorschriften und praktischpolitische Umsetzungsvorschläge an, um den historischen Fortschritt bestmöglich befördern zu können. Mit diesen Präzisierungen sollte begriffssystematisch hinreichend geklärt sein, welcher Typ von Wert- und Überzeugungssystemen dem hier vertretenen Ideologiebegriff zu Grunde liegt.

Neben diesen begriffssystematischen Präzisierungen scheint noch ein Blick auf die Begriffsgeschichte hilfreich zu sein. So kann das konkrete ideologische Gedankensystem des Marxismus-Leninismus, auf das sich viele der heutigen linksextremistischen Bewegungen berufen, historisch besser verortet werden. Die Idolenlehre des englischen Renaissancephilosophen Francis Bacon war ein früher gedanklicher Vorläufer des Ideolo-

⁶ Vgl. Kurt Salamun, Konfliktverschärfende Tendenzen von Ideologien, in: Kurt Salamun (Hrsg.), Ideologie und Aufklärung. Weltanschauungstheorie und Politik, Köln 1988, S. 54-66, hier S. 58.

giebegriffs.⁷ Für Bacon waren die *idola* Vorurteile, von denen der Verstand durch die Einsicht in deren Funktionsweise gereinigt werden sollte. Der aus den beiden geistesgeschichtlichen Grundbegriffen „idea“ (griechisch für Idee) und „logos“ (griechisch für Vernunft) zusammengesetzte Terminus wurde erstmals im Jahre 1796 in einem Vortrag von Antoine Louis Claude Destutt, Comte de Tracy verwendet.⁸ Der französische Aufklärer war sich durchaus bewusst, einen Neologismus geschaffen zu haben. Es ging ihm und den anderen Ideologen der französischen Aufklärung darum, eine neue Wissenschaft der Ideen einzuführen. Die Ideologie wurde als neue philosophische Grundwissenschaft in den Rang der „einzigen Wissenschaft“ erhoben. In seiner Ursprungsbedeutung hatte der Ideologiebegriff demnach eine dezidiert positive Konnotation. Erst durch Napoleon Bonaparte erhielt der Ideologiebegriff seine pejorative Einfärbung. Der selbsternannte französische Kaiser verachtete die Ideologen, da sie in seinen Augen realitätsferne Träumer waren, die das nutzlose Rasonieren der politischen Tat vorzogen. Seit Napoleon war der Begriff zu einem negativ besetzten Topos in der politischen Auseinandersetzung geworden.⁹

Es ist beinahe als eine Ironie der Geistesgeschichte zu betrachten, dass die „Ideologie“ ihre moderne Bedeutung mit Karl Marx einem politischen Denker zu verdanken hat, der posthum selbst zum Namensgeber einer der wirkmächtigsten Weltanschauungen des 20. Jahrhunderts avancieren sollte. Neben Napoleon war es vor allem Marx, der zur Konnotationsumwertung des Begriffs „Ideologie“ beitrug. Marx nutzte den Ideologiebegriff mit ähnlichen Argumentationsstrukturen wie Bonaparte als polemischen Kampfbegriff gegenüber der Philosophie als bloßer Ideengeschichte. Er setzte ihr unter dem gesellschaftlich-ökonomischen Paradigma die reine Realgeschichte entgegen. In seiner Kritik an Hegel bezeichnet Marx die Ideologie immer wieder als „verkehrtes Weltbewußtsein“, als „Spekulationen“, „bloße, abstrakte Imaginationen“ bzw. „qualvolle Hirngespinnste“.¹⁰

⁷ Francis Bacon, *Novum organum. Sive indicia vera de interpretatione naturae*, Clarendon 1813.

⁸ Vgl. Antoine Louis Claude Destutt, Comte de Tracy, *Mémoire sur la faculté de penser*, in: *Mémoires de l'Institut National des sciences et arts. Sciences Morales et Politiques*, Paris 1798, S. 283-450.

⁹ Vgl. die Sammlung pejorativer Aussagen zum Ideologiebegriff bei Erwin Hölzle, *Idee und Ideologie. Eine Zeitkritik aus universalhistorischer Sicht*, Bern 1969, S. 135f.

¹⁰ Vgl. Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1844), in: *Marx Engels Gesamtausgabe (MEW) Band 1*, Berlin (DDR) 1956, S. 378; Vgl. Karl

Tatsächlich widersprach ideologisches Denken wichtigen Grundparadigmen des marxistischen Weltbilds: Der Eigenwert und die Selbstständigkeit des menschlichen Geistes und des Denkens vertrug sich nicht mit der Maxime, der zufolge die Bewusstseinsformen sich aus der materiellen Produktion ableiteten. Marx störte an den Ideologen, dass sie Vorstellungen, Gedanken und Begriffe in den Rang einer abstrakten Spekulation erhoben und damit von der empirischen Basis lösten. Unter dem ideologischen Gewand versteckte sich nichts anderes als die verklausulierten, auf Herrschaftserhaltung zielenden Interessen der Bourgeoisie. Die Ideologen kennzeichnete in dieser Lesart ein idealistisch-bürgerliches und insofern „falsches Bewusstsein“, demgegenüber das „richtige Bewusstsein“ stets dialektisch, materialistisch und proletarisch zu sein hatte. Das Hauptproblem wurde darin gesehen, dass sich der geistige oder ideelle Überbau durch ideologisches Denken von der Basis löste, sich verselbstständigte und sein eigenes Reich errichtete.¹¹ Insofern galt das ideologische Denken als ein dem historischen Materialismus diametral entgegengesetzter Reflexionsmodus.

Erst mit Lenin setzte sich im Marxismus wieder ein affirmatives Ideologieverständnis durch. Der russische Revolutionsführer unterschied zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus als Ideologie und dem sich nicht von selbst einstellenden proletarischen Bewusstsein der Arbeiterklasse, dem die Partei als Vermittlungsinstanz zwischengeschaltet wurde. Unter dieser Maßgabe wurde die Ideologie zum Teil des „Überbaus“, der die Basis widerspiegelte und somit auch letztlich zum Ausdruck des proletarischen Klasseninteresses.¹² Mit Blick auf die originär marxistischen Theoreme dürfte es allerdings keine allzu gewagte These sein, zu unterstellen, dass Marx selbst sich vermutlich dagegen gewehrt hätte, seinen Namen für etwas in seiner Optik so Realitätsfernes und Träumerisches wie eine „Ideologie“ herzugeben, die in seinen Augen nur zum Herrschaftserhalt der Bourgeoisie diene.

Nun gilt es noch zu begründen, warum der Marxismus als monistische Ideologie bezeichnet werden kann: Monistisch ist dieses Gedankensystem insofern zu nennen, als dass die gesamte Weltgeschichte auf das singuläre

Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts (1843), in: Marx Engels Gesamtausgabe (MEW) Band 1, Berlin (DDR) 1956, S. 206.

¹¹ Vgl. Karl Marx / Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (1845/46), in: Marx Engels Gesamtausgabe (MEW) Band 3, Berlin (DDR) 1958, S. 433.

¹² Vgl. E. Lemberg (Anm. 5), S. 29.

Prinzip des historisch vorbestimmten Klassenkampfes als Movens des geschichtlichen Fortschritts herunter gebrochen wird. Die Wirklichkeit beruht insofern nicht auf polyvalenten, multikausalen und kontingenten Wirkungszusammenhängen, sondern folgt einheitlich vorgegebenen Mechanismen, die sich prinzipiell erkennen und erklären lassen. Darüber hinaus werden politische Lösungsvorschläge formuliert, wie sich der Gang der Geschichte am besten befördern lässt. Es handelt sich also beim Marxismus-Leninismus um ein ideologisches Gedankengebäude im oben definierten Sinne.

3. Das Konzept der politischen Religion in der vergleichenden Diktaturforschung

Auf einen weiteren Aspekt muss gerade im Zuge der hier gegebenen Thematik hingewiesen werden: Einer der wesentlichen Grundpfeiler des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes war ein dezidierter und mitunter gewalttätiger Atheismus. Religion wird im Marxismus-Leninismus nicht als ein von einer höheren Instanz gestiftetes, transzendentes, sondern als politisches Phänomen verstanden. Religiöse Erscheinungs- und Ausdrucksformen sowie Glaubensüberzeugungen sind Teil des Überbaus, also eine Form des sozialen Bewusstseins, die mit der sie fundierenden kapitalistischen Basis dem Untergang geweiht ist: „Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.“¹³ Die Religion gilt als von Menschen gemachtes Sedativ, das den revolutionären Funken des proletarischen Interesses bereits im Keim erstickt. Daher gilt Marx die Kritik der Religion als Grundlage aller Kritik.

Doch obgleich es sich beim Marxismus-Leninismus um ein ausgesprochen religionsfeindliches Gedankengebäude handelt, hat man verschiedene marxistisch-leninistische Regime in der Literatur als „politische Religionen“ bezeichnet. Vielfach wurden religionsphänomenologische und kirchensoziologische Parallelismen in totalitären Regimen herausgearbeitet.¹⁴ Es soll nun darum gehen, das Konzept der „politischen Religion“ in seinen Vor- und Nachteilen kurz darzustellen, um einige Aspekte herauszuarbei-

¹³ K. Marx (Anm. 10), S. 378.

¹⁴ Vgl. Hans Maier, Der Nationalsozialismus. Eine politische Religion?, in: Manuel Becker (Hrsg.), Die weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus. Ursprünge, Gegenentwürfe, Nachwirkungen, Münster 2011, S. 99-110.

ten, mit denen sich gewinnbringend auch aktuelle linksextremistische Tendenzen und Bestrebungen untersuchen lassen. Der Ansatz der „politischen Religion“ wird in der vergleichenden Diktaturforschung mitunter gar nicht als Diktaturvergleichskonzept *sui generis* aufgefasst, sondern dem Totalitarismus-Paradigma untergeordnet. Dies ist auch insofern plausibel, als dass beide Theoriegruppen beträchtliche Schnittmengen aufweisen. Es erscheint jedoch sinnvoll, gerade unter Rekurs auf die Ideologie die pseudo-sakrale Dimension verschiedener Diktaturen des 20. Jahrhunderts gesondert hervorzuheben, zumal die Forschung diesem Ansatz in den letzten zwanzig Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges deutlich mehr Beachtung als zuvor geschenkt hat.

Die Geschichte und Entwicklung des Ansatzes ist bisher im Vergleich zu derjenigen der Totalitarismus-Theorien insgesamt weniger gut erforscht. Der Begriff „politische Religion“ wurde in den 1930er Jahren geprägt. Frühe Pionierstudien stammen von der Historikern Lucie Varga, dem britischen Journalisten Frederick August Voigt und vor allem von dem Politikwissenschaftler Eric Voegelin. Bereits zuvor sprach der Schriftsteller Karl Christian Bry 1925 vom Kommunismus als „verkappte(r) Religion“ und auch der Hannoveraner Pfarrer Richard Kahrwell bezeichnete den Nationalsozialismus schon 1931 als „politisches Messiasium“.¹⁵

Grundsätzlich geht das Diktaturvergleichskonzept unter dem Rubrum „politische Religion“ von einer Verlagerung der religiösen Manifestation in die politische Sphäre aus. Dazu muss der Begriff des Religiösen dergestalt erweitert werden, dass er nicht mehr auf ausschließlich transzendente, sondern auch auf innerweltliche Phänomene bezogen wird. Geistesströmungen, so Voegelin, die „das Göttliche in Teilinhalten der Welt finden, sollen innerweltliche Religionen heißen“¹⁶. Während die generelle Seinsoffenheit des Menschen in der außerweltlichen Religion erhalten bleibt, geht die innerweltliche Religiosität von einer Geschlossenheit des Seins aus. Mit der Verschmelzung von politischem und spirituellem Sinn

¹⁵ Lucie Varga, La genèse du national-socialisme. Notes d'analyse sociale, in: Annales d'histoire économique et sociale 9 (1937), S. 529-546; Frederick August Voigt, Unto Caesar, London 1938; Eric Voegelin, Die politischen Religionen, München 1993; Karl Christian Bry, Verkappte Religionen, 3. Auflage, Lochham 1964; Dirk Glufke, Richard Kahrwells „Politisches Messiasium“. Zur Auseinandersetzung zwischen Kirche und Nationalsozialismus, in: Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte 90 (1992), S. 201-218, S. 207.

¹⁶ Eric Voegelin, Die politischen Religionen, München 1993, S. 17.

wird die frühneuzeitliche Errungenschaft der Dichotomie zwischen Religion und Politik aufgelöst. Voegelin analysiert die totalitären Regime und findet Symbole religiöser Provenienz etwa in der terminologischen Trinitätsanspielung „Drittes Reich“, in der gottähnlichen „Führererscheinung“, in ideologischen Heilspropheten und in der „geistigen Vergemeinschaftung“.¹⁷

Eine gewisse Akzentverlagerung zu den auf der christlichen Anthropologie basierenden Forschungen Voegelins kennzeichnet den eher sozialwissenschaftlich angelegten Ansatz des französischen Politikwissenschaftlers Raymond Aron, der den Begriff „säkulare Religion“ ins Feld führt. Für Aron bereitet die Wechselwirkung zwischen Säkularisierung und unvermindertem Glaubensbedürfnis der Menschen den Boden für säkulare Religionen.¹⁸ In religionskritischer Absicht unterstellt Aron den modernen totalitären Regimen, sie seien gezielt bestrebt, die Trennung zwischen Religion und Politik rückgängig zu machen, um eigene neue Doktrinen zu etablieren. Wichtige historische Analysen zum politischen Messianismus seit der Französischen Revolution hat auch der israelische Ideenhistoriker Jacob Talmon vorgelegt.¹⁹ Weitere Vertreter dieser Theoriengruppe sind die Geschichtswissenschaftler James Billington, James Rhodes und Uriel Tal.²⁰

Der lange in der wissenschaftlichen Debatte eher unterrepräsentierte Ansatz der politischen bzw. säkularen Religion hat seit der Mitte der 1990er Jahre in Deutschland und in der internationalen Forschung eine signifikante Aufwertung erfahren. Im Jahr 2000 gründeten die britischen Historiker Michael Burleigh und Robert Mallet eine neue Fachzeitschrift mit dem Titel „Totalitarian Movements and Political Religions“, in der seitdem namhafte Historiker und Politologen von internationalem Ansehen Aufsätze zu diesem Forschungsansatz publizieren. In den vergangenen Jahren legte Burleigh seine beiden monumentalen Werke „Earthly Powers“ und „Sa-

¹⁷ Vgl. Eric Voegelin, *Religionsersatz. Die gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit*, München 1985, S. 10-14.

¹⁸ Vgl. Raymond Aron, *L'avenir des religions séculières*, in: *Commentaire* 8 (1985), S. 359-383.

¹⁹ Vgl. Jacob Talmon, *Politischer Messianismus. Die romantische Phase*, Köln 1963.

²⁰ Vgl. James Billington, *Fire in the Minds of Men. Origins of Revolutionary Faith*, New York 1980; James Rhodes, *The Hitler Movement. A Modern Millenarian Revolution*, Stanford 1980; Uriel Tal, *Political Faith of Nazism prior to the Holocaust*, Tel Aviv 1978.

cred Causes“ vor, in denen die Sakralisierung des Politischen von der Französischen Revolution bis zu „9/11“ nachgezeichnet wird.²¹ In Deutschland sind es Julius H. Schoeps, Michael Ley und vor allem Hans Maier, die sich mit der Thematik beschäftigen.²²

In der Tat erscheint es *prima facie* durchaus plausibel, dass der Aufstieg der totalitären Bewegungen ohne die Verheißung einer zum politischen Glauben gesteigerten Ideologie undenkbar ist. Das Konzept erfasst einen wesentlichen Zug totalitärer Herrschaftspraxis und erschließt vor allem die psychologische Dimension der aus heutiger Sicht manchmal schwierig zu erklärenden Massengefolschaft. Allerdings wird von Kritikern des Konzepts bemängelt, der Begriff der Religion werde unpräzise verwendet. Der Terminus „politische Religion“ setze einen falschen Akzent, da die Politik nur als näher bestimmendes Adjektiv auftaucht.²³ Er passe besser zu Regimen wie etwa dem Iran Khomeinis, in denen tatsächlich die Religion die Politik absorbiere. Weltanschauungsdiktaturen verführen nämlich genau umgekehrt.²⁴ Die Analogie zwischen Religion und Ideologie wäre ebenfalls nicht so einfach zu unterstellen: Erstens sei die Ideologie in der Regel stärker auf Prinzipien und politische Ziele fokussiert, während sich die allermeisten Religionen lediglich auf unpolitische, geistige Dinge konzentrieren, und zweitens gehe es der Religion um außerweltliche, der Ideologie hingegen um innerweltliche Erlösung.²⁵ Zudem könne der Begriff auch leicht zu dem Missverständnis führen, politische Religionen würden genau wie klassische Religionen funktionieren, obwohl sie in der Regel kaum mehr als eine Karikatur fundamentaler religiöser Glaubensformen in modernen Gesellschaften darstellten. Darüber hinaus sei der Begriff eigent-

²¹ Vgl. Michael Burleigh, *Earthly Powers. Religion and Politics in Europe from the French Revolution to the Great War*, London 2005; Michael Burleigh, *Sacred Causes. Religion and Politics from European Dictators to Al Qaeda*, London 2006.

²² Hans Maier, *Politische Religionen. Die totalitären Regime und das Christentum*, Freiburg 1995; Michael Ley/Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus als politische Religion*, Bodenheim 1997.

²³ Vgl. Philippe Burrin, *Political Religion. The Relevance of a Concept*, in: *History and Memory* 9 (1997), S. 321-352, hier S. 326.

²⁴ Vgl. Hans-Günter Hockerts, *War der Nationalsozialismus eine politische Religion? Über Chancen und Grenzen eines Erklärungsmodells*, in: Klaus Hildebrand (Hrsg.), *Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus*, München 2003, S. 45-71, hier S. 68.

²⁵ Vgl. Paul Brooker, *Twentieth-Century Dictatorships. The Ideological One-Party States*, London 1995, S. 14.

lich positiv konnotiert und laufe insofern Gefahr, zur Relativierung und Euphemisierung totalitärer Regime beizutragen. So wittert Hannah Arendt hinter der Charakterisierung totalitärer Regime als politische Religionen ein unverdientes Kompliment, das aus ihrer Sicht an Blasphemie grenzt.²⁶ Dem gegenüber lässt sich mit Talmon entgegenhalten, dass die Forschung im Geiste der politischen Religion gerade dazu beiträgt, den jüdisch-christlichen Messianismus in seiner ursprünglichen Form von den totalitären Pseudo-Religionen abzugrenzen.²⁷

Auf viele der von der Forschung angebrachten Kritikpunkte lässt sich mit einer scharfsinnigen Differenzierung des Historikers Hans Buchheim antworten, dem zufolge besser von einem Religionsersatz als von Ersatzreligion gesprochen werden sollte: Ersatzreligion sei nämlich ebenso Religion wie das Ersatzheer ein echtes Heer ist, wohingegen der Religionsersatz so wenig Religion sei wie der Kaffeeersatz echter Kaffee.²⁸ Will man nun diesen kontroversen Ansatz aus der vergleichenden Diktaturforschung auf aktuelle extremistische Tendenzen übertragen, so empfiehlt es sich, sprachlich noch ein wenig defensiver und neutraler vorzugehen und lediglich von „religionsähnlichen Zügen“²⁹ zu sprechen. Ein solcher zentraler Zug, den Ideologien und Religion teilen, ist das zuvor erläuterte monistische Weltbild. Auch die meisten Religionen gehen von einem zentralen Grundprinzip aus, das die Welt gleichsam „im Innersten zusammenhält“. Auch Religionen formulieren typischerweise Handlungsanweisungen, die zur Verbesserung der Gesellschaft beitragen sollen. Viele religiöse Lehren arbeiten mit dogmatisch feststehenden Grundannahmen, aus denen weitere Erkenntnisse abgeleitet werden.

Da diese Parallelen so offenkundig auf der Hand liegen, erscheint das Potential der Ansätze zu politischen oder säkularen Religionen von der bisherigen Forschung noch nicht voll ausgeschöpft zu sein. Erstens konzentrieren sich die Untersuchungen unter dem Rubrum „politische Religion“ in

²⁶Vgl. Hannah Arendt, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*, 2., durchgesehene Auflage, München 2000, S. 307-309.

²⁷ Vgl. J. Talmon (Anm. 19), S. 467.

²⁸ Vgl. Hans Buchheim, *Despotie, Ersatzreligion, Religionsersatz*, in: Hans Maier (Hrsg.), *Totalitarismus und „politische Religion“*. Konzepte des Diktaturvergleichs, Paderborn 1996, S. 260-263.

²⁹ Vgl. Manuel Becker, *Ideologiegeleitete Diktaturen in Deutschland. Zu den weltanschaulichen Grundlagen im „Dritten Reich“ und in der DDR*, Bonn 2009, S. 98-106, 134-145 und 155-159.

Deutschland zumeist ausschließlich auf das nationalsozialistische Regime. Wesentlich seltener werden sie auf ideologisch linksgerichtete Regime angewendet. In den letzten Jahren wurde immer wieder verstärkt darauf hingewiesen, dass Lenins Utopie der revolutionären Gemeinschaft, die eine innerweltliche Erlösung in einer Art sozialistischem Paradies ohne Ausbeutung und Entfremdung anstrebt, frappierende Ähnlichkeiten mit einer religiösen Heilsvision aufweist.³⁰ Aber nicht nur die Struktur der ideologischen Lehre, auch die Ausdrucksformen erinnern massiv an originäre Religionen, wie bereits ein Blick auf die Lenin-Ikonographie nahelegt, die den Revolutionsführer als Helden präsentiert, der seine Gläubigen zum Ende der Geschichte führt.³¹ Eine umfassende Analyse der deutschen Diktatur, die sich den marxistisch-leninistischen Grundsätzen verpflichtet sah, bleibt bis auf Weiteres ein Forschungsdesiderat.³²

Eine zweite Schiefelage der Forschung besteht darin, dass die Konzepte zur „politischen Religion“ bisher zumeist auf Extremismen an der Macht, d. h. auf extremistische, zumeist ideologiegeleitete Diktaturen bezogen werden. Hier ist die Wirkmächtigkeit und Intensität extremistischer Tendenzen zwar am höchsten und es ist insofern plausibel, dass sich ein Großteil der Forschung auf diesen Untersuchungsgegenstand konzentriert. Allerdings fehlt es an Studien, die religionsähnlichen Züge in extremistischen Bewegungen innerhalb einer demokratischen Gesellschaft auf den Zahn fühlen.³³ Wenn Forschungen zur „politischen Religion“ in den vergangenen zwanzig Jahren in Bezug auf historisch abgeschlossene diktatorische Regime eine solche Konjunktur gehabt haben, wieso sollten sich gewisse Anleihen aus diesen Arbeiten nicht auch auf extremistische Tendenzen im Bewegungsstadium anwenden lassen? Ein solcher Versuch soll im Folgenden unternommen werden.

³⁰ Vgl. Klaus-Georg Riegel, *Marxism-Leninism as a Political Religion*, in: *Totalitarian Movements and Political Religions 1* (2005), S. 97-126, hier S. 97-110.

³¹ Vgl. Orlando Figes/Boris Kolonitskii, *Interpreting the Russian Revolution. The Language and the Symbols of 1917*, New Haven 1999, S. 101.

³² Vgl. in diesem Zusammenhang auch Manuel Becker, *Religionsähnliche Züge im Marxismus-Leninismus der DDR. Anmerkungen zu einem Forschungsdesiderat*, in: *Deutschland Archiv 43* (2010), Nr. 1, S. 127-133.

³³ Vgl. als Ausnahme Armin Pfahl-Traughber, *Die Achtundsechziger zwischen Gesellschaftskritik und totalitärer Heilslehre. Eine kritische Analyse der Protestbewegung aus extremismustheoretischer Sicht*, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008*, Brühl 2008, S. 377-402.

4. Identifikation religionsähnlicher Züge im linksextremistischen Spektrum

In der Tat lassen sich einige prägnante Beispiele für religionsähnliche Züge in linksextremistischen Strömungen ausmachen. So neigen linksextremistische Kreise zu einer bedingungslosen Verehrung kommunistischer Säulenheiliger und deren Schriften. An dieser Stellen seien einige kleine Beispiele angeführt: Die ökonomische Theorie von Karl Marx wird auch heute noch als einzige universal gültige Lehre angesehen. Als verfehltes Gegenbild gilt *die* bürgerliche ökonomische Theorie, die dabei als einheitliches Feindbild zumeist im Singular auftaucht. Die Wahl dieses Numerus suggeriert, es handele sich bei den diversen und mitunter äußerst heterogenen marktwirtschaftlichen Theorien ebenfalls um ein zentrales, in sich geschlossenes Dogmensystem. Es wird mit simplifizierten Fronten gearbeitet, die einen für monistische Weltbilder typischen einfachen Erklärungs-schlüssel für Fehlentwicklungen anbieten. Gerade im Zuge der Wirtschaftskrise haben dergleichen holzschnittartige Gegenüberstellungen wieder vermehrt Auftrieb erhalten. Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank *Lehman Brothers* ist der Glaube an die einzig wahre ökonomische Lehre noch einmal zusätzlich gefestigt worden.³⁴ Noch immer gehört ein universeller Erkenntnisanspruch, aus dem politische Handlungsanweisungen deduziert werden, zum strukturellen Kernbestandteil linksextremistischen Gedankenguts. Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) hat ihn 2006 noch einmal fest in ihr Parteiprogramm integriert: „Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen.“³⁵

Die Einebnung der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals bei Berlin wird von Eberhard Czichon (DKP) und Heinz Marohn (KPF/DIE LINKE) in den Mitteilungen der Kommunistischen Plattform (KPF), die unter dem Dach der Partei „Die Linken“ organisiert ist, mit markigen Worten als „zweite Ermordung“ Thälmanns gebrandmarkt.³⁶ Aus diesem Anlass ha-

³⁴ Vgl. Bürgerliche politische Ökonomie vor dem Scherbenhaufen. Beilage des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) zur „Roten Fahne“ 21 (2009).

³⁵ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, verabschiedet auf der zweiten Tagung des 17. Parteitages in Duisburg-Rheinhausen vom 8. April 2006, abrufbar unter <http://www.dkp-online.de/programm>.

³⁶ Vgl. Heinz Marohn, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform 8 (2010), in: http://die-Linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_Linke/mitteilungen_der_kommunistischen_plattform/detail/archiv/2010/au

ben Czichon und Marohn auch ein Buch über Thälmann verfasst, das das Bild des Weimarer Kommunistenführers korrigieren und sein Andenken heilig halten soll.³⁷ Gleiches gilt bei Trotzlisten für die Worte und Taten von Leo Trotzki. Linksextremistischen Gesinnungsgenossen wird in Internetforen empfohlen, die Schriften des vor siebzig Jahren verstorbenen Leo Trotzki auch heute noch als Quelle der Weisheit, die tiefere Einsichten und Lehren böte, zu betrachten.³⁸ Die in bundesweiter Auflage erscheinende kommunistische Zeitschrift „RotFuchs“ glorifiziert Lenins Aprilthesen zu deren 90. Jahrestag 2007 als ein noch heute gültiges klares Konzept zur Durchsetzung der sozialistischen Revolution. Die Thesen hätten noch immer nichts von ihrer universalgeschichtlichen Gültigkeit verloren und könnten noch heute als orientierender „Kompaß für den revolutionären Kampf“ gelten.³⁹

Es ließen sich beliebig viele weitere ähnliche Beispiele anführen. Die als linksextremistisch einzustufenden Periodika bringen in nahezu jeder Ausgabe pseudowissenschaftliche historische Berichte über kommunistische Ahnherren und deren verehrungswürdige und nachahmenswerte Taten. Eine eigene aus Mitgliederbeiträgen finanzierte „Marx-Engels-Stiftung e. V.“, die im Umfeld der DKP angesiedelt ist, kümmert sich um die ständige Pflege und sorgfältige Wiederaufbereitung und Aktualisierung der Schriften ihrer marxistischen Gründungsväter. Es ist, als ob der ideologische Glaube durch die ständige Beschwörung der Vorbilder aus der Vergangenheit aufs Neue beschworen und fundiert werden müsste. Das aus der 2007 aufgelösten linksextremistischen Organisation „Linksruck“ hervorgegangene Netzwerk „marx21“, die deutsche Sektion des internationalen trotzkistischen Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST), hat sich seinen heilbringenden Propheten sogar zum Namenspatron der Plattform gewählt.⁴⁰

gust/browse/1/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-2/artikel/liebe-genossinnen-und-genossen-33.

³⁷ Vgl. Eberhard Czichon / Heinz Marohn, Thälmann. Ein Report, Berlin 2010.

³⁸ Vgl. Esme Choonara, Trotsky's Socialism, in:
<http://www.socialistworker.co.uk/art.php?id=22139>.

³⁹ Vgl. Rudolf Dix, Ein genialer Plan für die proletarische Revolution. Vor 90 Jahren: Lenins Aprilthesen, in: RotFuchs. Tribüne für die Kommunisten und Sozialisten in Deutschland 111 (2007), S. 3.

⁴⁰ Vgl. <http://www.marx21.de>.

Besonders plastisch treten diese Huldigungstendenzen bei der alljährlich im Januar stattfindenden Kranzniederlegung zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde zu Tage. Die Veranstaltung erinnert an die Ermordung der beiden kommunistischen Führungsfiguren durch Freikorpsoldaten während der Januar-Unruhen 1919. In den Gedenkreden werden die beiden Mordopfer zu Märtyrern stilisiert, die für ihre Überzeugungen gestorben sind. Bis heute zieht diese Gedenkveranstaltung, die eine der zentralen gedächtnispolitischen Inszenierungen des SED-Staates war, mehrere tausend Menschen an. Insbesondere zum 90. Jahrestag, der in das erinnerungspolitisch mehr als überfrachtete Jahr 2009 fiel, gedachten hier über 20.000 Menschen der beiden sozialistischen Märtyrerfiguren.⁴¹

Neben diesen performativen Parallelen zur Verehrung verstorbener Heiliger, wie man sie sonst nur aus dem religionssoziologischen Kontext kennt, weist auch die Rhetorik, derer sich Linksextremisten bedienen, eine signifikante Ähnlichkeit zu klassischer, religiöser Semantik auf. Linksextremistische Autoren spielen mitunter bewusst mit religiösen Metaphern zur Untermauerung ihrer Theorien. Der Vorsitzende der maoistisch orientierten MLPD Stefan Engel kritisiert in seinem 2003 erschienenen Buch die vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush proklamierte Weltordnung als verfehlt. Mit ihr würden jedoch zugleich auch alle materiellen Vorbedingungen für eine internationale sozialistische Revolution reifen. Mit dem Buchtitel „Götterdämmerung über der ‚neuen Weltordnung‘“ greift Engel Anleihen aus der germanischen Mythologie auf.⁴² Die Götterdämmerung beschreibt eine Vision des Weltuntergangs, bei der ausgediente Gottheiten hinweggefegt und in der durch einen reinigenden Akt der Weg in eine durch neue Paradigmen bestimmte paradiesische Zukunft gewiesen wird. Dergleichen für den säkularen Zeitgenossen eigentlich hoffnungslos überzeichnete Weltuntergangsszenarien dienen zur Untermauerung und Publizitätserweiterung der eigenen Thesen.

Ein weiteres Beispiel findet sich in dem bereits zitierten DKP-Parteiprogramm von 2006. Der fünfte von sechs Teilen beschäftigt sich

⁴¹ Vgl. hierzu auch Alexander Gallus, Dokumentation 2008, in: Uwe Backes / Alexander Gallus / Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 132-144, hier S. 136-144.

⁴² Vgl. Stefan Engel, „Götterdämmerung“ über der neuen Weltordnung, Gelsenkirchen 2003.

mit den „*Kräften* des Widerstands und des Fortschritts“. ⁴³ Die Vokabel „*Kräfte*“, die sich wie ein roter Faden durch das gesamte Programm zieht, verweist auf historische subkutan wirkende Prozesse, die zunächst einmal entpersonalisiert wirken, dann allerdings mit konkreten Personengruppen identifiziert werden: die Arbeiterklasse, die Einheitsgewerkschaft oder das sozialistische Kuba stehen auf der einen, die transnationalen Konzerne oder die SPD auf der anderen Seite. Hinter diesem Einteilungsschema der DKP steht nichts anderes als eine säkularisierte Vorstellung religiös-chiliasischer Gedankenelemente. Es wird manichäisch von einem Gegenüber der Kräfte des Guten und des Bösen ausgegangen, die im Verborgenen der Geschichte wirken. Ausgehend von dieser Prämisse liegt die für monistisches Denken charakteristische Schlussfolgerung zur Beförderung des historischen Fortschritts auf der Hand: Man muss den guten Kräften zum Sieg zu verhelfen. Der Sozialismus wird nach wie vor als „historische Notwendigkeit“ ⁴⁴ vorgestellt. Damit wird die sozialistische Utopie ontologisch und epistemologisch in den Rang einer überzeitlichen Wahrheit erhoben.

Wenn die „Sozialistische Linke“ (SL), eine vom Verfassungsschutz beobachtete Plattform unter dem Dach der Partei „Die Linke“, in ihrer Einladung zur jährlichen Sommerakademie im Juni 2009 nach Bielefeld mit Blick auf die Wirtschaftskrise in leichter Abwandlung einer Zeile aus der „Internationalen“ schreibt: „Denn uns von dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun“ ⁴⁵, so könnte dieser Satz auch jeder beliebigen Sonntagspredigt entnommen sein. Es wird hier entsprechend der Dogmen des marxistisch-leninistischen Gedankensystems zwar keine transzendente Instanz im Sinne einer omnipotenten Gottesperson angerufen. Aber auch mit dem Appell an die revolutionären Energien des sozialistischen Menschen bleibt die Erlösungsrhetorik strukturell die Gleiche.

Ähnlich gelagert ist auch die Metaphorik der „Interventionistischen Linken“ (IL), die eher dem autonomen und anarchistischen Spektrum und nicht in erster Linie den marxistisch-leninistischen Strömungen zuzurech-

⁴³ Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands (Anm. 35), (Hervorhebung M. B.).

⁴⁴ Björn Blach, Was macht eigentlich die Partei in der Krise?, in: Theorie und Praxis aus marxistischer Sicht 18 (2009), S. 3-4, hier S. 4.

⁴⁵ Einladungsschreiben zur Sommerakademie 2009 der Sozialistischen Linken, in: <http://www.sozialistische-Linke.de/veranstaltungen/sommerakademie/sommerakademie-2009>

nen ist. In ihrer Einladungsschrift „An die Linke von Heiligendamm“ zum so genannten „Antikapitalistischen Ratschlag“, zu dem sich Anfang Januar 2009 ca. 300 Linksextremisten in Frankfurt am Main einfanden, ist von der „apokalyptischen Stimmung“ des Kapitalismus und dessen Überwindung hin zu einem „kommunistischen Danach“ die Rede.⁴⁶ Auch hier werden mit endzeitlicher Rhetorik unverkennbar ein apokalyptisches Szenario und ein kathartisches Moment beschworen.

Aber nicht nur in den Verehrungsmechanismen und in der Semantik lassen sich religionsähnliche Züge in linksextremistischen Tendenzen nachweisen. Konkret virulent werden sie auch in den gewalttätigen Aktionen der Extremisten. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten ist 2009 mit 1.115 registrierten Delikten gegenüber 2008 (701) mit einem Zuwachs von immerhin 59,1 Prozent deutlich angestiegen. Für diese Gewalttaten zeichnen in erster Linie anarchistische Autonome verantwortlich.⁴⁷ Dass gewaltbereite Gruppierungen bei Gegenprotesten zu Veranstaltungen wie dem G 8-Gipfel die strafrechtliche Verfolgung billigend in Kauf nehmen und oftmals die eigene Gesundheit riskieren, ist erklärungsbedürftig. Man kann sich nicht damit begnügen, den Aktionisten eine ebenso naive wie dumpfe und primitive Rauflust zu unterstellen. Diese Begründung mag allenfalls auf Teile von linksextremistischen Demonstranten zutreffen. Wahrscheinlicher wird man allerdings für die meisten Unruhestifter eine tief empfundene, beinahe aufopferungsvolle Überzeugungstäterschaft annehmen müssen, die in dieser Intensität mitunter stark an religiösen Fanatismus erinnert. Es gilt hier zu differenzieren zwischen einer latenten Opferbereitschaft, die sich situativ und eruptiv zumeist am Rande von Demonstrationen entlädt und einem fundamentalen Aufopferungswillen, der sich in der gezielten und von langer Hand geplanten Vorbereitung von Brandanschlägen ausdrückt. Als Beispiel hierfür können die Anschläge der „militante gruppe (mg)“ zwischen 2001 und 2009 gelten.⁴⁸

Im Übrigen müssten pazifistische Einstellungen ja ebenfalls zum Wertekorsett einer idealistischen Linken Überzeugung gehören. Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen pazifistischer Grundüberzeugung in der Theo-

⁴⁶ Vgl. An die Linke von Heiligendamm. Einladung zum Antikapitalistischen Ratschlag am 25.1.2009 in Frankfurt a. M., zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009 (Pressefassung), Berlin 2010, S. 134.

⁴⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 45), S. 37.

⁴⁸ Die „militante gruppe (mg)“ erklärte im Sommer 2009 ihre Selbstaflösung. Vgl. radikal 161 (2009), S. 32f.

rie und gewaltsamen Anschlägen, bei denen auch die Verletzung Unbeteiligter in Kauf genommen wird, in der Praxis? Es handelt es sich hierbei um einen Wertekonflikt, der auf eine Weise gelöst wird, die religiösen Rechtfertigungsszenarien in erstaunlicher Weise gleicht. Als Beispiel soll hier die Rechtfertigung revolutionärer Gewalt der Gruppe „Avanti“, einer Untersektion der „Interventionistischen Linken (IL)“ vom Januar 2010 angeführt werden: „Kann revolutionäre Gewalt gerechtfertigt sein? Sicher ist, dass wir die Gewalt zunächst zutiefst ablehnen. Gewalt verhilft dem Recht des Stärkeren zur Durchsetzung und ist damit Teil des gesellschaftlichen Zustandes, den wir überwinden wollen.“⁴⁹

Es hat also zunächst den Anschein, als würde die prinzipielle Ablehnung von Gewalt nachdrücklich betont. Bei genauerem Hinsehen erweist sich dies jedoch lediglich als vorgeschobene Schutzbehauptung. Als Grund für die Illegitimität der Gewalt wird angegeben, dass es sich um einen konstitutiven Bestandteil der gegnerischen Gesellschaftskonzeption handle. Diese im Grunde recht deutlich und kompromisslos formulierte Prämisse wird bereits im nächsten Satz aufgeweicht. Revolutionäre hätten dennoch in vielen historischen Situationen, in denen dies richtig und notwendig gewesen sei, immer wieder zum Mittel der Gewalt gegriffen. Es werden hier einmal mehr historische Vorbilder bemüht, um heutiges Denken zu orientieren und aktuelles Handeln zu rechtfertigen. Daher, so heißt es weiter, sei man zu der Überzeugung gelangt, „dass die Entscheidung zum Einsatz revolutionärer Gewalt sehr genau abgewogen werden muss und nur als letztes Mittel gelten kann.“⁵⁰ Auf diese Weise wird aus einem prinzipiellen Gewaltverbot ein ebenso elementares Gewaltgebot. Die differenzierende Einschränkung soll durch die *ultima-ratio*-Argumentation den Anschein eines solide abwägenden Urteils erwecken. Es handelt sich hierbei um kaum mehr als eine vorgeschobene Gewissensberuhigung. Wie eingangs dargelegt, neigen extremistische Ideologien dazu, gedankliche Widersprüche und Brüche in ein vorgebliches System des „korrekten Denkens“ einzuordnen. Die soeben dekonstruierte Rechtfertigung von Gewalt ist ein Beispiel für eine solch krude Argumentationslogik.

Sie wird manchmal noch weiter auf die Spitze getrieben. In Publikationen, die zu Brandanschlägen auf Bundeswehrfahrzeuge aufrufen, findet sich folgende Rechtfertigung: Man dürfe die Schuld nicht den gewaltbereiten

⁴⁹ Vgl. Grundsatzpapier von „AVANTI – Projekt undogmatische Linke“, in: <http://www.avanti-projekt.de/avanti/grundsatzpapier>

⁵⁰ Ebenda.

Einzel Tätern geben, sondern die Verantwortung trügen diejenigen, die die Voraussetzungen für Krieg und Gewalt als konstitutivem Bestandteil des kapitalistischen Systems selbst schufen: „Um menschenverachtendes Kriegsgerät unbrauchbar zu machen, haben wir es einfach angezündet.“⁵¹ Die Anwendung von Gewalt dient in dieser Optik dem höheren Ziel der Abschaffung von Gewalt auf lange Sicht. Mit dergleichen Aktionen verbundene Risiken geht nur ein, wer absolut und bedingungslos von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit seines Tuns überzeugt ist. Das im Kern eigentlich für unwürdig und inakzeptabel befundene Mittel der Gewalt wird hier im Dienste moralisch höherer Ziele gleichsam vom Kopf auf die Füße gestellt, indem es plötzlich als ethisch notwendig gerechtfertigt wird. Diese Form der Güterabwägung zugunsten einer tiefer liegenden Wahrheit bzw. zugunsten eines erstrebenswerten Zustandes in der Zukunft ist ein strukturell ähnlicher Gedankengang, mit dem auch religiöse Eiferer ihre Gewalttaten rechtfertigen: Man denke nur an die christlichen Kreuzzüge des Mittelalters oder den fundamentalen Islamismus von Al Qaida.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Bei den im Vorangegangenen genannten Beispielen kann es sich natürlich nur um das Aufzeigen von Perspektiven handeln, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben können und auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind. Allerdings konnten einige anschlussfähige Eckpunkte herausgearbeitet werden, die in einer ausführlichen Studie noch systematisiert und zu einem kohärenten Forschungsprogramm operationalisiert werden müssten.

Dennoch lassen sie erkennen, wie sinnvoll es ist, nach religionsähnlichen Zügen in aktuellen linksextremistischen Bestrebungen zu fahnden. Hier sind vor allem drei Aspekte zu nennen:

Erstens vermag die gewählte Beobachtungsperspektive die Gefährlichkeit linksextremistischer Bestrebungen eindrucksvoll zu veranschaulichen. Es lässt sich einleuchtend illustrieren, welche verführerische Macht extremistische Ideen auf den Einzelnen ausüben können und warum er seine persönliche Biografie und seine körperliche Gesundheit so aufopferungsvoll und bedingungslos in den Dienst politischer Ziele stellt. In dieser Hinsicht

⁵¹ INTERIM 690 (2009), S. 32, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 35), S. 134.

war das originäre Konzept der „politischen Religion“ ja bereits zur Erforschung der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts sehr aussagekräftig.

Zweitens ist es in der vergleichenden Betrachtung mit klassischen Religionen besser möglich, linksextremistisches, ideologiegeleitetes Handeln deutlich von aufgeklärten Praktiken der Religionsausübung abzugrenzen. In der offenen Gesellschaft ist es für liberale religiöse Menschen heute problemlos möglich, ihren Glauben zu praktizieren. Umgekehrt toleriert der säkulare Staat die religiösen Überzeugungen seiner Bürger und er tut gut daran, diese als wichtige moralische Ressource des pluralistischen Gemeinwesens zu verstehen.⁵² Dieses im Grunde harmonische wechselseitige Zusammenspiel, von dem beide Seiten profitieren, ist mit ideologiegeleiteten Dogmatikern nicht möglich. Es sollte nicht vergessen werden, dass, auch wenn so manche linksextremistische Bewegung gerne das Attribut „undogmatisch“ in den Namen aufnimmt, sich darunter zumeist umso wahrscheinlicher dogmatische Überzeugungstäterschaft verbirgt. Jacob Talmon begegnete wie oben angedeutet bereits in den 1950er Jahren dem Blasphemievorwurf an das tradierte Konzept der „politischen Religion“ mit der Entgegnung, dass man nur in der vergleichenden Betrachtung die Unterschiede zwischen Pseudo-Religionen und echten Religionen deutlich machen könne. Diese Erkenntnis lässt sich auf aktuelle linksextremistische Tendenzen übertragen und in der beschriebenen Weise demokratietheoretisch fruchtbar machen.

Drittens wirkt der Blick auf religionsimitierende Züge in linksextremistischen Bewegungen auch ungemein entlarvend: Wie im zweiten Kapitel näher ausgeführt, liegt dem Marxismus eine ausgesprochen religionsfeindliche Haltung zu Grunde. Eingefleischte Materialisten geben sich bis heute entweder dezidiert antichristlich oder weigern sich schlicht, Gott überhaupt zum Gegenstand der Diskussion zu machen.⁵³ Gerade diejenigen, für die eine anti-religiöse Einstellung zumindest vordergründig eine wichtige Prämisse ihres politischen Handelns ist, bedienen sich der gleichen Ausdrucksformen und Rechtfertigungsszenarien, die sie als „Opium des Vol-

⁵² Vgl. dazu Jürgen Habermas, Religion in der Öffentlichkeit. Kognitive Voraussetzungen für den „öffentlichen Vernunftgebrauch“ religiöser und säkularer Bürger, in: Jürgen Habermas, Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt a. M. 2005, S. 119-154.

⁵³ Vgl. Hans Lutter, Wie sollte ein Marxist mit einem Christen umgehen, in: Rot-Fuchs. Tribüne für die Kommunisten und Sozialisten in Deutschland Extra 119 (2007), S. I-II.

kes“ verurteilen und die sie verächtlich als „Seufzer der bedrängten Kreatur“ interpretieren. Wenn es gelingt, diesen performativen Selbstwiderspruch deutlich zu machen, eröffnet sich auch eine Perspektive für die historisch-politische Bildung und die Abwehr extremistischen Gedankenguts. Extremisten können mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden.

Insofern erscheint es in der künftigen Extremismusforschung in der Tat angebracht, sich vom Konzept der „politischen Religion“ anregen zu lassen. Das methodische Instrumentarium, wie es in der vergleichenden Diktaturforschung zur Anwendung gekommen ist, müsste natürlich weiterentwickelt, modifiziert und auf den jeweiligen Untersuchungsgegenstand zugeschnitten werden. Es erschließt sich ein Feld, das genügend Potential bietet, um bessere Rückschlüsse in Bezug auf den Übergang von der weltanschaulichen Idee zum politischen Handeln ziehen zu können.

Systemwechsel aus der Opposition?

Die programmatische Entwicklung der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ bzw. „Die Linke“ von 1990 bis 2011

Viola Neu

1. Einleitung und Fragestellung

„Sobald ein Programm überarbeitet wird, beginnt zuverlässig ein lang anhaltender Grundsatzstreit um Grundsatzfragen, der erst endet, wenn das neue Programm angenommen ist und ab da niemanden mehr interessiert“¹, witzelte Christine Ostrowski, die dem sächsischen Reformerlager der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) angehörte. Und in der Tat ist die PDS/Linke Rekordhalter, was die Anzahl der Grundsatzprogramme der Partei seit 1990 anbelangt. Immerhin formulierte sie 2011 ihr fünftes Programm, während die anderen Bundestagsparteien zwei (im Falle der SPD, CDU und CSU) oder gar nur ein Programm (Grüne, FDP) in dieser Zeitspanne beschlossen haben. Das erste Grundsatzprogramm der PDS wurde 1990 in der turbulenten Vorbereitungsphase der Volkskammerwahl formuliert. Aufgrund seines wenig stringenten Charakters war sich die Partei von Anfang an darüber bewusst, dass es nur ein Programm des Übergangs sei. Obwohl dem 1993er Programm eigentlich längere Zukunft beschieden sein sollte, war das Unbehagen bereits unmittelbar nach der Verabschiedung groß, so dass sich schon Mitte der 1990er Jahre Überlegungen für ein neues Programm breit machten. 2003 beschloss die Partei ihr drittes Programm. Hätte man erwartet, dass der Zusammenschluss von „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) und PDS zur Linken rasch zu einer programmatischen Neuausrichtung führen würde, wäre man enttäuscht worden. Zur Fusion 2007 einigten sich die beiden Partner lediglich auf „Programmatische Eckpunkte“, denen nur ein Übergangscharakter attestiert wurde, um dann schließlich 2011 das programmatische Zusammenwachsen der beiden Parteien tatsächlich zu vollziehen.

Sieht man von strategischen Fragen ab, geben sich Parteien normalerweise dann ein neues Programm, wenn sie das Gefühl haben, auf neue Herausforderungen und Fragestellungen sowie gesellschaftliche Wandlungsprozesse keine zutreffenden Antworten mehr geben zu können. Bei der

¹ Christine Ostrowski, Osis PDS-Gesetze. Warum auch in der PDS alles schief geht, Dresden 2001, S. 36.

PDS/Linken steht hingegen die Selbstverortung im utopisch-ideologisch-theoretischen Gesamtkonzept im Mittelpunkt. Die Politikfelder, neu hinzukommende Fragestellungen und Problemlagen werden so lange gestreckt oder gekürzt, bis sie mit sozialistischen Weltanschauungen konform gehen. „In den programmatischen Debatten ging es immer um die Trias von Identität, Integration in die für die Partei neue Ordnung der Bundesrepublik und zugleich um Abgrenzung von dieser, um sie zu verändern und den Kapitalismus beziehungsweise die Marktwirtschaft durch den Sozialismus zu ersetzen“², schreibt der Politikwissenschaftler Sebastian Prinz. Der Reflexionsprozess ist dabei ein kontinuierlicher, was zur Folge hat, dass nach dem Grundsatzprogramm gleichzeitig vor dem Grundsatzprogramm ist und die Phase dazwischen mit Konferenzen, Tagungen, Entwürfen, Gegenentwürfen, Kommentaren, kurzum, einer Unmenge an Papier gefüllt wird.

Die Gretchenfrage der Linken bleibt dabei über die Jahrzehnte die gleiche: „Genosse, wie hältst du es mit der Revolution?“ Alle Konflikte und Widersprüche der Partei lassen sich auf diese zentrale Konfliktlinie reduzieren: die Reform- vs. Revolutionskontroverse, die so alt ist wie sozialistische Parteien.³ Diejenigen, die dem Revolutionslager angehören, verneinen grundsätzlich eine Veränderbarkeit der „kapitalistischen“ Gesellschaften und der politischen Systeme. Der Sozialismus ist nur durch die Beseitigung kapitalistischer Gesellschaften zu erreichen. Die Reformer sehen hingegen im Kapitalismus Entwicklungspotenziale und setzen auf eine schrittweise Veränderung, die schließlich in der Überwindung des Kapitalismus mündet. Bereits früh haben sich für die Flügelcharakterisierung innerhalb der PDS die Begriffe „Reformer“ und „Orthodoxe“⁴ etabliert. Die Analogie zu den Grünen ist unübersehbar, deren Hauptrichtungen als Realos und Fundis charakterisiert wurden. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine grobe Vereinfachung, welche die ausdifferenzierten Lager, Strömungen und individuellen weltanschaulichen Verortungen nur unzureichend widerspiegelt. Doch sind die Begriffe gleichermaßen kategorial ge-

² Sebastian Prinz, Die programmatische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010, S. 14.

³ Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist dies für Linke Bewegungen die zentrale Scheidelinie, wie sie paradigmatisch von Karl Kautsky (Revolution) und Eduard Bernstein (Reform) diskutiert wurde. Allerdings bleibt hier der Revolutions-Begriff diffus, mit den späteren Leninschen Vorstellungen hat er kaum etwas gemein.

⁴ Vgl. Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003.

eignet, die Grundwidersprüche zu kennzeichnen, so dass sie auch in diese Analyse einfließen. Denn ein Reformier, Pragmatiker oder ein undogmatischer Linker wird sich nicht auf der Seite der Orthodoxen und Traditionalisten verorten lassen und umgekehrt.

Eine Analyse von Parteiprogrammen kann zwei Wegen folgen: Zum einen lassen sich einzelne politische Forderungen auf deren Durchsetzbarkeit und politische Wünschbarkeit prüfen. Die politische Auseinandersetzung um konkrete Lösungsvorschläge ist im politischen Raum zu leisten. Diese Analyse liefert hierzu keinen Beitrag. Die originär politischen Forderungen der PDS/Linken verstoßen meist nicht gegen die Grundsätze der Demokratie (für den politischen Generalstreik und entschädigungslose Enteignungen trifft dies nicht zu). Wer zum Beispiel den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors fordert, Gemeinschaftsschulen oder eine Ausweitung des Sozialstaates intendiert, verstößt in keiner Weise gegen die Ordnung des Grundgesetzes. Alle diese Forderungen ließen sich im Rahmen der „bürgerlichen“ Demokratie verwirklichen, entsprechende Mehrheiten vorausgesetzt.

Daher könnte es Verwunderung auslösen, wenn die PDS/Linke ihre politischen Vorschläge immer mit einem Systemwechsel in Verbindung bringt, für den eigentlich keine Notwendigkeit bestünde, wenn sie – wie allen anderen Parteien auch – lediglich Politik gestalten möchte. Hieran sind jedoch, wie die Analyse zeigt, ernsthafte Zweifel anzumelden. Es wäre oberflächlich, würde man wortgleiche Forderungen der PDS/Linken auch von der politischen Reichweite mit vergleichbaren Aussagen sozialdemokratischer, grüner, liberaler oder christdemokratischer Politik gleichsetzen. Denn für die Partei dienen politische Forderungen lediglich einem Etappenziel, wie es Sahra Wagenknecht formuliert: „Utopisch ist es, unter heutigen Bedingungen immer noch zu glauben, durch ein paar bessere Regeln ließe sich die Deutsche Bank zum Mittelstandförderer und Eon zum Vorkämpfer einer solaren Energiewende machen. Das spricht nicht dagegen, für Regeln zu kämpfen, solange man für weitergehende Forderungen keine gesellschaftliche Machtbasis hat“.⁵ Diese Analyse beschäftigt sich mit den programmatischen Hauptzielen und dem ideologischen Wandel der Partei.

⁵ Sahra Wagenknecht, Ein paar bessere Regeln reichen nicht, in: Neues Deutschland vom 4. Oktober 2010.

2. Das erste PDS-Programm von 1990

Als sich die PDS ihr erstes Programm⁶ gab, war sie in einer desolaten Lage. Den drohenden Untergang der DDR vor Augen, ohne Eingriffsmöglichkeiten und ohne die Chance, die alte Macht zu restaurieren, konnte sie nur versuchen, sich zu behaupten und ihren noch verbliebenen Mitgliedern eine Perspektive zu eröffnen. Gleichmaßen musste sie sich von der SED und der DDR distanzieren, ohne wiederum die staatsnahe Klientel zu sehr zu verschrecken. Dass allein aufgrund des engen zeitlichen Rahmens kein innerparteilicher Diskussionsprozess stattgefunden haben konnte, liegt auf der Hand. Gleichmaßen erklärt dies auch die ideologischen Brüche und Versatzstücke innerhalb des Programms.

Hauptanliegen war die Rettung der Utopie des Sozialismus, die „durch den administrativ-zentralistischen Sozialismus in den Schmutz gezogen“⁷ worden sei, aber „es bleibt doch auch die Tatsache, dass die sozialistische Ursprungsidee nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat“⁸, heißt es gleich zu Anfang.

Interessanterweise findet sich schon in dem Programm nicht mehr die Formulierung, dass man mit dem „Stalinismus als System“ brechen würde, wie es Michael Schumann noch auf dem letzten und außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 formuliert hatte. Das Programm endet mit der Formel vom „demokratischen Sozialismus als Bestandteil des Menschheitsfortschritts“⁹, welchen man anstrebe. Dazwischen finden sich vor allem Überlegungen, was man von der DDR alles zu retten gedenke, darunter Antifaschismus, die Bodenreform sowie umfassende soziale Sicherungen.¹⁰

Die Hoffnungen auf eine wie auch immer geartete Restauration des Sozialismus in den Farben der DDR war angesichts der Umfragen im Frühjahr nicht völlig ohne Aussicht auf Erfolg. Machtstrategisch strebte die PDS vorsorglich ein „partnerschaftliches Verhältnis zur Sozialdemokratie“¹¹ an.

⁶ Der Programmparteitag fand vom 24.-25. Februar 1990 statt und verabschiedete das Wahlprogramm für die Volkskammerwahl, das Grundsatzprogramm und das Statut der Partei.

⁷ Programm 1990, in: Wahlparteitag, PDS, progressiv- produktiv – pro DDR, Berlin 1990, S. 88.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda, S. 108.

¹⁰ Ebenda, S. 89.

¹¹ Vgl. ebenda, S. 91.

Erst mit dem Sieg der „Allianz für Deutschland“ bei der Volkskammerwahl im März 1990 musste die Partei sich neu orientieren.

Im ersten Programm gab sich die PDS noch nicht als absolut antikapitalistische Partei. Sie sprach davon, dass der „Kapitalismus wirtschaftlich effizient“ sei und zudem die „Weltzivilisation bereichert“¹² habe. Man würde daher für „eine Marktwirtschaft“¹³ eintreten, in der jeder sein „Lebensniveau sowie seine berufliche und soziale Position durch Leistung“¹⁴ selbst bestimmen kann. „Wirtschaftsliberale“ Überlegungen flossen jedoch nur in das erste Programm ein. Im Laufe der folgenden Jahre entwickelte sich der Antikapitalismus zum innerparteilichen Bindeglied zu Lasten einer konkreten Ausgestaltung der Utopie des Sozialismus, die bis heute in den Programmen erstaunlich vage daher kommt. Dies ist aber nicht verwunderlich, da sich auch bei Karl Marx hierüber wenig Genaueres finden lässt.

Bereits 1990 stellte sich die Partei in die „revolutionären und demokratischen Traditionen des deutschen Volkes“ und des „Antifaschismus“.¹⁵

3. Das Programm von 1993

Von Anfang an war allen Beteiligten bewusst, dass das erste Parteiprogramm lediglich einen Übergangscharakter hatte. Bereits ein Jahr später gab es schon die ersten Überlegungen für ein neues Grundsatzzprogramm. Mit dem Einsetzen einer Grundsatzkommission 1991 begann der Machtkampf über die politische Deutungshoheit. Im 1993¹⁶ verabschiedeten Programm findet sich das zentrale Koordinatensystem der Partei. Alle Konflikte sowie alle konkurrierenden Antworten sind benannt. Daher dürfte dieses Programm das wichtigste Programm zum Verständnis der Partei darstellen.

André Brie, einer der einflussreichsten Köpfe des Reformerslagers, brachte die beiden Kernlinien, entlang derer der Streit zwischen den Reformern und Orthodoxen verläuft, auf einen klaren Nenner : „Auf der einen Seite stehen die Vorstellungen, mit dem Ringen um neue gesellschaftliche Mehrheiten und die Institutionalisierung von demokratischen Gegenmäch-

¹² Ebenda, S. 88.

¹³ Ebenda, S. 92.

¹⁴ Ebenda, S. 93.

¹⁵ Ebenda, S. 90.

¹⁶ Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. – 31. Januar 1993 in Berlin.

ten die kapitalistische Gesellschaft schrittweise zu verändern mit dem Ziel, die Dominanz von Kapital, Kapitalverwertung, Profitstreben und Markt zu brechen und damit ihren kapitalistischen Charakter zu überwinden. Auf der anderen Seite wird davon ausgegangen, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht in ihren Wesenszügen sozial, ökologisch und demokratisch veränderbar ist, sondern alles Reformpotenzial systemimmanent kanalisiert und damit die angestrebten Veränderungen zur Verlängerung kapitalistischer Herrschaft beitragen, die unter heutigen Bedingungen Menschheit, Menschsein und Umwelt mit dramatischem Tempo und Ausmaß zugrunde richtet.“ Widerstandskultur und Gegengesellschaft werden als Hauptweg angesehen, um „systemüberwindende“ Potenziale zu schaffen.“¹⁷ Kurzum, es geht nur um die Frage, wie der Sozialismus restauriert werden kann.

Dieser Dualismus prägt letztlich alle innerparteilichen Debatten bis heute. Die einen glauben, über Reformen innerhalb der parlamentarischen Demokratie, diese so weit schwächen zu können, dass sie überwunden wird, die anderen hoffen auf den Aufbau von „Gegenmächten“, die durch ihren Widerstand eine (revolutionäre) Überwindung ermöglichen. Versuche innerhalb des Systems den Sozialismus einzuführen, werden misstrauisch beäugt, da man befürchtet, die Genossen könnten korrumpiert werden und das „große Ziel“ aus den Augen verlieren. Der Konsens aller mündet immer in der Abschaffung der Mehrheits-Demokratie.

Seit 1993 findet sich die klassische marxistische Gesellschaftsanalyse in allen Programmen wieder, aber auch sozialdemokratische Argumentationsmuster. Dies verdeutlicht, dass die Programme Kompromisse zwischen den Lagern sind, teilweise in kryptischer Parteisprache formuliert, die weniger der politischen Orientierung der Wähler denn der Integration der gegensätzlichen Vorstellungswelten der Mitglieder dienen.

Im Programm von 1993 werden die zentralen ideologischen Klammern der Partei definiert: Antifaschismus, Antikapitalismus und Antimilitarismus. Ziel ist es, die bürgerliche Demokratie (die letztlich mit dem Kapitalismus¹⁸ identisch ist), zu „überwinden“ und ein sozialistisches System zu installieren. Dabei hat sich die Partei im Programm für ein Nebeneinander unterschiedlicher strategischer Ansätze entschieden: sowohl Reform als

¹⁷ Zitiert nach S. Prinz (Anm. 2), S. 77 f.

¹⁸ Kapitalismus ist die Chiffre der kommunistischen Bewegung für bürgerliche, parlamentarische Demokratie.

auch Umsturz. So heißt es etwa: „Die PDS will Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus allen gesellschaftlichen Schichten gewinnen, die den Willen haben, zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“¹⁹ Der Dualismus von Reform und Revolution spiegelt sich auch in einer anderen Formulierung wider, wo die Partei den „außerparlamentarischen Kampf“²⁰ für entscheidend erklärt, aber auch gleichermaßen signalisiert, sie sei „bereit, politische Verantwortung für radikale gesellschaftliche und ökologische Veränderungen zu übernehmen“²¹.

Die Analyse des „Kapitalismus“ folgt dabei klassischen Mustern, nur dass auf die Annahme historischer Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verzichtet wird. Die „Herrschaft des Kapitals“²² müsse überwunden werden, sonst drohe der Menschheit nicht weniger als die „Strafe ihres Untergangs“²³ heißt es apodiktisch. An allen Problemen (erwähnt werden Katastrophen, Krisen, Zerstörungen) der Menschheit sei zudem ausschließlich der „ausbeuterische“²⁴ Kapitalismus aufgrund seiner „Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise“²⁵ verantwortlich. Dies wolle man „demokratisch überwinden“²⁶. Interessant ist, dass die PDS den Begriff „demokratisch“ geradezu inflationär benutzt. Vor allem die Wirtschaft sei „demokratisch zu steuern und zu kontrollieren insbesondere sei eine aktive Industrie-, Struktur-, Regional- und Beschäftigungspolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zugunsten sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsziele zu betreiben“²⁷. Zudem wolle man die „Dominanz des privatwirtschaftlichen Eigentums“²⁸ überwinden, man wis-

¹⁹ Programm 1993, in: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, o. O., o. J., S. 34.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 3.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda, S. 5.

²⁵ Ebenda, S. 6.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda, S. 22.

²⁸ Ebenda, S. 12.

se nur noch nicht, ob die Verfügungsgewalt über Eigentum entzogen werden soll oder ob man die „Umwandlung in Gemeineigentum, insbesondere in gesamtgesellschaftliches Eigentum“²⁹ anstrebe. Eine „demokratische“ Steuerung und Lenkung der Wirtschaft sowie Enteignungen³⁰ setzt jedoch einen totalitären Staat voraus. Einer Demokratie ist dies verwehrt, da die Grund- und Menschenrechte jegliche freie Betätigung beinhalten und somit auch wirtschaftliche Freiheit, die durch eine – wie auch immer geartete Steuerung, Kontrolle, Lenkung – nicht angetastet werden kann.

Dass der im Programm formulierte Sozialismus, der als Ziel, Bewegung und Wertesystem definiert wird, Demokratie und Menschenrechte verletzt, wurde in der Partei nicht reflektiert. Die PDS überhöht Gleichheitsrechte und vernachlässigt Freiheitsrechte, da sie diese lediglich in Abhängigkeit und als Folge von der sozialen Lage interpretiert. In der Kritik am „realen Sozialismus“ zeigt sich, dass die Partei kollektive Rechte über individuelle stellt. Ein Beispiel hierzu: „Eine überzeugende alternative gesellschaftliche Produktions- und Lebensweise mit dem Ziel solidarischer Individualitätsentfaltung und im Einklang mit der Natur wurde nicht geschaffen“.³¹ Das Leitbild einer – wie auch immer gearteten - „solidarische(n) Individualitätsentfaltung“ widerspricht dem demokratischen Grundgedanken des eigenständig und frei entscheidenden Menschen, dessen Handlungsfreiheit nur dort Schranken findet, wo sie die Handlungsfreiheit und Menschenwürde anderer beeinträchtigt. Ein Staat, der das Ziel einer „solidarischen Individualitätsentfaltung“ verfolgt, ist ein totalitärer, da er nur die Betätigungsfelder zulässt, die diesem Ziel dienen. Dies setzt voraus, dass der Staat dem Handeln seiner Bürger nicht neutral gegenübersteht und ein Allgemeinwohl definiert, dem sich alle zu unterwerfen haben. Es verwundert nicht, dass die Partei „private Nischen in der Massengesellschaft“ ablehnt und sich für „Individualität und Gemeinschaftlichkeit“³² ausspricht. Die begründet sie damit, dass man hierdurch die „Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“³³ erreichen würde. Der Gegensatz von „privat“ und „individuell“ macht nur Sinn, wenn man ein totalitäres Staatsverständnis voraussetzt und dem Einzelnen keine Wahlfreiheit einräumt.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Enteignungen sind in Demokratien möglich, aber nur mit angemessener Entschädigung, was die PDS sowie die Linke großzügig ignoriert.

³¹ Programm 1993 (Anm. 19), S.10.

³² Ebenda, S. 11.

³³ Ebenda.

Die Reminiszenzen an den untergegangenen Sozialismus sind reichhaltig, und durch die Hintertür kehrt die DDR als politisches Leitbild zurück: „Unsere heutige Kritik am sozialistischen Versuch läuft weder auf Abwertung der vergangenen gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf Ablehnung oder auf Nichtachtung des persönlichen Einsatzes ... hinaus“³⁴. Die PDS räumt zwar ein, es habe „Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen“³⁵ gegeben, an der grundsätzlichen „Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung“³⁶ gibt es keine Zweifel. Als Bewahrer des Erbes der DDR setzt sie sich dafür ein, in der DDR begangenes Unrecht zu erhalten. Besonders augenfällig wird dies im Bereich „Rückgabe vor Entschädigung“³⁷, wo sich die PDS sowohl gegen Rückgabe als auch gegen Entschädigung des von der DDR enteigneten Besitzes ausspricht, aber ebenfalls dafür plädiert, dass „Renten-, Eigentums- und Nutzungsansprüche aus der DDR“³⁸ gewährleistet sein müssten.

Auch das Festhalten an der Antifaschismus-Doktrin verdeutlicht, dass die Partei in alten sozialistischen Denkmustern verhaftet ist. Statt über Demokratie und Diktatur zu reflektieren oder die Frage zu stellen, warum ihr „Sozialismus“ nur als Diktatur etabliert werden konnte, hält sie daran fest, dass die „antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten“ in „berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland standen, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war“.³⁹ Damit legitimiert der „Antifaschismus“ einerseits eine Diktatur, während andererseits „Kapitalismus und Faschismus“ eine Demokratie delegitimieren. Als Bekenntnis zur Demokratie ist dies nun schwerlich zu werten. Somit ist Vorsicht angebracht, wenn der Begriff „Demokratie“ verwendet wird. Gerade hier wird der Gedanke der Demokratie in ihr Gegenteil verkehrt, da unter dem Banner des Antifaschismus nichts weiter getan wurde, als von Anfang an eine Diktatur aufzubauen. Generell zeigt sich bei der PDS, dass sie sich bei zentralen Begriffen einer

³⁴ Ebenda.

³⁵ Ebenda, S. 9.

³⁶ Ebenda, S. 11.

³⁷ Ebenda, S. 17.

³⁸ Ebenda, S. 16.

³⁹ Ebenda, S. 8.

Taktik der inhaltlichen Umwertung bedient. Dies ist eine Tradition der extremistischen Linken, wie sie z. B. auch die DKP praktiziert hatte und noch praktiziert. Das Prinzip ist einfach: Normen des demokratischen Staates bzw. des Grundgesetzes werden nicht entsprechend ihrem Rechtsgehalt interpretiert. Rechtsprinzipien erhalten einen marxistisch-leninistischen Wert- und Bedeutungsinhalt, der nicht dem demokratisch-bürgerlichen entspricht. Die Benutzung von Begriffen, die in der parlamentarischen Demokratie eine hohe positive Konnotation haben, soll beweisen, dass die Parteien „demokratisch“ sind und damit eine positive Beziehung zu Wählern herstellen. Die Umwertung verfolgt das Ziel der Unterminierung der Legitimität des demokratischen Verfassungsstaates.

4. Das Programm von 2003

Nach der Verabschiedung des 1993er Programms kehrte keine Ruhe in der Partei ein. Schon kurz danach setzten die Reformer mit einer erneuten programmatischen Diskussion an, flankiert von dem damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky. 2003 fand dieser Diskussionsprozess⁴⁰ mit der Annahme des nunmehr dritten Grundsatzprogramms sein Ende.

Mit „Menschenwürde“ und „Freiheit“ wurde erstmals zwei zentralen demokratischen Werten breiter Raum im 2003er PDS-Programm gewidmet. Reduziert man die Komplexität der Menschenrechte auf die Prinzipien des Grundgesetzes, so definiert die PDS dagegen deren zentralen Wesensgehalt konträr und unterzieht ihn einer subtilen Umdeutung im staatssozialistischen Sinne. Aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur bestimmt das Grundgesetz die Menschenwürde als leitendes Prinzip und als Absage an die Degradierung des Menschen zum Objekt einer Gemeinschaftsideologie⁴¹, also Objekt eines Staates. Die Menschenwürde wird von der PDS nicht als elementares Persönlichkeitsrecht aufgefasst, sondern indirekt abgeleitet: Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt bedrohen die Menschenwürde. Zweifellos kann das auf diesen Begriffen jeweils Gemeinte die Würde des Menschen verletzen. Doch die Aufzählung ist weder systematisch noch vollständig, da das Persönlichkeitsrecht nicht nur durch die soziale Lage definiert wird, sondern gerade dadurch, dass der Einzelne bestimmt, was

⁴⁰ Vgl. zur innerparteilichen Debatte S. Prinz (Anm. 2), S. 91 ff.

⁴¹ Vgl. Ingo v. Münch (Hrsg.), Grundgesetzkommentar, München 1981, 2. Auflage, Bd. 1, S. 66.

seine Würde ausmacht, und nicht eine Partei, Ideologie oder ein Staat. Dem zugrunde liegt das alte dogmatisch-absolutistische Freund-Feind-Schema: Die „neoliberale Politik“ und die „imperialistische Politik“ der USA bedrohen die Menschenwürde⁴², der Sozialismus ist allein in der Lage, sie zu schützen. Damit wird der Nukleus der Menschenwürde zumindest unzulässig eingeengt.

Auf der Basis dieser Neudefinition leitet die PDS die Legitimation für den Kampf und den Widerstand gegen die bürgerliche Demokratie ab. Im Programm von 1993 heißt es: „In der PDS haben sowohl die Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden“.⁴³ Dies hat sie nicht nur 2003 beibehalten, sondern auch noch erweitert.⁴⁴ 2003 formulierte die Partei den Widerstandsbegriff im marxistischen Sinne neu und verstärkte so den Widerspruch zwischen Revolution und Reform eindeutig zugunsten des Kampfes gegen die herrschenden Verhältnisse: „Nicht aus dem Frieden mit den Herrschenden, sondern aus Gegenwehr der Unterdrückten und Benachteiligten und aller, die sich solidarisch für sie engagieren, entsteht eine menschlichere Gesellschaft. Die Mittel für diese Auseinandersetzung müssen den Zielen von Gewaltfreiheit und Demokratie entsprechen, da sie sonst zum Ausgangspunkt neuer Herrschaft von Unterdrückung werden. Allerdings gibt es ein legitimes Recht auf Widerstand da, wo Personen, Gruppen und Staaten die Würde des Menschen missachten und ihrerseits Gewalt anwenden.“⁴⁵ Hier zeigt sich, dass die Definition der Menschenwürde im PDS-Programm nicht zufällig ist. Wenn Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, Armut, Hunger, Krieg, Fremdbestimmung und Gewalt die Menschenwürde (was auch immer diese Begriffe konkret bedeuten mögen) bedrohen, ist der Staat, der dies zulässt, im Unrecht und durch einen anderen zu ersetzen. Soziale Unsicherheit oder Fremdbestimmung (um nur zwei Beispiele zu nennen) können in realen Staatsformen nicht abgeschafft

⁴² Diese Begrifflichkeit zieht sich kontinuierlich durch das Programm. Vgl. Programm 2003 (Anm. 44), S. 1, 6.

⁴³ Programm 1993, in: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, 1993, o. O., S. 34.

⁴⁴ Programm 2003, in: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, o.O., o.J., Beschluss auf der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS 25.-26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 38, fortan zitiert als 2003, Programm.

⁴⁵ 2003, Programm, S. 4 f.

werden, sondern nur in einem Staat, der die Deutungshoheit besitzt – und dies kann nur ein totalitärer sein.

Neu im Programm ist die Bezugnahme auf Freiheit: 1993 hatte der Freiheitsbegriff noch keinen eigenen Stellenwert. Ebenso wie bei der Menschenwürde definiert die PDS Freiheit konträr zum eigentlichen Wesensgehalt. Dem allgemeinen Freiheitsbegriff liegt das Verständnis der freien Entfaltung der Persönlichkeit zugrunde, wodurch die Individualität ein höherrangiges Gut vor dem Kollektivismus ist. Die PDS vermeidet es zwar offen auszusprechen, dass der Kollektivismus vor dem Individualitätsprinzip steht, indirekt formuliert sie allerdings dieses Postulat. Freiheit ist weniger ein Individualrecht - das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit - sondern ein Kollektivrecht: „Gerechtigkeit verlangt, dass Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen“.⁴⁶ Individuelle Freiheit wird negativ mit dem Begriff „Egoismus“ assoziiert und positiv mit „kollektivem Handeln“ besetzt. Statt der Trennung von individueller Handlungsfreiheit von kollektiven Freiheitsrechten, wie Wahl- und Versammlungs- oder Koalitionsfreiheit, führt die PDS diese Rechte zusammen. Aber auch ein weiterer Teil, der zum unveräußerlichen Kern der Freiheitsrechte gehört, nämlich die Freiheit der wirtschaftlichen Tätigkeit, wird ausgeklammert. Dies könnte individuelle Freiheit konterkarieren. In anderen Worten bedeutet Freiheit nach Auffassung der PDS nicht, dass damit der Bereich der freien Willensbildung und -betätigung garantiert wird oder Abwehrrechte gegen den Staat gewährleistet werden. Freiheitsrechte sind keine Abwehrrechte, die dem Menschen einen Raum freier und eigener Lebensgestaltung gewähren und sie vor staatlichen Eingriffen und Einengungen schützen. Dieses Verständnis von Freiheit widerspricht dem demokratischen Verständnis von Freiheit fundamental. Der im allgemeinen Sprachgebrauch positiv besetzte Freiheitsbegriff wird somit spitzfindig und perfide entgegen seinem rechtlichen Wesensgehalt umdefiniert.

Freiheit im Sinne der PDS folgt nicht dem Grundgedanken der Selbstentfaltung und somit der Freiheit vor einem „ideologischen Persönlichkeitsmodell“.⁴⁷ Auch beinhaltet das PDS-Verständnis von Freiheit nicht die all-

⁴⁶ Ebenda, S. 3.

⁴⁷ Vgl. I. Münch, Art. 2 (Anm. 41) S. 110.

gemeine Handlungsfreiheit.⁴⁸ Die PDS definiert Freiheit als Verfügung über Güter (sogenannte Freiheitsgüter). Ein auf den ersten Blick seltsames Sammelsurium bilden diese Freiheitsgüter: saubere Luft, sauberes Wasser, Arbeit, Verteilungsgerechtigkeit, Bildung, Kultur, Freizeit, Erholungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Gesundheit und die Überwindung absoluter Armut. „Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind.“⁴⁹ Derjenige, der die Freiheitsgüter zur Verfügung stellt, der Staat, eine Partei oder sonstige letzte Instanzen, entscheiden, was Freiheit ist. So ist arbeiten oder nicht arbeiten keinesfalls eine Entscheidung des Einzelnen, sondern ein Anspruch, den der Staat gegenüber dem Einzelnen hat. Wenn Freiheit Verteilungsgerechtigkeit ist, dann bedeutet das nur, dass Enteignungen zu Freiheit führen. Ein Staat, der solche „Freiheitsgüter“ gewährleisten soll, muss unbegrenzte Eingriffsmöglichkeiten haben.

Trotz nebulöser Formulierungen bleibt die Partei ihrem antikapitalistischen Grundkonsens treu. Auf den ersten Blick formuliert die PDS widersprüchliche Prinzipien. Doch bei genauem Hinsehen lösen sich die gegensätzlichen Aussagen auf. Immer, wenn sie z. B. wirtschaftliche Freiheitsrechte gewährt und Gewinnstreben zulässt, tut sie das nur unter Vorbehalt. Jede marktwirtschaftlich positiv zu interpretierende Aussage ist in einen „Gesetzesvorbehalt“ eingerahmt, der das gewährte Recht in das Gegenteil verkehrt.

Das Muster wiederholt sich mehrfach: Die PDS bekennt sich im ersten Satz zu marktwirtschaftlichen Prinzipien: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“.⁵⁰ Im zweiten Satz schränkt sie die soeben gewährten Wirtschaftsprinzipien wieder so stark ein, dass in der Realität nichts übrig bliebe: „Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik des einzelnen Unternehmens beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus. Ohne Mitbestimmung, gewerkschaftliche Gegenmacht und sozialstaatliche Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen

⁴⁸ Darin ist die Freiheit jeglichen Handelns garantiert, solange die Rechte Anderer und die verfassungsmäßige Ordnung nicht verletzt wird.

⁴⁹ 2003, Programm, S. 3.

⁵⁰ Ebd., S. 3.

und umweltzerstörenden Fehlentwicklungen“.⁵¹ Damit wird – wenn auch nicht mehr in der alten Diktion – ein orthodoxer sozialistischer Staat definiert: In der Realität der sozialistischen Volkswirtschaften gab es genau diese kontraproduktive Vermengung von schwacher privatwirtschaftlicher Betätigung mit dem Vorbehalt des unkalkulierbaren Eingreifens und Reglementierens des Staates. Damit hat die PDS keineswegs ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft geschlossen. Vielmehr verwendet sie nur eine andere Diktion und ein anderes Vokabular hinter dem sich die alten sozialistischen Wirtschaftsgrundsätze verbergen.

In den Programmen 1993 und 2003 ist die Sozialismusdefinition identisch. Sie stand auch in allen Entwürfen. Dies ist die unveräußerliche Kernideologie der PDS, die sich am Frühmarxismus orientiert. Sie schreibt: „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist“.⁵² Kenner des „Kommunistischen Manifests“ wissen, dass die freie Entwicklung aller erst nach der Revolution möglich ist: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, um damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“⁵³ Ein Schelm, wer denkt, die Wortwahl des Programms sei zufällig. Die PDS hat mit diesem Trick schon 1993 ihren Mitgliedern signalisiert, dass sie immer noch den gewaltsamen Umsturz der bürgerlichen Demokratie für den richtigen Weg hält, konnte aber gegenüber den bürgerlichen Kritikern behaupten, dass sie doch gar keiner Revolutionsromantik und Umsturzideen anhängen.

An vielen anderen Stellen bedient sich die PDS einer aggressiven Terminologie: „Wir geben uns dieses Programm in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, ökologische Zerstörung, politische Un-

⁵¹ Ebd., S. 3f.

⁵² Ebd., S. 2.

⁵³ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 4, Berlin (DDR) 1971, S. 482.

terdrückung und verbrecherische Kriege“.⁵⁴ Weiter heißt es: „Uns verbindet der Widerstand gegen politische Entmündigung, soziale Demontage und Missachtung menschlicher Würde“.⁵⁵ Oder: „Wir ... wollen am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen.“⁵⁶

Daher entscheidet sich die PDS nicht für den Parlamentarismus. Je nach politischer Opportunität bedient sie sich einer Doppelstrategie, die parlamentarische Agieren zulässt, alle anderen Formen des Handelns gleichermaßen legitimiert, die ihrem Ziel, der Überwindung des „Kapitalismus“, dienen. Die PDS wird prüfen, „ob die gewählten Mittel unserem wichtigsten Ziel entsprechen, einen Richtungswechsel der Politik herbeizuführen, der die sozialen und demokratischen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt“.⁵⁷ Der Bezug auf eine Mehrheit in der Bevölkerung ist nicht etwa mit einer Popularisierung der Politik zu verwechseln. Vielmehr deutet er darauf hin, dass die PDS von „eigentlichen“ Interessen einer Mehrheit ausgeht, die sich nicht in Wahlergebnissen niederschlagen.

Die strikt antikapitalistische Grundausrichtung ist auch in diesem Programm der Markenkern der PDS: „Wir kämpfen für die Überwindung des Kapitalismus, weil wir in einer Gesellschaft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität leben wollen“⁵⁸, so lautet der Schlusssatz des Programms. „Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklung findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch“.⁵⁹ An anderen Stellen macht die PDS deutlich, dass es ihr immer um die Alternative zum „kapitalistischen Eigentum“⁶⁰ gehe, oder die „Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen“⁶¹ abgeschwächt werden müsse.

Nach der Auffassung der PDS ist die repräsentative parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik nicht demokratisch, da sie kapitalistisch ist. Dies entspricht der klassischen kommunistischen Definition von „Kapita-

⁵⁴ 2003, Programm, S. 1.

⁵⁵ Ebenda, S. 2.

⁵⁶ Ebenda, S. 1.

⁵⁷ Ebenda, S. 5.

⁵⁸ Ebenda, S. 39.

⁵⁹ Ebenda, S. 2.

⁶⁰ Ebenda, S. 5.

⁶¹ Ebenda, S. 6.

lismus“. Im Unterschied zum allgemeinen Sprachgebrauch ist Kapitalismus nicht eine „etwas unfreundlichere“ Variante der sozialen Marktwirtschaft. „Kapitalismus“ ist der kommunistische Sammelbegriff für die bürgerliche parlamentarische Demokratie. Es gibt zwei Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus (der bürgerlichen Demokratie): Zum einen kann der Kapitalismus zur Vorstufe des Faschismus werden, der aus der Krise des Kapitalismus heraus entsteht und mit den Mitteln der Diktatur arbeitet. Aus dem Kapitalismus entwickelt sich zum anderen der Imperialismus, dessen Ziel es ebenfalls ist, offen diktatorische Herrschaftsformen zu entwickeln. Kapitalismus ist also nach sozialistischem Verständnis die Vorstufe zu zwei diktatorischen Alternativen. Der einzige heilsversprechende Weg liegt in der Errichtung des Sozialismus, der durch die Veränderung der Eigentumsformen und dem Austausch der Eliten die angeblich wirkliche Demokratie erst ermöglicht. Die hinter dem neuen Programm stehende Logik ist somit die alte. Parallelen zur Geschichte der SED in den ersten Nachkriegsjahren sind unübersehbar.

Die PDS fasst die „westlich-bürgerlichen“ Demokratien und somit auch die Bundesrepublik unter den Begriffen „neoliberaler Kapitalismus“, „kapitalistische Welt“ oder nur „Kapitalismus“⁶² zusammen. Lediglich der USA wird auch noch das Attribut „imperialistisch“ beigelegt.⁶³ In alt bekannter kommunistischer Diktion stellt der Kapitalismus das Übel der Menschheit dar. Alten kommunistischen Verschwörungstheorien anhängend, wird zwar ein neuer „Typ der Kapitalakkumulation“ gesehen, den aber - wie immer - „das Finanzkapital unter Führung der USA dominierte“.⁶⁴ An anderer Stelle äußert die PDS die Ansicht, dass „in einer großen Koalition mit den konservativen Parteien und den führenden Kapitalkräften Deutschlands neoliberale Strukturänderungen vorangetrieben“⁶⁵ worden seien.

Zu den unveräußerlichen Inhalten der PDS gehört die These, dass es sich bei der Gründung der DDR um eine „legitime“, weil „antifaschistische“ Alternative handelte. Diesen Baustein hat die PDS von 1993 an über alle Programmentwürfe beibehalten. Dass von Beginn an in der DDR eine stalinistische politische Diktatur etabliert wurde, wird prinzipiell negiert. Die PDS betont, dass der Aufbau der „besseren“ Gesellschaftsordnung und des

⁶² Ebenda, S. 6 ff.

⁶³ Ebenda, S. 1; S. 10: „imperiale Hegemonie“.

⁶⁴ 2003, Programm, S. 7.

⁶⁵ Ebenda, S. 12.

„friedliebenden“ Deutschlands keiner „Entschuldigung“⁶⁶ bedürfe. Konkret schreibt sie: „Nach 1945 bemühten sich Millionen Menschen in Ost und West, das faschistische Erbe zu überwinden. Sie setzten sich für ein friedliebendes Deutschland und den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung ein. Dieser Wille bedarf auch für den Osten keiner Entschuldigung.“⁶⁷ Neu ist, dass sie dieses Paradigma in west- und ostdeutscher Perspektive formuliert. Klassisch kommunistisch ist die Begründung: „Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war“⁶⁸. Zunächst wird daran deutlich, dass die PDS nach wie vor nicht die Polarität von Demokratie und Diktatur, sondern die von Kapitalismus und Sozialismus zu ihrem Thema macht. Eine Auseinandersetzung mit dem „verordneten Antifaschismus“ lässt sie nicht zu.

Dem Antifaschismus kommt die gleiche Funktion wie in der SED-Diktatur zu. Er diene bei der SED innenpolitisch zur moralischen Basis für den alleinigen Herrschaftsanspruch. Solche Verzerrungen und Deformierungen des Geschichtsbilds waren bis 1990 typisch für die Selbstmythisierung der DDR, da die SED-Diktatur versuchte, aus der Geschichte ihre fehlende demokratische Legitimität herzuleiten. Der Aufbau der DDR-Diktatur wird mit dem Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik verglichen. Und hier zieht die Partei die Kontinuitätslinie vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, indem sie sagt, dass der Kapitalismus durch den „Faschismus geschwächt und diskreditiert“ gewesen und in der Bundesrepublik die „Rettung des Kapitalismus“ betrieben worden sei.

Der Versuch der Reformer das Wörtchen „totalitär“ im Programm unterzubringen, ist – wie auch 1993 – gescheitert. Sofort weckte dies bei den Orthodoxen das Misstrauen, dass mit der Totalitarismuskonzeption die DDR insgesamt negativ bewertet würde und nicht mehr die antifaschistische Geschichtslegende kolportiert werden könne.

Die PDS räumt gewissermaßen ein, dass in der DDR von Beginn an eine Diktatur aufgebaut wurde: Die DDR war „von Anfang an auf das in der

⁶⁶ Ebenda, S. 35.

⁶⁷ Ebenda, S. 35f.

⁶⁸ Ebenda, S. 36.

Sowjetunion entstandene Sozialismusmodell und auf Linientreue zur Politik der Sowjetunion fixiert“.⁶⁹ Da der Sowjetunion der schwarze Peter zugeschoben wird, fällt jetzt erstmals die Kritik an der SED recht deutlich aus: „Sie war weder fähig noch bereit, Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu verknüpfen. Ihren Weg kennzeichneten daher auch schmerzliche Fehler, zivilisatorische Versäumnisse und Verbrechen. Es bleibt für uns eine bittere Erkenntnis, dass nicht wenige Mitglieder der SED Strukturen der Unterdrückung mitgetragen und Verfolgung Andersdenkender zugelassen oder sogar unterstützt haben“⁷⁰. Wenn auch an anderer Stelle die Errungenschaften der DDR⁷¹ gegenüber der Bundesrepublik betont werden, markiert die Kritik an der Sowjetunion für die PDS 2003 eine äußerst deutliche Distanzierung.

5. Die Fusion von WASG und PDS 2007 – Programmatische Eckpunkte

2005 einigten sich WASG⁷² und PDS auf eine gemeinsame Linie, die in eine Vereinigung der beiden Parteien 2007 münden sollte. Aus dieser Entwicklung heraus musste sich die neue Partei – die Linke – ein neues Programm geben. Der Programmparteitag fand vom 24.-25. März in Dortmund statt, die Vereinigung der beiden Parteien am 16. Juni in Berlin. Schon der Name „Programmatische Eckpunkte“ verdeutlicht, dass es sich weniger um ein endgültiges Programm, sondern um ein Dokument des Überganges handelt. So schließt das Programm mit einem 11-Punkte umfassenden Fragenkatalog, der an die künftige Programmkommission überwiesen wurde. Die Partei selbst sieht darin das „Maß an Gemeinsam-

⁶⁹ Programm, 2003, S. 36.

⁷⁰ Ebenda, S. 36.

⁷¹ Ebenda, S. 13. Hierzu zählt die PDS: Vollbeschäftigung, Integration von Produktion, sozialen und kulturellen Aufgaben in Betrieben, genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft, integrierte Gesundheitsdienste, positive Ergebnisse des einheitlichen Bildungssystems, Eigenständigkeit des akademischen Mittelbaus an den Hochschulen, Multidisziplinarität an Universitäten, breite Förderung kultureller und sportlicher Einrichtungen, von Kinderbetreuungsstätten und Jugendclubs.

⁷² Zur Entstehung und Entwicklung der WASG, vgl. Eckhard Jesse / Jürgen Lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 75-108; Patrick Moreau, Arbeit soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG), in: Frank Decker / Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2007, S. 155-162.

keit“⁷³, das man sich erarbeitet habe. Allein dies verdeutlicht, dass die Spannungslinien in der Partei durch die Fusion nicht geringer geworden sind. Zu den bereits vorhandenen Konfliktlinien sind neue hinzugekommen und alte haben sich verschärft. Denn nicht nur Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben durch die WASG ihren Weg zur PDS gefunden. Es sind auch eine Reihe von eher versprengten West-Linken dazugestoßen, die ideologisch radikale Positionen einnehmen, die wiederum im starken Kontrast zu den überwiegend ostdeutschen regierungsorientierten Pragmatikern stehen. Der Politikwissenschaftler Jürgen P. Lang sieht seit der Fusion sogar einen Anstieg der „orthodoxen“ Strömungen in der Partei: „Schon die ‚Eckpunkte‘ geben sich fundamentalistischer als das Chemnitzer Programm der PDS“.⁷⁴ Gleichmaßen ist die Erklärung auch fragmentierter und heterogener. Die WASG war noch regierungskritischer als die PDS, konnte hingegen nur wenig Begeisterung für eine DDR-Apologik entfalten. Man sollte dem Programm als Dokument des Übergangs jedoch nicht allzu viel Bedeutung zuschreiben.

Die Bezeichnungen für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung variieren: Es gibt einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus⁷⁵ (eine frühere Variante), den entfesselten Kapitalismus⁷⁶, den Neoliberalismus⁷⁷, globalen Kapitalismus und den neoliberalen Kapitalismus⁷⁸ und die marktradikale⁷⁹ Politik. Wie dem auch sei, die Überwindung aller Varianten bleibt das Ziel. Dabei hat sich die Partei eines Tricks bedient: Im Programm selbst spricht sie von einem „transformatorischen Prozess“⁸⁰, endet aber in einem leicht abgewandelten Marx-Zitat, in welchem der Revolution gehuldigt wird. Gleichmaßen bleibt der ursprüngliche Dualismus bestehen, der sowohl eine sozialistische Verfügungsgewalt über Eigentum als auch

⁷³ 2007, Programmatische Eckpunkte, http://die-LINKE.de/fileadmin/download/dokumente/programmatisch_eckpunkte_broschuere.pdf, S. 1 (gelesen am 22. Februar 2012), fortan zitiert als 2007, Programmatische Eckpunkte.

⁷⁴ Jürgen P. Lang, Ist DIE LINKE eine demokratische Partei? in: Uwe Backes, Alexander Gallus, Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden, 2010, S. 161-179, hier S. 168.

⁷⁵ 2007, Programmatische Eckpunkte, S. 1.

⁷⁶ Ebenda.

⁷⁷ Ebenda, S. 4.

⁷⁸ Beide: ebenda, S. 5.

⁷⁹ Ebenda, S. 1.

⁸⁰ Ebenda, S. 2.

die Erweiterung „öffentlichen Eigentums“⁸¹ vorsieht. Erhalten blieb der „demokratische Sozialismus“ als Weg, Wertesystem und Ziel.

Der neuen Linken schwebt die Bündnispolitik nach kommunistischer Tradition vor. Dem Neoliberalismus soll (unter Führung der Partei) durch ein „breites Bündnis“ und durch eine „politische Sammlungsbewegung“⁸² der Garaus gemacht werden. Wesentlich ist das Schüren „gesellschaftlichen Protests“⁸³. Eine bedeutsame Rolle sollen die „gewerkschaftlichen Gegenmächte“⁸⁴ spielen, denen die Partei ein neues Kampfmittel, den politischen Streik zubilligt. So gibt es die Forderung: Das „Recht auf den politischen Streik, einschließlich des Generalstreiks, muss ausgeübt werden“. An der Tatsache, dass sich die deutschen Gewerkschaften (mit Ausnahme des FDGB in der DDR) noch nie als politische Kampftruppen verstanden haben, wird dieses Wunschdenken auch nichts ändern. Es macht nur deutlich, dass die PDS ihre neue vermeintliche Gewerkschaftsmacht nicht für die Beschäftigten einsetzen möchte, sondern diese gerne als Kampfinstrument gegen den Staat einsetzen würde.

Ebenfalls radikaler fallen die Aussagen über Eigentum aus: Hier war die PDS in ihrem Programm von 2003 etwas liberaler. Zumindest sprach sie von einer gewissen Pluralität des Eigentums, das auch Privateigentum beinhalte. Jetzt schreibt die fusionierte Partei: „Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen“⁸⁵. Notwendig sei die „Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“, in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen (Karl Marx)“⁸⁶ sei. Nach dieser recht interpretationsoffenen Formulierung kann man getrost davon ausgehen, dass das Ende der bürgerlichen Demokratie ausgemachte Sache ist. Daher gilt auch das „Primat“ der „Politik“ über die Wirtschaft⁸⁷. Im Zentrum der Enteignungsphantasien stehen „Großunternehmen“, deren „profitbestimmte private Verfügung“ durch „breite demokratische Allianzen, Mitbestimmung und sozialstaatliche Re-

⁸¹ Ebenda.

⁸² Ebenda, S. 10.

⁸³ Ebenda, S. 11.

⁸⁴ Ebenda, S. 5.

⁸⁵ Ebenda, S. 1.

⁸⁶ Ebenda, S. 7.

⁸⁷ Ebenda, S. 5.

gulation zurückgedrängt und überwunden“⁸⁸ werden soll. Etwas zweideutig ist die Formulierung, dass die Linke im „Vorhandensein unterschiedlicher Eigentumsformen eine Grundlage für eine effiziente und demokratische Wirtschaft“⁸⁹ sieht. Denn dem vorausgeschickt ist die „Überführung“ von Eigentum zum Wohle der Allgemeinheit. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die PDS in kleinen Unternehmern Bündnispartner sah.

Die neue Linke will wie vorher die PDS „die kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse“⁹⁰ überwinden. Sie kämpft gegen den „repressiven Wettbewerbsstaat“, die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Kapitalverwertung⁹¹. Gleichzeitig sagt sie, dass gewinnorientiertes „unternehmerisches Handeln“ wichtig für „Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ seien⁹². Dieser vermeintliche Widerspruch löst sich auf, da auch Teile der PDS zu der Ansicht gekommen sind, dass, wer verteilen will, auch etwas erwirtschaften müsse. Allerdings gilt dieses Zugeständnis nicht für Großunternehmen.

Einer der inhaltlichen Konflikte, der sowohl in der Fundamentalopposition der Linkspartei.PDS als auch in der WASG sichtbar ist, ist die Frage nach der Regierungsbeteiligung. Während sich die PDS nach jahrelangen Diskussionen auf ein „strategisches“ Dreieck geeinigt hat, bei dem Regieren als legitime Handlungsoption akzeptiert wurde, schwebt der WASG und Teilen der PDS ein „imperatives Regierungsmandat“ vor. Diese Haltung widerspricht einem großen Teil der ostdeutschen Mandatsträger, welche keine „ideologische Symbolpolitik“, sondern „Linke Realpolitik“⁹³ bevorzugen. Ginge es nach der WASG, würde der PDS jegliche Möglichkeit genommen, Privatisierungen zuzustimmen. Letztlich wäre die Partei nicht mehr in der Lage, an Regierungen beteiligt zu sein. Doch konnte eine solche Politik keine Mehrheit finden.

Einen Dämpfer erhielten die PDS-Traditionalisten bei dem Versuch, die Aussagen über die DDR aus dem derzeit gültigen Programm in die „Programmatischen Eckpunkte“ hineinzubekommen. Damit findet sich dort ei-

⁸⁸ Ebenda, S. 1.

⁸⁹ Ebenda, S. 2.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Ebenda, S. 2.

⁹² Ebenda, S. 5.

⁹³ Ronald Weckesser, in: Symbolischer Bruderkampf. Die Dresdner PDS streitet: Wer ist die wahre Linke?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 4. März 2007.

ne weniger beschönigende Sicht auf die DDR-Geschichte. In ihnen wurde ein Absatz, der aussagt, dass die Gründung der „antifaschistischen“ DDR in „berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland“ stand, nicht aufgenommen. Einen Teilerfolg erzielten die Orthodoxen mit der Formulierung, dass sich die Partei „gegen ... antikomunistische Vorurteile“⁹⁴ wende, womit einer Sozialdemokratisierung ein Riegel vorgeschoben wurde. Schon 1995 hatten sich die orthodoxen Strömungen erfolgreich gegen „Reformismus“ gewehrt und einen Parteitagbeschluss durchgesetzt, in dem die PDS beschloss, als sozialistische Partei „nicht anti-kommunistisch“ sein zu können. Diesen Erhalt des Status quo konnte das orthodoxe Lager in die Vereinigung hinüberretten.

Statt Verstaatlichung wird in den „Programmatischen Eckpunkten“ der Begriff Demokratisierung verwendet. Die Kontinuitätslinien zur PDS sind unverkennbar. Neu hinzugekommen ist das Primat von Politik. Die umfassenden Verstaatlichungsgelüste richten sich auf alle Bereiche, die auch bereits bei der PDS genannt wurden: Gesundheit, Wasser, Energieversorgung, Abfallentsorgung, die Entwicklung der Städte und des ländlichen Raums, kostengünstiges Wohnen, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, kostenfreie Bildung, würdevolles Leben im Alter sowie die Entfaltung von Kultur und Wissenschaft.

6. Das Programm von 2011

„Das ist ein sehr klares Linkes Programm, das unser Profil sehr gut umschreibt. Ich freue mich, dass seine Grundaussagen, die ja schon vor anderthalb Jahren vorgelegt wurden, in der Basis auf große Zustimmung gestoßen sind“, sagte Sahra Wagenknecht im Vorfeld des Parteitags.⁹⁵ Vor dem Hintergrund dieses sehr eindeutigen Verdikts der Galionsfigur der Orthodoxen wären heftige Flügelkämpfe zu erwarten gewesen. Zumindest löste der im März 2010 vorgelegte erste Entwurf der Programmkommission heftige Diskussionen aus. Hauptorte der Auseinandersetzung waren ein von der Partei eingerichtetes eigenes Internetportal.⁹⁶ Begleitend veröffent-

⁹⁴ 2007, Programmatische Eckpunkte, S. 3.

⁹⁵ „Mit höheren Steuern gegen die Euro-Krise“, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article13669701/Mit-hoeheren-Steuern-gegen-die-Euro-Krise.html>, vom 20. Oktober 2011 (gelesen am 22. Februar 2012).

⁹⁶ <http://www.die-Linke.de/programm/programmdebatte/wortmeldungen/> (gelesen am 22. Februar 2012). Die Wortmeldungen sind in zwei Bereiche untergliedert:

lichte das „Neue Deutschland“ zu allen Fragen programmatische Positionen und Gegenpositionen.⁹⁷ Am 3. Juli erfolgte dann die Veröffentlichung des Leitantrages an den Parteitag (21.-23. Oktober 2011, Erfurt).

Eine Entschärfung bzw. eine stärkere Durchsetzung des Reformerlagers ist dem Leitantrag nicht anzumerken. Vielmehr handelt es sich um ein Sammelsurium des Unvereinbaren, von der Partei als „Kompromiss“ titulierte. Dennoch scheint gerade die Disparität des Programms harmonisierend auf die Delegierten zu wirken. Geschuldet ist dies auch den heterogenen Strömungen der Partei.⁹⁸

Die pragmatischen Reformer müssen die „roten Haltelinien“ akzeptieren, mit denen sich die Partei auf Bundesebene das Image der radikalen Oppositionspartei geben möchte. Diese Haltelinien sind die von Oskar Lafontaine in die Partei eingebrachten grundsätzlichen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung: keine Privatisierung/Sozialabbau, Schutz des öffentlichen Dienstes und keinerlei Zustimmung zu einem wie auch immer gearteten militärischen Engagement.

Dennoch müssen die ostdeutschen Pragmatiker nicht auf Koalitionen verzichten. Auf Landesebene lässt eine Hintertür Koalitionen zu, die gegen diese Koalitionshürden verstoßen. Allein hieran wird sichtbar, dass ein Kompromiss zwischen einer „Gegen-alles-Partei“ und einer „Regierungspartei“, in der Realität mehr als eine Zerreißprobe darstellt.

Die konkreten politischen Forderungen treten in den Hintergrund und wiederholen im Großen und Ganzen lediglich das, was die Partei immer fordert: die Überwindung des „kapitalistischen Systems“, das Ausschütten eines sozialen Füllhorns, strikter Antimilitarismus, massive Umverteilung des Vermögens und weitreichende Eingriffe in alle Formen des Eigentums.

Die zentrale Ausrichtung der Linken bleibt konstant, auch in der Wahl. Hier haben sich die orthodoxen Strömungen durchgesetzt. Sie ba-

Wortmeldungen zum ersten und zum zweiten Programmentwurf. Der erste Programmentwurf hat eine heftige und intensive Debatte hervorgerufen, während die Beiträge zum Leitantrag übersichtlich sind.

⁹⁷ Vgl. Offene Fragen der Linken. Eine ND-Serie. Ebenfalls publiziert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2010, <http://www.rosaluxemburg.info/news/2010/zur-programmdiskussion-der-partei-die-linke-sammelband-mit-beitragen-der-nd-serie-%C2%ABoffene-fragen-der-Linken%C2%BB/>, (gelesen am 22. Februar 2012).

⁹⁸ Vgl. Tom Strohschneider, Es strömt viel in der Linken, in: Neues Deutschland vom 21. Oktober 2011.

siert auf einer marxistischen Kapitalismusanalyse, die in dem Ziel der Überwindung desselben mündet: „Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden“⁹⁹ In einem Memorandum einiger orthodoxen Kommunisten wird darauf hingewiesen, was gemeint ist: „Es geht nicht um die moralische Läuterung der herrschenden Klasse oder die Anerkennung einer allgemeinen Sittenlehre in der Politik ... sondern klar um den Umsturz.“¹⁰⁰ Eine in der Wortwahl gemäßigte Formulierung verwendet die stellvertretende Vorsitzende Katja Kipping, hinter der sich die Mehrheit der Partei versammeln kann: „Man kann Ausbeutung im Kapitalismus abmildern, aber nicht abschaffen. Deshalb braucht es den Willen, das Leben heute schon besser zu machen und zugleich die Überzeugung, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.“¹⁰¹ Hier knüpft auch Wolfgang Gehrcke¹⁰² an, der schon mal darauf hinweist, dass der Kapitalismus geschichtlich am Ende sei und deutlich macht, dass Erfurt nicht das „Godesberg“ der Linken sei. Auf den Punkt brachten es schließlich die Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst, die in ihren Parteitagsreden das Programm als „Kampfansage an das Establishment“ bzw. als „Kampfansage an die Herrschenden und die herrschenden Verhältnisse“ bezeichneten.

Die einigende Formel der Partei lautet: „...wir kämpfen für einen Systemwechsel“¹⁰³. Der Kampf für den Systemwechsel wird in der Partei als Metapher für eine grundlegende Veränderung aller gesellschaftlichen Machtverhältnisse verstanden.

Bei dem Systemwechsel soll aus „passivem Unmut aktive Gegenwehr“ werden. Zudem will man sich des „Widerstands“ bedienen¹⁰⁴. Der Kapita-

⁹⁹ Zitate aus dem Programm der Partei Die Linke beziehen sich auf den Link: http://www.die-Linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_Linke_erfurt2011.pdf, (gelesen am 22. Februar 2012). Im Folgenden zitiert als: 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 4.

¹⁰⁰ Memorandum zur Linken Programmdebatte, Eckhard Lieberam (u.a.), http://die-LINKE.de/nc/die_LINKE/nachrichten/detail/zurueck/wortmeldungen-1/artikel/memorandum-zur-LINKEN-programmdebatte/, (gelesen am 1. Februar 2012).

¹⁰¹ Ein Programm ist kein Kochbuch, in: Neues Deutschland, vom 19. Oktober 2011.

¹⁰² Gehrcke gehörte vor 1990 dem Reformerlager der DKP an.

¹⁰³ Programm 2011, in: Programm der Partei Die Linke, S. 4

¹⁰⁴ Ebenda.

lismus wird nach klassischer marxistischer Analyse für alle „Krisen der Zivilisation“¹⁰⁵ verantwortlich gemacht.

Der „demokratische Sozialismus“ ist nach wie vor das politische Ziel der Linken, nachdem die WASG ihren Widerstand gegen den Begriff aufgegeben hat. Dass dieser Begriff jedoch keine inhaltliche Nähe zum Verständnis des demokratischen Sozialismus der SPD hat, liegt auf der Hand. Zunächst spricht sie von der „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ mit der Begründung: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.¹⁰⁶ Unerwähnt bleibt an dieser Stelle (wie immer), dass die „Unteilbarkeit der Menschenrechte“ nach diesem Zitat von Marx freilich erst vorhanden ist, nachdem die Revolution die bürgerliche Klasse gewaltsam eliminiert hat.

Die Okkupation von Begriffen und die Umdeutung ihrer Wesensgehalte gehört seit jeher zum Arsenal kommunistischer Strategien. Denn beim sozialdemokratischen Verständnis des demokratischen Sozialismus geht es gerade nicht um die „grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse“¹⁰⁷. Daher soll genau dokumentiert werden, wie die Linke demokratischen Sozialismus versteht: „Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und Linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein“.¹⁰⁸

Bei der Eigentumsfrage findet man überwiegend Wiederholungen der PDS-Programmatik. Es bleibt unwidersprochen, dass die „Dominanz des Profits überwunden“ werden muss und eine „Unterordnung der Wirtschaft“ unter die Politik erreicht werden müsse, damit die „Vorherrschaft des Kapitals“ gebrochen werde.¹⁰⁹ Dies will sie – wie auch bei den anderen

¹⁰⁵Ebenda, S. 10.

¹⁰⁶Ebenda, S. 2.

¹⁰⁷Ebenda, S. 21.

¹⁰⁸Ebenda.

¹⁰⁹Ebenda, S. 5.

Programmen – auf der Basis einer „demokratische(n) Wirtschaftsordnung“¹¹⁰ erreichen.

Das Fehlen einer einheitlichen Handschrift führt zu Unvereinbarkeiten. Anscheinend ist es den westdeutschen Linken-Mitgliedern gelungen, die Bundesrepublik nicht nur als „kapitalistisch“ wahrzunehmen. Hier verwendet die Linke den Begriff „soziale Marktwirtschaft“.¹¹¹ Gleichermäßen gewinnt sie dem Kapitalismus an einigen Stellen Positives ab, da er immerhin „unermesslichen Reichtum hervorgebracht“ und „in vielen Ländern den Wohlstand großer Teile der Bevölkerung erhöht“ habe, zudem habe es „sozialstaatliche Zugeständnisse“ gegeben, sogar die Ausweitung demokratischer Rechte wird (zumindest an einer Stelle) konzediert¹¹².

Damit befindet sich die Partei eigentlich in einem ideologischen Dilemma: Nach Marx ist der Kapitalismus grundsätzlich nicht reformierbar, weshalb er abgeschafft werden muss. Zudem kommt der Reichtum ja nicht der Gesellschaft (den Arbeitern) zugute, da das Kapital die Tendenz zur Akkumulation und Konzentration habe. Auch die Verelendungstheorie, die ansonsten ständig im Programm auftaucht, wird komplett negiert. Dass die Partei die Bundesrepublik als soziale Marktwirtschaft darstellt, die einen „Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital“¹¹³ herstellt, um sie hinterher wieder als Ausgeburt des Kapitalismus zu geißeln und die Überwindung derselben zu fordern, ist ein Zeichen für ein diffuses Nebeneinander unterschiedlicher Einflusszentren der Partei, die sich nicht mehr auf einen Kurs verständigen können.

Diese divergierenden theoretischen Positionen hindern die Partei jedoch nicht, daran festzuhalten, dass der Kern der Programmatik auf die Veränderung von Eigentumsverhältnissen zielt. Dies ist (wie bereits bei der PDS) in einem umfassenden Sinne zu verstehen: Die Partei möchte bestimmen, wo es staatliches oder privates Eigentum geben kann¹¹⁴ und kontrollieren, wie dieses Eigentum verwendet wird (Verfügungsgewalt über Eigentum). Generell gilt die Regel: je größer, desto staatlicher. Verstaatlicht werden sollen die Banken (wobei es auch Sparkassen und Genossen-

¹¹⁰Ebenda.

¹¹¹Ebenda, S. 11.

¹¹²Ebenda.

¹¹³Ebenda.

¹¹⁴Generell spricht die Partei von privatem, staatlichem, genossenschaftlichem, gesellschaftlichem und kommunalem Eigentum. Zudem gibt es noch Belegschaftseigentum.

schaftsbanken geben soll) sowie „strukturbestimmende Großbetriebe“. Gleichmaßen sollen alle Bereiche, die der Daseinsvorsorge dienen, verstaatlicht werden (Energie, Wasser, Mobilität, Wohnen, soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur).¹¹⁵ Zusätzlich spricht die Partei von Belegschaftseigentum. Die Verstaatlichung von Banken und Energieunternehmen rückt zwar durch die aktuelle Agenda in den Vordergrund, doch ist unter dem Begriff „Demokratisierung“ kein Bereich vor Verstaatlichung geschützt.

Denkt man die Verstaatlichungsziele der Partei weiter, setzen diese zunächst einen staatlichen Dirigismus voraus, wie gerade das Beispiel der DDR eindrucksvoll demonstrierte. Man benötigt eine gigantische Wirtschaftsbürokratie zur Lenkung und Überwachung der Prozesse. Ein größerer Widerspruch zur vermeintlichen „Demokratisierung“ ist wohl kaum vorstellbar. Vorsorglich hat die Partei bereits eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes im Visier.

Wichtiger als die Eigentumsform ist jedoch der Generalvorbehalt, unter dem jedes Eigentumsrecht steht. Denn die Linke fordert, dass „sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben“¹¹⁶ unterworfen werden: „Ohne Demokratie in der Wirtschaft lassen sich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen“.¹¹⁷ Früher hätte man wahrscheinlich davon gesprochen, dass die Ausbeuterklasse erst vernichtet werden müsse, bevor die Interessen der Massen Ausdruck finden. Grundidee ist jedoch die Verfügungsgewalt über Eigentum. Hier hat die Linke eine eindeutige Position eingenommen, über die früher noch gestritten wurde: „Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an“¹¹⁸, genau: um die Beseitigung von Herrschaft über den Besitz und der damit verbundenen Entscheidungsfreiheit.

Eine freie Verfügungsgewalt über welche Form des Eigentums auch immer gibt es demnach nicht mehr, sondern eine Gewährung von Eigentumsrechten unter interpretationsoffenen Einschränkungen, die in jedem Fall zu willkürlichen Enteignungen führen können. Mit der Aushebelung der Eigentumsrechte wird der Wesensgehalt jeder demokratischen Ordnung ad

¹¹⁵2011, Programm der Partei Die Linke, S. 23.

¹¹⁶Ebenda, S. 22.

¹¹⁷Ebenda.

¹¹⁸Ebenda, S. 23.

absurdum geführt, da Eigentums- und Freiheitsrechte in enger Koppelung stehen und sich gegenseitig bedingen. Die allgemeine Handlungsfreiheit, Berufsfreiheit oder Pressefreiheit sind ohne Eigentumsrechte kaum zu garantieren.

Die Linke beantwortet die Frage, wie sie all die sozialen Wohltaten finanzieren möchte, in altbewährter Weise: Umverteilung von oben nach unten. Dazu plant man wie bereits in früheren Programmen eine Vermögenssteuer (jährlich fünf Prozent auf private Millionenvermögen) sowie eine Erbschaftssteuer auf große Vermögen, wobei sie offen lässt, was ein großes Vermögen ist, und welchen Teil sie den Erben hinterlassen. Da sie dies aber als zentrales Instrument sieht, um die „Ungleichheit und Konzentration privater Vermögen zu verringern“¹¹⁹, ist eher anzunehmen, dass den Erben ein eher übersichtlicher Betrag zugeteilt wird. Ansonsten sollen alle, bei denen die Partei Geld vermutet, mehr Steuern zahlen: Konzerne, Unternehmen, Arbeitnehmer (über die Einkommenssteuer und die Kapitalertragssteuer).

Die Frage, was ist gute Arbeit und wie werden die Menschen subventioniert, hat in der Partei eine heftige Debatte ausgelöst. Insbesondere die feministische Fraktion wendet sich gegen die Verengung von Arbeit auf Erwerbsarbeit. „Gute Arbeit“ sei somit „vereinbar mit Familie und sozialem Leben“ sowie mit dem „Gewissen“ des Erwerbstätigen und sollte zudem nicht allzu hohe Ansprüche „an die Flexibilität und Fahrtzeiten“¹²⁰ stellen. Wichtig ist, dass Arbeit „genügend freie Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeiten“¹²¹ lässt.

Umstritten ist lediglich, wie man diejenigen subventioniert, die nicht arbeiten, da es selbstverständlich keine Verpflichtung gibt, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Ein Teil der Partei plädiert unter dem Motto „Hartz IV muss weg“ für eine „sanktionsfreie Mindestsicherung“¹²² im Falle von Arbeitslosigkeit. Ein nicht unbedeutender Teil, angeführt von Katja Kipping, plädiert für ein „bedingungsloses Grundeinkommen“.¹²³ Hier wird die gesellschaftliche Bedeutung der Erwerbsarbeit als nicht zeitgemäß dargestellt. Feministische Positionen treten in Kontrast zu gewerkschaftlichen Haltun-

¹¹⁹Ebenda, S. 31.

¹²⁰Ebenda, S. 26.

¹²¹Ebenda, S. 27.

¹²²Ebenda, S. 5.

¹²³Katja Kipping, Nicht auf der Höhe der Zeit, in: Neues Deutschland, vom 21. Juni 2010.

gen, auch weil eine privilegierte Rolle der Gewerkschaften in der Linken umstritten ist. Kipping spricht von einer „Vier-in-einem-Perspektive“, bei der Erwerbs- und Familienarbeit, politische Einmischung und Muße „gleichermaßen eine Rolle spielen“.¹²⁴ Kontrahent zu dieser Position ist Ralf Krämer, ein aus dem Westen stammender SPD-Gewerkschafter, der über die WASG zur Linken stieß. Er vertritt dabei klassische Gewerkschaftshaltungen, wonach der Sozialstaat für Hilfsbedürftige da sein soll und nicht für die gesamte Bevölkerung und die Frage der Lohnarbeit das Hauptkampffeld der Partei sei.¹²⁵ Im Programm wird offen gelassen, ob die Partei sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen wird.

Wie bereits in den letzten Jahren fordert die LINKE ein „ungehindertes Streikrecht“, den „politischen Streik und Generalstreik“. Aussperrungen als „Kampfinstrument der Unternehmer“ seien zu verbieten.¹²⁶ Der Generalstreik zählt für die Partei zu den „wirksamsten Kampfformen, um den Herrschenden und dem Kapital Grenzen zu setzen und Veränderungen zu erzwingen“¹²⁷. Dass dies nichts mit demokratischen legitimierten Verfahren und gesellschaftlichen Mehrheiten zu tun hat, muss nicht gesondert erwähnt werden.

Dies folgt der Strategie dem außerparlamentarischen Kampf eine wesentliche Rolle beim zu stürzenden demokratischen System zuzuweisen. Die Linke erwartet, dass sich die Gewerkschaften „als starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde“¹²⁸ Organisation erweisen, was deren Selbstverständnis widerspricht. Letztlich zeichnet sich hier auch die altbekannte kommunistische Bündnisstrategie ab, die je nach politischer Gesamtwetterlage jeweils bis weit ins bürgerliche Lager hineinreichen kann, wobei die Bündnispartner in Leninscher Logik die Rolle der „nützlichen Idioten“ erhalten. Durch den Zusammenschluss mit der WASG wird der Einfluss der über diesen Weg in die Partei geratenen Gewerkschafter

¹²⁴Katja Kipping, Ein Programm ist kein Kochbuch, in: Neues Deutschland vom 19. Oktober 2010; Tom Strohschneider, Die Frau des Kochs von Cäsar, in: Neues Deutschland vom 15./16. Oktober 2011.

¹²⁵Ralf Krämer, Warum die Forderung eines Bedingungslosen Grundeinkommens nicht in das Programm einer Linken, sozialistischen Partei gehört. Replik auf die Wortmeldung von Stefan Wolf <http://www.sozialistische-LINKE.de/programm/debatte/wirtschaft-arbeit-umwelt/162-bge-nee>, (gelesen am 1. Februar 2012).

¹²⁶2011, Programm der Partei Die Linke, S. 37.

¹²⁷Ebenda, S. 55.

¹²⁸Ebenda.

auf die Linke vielfach als zu groß eingeschätzt und befürchtet, dass die Kontakte zu den „progressiven Menschen“ und dem im Bewegungsmilieu darunter leiden könnten. Aktuell erfreut sich die Partei an der „Occupy“-Bewegung, von der sie hofft, Einfluss ausüben zu können. Die Linke betreibt, wie auch die PDS, eine Strategie, die versucht sich bereits vorhandenen Bewegungen anzuschließen und sie auch zu steuern. Ob Bewegungen wie „Occupy“ diese Vereinnahmung zulassen, ist allerdings noch offen.

Das Programm hat einen disparaten Charakter. So findet man in ihm innerhalb von wenigen aufeinander folgenden Zeilen Positionen der orthodoxen Marxisten, die von Reformen gekontert werden und den Leser ratlos zurück lassen. An einer Stelle wird darüber fabuliert, dass es eine „gemeinsame Klassenlage“ gebe, die sich aus dem „allgemeinen Charakter der Lohnarbeit mit ihrer Abhängigkeit vom Kapital“ ergebe und daraus hätte diese Klasse (der Lohnabhängigen) auch ein „gemeinsames Interesse ... die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zu beschränken“. Soweit so klassisch marxistisch. Dann folgt ein Absatz der feministischen Strömung, aus dem sich nicht ergibt, warum er ausgerechnet bei der Klassenfrage eingefügt werden musste: „Die Geschlechterverhältnisse sind Bestandteil der Produktionsverhältnisse und drücken sich insbesondere in der Organisation der Reproduktion aus.“ Nach sechs Zeilen Feminismus schlagen die Reformer zu, die verdeutlichen, dass es Unsinn sei anzunehmen, dass aus der „gemeinsamen Klassenlage ... unmittelbar auch eine gemeinsame Interessenvertretung oder gar ein Klassenbewusstsein“ hervorgehe, was auf die differenzierten Lebenslagen der Lohnabhängigen zurückzuführen sei.¹²⁹ Zudem könne man selbst bei den Kapitalisten nicht von einer homogenen Klasse ausgehen. Mehr Widersprüche sind innerhalb von drei Absätzen wohl kaum unterzubringen, andererseits kann sich auch jeder darin wiederfinden.

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Die programmatische Grundausrichtung lässt sich mit den Begriffen Antikapitalismus, Antifaschismus und Antimilitarismus umreißen. Die Linke – wie die PDS – will nach wie vor das bestehende „kapitalistische“ System überwinden und an dessen Stelle ein sozialistisches System etablieren. Dazu sollen die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse komplett verändert

¹²⁹ Alle Zitate dieses Abschnitts: 2011, Programm der Partei Die Linke, S. 14.

werden. Zu den politischen Kernforderungen der Partei gehört eine weitgehende Nivellierung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse.

Nach ihrem ersten Programm 1990, das auch gegenüber der Marktwirtschaft nicht in prinzipieller Gegnerschaft stand, hat sie sich konstant als strikt antikapitalistische Partei entwickelt. Wie der Sozialismus geschaffen werden soll, bleibt unklar, doch ist davon auszugehen, dass die gelegentlich auftauchende Revolutionsromantik nicht in eine konkrete politische Strategie einfließt. Nach wie existieren in der Partei grob zwei Richtungen, das Lager der Reformer und der (eher) Orthodoxen, wobei vor allem letzteres wiederum in einige Unterströmungen unterteilbar ist. Die Hoheit der Orthodoxen spiegelt sich vor allem in der Programmatik wider, die Reformer dominieren hingegen bei der Politikgestaltung.

Ideologisch verläuft die Spaltung parallel zu der Frage, wie der Kapitalismus zu überwinden sei. Diejenigen, die dem Revolutionslager angehören, verneinen grundsätzlich eine Veränderbarkeit der „kapitalistischen“ Gesellschaften und der politischen Systeme. Der Sozialismus ist nur durch die Beseitigung kapitalistischer Gesellschaften zu erreichen. Die Reformer sehen hingegen im Kapitalismus Entwicklungspotenziale und setzen auf eine schrittweise Veränderung, die schließlich in der Überwindung des Kapitalismus münden soll.

Die von der Partei vorgebrachten konkreten politischen Forderungen stehen meist nicht im Widerspruch zur demokratischen Ordnung. Hierzu zählen Forderungen wie Mindestlohn, die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze oder eine Verkürzung der Arbeitszeit. Anders sieht es hingegen bei umfassenden Veränderungen der Eigentumsformen aus. Enteignungen ohne Entschädigung wären z. B. nicht verfassungskonform.

Durch die ideologische Ausrichtung und die programmatischen Ziele kann die Partei dem Spektrum des politischen Extremismus zugeordnet werden, da sie die Überwindung der parlamentarischen Demokratie durch eine sozialistische Ordnung anstrebt.

„Demokratischer Sozialismus“ (I) oder „Demokratischer Sozialismus“ (II)?

Zur Umdeutung und Vereinnahmung eines Konzepts durch die Partei „Die Linke“

Armin Pfahl-Traugher

1. Einleitung und Fragestellung

Bereits 1989 benannte sich die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) angesichts ihres bevorstehenden Machtverlustes um und hängte an ihre Selbstbezeichnung ein „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) an. Im folgenden Jahr gab man dann die erstgenannte Benennung ganz auf, und so firmierte die Partei fortan nur noch unter der Bezeichnung PDS. Damit wollte sie, so die offizielle Begründung, vom bisherigen Politikverständnis im Sinne eines diktatorischen Systems im „real existierenden Sozialismus“ Abstand nehmen. Zwar plädierte die Partei weiter für eine sozialistische Gesellschaftsordnung, dies sollte aber in einem demokratischen Sinne geschehen. In den programmatischen Erklärungen fanden sich sogar kritische Anmerkungen zur Geschichte der DDR, wobei - aber ohne nähere Ursachenanalyse - von Fehlern und Verbrechen gesprochen wurde. Man wollte zukünftig, so das Selbstverständnis der Partei, eine Überwindung des Kapitalismus nur noch im Sinne des „demokratischen Sozialismus“ anstreben.

Damit bediente die PDS sich in der Wortwahl eines politischen Konzepts, das in der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterparteien Europas im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden war. In Abgrenzung von der bolschewistischen Diktatur in Sowjetrußland und dessen späteren „Satellitenstaaten“ akzeptierten sie die Grundlagen eines demokratischen Verfassungsstaates: Hin zum Sozialismus wollten die gemeinten Parteien unter Verzicht auf eine Revolution über demokratische Wahlen und politische Reformen kommen. Längerfristig ging damit auch die Akzeptanz der Marktwirtschaft einher, wobei sie durch einen entwickelten Sozialstaat in ihrer krisenhaften und ungerechten Entwicklung eingeschränkt werden sollte. Angesichts der Tatsache, dass sich die PDS-Nachfolgepartei „Die Linke“ weiterhin als Partei des „Demokratischen Sozialismus“ versteht, stellt sich die Frage, ob sie dabei an die skizzierte Tradition von „Demo-

kratischem Sozialismus“ anknüpft oder hiermit eine Umdeutung oder Vereinnahmung des Konzepts vorgenommen hat.

Um diese Problemstellung zu erörtern, soll nun wie folgt vorgegangen werden: Zunächst bedarf es einer Definition von „Sozialismus“ und dessen Verhältnis zu Demokratie (2). Danach geht es um den „Demokratischen Sozialismus“ in der Theorie am Beispiel von Eduard Bernsteins Revisionismus (3.) und der Praxis am Beispiel des schwedischen Wohlfahrtsstaates (4.), woraus dann die Besonderheiten und Konturen des „Demokratischen Sozialismus“ (Typ I) (5.) abgeleitet werden können. Dem folgen zwei ideengeschichtliche Exkurse, zum einen über den „Demokratischen Sozialismus“ bei Rosa Luxemburg (6.), zum anderen über den „Demokratischen Sozialismus“ als Schlagwort im „real existierenden Sozialismus“ (7.). Danach wird die Auffassung von „Demokratischem Sozialismus“ im Parteiprogramm der PDS (8.) und dem Entwurf zum Programm der Partei „Die Linke“ (9.) untersucht, um die Besonderheiten und Konturen des „Demokratischen Sozialismus“ (Typ II) (10.) herausarbeiten und vergleichen zu können.

2. Definition von Sozialismus und das Verhältnis zu Demokratie

Nach der Umbenennung der SED in PDS wandten mitunter Kritiker ein, es bestehe ein grundsätzlicher Widerspruch zwischen „Demokratie“ und „Sozialismus“. Diese Auffassung muss jedoch mit Blick auf die ideen- und realgeschichtliche Entwicklung kritisiert werden, reduziert sie doch das Verständnis von „Sozialismus“ auf die diktatorischen Systeme des „real existierenden Sozialismus“ der Zeit zwischen 1917 und 1990. Neben „Konservatismus“ und „Liberalismus“ steht „Sozialismus“ aber für eine von drei politischen „Großtheorien“ des 19. Jahrhunderts. Sollte man ihnen jeweils ein Schlagwort zuordnen, dann müsste von „Tradition“ für den Konservatismus, „Freiheit“ für den Liberalismus und „Gleichheit“ für den Sozialismus die Rede sein. In der Ausrichtung von Politik auf ein höheres Maß an Egalität kann demnach das gemeinsame Hauptmerkmal einer Sammelbezeichnung für einschlägige Ideologien und Organisationen gesehen werden. Hinsichtlich deren politischer Ausrichtung gab es - auch

und gerade im Verhältnis zur Demokratie - ganz unterschiedliche Varianten.¹

Nahezu alle Formen des Sozialismus definierten sich zwar als „demokratisch“ im Sinne einer Legitimation durch die Mehrheit. Es bestanden aber Differenzen darüber, welche Gruppen oder Personen zum Volk gerechnet und wie dessen politischer Wille ermittelt werden sollte: Mitunter zählte man alle Bürger eines Landes, lediglich die Arbeiter oder nur die „klassenbewussten“ Proletarier zum Volk. Mitunter sollte der allgemeine Wille durch freie und geheime Wahlen oder durch die Einsicht in die „wissenschaftliche Lehre“ des Marxismus-Leninismus ermittelt werden. Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts entstanden die unterschiedlichsten Sozialismus-Varianten, die alle über die genannten beiden Gesichtspunkte als demokratisch oder diktatorisch eingeschätzt werden können. Kriterium dafür wäre die Einstellung gegenüber den Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates modernen Typs, also der Abwahlmöglichkeit, der Individualität, den Menschenrechten, dem Pluralismus, der Rechtsstaatlichkeit und der Volkssouveränität.

Um einen Eindruck von der angedeuteten Vielfalt zu vermitteln, seien hier einige der bedeutendsten Sozialismus-Konzeptionen genannt: Dazu gehörten die ethisch begründeten Utopien von einer freien und gleichen Gesellschaft der Frühsozialisten, der als wissenschaftlich firmierende Sozialismus von Karl Marx und Friedrich Engels, die auf eine Klassenversöhnung im sittlichen Staat abstellende Auffassung von Ferdinand Lassalle, die aus einem deterministischen Geschichtsmodell abgeleitete Konzeption von Karl Kautsky, die auf pragmatische Reformen abstellende Variante von Eduard Bernstein, das auf den politischen Akt einer Avantgarde-Partei setzende Modell Wladimir I. Lenins, die von einer Spontaneität der Massen ausgehende Vorstellung von Rosa Luxemburg und das in einer totalitären Herrschaft mündend Konzept von Josef W. Stalin.² In die Kategorie „So-

¹ Vgl. als kürzere Gesamtdarstellung mit weiterführenden Literaturhinweisen: Thomas Meyer, Sozialismus, Wiesbaden 2008; Jost Müller, Sozialismus, Hamburg 2000.

² Vgl. als kürzere Überblicksdarstellungen mit weiterführenden Literaturhinweisen: Walter Euchner (Hrsg.), Klassiker des Sozialismus. Erster Band: Von Gracchus Babeuf bis Georgi Walentinowitsch Plechanow, Zweiter Band: Von Jaurès bis Marcuse, München 1991; Klaus Fritzsche, Sozialismus – Konzeptionen und Perspektiven gesellschaftlicher Egalität, in: Franz Neumann (Hrsg.), Handbuch Politische Theorien und Ideologien. Band 2, Opladen 1996, S. 1-74.

zialismus“ einordnen lassen sich auch die sozialdemokratischen Parteien, die seit den 1920er Jahren in vielen europäischen Ländern wie Deutschland oder Schweden politisch bedeutsam waren.

3. „Demokratischer Sozialismus“ in der Theorie: Eduard Bernsteins Revisionismus

Anhand deren ideen- und realpolitischer Entwicklung können auch die Konturen einer Auffassung von „Demokratischem Sozialismus“ aufgezeigt werden. Als dessen „geistiger Vater“ gilt der deutschen Sozialdemokrat Eduard Bernstein (1850-1932)³, der bereits Ende der 1890er Jahre für einen „Revisionismus“ gegenüber der Marxschen Kapitalismusanalyse und Revolutionstheorie eintrat. Inhaltlich gebündelt findet man seine Auffassungen in dem Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899). Ausgangspunkt von Bernsteins Reflexionen war die Erkenntnis, dass die von Marx prognostizierte Entwicklung des Kapitalismus nicht eingetreten war: Zwar seien diesem Wirtschaftssystem durchaus regelmäßig Krisen eigen, aber es müsse von einer Abschwächung der Folgen und nicht von einem Zusammenbruch der Ökonomie ausgegangen werden. Darüber hinaus stiegen die Reallöhne der Arbeiter kontinuierlich an, was gegen die Prognose einer kontinuierlichen Verelendung des Proletariats spreche.

Somit entfielen für Bernstein die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die nach Marx eine Revolution als Beginn des Weges zum Sozialismus nötig gemacht hätten. Demnach müsse es zu einer strategischen Neuorientierung der sozialdemokratischen Partei kommen. Sie solle fortan auf schrittweise Reformen und nicht mehr auf den gewalttätigen Umsturz setzen. Auf diese Perspektive spielt die bekannte Aussage aus Bernsteins Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ an: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles.“⁴ Außerdem sei keineswegs davon auszugehen, dass die zuvor in Abhängigkeit und Un-

³ Vgl. u.a. Peter Gay, Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954; Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress „Die historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins“, Berlin – Bonn 1977.

⁴ Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899), Reinbek 1970, S. 200.

mündigkeit gehaltenen Proletarier binnen kurzer Zeit mit der Leitung und Steuerung einer komplexen Ökonomie klar kommen würden. Mit Revolutionen ließen sich keine funktionierenden Strukturen in einer neuen Gesellschaft begründen. Gleichwohl hielt Bernstein dabei an der Transformationsperspektive eines längerfristigen Abschieds vom Kapitalismus und einer letztendlichen Etablierung des Sozialismus fest.

Für eine schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft in diese Richtung bedürfe es als Rahmen der Demokratie: Sie ist nach Bernstein „das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus. Das Wahlrecht der Demokratie macht seinen Inhaber virtuell zu einem Teilhaber am Gemeinwesen, und die virtuelle Teilhaberschaft muss auf die Dauer zur tatsächlichen Teilhaberschaft führen. ... Aber das allgemeine Wahlrecht ist erst ein Stück, das auf die Dauer die anderen nach sich ziehen muss. ... Die Sozialdemokratie will nicht diese Gesellschaft auflösen und ihre Mitglieder allesamt proletarisieren, sie arbeitet vielmehr unablässig daran, den Arbeiter aus der sozialen Stellung eines Proletariers zu der eines Bürgers zu erheben und so das Bürgertum oder Bürgersein zu verallgemeinern.“⁵ In Bernsteins Perspektive war der demokratische Sozialismus der geistige Erbe des politischen Liberalismus. Der langfristig angelegte Weg dahin müsse über gewerkschaftliches, parlamentarisches und sozialpolitisches Engagement führen.

4. „Demokratischer Sozialismus“ in der Praxis: Schwedens Wohlfahrtsstaat

Als realpolitische Umsetzung von Auffassungen des „demokratischen Sozialismus“ können die Wohlfahrtsstaaten in den skandinavischen Ländern gelten, wobei hier vor allem Schweden zwischen den 1950er und 1980er Jahren als Beispiel dienen kann. Dort strebte man einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus an, welcher politisch von der lange Zeit regierenden Sozialdemokratie getragen wurde. Einerseits blieb die entwickelte Marktwirtschaft bestehen, andererseits etablierte sich ein starker Wohlfahrtsstaat. Eine Hochsteuerpolitik stellte die finanziellen Ressourcen bereit, um die soziale Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich einzudämmen und durch eine entsprechende Verteilungspolitik ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zu gewährleisten. Obwohl dadurch der Einfluss des Staates auf die Gesellschaft in Bereichen wie Bildung, Ge-

⁵ Ebenda, S. 156-158.

sundheit oder Verkehr stellenweise stark zunahm, ging diese Entwicklung nicht mit einer Einschränkung von individuellen Freiheiten und Rechten einher.

Als bedeutender Protagonist dieser politischen Entwicklung gilt der sozialdemokratische Politiker Olof Palme⁶ (1927-1986), der zweimal schwedischer Ministerpräsident (1969-1976, 1982-1986) war. In einem kurzen programmatischen Text „Die Gleichheit freier Menschen – der demokratische Sozialismus Schwedens“ (1970) schrieb er: „Die Vorstellung des demokratischen Sozialismus von einer bestimmten Gesellschaft kann in der Idee der Gleichheit freier Menschen zusammengefasst werden. Gerade diese Vision war es, die bei der Sozialdemokratie frühzeitig an die Stelle des Glaubens an eine Gesetzmäßigkeit der Geschichte, die früher oder später zu einer Revolution und zu einem Sieg des Proletariats führen würde, getreten ist.“⁷ Mit dem letzten Satz wandte er sich nicht nur gegen den Dogmatismus der Kommunisten, sondern auch gegen ihre Ablehnung von Reformen. Palme verwies als Alternative zu Reaktion und Revolution auf schrittweise Veränderungen hin zu mehr sozialer Gleichheit in Arbeits-, Bildungs-, Familien oder Sozialpolitik.

In den damit einhergehenden Änderungen können die Besonderheiten eines „Demokratischen Sozialismus“ im Sinne der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten im Allgemeinen und Schwedens im Besonderen gesehen werden: Die Ausgangsbedingung dafür bestand in einer engen Kooperation von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Regierung, wobei letztere jahrzehntelang sozialdemokratisch besetzt war. Im Unterschied zu der klassischen Auffassung von Sozialstaaten gewährleistete der hier gemeinte Typ eines Wohlfahrtsstaates nicht nur soziale Sicherheit für die sozial Bedürftigen, sondern für die gesamte Bevölkerung. Dies setzte eine hohe Steuerpolitik mit entsprechender Umverteilungspolitik voraus. So entwickelte sich Schweden unter den modernen Industriestaaten zu einer der egalitärsten Gesellschaften.⁸ Die Anhänger eines dogmatischen marxistischen

⁶ Vgl. u.a. Henrik Berggren, Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie, München 2011; Willy Brandt/Bruno Kreisky/Olof Palme Briefe und Gespräche, Frankfurt/M. 1975.

⁷ Olof Plame, Die Gleichheit freier Menschen – der demokratische Sozialismus Schwedens (1970), in: Freimut Duve (Hrsg.), Olof Palme. „Er rührte an die Herzen der Menschen“, Reinbek 1986, S. 58-65, hier S. 58.

⁸ Vgl. u.a. Jörg-Peter Findeisen, Schweden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Regensburg, 3. Auflage 2008, S. 226-234 und 241-266; Erik Gurgies, Schweden.

Sozialismusverständnisses lehnten die Modelle derartiger Wohlfahrtsstaaten immer ab, da in ihnen die für den Kapitalismus typischen sozialen Machtverhältnisse weiterhin bestehen würden.

5. Konturen des „Demokratischen Sozialismus“ (Typ I)

Worin bestehen nun die Besonderheiten und Konturen dieses „Demokratischen Sozialismus“, der hier fortan als Typ I bezeichnet werden soll? Zunächst wäre darauf zu verweisen, dass sich dieses politische Konzept nicht primär an einem ideologischen Dogmatismus, sondern an der sozialen Realität orientierte. Da der Kapitalismus in einer ökonomischen Krise nicht dem Zusammenbruch entgegen ging und es zu keiner allgemeinen Verelendung des Proletariats kam, musste diese Entwicklung zu einer Änderung der bisherigen Auffassungen in Programmatik und Strategie führen. Hiermit ging die Abkehr von Revolutionserwartungen und die Ausrichtung auf Reformpolitik einher. Dafür sprach zum einen, dass die Folgen eines gewalttätigen Umsturzes sowohl bezogen auf die Opfer wie hinsichtlich einer möglichen Diktatur vermieden werden würden. Dafür sprach zum anderen, dass das Proletariat nach einem solchen Wandel nicht allein in der Lage wäre, ein hoch differenziertes und überaus komplexes ökonomisches System anleiten und umstrukturieren zu können.

Das mit dieser Einsicht verbundene Plädoyer für einen evolutionären und nicht einen revolutionären Weg zum Sozialismus ging auch mit der Akzeptanz der Minimalbedingungen eines modernen demokratischen Verfassungsstaates einher. Über die Zustimmung bei Wahlen sollten gesellschaftliche Mehrheiten für die schrittweise Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Struktur des Landes gewonnen werden. Entweder direkt über eine eigene Beteiligung an der Regierung oder indirekt über politischen Druck auf die Regierung sollten so einerseits die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter verbessert sowie andererseits ihre Partizipationsmöglichkeiten im politischen und wirtschaftlichen Raum erhöht werden. Mit dem damit verbundenen längerfristigen Prozess sollte es auch zu einer einschlägigen Bewusstseinsänderung im Rahmen gewonnener Erfahrungen kommen. „Demokratischer Sozialismus“ Typ I meinte demnach nicht nur die Legitimation durch freie Wahlen als Regelwerk, sondern auch die Veränderung der politischen Kultur in der Gesellschaft.

Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat, in: Thomas Meyer, Praxis der Sozialen Demokratie, Wiesbaden 2006, S. 49-129.

Längerfristig gesehen kam es dadurch auch zur Akzeptanz der Marktwirtschaft und Negierung der Planwirtschaft. Letzteres erklärte sich vor allem aus den Erfahrungen der Länder des „real existierenden Sozialismus“, wo nicht nur politische Grundfreiheiten nicht existierten, sondern die ökonomische Entwicklung lediglich schleppend vorankam. Das Konzept eines „Demokratischen Sozialismus“ Typ I schlug sich in der Frage des richtigen Wirtschaftssystems aber nicht pauschal auf die Seite des Kapitalismus, sah man doch sowohl in der nach wie vor gegebenen Krisenanfälligkeit ebenso wie in den ungerechten Verteilungsfolgen grundlegende Probleme. Dies führte zur politischen Ausrichtung im Sinne eines Wohlfahrtsstaates, der marktwirtschaftliche Grundfreiheiten und unternehmerisches Handeln belies, aber mit seiner intervenierenden Sozial- und Umverteilungspolitik ein Mehr an sozialer Gleichheit und Sicherheit anstrebte. Letztendlich orientierte sich die Wirtschaftspolitik damit mehr an John Maynard Keynes denn an Karl Marx.

6. „Demokratischer Sozialismus“ bei Rosa Luxemburg

Neben Eduard Bernstein wird in der Literatur auch Rosa Luxemburg⁹ (1871-1919) als Protagonistin eines „Demokratischen Sozialismus“ gesehen. Die Frage, was die Mitgründerin der KPD darunter verstand, ist nicht nur aus ideengeschichtlicher Perspektive interessant. „Die Linke“ beruft sich in ihrem Programmentwurf auf sie; die der Partei nahestehende Stiftung trägt den Namen „Rosa Luxemburg-Stiftung“. Als Begründung für die erwähnte Einschätzung, es handele sich bei ihr um eine „demokratische Sozialistin“, werden meist folgende Aspekte genannt: Luxemburg lehnte Lenins Avantgarde-Modell von einer Partei ab; sie setzte auf die Spontaneität der Massen als entscheidenden Faktor; eine Revolution sollte in ihrem Sinne nur bei Akzeptanz der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter erfolgen; und mit ihrem berühmten Ausspruch „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“ trat sie für die Freiheit Aller ein. Doch

⁹ In der umfangreichen Literatur zu ihr dominiert eine apologetische Sicht, vgl. als kritische Beiträge: Eckhard Jesse, Demokratie oder Diktatur? Luxemburg und der Luxemburgismus, in: Uwe Backes/Stéphan Courtois (Hrsg.), „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln 2002, S. 1987-212; Leszek Kolakowski, die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, Bd. 2, München 1978, S. 77-116.

treffen die damit einhergehenden Beurteilungen Rosa Luxemburgs auch im Lichte ihrer Auffassungen und Handlungen zu?¹⁰

Zunächst muss konstatiert werden, dass es sich bei dem von ihr vertretenen Marxismus nicht um eine undogmatische Variante handelt. In der Auseinandersetzung mit Bernstein, der angesichts einer der Marxschen Prognose entgegen gerichteten Entwicklung des Kapitalismus für eine Änderung von Positionen und Strategie plädierte, beharrte Luxemburg auf einem dogmatischen und orthodoxen Verständnis. Sie bezog damit eine rigorose Gegenposition zu dessen Auffassung von „Demokratischem Sozialismus“. Zwar bekannte sich auch Luxemburg zur Demokratie, allerdings in einem instrumentellen Sinne. Dies zeigt folgendes Zitat aus der Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ (1899): „... die Demokratie ist unentbehrlich, nicht weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat *überflüssig*, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso *notwendig* wie auch einzig *möglich* macht.“¹¹ Kurzum, Demokratie soll nicht als Endziel für die Macht des Proletariats gelten, Demokratie soll die Bedingungen für die Erlangung der Macht des Proletariats schaffen.

An deren Ende stünde sehr wohl die Diktatur, wie Luxemburg in ihrem Text „Die russische Revolution“ (1918) bemerkte: „Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der *Art der Verwendung der Demokratie*, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen lässt.“¹² In dieser Formulierung deutet sich bereits an, dass Luxemburgs Wort „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“¹³ nicht im Sinne eines allgemeinen Bekenntnisses zu politischen Freiheiten gemeint war. Es sollte sich lediglich auf das inner-sozialistische Lager beziehen, war die Bolschewiki in Russland doch zur Zeit der Nie-

¹⁰ Vgl. ausführlicher hierzu aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traugber, Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer Klassikerin, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011. Erster Halbband, Frankfurt/M. 2011, S. 181-195.

¹¹ Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution? (1899), in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften I. Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1975, S. 47-133, hier S. 118f.

¹² Rosa Luxemburg, Die russische Revolution (1918), in: Luxemburg, Politische Schriften III (Anm. 11), S. 10-141, hier S. 139.

¹³ Ebenda, S. 134.

derschrift des Textes auch repressiv gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre vorgegangen. An Grundfreiheiten und –rechte für Nicht-Sozialisten hatte Luxemburg nicht gedacht, wohl noch nicht einmal gegenüber den Sozialdemokraten im damaligen Deutschen Reich.

7. „Demokratischer Sozialismus“ als Schlagwort im „real existierenden Sozialismus“

Wie stand man nun in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa zu der Auffassung und Realität des skizzierten „demokratischen Sozialismus“ in Westeuropa? Einen exemplarischen und komprimierten Eindruck davon vermittelt ein Buch, das von einem Autorenkollektiv unter der Leitung des seinerzeitigen Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR P. N. Fedoseev in deutscher Sprache mit dem Titel „Demokratischer Sozialismus – Ideologie des Sozialreformismus“ (1980) erschien. Darin heißt es bereits zu Beginn über die Auffassung vom „Demokratischen Sozialismus“ in den sozialdemokratischen Parteien der westlichen Welt: „Er erscheint nach außen hin als sozialistisch, seinem Wesen nach ist er eine reformistische und revisionistische Ideologie darauf gerichtet, die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei von der Führung des historischen Prozesses zu verdrängen und die wirklich sozialistische Ideologie in bürgerlich-liberales Geschwätz über sozialistische Umgestaltungen umzuwandeln.“¹⁴

Nach den Auffassungen des Autorenkollektivs wirke die gesellschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern so attraktiv auf die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern, dass das Interesse am „Sozialismus“ ebendort enorm angestiegen sei und sich interessierte Kreise der rechten Sozialdemokratie als Protagonisten eines „Demokratischen Sozialismus“ geben würden. Danach findet man zahlreiche ideologische und politische Einwände gegen das hiermit gemeinte Konzept: Der postulierte Pluralismus stehe für Unbestimmtheit, verfüge der „Demokratische Sozialismus“ doch über keine klar umrissene Theorie. Ideengeschichtlich leite er sich vom Bernsteinschen „Revisionismus“ in der Sozialdemokratie der Zeit Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts ab. Dies erkläre auch seine doppelte Zielsetzung: Den sozialistischen Staaten gegenüber nehme er eine ablehnende Einstellung in Form des Antikommunismus ein, dem kapitalisti-

¹⁴ P. N. Fedoseev u.a., „Demokratischer Sozialismus“ – Ideologie des Sozialreformismus, Berlin (DDR) - Frankfurt/M. 1980, S. 11.

schen Wirtschaftssystem gegenüber bestehe eine opportunistische Haltung zugunsten der bürgerlichen Politikvorstellungen.

Demnach orientiere sich der „Demokratische Sozialismus“ nicht an Karl Marx und Wladimir I. Lenin, sondern an Immanuel Kant und Karl R. Popper. Hierdurch führe die von ihm propagierte antiautoritäre Ausrichtung zu einem ideologischen Eklektizismus, der damit die Arbeiterklasse vor den revolutionären Ideen des Sozialismus abschirmen wolle und mit seinem Reformismus letztendlich die Apologetik des Kapitalismus betreibe. Den Vertretern des „Demokratischen Sozialismus“ gehe es nicht um die Vergesellschaftung von Produktionsmitteln für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, sehe man doch vielmehr in der „Freiheit der Persönlichkeit“ oder im „moralischen Ideal“ den Hauptinhalt des Sozialismus. Hinsichtlich der Grundauffassungen des „Demokratischen Sozialismus“ müsse man „vor allem ihren Antikommunismus hervorheben und die Tatsache deutlich machen, dass sich die Ideologie des ‚demokratischen Sozialismus‘ in erster Linie nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen den wissenschaftlichen Sozialismus richtet.“¹⁵

8. „Demokratischer Sozialismus“ im Parteiprogramm der PDS

Diese Auffassung teilte offiziell auch die SED bis 1989. Um so verwunderlicher ist, dass sie sich 1990 in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ umbenannte. Doch handelt es sich dabei um das zuvor erwähnte Verständnis? Wie die PDS den „Demokratischen Sozialismus“ definierte, soll hier anhand des Parteiprogramms von 2003 thematisiert werden. Dort heißt es: „Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchale Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln.“¹⁶ Diese Aneinanderreihung von

¹⁵ Ebenda, S. 116.

¹⁶ Die Linkspartei.PDS, Programm. Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz. Überarbeitung entsprechend Parteitagsbeschluss zur Namensänderung vom 17. Juli 2005, Berlin 2005, S. 3.

Forderungen ist so allgemein gehalten, dass daraus schwerlich die Konturen eines Sozialismus-Verständnisses ablesbar sind.

Bei dem ersten Satz des vorgenannten Zitats handelt es sich um ein nur leicht verändertes Zitat aus dem „Kommunistischen Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels¹⁷, das hier aber – aus welchen Gründen auch immer – nicht als solches gekennzeichnet wurde.¹⁸ Auch an späteren Stellen des Textes beruft man sich direkt auf Marx¹⁹, ohne aber den Stellenwert dieses Denkers für das politische Selbstverständnis klarer zu benennen. Allgemein heißt es bezüglich der Auffassung von Demokratie und der Abgrenzung von der DDR-Zeit: 1989 habe die PDS „mit dem antidemokratischen Politik- und Parteiverständnis der SED“²⁰ gebrochen; und heute würde man „parlamentarische Demokratie, politischer Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit“²¹ als unverzichtbare Errungenschaften ansehen. Genau an dieser Stelle beruft man sich aber auf Rosa Luxemburg, also ausgerechnet eine Marxistin, die gerade nicht in einem allseitigen Sinne des heutigen Verständnisses für Gewaltenteilung, Parlamentarismus und Pluralismus eintrat.

¹⁷ Die entsprechende Passage lautet: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegengesatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigenen Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegengesätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: Marx Engels Werke [MEW], Bd. 4, 5. Auflage, Berlin [DDR] 1971, S. 482). Die angestrebte Idealgesellschaft ist hier demnach das Ergebnis einer gewalttätigen Revolution.

¹⁸ Es findet sich auch im Programm der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), vgl. Programm der Deutschen Kommunistischen Partei – DKP. Beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages der DKP, 8. April 2006, Essen o. J. (2006), S. 4f. Hinsichtlich eines Vergleichs der beiden Parteiprogramme aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, Das DKP- und PDS-Parteiprogramm. Eine vergleichende Analyse in extremismustheoretischer Perspektive, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 66-81.

¹⁹ Vgl. PDS-Programm (Anm. 16), S. 13 und 55.

²⁰ Ebenda, S. 50.

²¹ Ebenda, S. 21.

Überhaupt verortet sich die PDS in ihrem Programm immer wieder in einer Kontinuität zu kommunistischen Bewegungen, die in Deutschland mit der KPD oder SED verbunden waren: Man will vom Anspruch der „kommunistischen Bewegung“²² ausgehen und sieht sich auch in der Tradition der „kommunistischen Parteien“²³. Zwar erwähnt der Text dabei ebenso eine sozialdemokratische Tradition. Aufgrund von deren ganz anderer demokratietheoretischer Ausrichtung passt dies aber ideengeschichtlich nicht zusammen. Gleichzeitig grenzt man sich von „jeglicher Form“ des „Antikommunismus“²⁴ ab, was eben mit dieser Formulierung auch die anti-kommunistische Ausrichtung des oben definierten „Demokratischen Sozialismus“ (Typ I) einschließen würde. Außerdem heißt es über die Mitgliedschaft der Partei, in ihr hätten sowohl Menschen einen Platz, „die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ... die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden“²⁵ versuchten.

9. „Demokratischer Sozialismus“ im Programmmentwurf der Partei „Die Linke“

Die letztgenannte Stoßrichtung des Selbstverständnisses verschärfte sich noch, wie der Entwurf zum Programm der Partei „Die Linke“ von 2010 zeigt.²⁶ Bereits zu Beginn heißt es: „Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus“²⁷ Außerdem formuliert man: „Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus ... mit diesen Zielen unvereinbar ist.“²⁸ Auch hier gilt: Die ersten Aussagen sind sehr allgemein gehalten, kaum

²² Ebenda, S. 2.

²³ Ebenda, S. 51.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ebenda, S. 54.

²⁶ Vgl. ausführlicher aus Sicht des Autors: Armin Pfahl-Traughber, Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmmentwurf der Partei „Die Linke“ (2010), in: Liberal, Nr. 3 vom September 2010, S. 28-31.

²⁷ 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Entwurf der Programmkommission, Berlin 2010, S. 3.

²⁸ Ebenda.

jemand würde ihnen widersprechen. Gleichzeitig plädiert der Text aber für einen „Systemwechsel“, wobei die Formulierungen nur auf den ökonomischen Bereich bezogen sind. Im Basis-Überbau-Modell von Karl Marx, der auch hier als ideologischer „Klassiker“²⁹ gilt, besteht aber ein direkter Zusammenhang von Ökonomie und Politik.

In den Programmaussagen zu politischen Fragen heißt es, die „parlamentarische repräsentative Demokratie“ müsse „durch direkte Demokratie erweitert werden“.³⁰ Auch dies klingt nach einer Akzeptanz des Parlamentarismus. Dessen erwähnte Ergänzung soll aber erfolgen „durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen“, worin „Gewerkschaften“ oder „Interessenverbände vertreten“ wären. Sie hätten „die Möglichkeit“, auch „gesetzgeberische Initiativen einzuleiten“.³¹ Damit würden aber demokratisch nicht legitimierte Einrichtungen auf die gleiche Stufe wie die gewählte Volksvertretung gestellt. Zudem könnten sie die Beschlüsse des Parlaments zumindest blockieren, wenn nicht gar überstimmen. Dass damit ein besonderes Demokratieverständnis gemeint sein kann, ergibt sich auch aus den Ausführungen zu den politischen Traditionen: Demnach knüpft die Partei „Die Linke“ „an linksdemokratischen Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung“³² an.

Zu dem letztgenannten politischen Bereich gehörte auch die im Entwurf des Programms ausdrücklich als historisches Vorbild genannte KPD. Damit gilt hier eine Partei als „linksdemokratisch“, die nicht nur auch die Weimarer Republik überwinden wollte, sondern in dem Großteil ihrer Existenz (1918-1956) stalinistisch ausgerichtet war (1925-1953). Zwar betont der Text an späterer Stelle den unwiderruflichen „Bruch mit dem Sta-

²⁹ Vgl. ebenda, S. 3 und 5. Auf der erstgenannten Seite finden sich auch zwei leicht abgewandelte Marx-Zitate, die nicht als solche gekennzeichnet wurden: „Wir wollen alle gesellschaftlichen Verhältnisse überwinden, in denen Menschen ausgebeutet, entrechtet und entmündigt werden ...“ und „Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird.“ Es bleibt auch hier unklar, warum bei diesen Aussagen, die wohl viele Menschen von den Formulierungen her so unterstützen würden, nicht der eigentliche Autor benannt wird.

³⁰ Ebenda, S. 18.

³¹ Ebenda, S. 13.

³² Ebenda, S. 5.

linismus“³³, gleichwohl huldigt man mit den vorgenannten Positionen eine Partei in dessen ideologischer Tradition als „linksdemokratisch“. Demnach scheint das Demokratieverständnis doch bis in diesen politischen Bereich ausgeweitet zu sein, will man den Autoren des Programms nicht ideengeschichtliche Unkenntnis oder massive Widersprüchlichkeit unterstellen. Der im Text gemeinte „Demokratische Sozialismus“ beabsichtigt darüber hinaus nicht eine Renaissance oder Stärkung der „sozialen Marktwirtschaft“, habe der „Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital ... die Herrschaft des Kapitals nicht in Frage“³⁴ gestellt.

10. Konturen des „Demokratischen Sozialismus“ (Typ II)

Worin bestehen nun die Besonderheiten und Konturen dieses „Demokratischen Sozialismus“, der hier fortan als Typ II bezeichnet werden soll? Zunächst wäre zu konstatieren, dass der Kapitalismus zugunsten des Sozialismus überwunden werden soll. Wie dieser „Sozialismus“ dann aber genau aussehen würde, bleibt in den erwähnten und anderen programmatischen Texten unklar. Allenfalls verweist man ebendort auf die Möglichkeit unterschiedlicher Besitzformen, ohne aber dabei eine genauere Gewichtung vorzunehmen. In dieser Allgemeinheit könnte man sich somit unterschiedliche Wirtschaftssysteme vorstellen, selbst einen Kapitalismus mit teilweise vergesellschafteten bzw. verstaatlichten ökonomischen Bereichen. Das „demokratische“ Element im Konzept „Demokratischer Sozialismus“ Typ II besteht nach den Formulierungen in den Texten darin, dass man im Unterschied zu den Konzeptionen des „real existierenden Sozialismus“ wie in der früheren DDR einen solchen Weg nur mit der Mehrheit der Massen gehen will.

Gerade in dieser Hinsicht beruft man sich immer wieder auf Rosa Luxemburg, die der Partei „Die Linke“ wie der PDS als Theoretikerin eines „Demokratischen Sozialismus“ in ihrem Sinne gilt. Dabei handelte es sich aber um die bedeutendste historische Gegnerin von Eduard Bernstein im Streit über Reformen und Revisionismus in der Sozialdemokratie Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts. Allein dies macht bereits einen grundlegenden Unterschied zu dem vorgenannten „Demokratischen Sozialismus“ Typ 1 deutlich, stützt er sich doch ideengeschichtlich wie konzeptionell

³³ Ebenda, S. 6.

³⁴ Ebenda, S. 7.

stark auf den Ansatz von Bernstein. Luxemburg hielt gegen diesen sowohl am Bild vom Proletariat als revolutionärem Subjekt wie an der Notwendigkeit der Revolution zur Überwindung des Kapitalismus fest. Reformen sollten in ihrem Sinne allenfalls als einleitende Schritte auf dem Weg in Richtung eines solchen rigorosen Bruchs mit der ökonomischen und politischen Struktur einer Gesellschaft dienen. Für „Die Linke“ bzw. die PDS kommt es aber auf „grundlegende Umgestaltung“ an.

Im politischen Bereich geht dies zwar mit dem formalen Bekenntnis zum Parlamentarismus einher, gleichwohl deutet dabei vieles auf ein instrumentelles Verständnis hin. Die erwähnten Auffassungen von einer Einführung von „Räten“ für Interessenorganisationen, deren Charakter aber konzeptionell noch nicht näher in den Programmtexten entwickelt wurde, dürfte etwa auf einen Bedeutungsverlust der gewählten Volksvertretung hinauslaufen. Statt zu einer suggerierten Stärkung des Parlaments käme es hierdurch eher zu einer realen Schwächung des Parlaments. Immerhin handelt es sich hierbei um eine durch Wahlen legitimierte politische Institution, was eben für Interessenvertretungsorganisationen der unterschiedlichsten Art nicht gelten kann. Irritierend wirkt in den programmatischen Texten von „Die Linke“ bzw. PDS außerdem, dass man sich sowohl auf einen kommunistischen wie sozialdemokratischen Traditionsstrang berufen will. Dies dürfte angesichts der grundlegenden Gegensätze von KPD und SPD wohl kaum möglich sein.

11. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorstehenden Ausführungen zum „Demokratischen Sozialismus“ Typ I und „Demokratischen Sozialismus“ Typ II haben schon deutlich gemacht, dass es sich hierbei nicht um deckungsgleiche politische Konzepte handelt. Sowohl ideen- wie realpolitisch beruft man sich jeweils auf unterschiedliche Positionen und Traditionen. Mit ihrer Umbenennung von SED in PDS nahm die Partei bereits 1989 eine Umdeutung und Vereinnahmung des Begriffs „Demokratischer Sozialismus“ vor. Würde man tatsächlich an die damit eigentlich gemeinten politischen Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung anknüpfen wollen, hätte sich dies auch in der Berufung auf die einschlägigen Theoretiker zeigen müssen. Es wurde hier aber gerade nicht dessen Begründer Eduard Bernstein, sondern seine Gegnerin Rosa Luxemburg genannt. Auch findet man mit Ausnahme weniger Publikatio-

nen im Umfeld der Partei³⁵ in ihr keine Berufung auf oder Beschäftigung mit den Modellen der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und eines darauf bezogenen Sozialismusverständnisses.

Der „Demokratische Sozialismus“ Typ 1 wies – und in diesem Punkt ist den erwähnten Einwänden von den Apologeten der Diktaturen des „real existierenden Sozialismus“ durchaus zuzustimmen – eine klar antikommunistische Stoßrichtung auf. Dabei ging es nicht um die Ablehnung des Modells einer zukünftigen herrschafts- und klassenlosen Idealgesellschaft. Vielmehr richtete sich die Auffassung von einem „antikommunistischen Sozialismus“ geistig gegen die Dogmatisierung des Marxismus-Leninismus und politisch gegen die Diktaturen in dessen Namen. Demnach steht der „Demokratische Sozialismus“ Typ 1 auch für eine „Totalitarismuskritik von links“, die gegenwärtig in Vergessenheit zu geraten scheint.³⁶ Der von der Partei „Die Linke“ und der PDS vertretene „Demokratische Sozialismus“ Typ 2 distanziert sich zwar formell in programmatischen Texten von Fehlern und Verbrechen in den Systemen des „real existierenden Sozialismus“, ohne aber eine differenzierte und nähere Analyse zu den Bedingungsfaktoren für das Wirken dieser Diktaturen vorzunehmen.

Gleichzeitig duldet man in der Partei politische Strömungen, die sich positiv auf Bestandteile dieser repressiven Regime beziehen. Darüber hinaus findet man in den genannten programmatischen Texten immer wieder Aussagen, welche in kommunistischen Parteien einen ideengeschichtlichen Traditionsstrang des eigenen Politikverständnisses sehen. Dies macht in der Gesamtschau deutlich, dass es auch und gerade hinsichtlich der Einstellung zu den Minimalbedingungen eines modernen demokratischen Verfassungsstaates grundlegende Differenzen zwischen dem „Demokratischen Sozialismus“ Typ I und dem „Demokratischen Sozialismus“ Typ II gibt. Da in der demokratischen Linken und der SPD bereits vor 1990 die Selbstverortung im Sinne eines „Demokratischen Sozialismus“ durch die eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik schwand, konnte die Partei „Die Linke“ bzw. die PDS bzw. die SED um so ungehinderter den Begriff

³⁵ Vgl. u.a. Cornelia Heintze, Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirrweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells, Leipzig 2005; Andreas Oppacher, Deutschland und das Skandinavische Modell. Der Sozialstaat als Wohlfahrtsmotor, Bonn 2010.

³⁶ Vgl. Mike Schmeitzner (Hrsg.), Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert, Göttingen 2007.

„Demokratischer Sozialismus“ für sich in der politischen Programmatik umdeuten und im öffentlichen Diskurs vereinnahmen.

Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie

Links- und Rechtsautonome im Vergleich

Udo Baron

1. Einleitung und Fragestellung

Hamburg, 4. Dezember 2009, kurz nach 23.00 Uhr: Hilfeschreie gellen durch das Schanzenviertel. Eine Polizistin des dortigen Polizeikommissariats 16 bemerkt eine Person, die gerade im Begriff ist, den Ausgang des Polizeireviers mit einem Fahrradschloss zu blockieren. Plötzlich tauchen aus der Dunkelheit etwa zehn Vermummte auf, die sie kampfbereit auf der Straße erwarten. Ein Steinhagel geht auf die Polizistin nieder, Fensterscheiben klirren, Molotowcocktails setzen einen Streifenwagen in Brand. Im letzten Moment kann ein Polizist verhindern, dass durch ein Rolltor eine brennende Mülltonne ins Revier geschoben wird. Wenig später trifft Verstärkung ein. Erst jetzt ziehen sich die Angreifer zurück. In einem Bekennerschreiben übernimmt später eine Gruppe namens „Koukoulofori“ die Verantwortung. Sie drohen mit weiteren Anschlägen. „Koukoulofori“ ist Griechisch und bedeutet soviel wie „Kapuzenträger“ oder „Vermummte“. Gemeint sind damit Autonome.¹

Szenenwechsel: Hamburg, 1. Mai 2008, etwa 1.500 Rechtsextremisten marschieren durch den Stadtteil Barmbek, unter ihnen etwa 350 schwarz gekleidete Demonstranten, die sich zu einem „Schwarzen Block“ formiert haben. Sie tragen Kapuzenjacken und dunkle Sonnenbrillen, manche von ihnen haben ein Palästinensertuch um den Hals gebunden. „Fight the system. Fuck the law!“, Slogans wie diese zieren ihre Transparente. Ihrem Äußeren und ihrem Auftreten nach wirken sie wie Linksautonome, doch es handelt sich um Rechtsextremisten, die ihr linksextremistisches Pendant fast bis zur Unkenntlichkeit kopieren.

Gegen Mittag kreuzen plötzlich, ebenfalls in einem „Schwarzen Block“ organisierte linksextremistische Gegendemonstranten ihren Weg. Wie auf Kommando gehen beide „Schwarzen Blöcke“ aufeinander los und suchen die offene Konfrontation. Barrikaden werden errichtet, Maskierte werfen

¹ Vgl. Neue radikale Gruppe droht mit weiteren Anschlägen, in: Die Welt vom 5. Dezember 2009.

Böller und Steine, Autos gehen in Flammen auf. Die Situation eskaliert.² Hätte sich die Polizei nicht dazwischen geworfen, womöglich hätte es Tote gegeben, so die Bilanz der Einsatzleitung am Ende dieses langen Tages.³ Noch bis in die Nacht hinein dauern die Ausschreitungen an. Zurück bleiben Entsetzten über die ungeschminkte Aggressivität und Brutalität beider Seiten, aber auch Irritationen über ein bis dahin von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommenes Phänomen: die „Autonomen Nationalisten“ (AN).

Die Vorfälle in Hamburg stehen exemplarisch für die zunehmende Gewaltbereitschaft von Links- und Rechtsextremisten. 891 rechtsextremistische Gewalttaten wurden im Jahr 2009 registriert, darunter 1 Tötungsdelikt und 738 Körperverletzungen.⁴ Die linksextremistischen Gewalttaten sind von 701 im Jahre 2008 auf 1.115 gestiegen, darunter 502 Körperverletzungen (2008: 359).⁵ Einen Schwerpunkt bildete dabei die Konfrontationsgewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten. 300 rechtsextremistischen Gewalttaten, davon allein 251 Körperverletzungen gegen Angehörige der linksextremistischen Szene, stehen 468 gewalttätige Übergriffe von Linksextremisten auf Mitgliedern des rechtsextremistischen Spektrums gegenüber, darunter 304 Körperverletzungen.⁶ Auch wenn die ersten Zahlen für das Jahr 2010 wieder einen rückläufigen Trend erkennen lassen, wird auch künftig die Konfrontationsgewalt zentralen Raum einnehmen.

Die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Rechts- und Linksextremisten, insbesondere im Verlauf und am Rande von Demonstrationen, werden teilweise mit äußerster Brutalität geführt. So erlitt der Fahrer eines der NPD gehörenden PKW am Rande einer rechtsextremistischen Demonstration im niedersächsischen Buchholz durch den gezielten Steinwurf eines Linksautonomen im Mai 2010 einen Schädelbruch.

Wer sind diese Links- und Rechtsautonomen? Woher kommen sie? Was wollen sie? Welchen Gewaltbegriff haben sie? Wer trägt und unterstützt ihre Aktivitäten? Welche Ziele verfolgen sie mit welchen Mitteln und Methoden. Diesen Fragen wird im Folgenden in vergleichender Perspektive

² Vgl. Philipp Wittrock, Schwarzer Neonazi-Block alarmiert Polizei und Politik, in: Spiegel-Online vom 15. Mai 2008.

³ Vgl. Jan-Eric Lindner, „Ohne unsere Beamten hätte es Tote gegeben, in: Hamburger Abendblatt vom 3. Mai 2008.

⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 38.

⁵ Vgl. ebenda, S. 45.

⁶ Vgl. ebenda, S. 41 ff.

nachgegangen. Vor allem die aktuelle Entwicklung wird dabei einer kritischen Analyse mit Blick auf das von ihr ausgehende Bedrohungspotential für den demokratischen Rechtsstaat unterzogen.

2. Linksautonome

Autonome Bewegungen sind kein grundsätzlich neues gesellschaftliches Phänomen. Dem herkömmlichen Verständnis nach werden Autonome bislang der linksextremistischen und nicht der rechtsextremistischen Subkultur zugeordnet. Ihre Wurzeln gehen auf die zerfallende Protestbewegung Ende der 1960er Jahre zurück.⁷ Aus dieser Zeit stammt auch ihre Selbstbezeichnung. Sie steht für Eigenständigkeit und bezieht sich historisch auf die Erfahrungen der militanten italienischen Arbeiter- und Studentenbewegung „Autonomia Operaia“ der 1960er Jahre. Diese militante „Arbeiterautonomie“ propagierte den Kampf gegen die Fabrikarbeit und wandte sich gezielt gegen die etablierten Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Italiens, denen sie Anpassung, Bevormundung und Verbürgerlichung vorwarf. Lang andauernde Bestreikungen vor allem von Automobilfabriken bis hin zur Entführung von Managern, gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sabotageakte in Fabriken prägten ihre Aktivitäten.⁸

Von Italien aus verbreitete sich der autonome Gedanke über Europa. Seit Anfang der 1980er Jahre kamen Autonome auch in der alten Bundesrepublik als eigenständige Subkultur auf. Die meisten von ihnen stammten aus undogmatischen Gruppierungen, seltener aus den K-Gruppen als vielmehr aus der militanten Hausbesetzerszene und den militanten Teilen der Anti-AKW-Bewegung. Häufig hatten sie eine politische Vorgeschichte bei den Spontis, den Stadtindianern oder den Anarchisten und wirkten in Universitäts- oder Schülergruppen, in Dritte-Welt- oder sonstigen Initiativen mit.

⁷ Vgl. Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin / Amsterdam 1995; Primo Moroni/Nanni Balestrini, Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1994.

⁸ Vgl. Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185-203, hier S. 186. Einer der führenden Protagonisten der Arbeiterautonomie, Antonio Negri, gehört heute zu den führenden intellektuellen Köpfen der Anti-Globlisierungsbewegung.

Historisch beziehen sie sich auf die Erfahrungen der italienischen Autonomia.⁹

Autonome verfügen über keine einheitliche Weltanschauung. Sie orientieren sich an anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen und wenden sich gegen jegliche Form von Herrschaft, Organisation und Hierarchie. Im Gegensatz zu den auf das Kollektiv orientierten orthodoxen Marxisten sind sie stark individualistisch, Theoriedebatten spielen nur eine untergeordnete Rolle: „wir kämpfen nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk, sondern für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen“¹⁰ heißt es in „Radikal“, eine ihrer Publikationsorgane. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lehnen Autonome ebenso ab wie den Staat und seine Institutionen. Alle Widerstandsformen bis hin zum Einsatz von Gewalt halten sie für legitim. Das bestehende System wollen die Autonomen nicht reformieren, sondern auf revolutionärem Wege durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ ersetzen.¹¹ Parteiähnliche Strukturen und Führungspersönlichkeiten lehnen sie formell ab, auch wenn sie informell existieren. Autonome organisieren sich überwiegend über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte bzw. projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind.¹²

Autonome sagen nicht so sehr, was sie wollen, als vielmehr, was sie nicht wollen. Ihr Selbstverständnis ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Sie verstehen sich vor allem als antifaschistisch, antikapitalistisch, antirassistisch, antimilitaristisch und antirepressiv. Damit greifen die Autonomen Themen auf, die auf breite Akzeptanz bis weit in die demokratische Mitte hinein stoßen und ihnen so die Möglichkeit geben, breite Bündnisse auch mit demokratischen Organisationen zu schließen. Ihr zentrales Agitationsfeld ist aber der Antifaschismus. Er ist sozusagen das Bindeglied zwischen allen autonomen Gruppierungen, den orthodoxen Marxisten und sonstigen Linksextremisten. Unter Rückgriff auf die von Georgi Dimitroff

⁹ Vgl. Almut Gross/Thomas Schultze, Die Autonomen – Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 38.

¹⁰ Radikal, Nr. 98/1981, S.3, zitiert nach: Armin Pfahl-Traugher, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Zu den Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, <http://www.bpb.de/themen/6JVEOB.html>. (gelesen am 6. Oktober 2008).

¹¹ Vgl. Gross/Schultze (Anm. 9), S. 56.

¹² Vgl. ebenda, S. 135; A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg/Göttingen 3. Auflage 2003, S. 99ff.

im August 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau aufgestellten These, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹³ sei, ist der Faschismus dem Kapitalismus immanent. Faschismus kann dem linksextremistischen Verständnis nach deshalb nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus, beseitigt wird. Konsequenter Antifaschismus zielt daher für Linksextremisten immer auch auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die es zu überwinden gilt.

2.1. „Antiimperialisten“ versus „Antideutsche“/„Antinationale“

Den Untergang des real existierenden Sozialismus 1989/90 hat die linksautonome Bewegung aufgrund ihrer nur gering ausgeprägten Theorielastigkeit im Gegensatz zu den orthodoxen Linkeextremisten zwar relativ unbeschadet überstanden. Seit Anfang der 1990er Jahre geht aber ein Riss durch die Bewegung, der zu einer deutlichen Polarisierung geführt hat: die Aufspaltung der autonomen Szene in „Antideutsche“ bzw. „Antinationale“ und „Antiimperialisten“. Die Wurzeln dieses Konflikts lassen sich bis zum Mauerfall zurückführen. Vor 20 Jahren haben sich autonome Antifas, Mitglieder des „Kommunistischen Bundes“ (KB), ehemalige Grüne und Redaktionsmitglieder der Zeitung „Arbeiterkampf“ und der Zeitschrift „Konkret“ zur „Radikalen Linken“ zusammengeschlossen. Im Zuge von Mauerfall und deutscher Einheit befürchteten diese sich als „Antideutsche“ bzw. „Antinationale“ verstehenden Autonomen ein großdeutsches „IV. Reich“ und einen davon ausgehenden neuerlichen Holocaust an seinen jüdischen Mitbürgern. Als Ursache meinten sie einen dem deutschen Volk immanenten und nicht zu überwindenden Antisemitismus ausgemacht zu haben. Unter der Parole „Nie wieder Deutschland“ bekämpfen „Antideutsche“ seitdem einen vermeintlich erstarkten deutschen Nationalismus. Sie lehnten aus diesem Grunde nicht nur die deutsche Einheit vehement ab, sondern auch generell jegliche Form eines deutschen Nationalstaats. Zugleich strebt dieses Spektrum die Auflösung des deutschen Staates und seines Volkes und ihr Aufgehen in einer multikulturellen Gesellschaft an.

¹³ Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: ders., Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982, S. 49-136, hier S.52.

Mit dem Beginn des zweiten Golfkrieges Anfang 1991 kam es zu ersten Zerwürfnissen innerhalb der autonomen Szene über die Haltung zum Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Den Hintergrund bildete die Gleichgültigkeit linksextremistischer Demonstranten gegenüber den irakischen Luftangriffen auf Israel. Die Monatszeitschrift „Konkret“ um ihren Herausgeber Hermann L. Gremliza und Teile des KB befürworteten nunmehr die militärischen Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak aus einer pro-israelischen Position heraus. Im linksextremistischen Umfeld traten die „Antideutschen“ von nun an verstärkt durch Antisemitismusvorwürfe gegen rivalisierende linksextremistische Gruppierungen hervor. Verschärft wurde dieser Konflikt mit Beginn der zweiten Intifada im Nahen Osten im Jahre 2000 und die dadurch ausgelöste Debatte über Antizionismus bzw. Antisemitismus im Linken Lager. Aus ihrer Solidarität mit den Opfern des Nationalsozialismus und ihrer Ablehnung eines fundamentalistischen Islamismus resultierte bei den „Antideutschen“ eine uneingeschränkte Solidarität mit dem Staat Israel, die jegliche Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch abqualifizierte. Unter dem Eindruck des Afghanistan- und 3. Golfkrieges befürworteten „Antideutsche“ nicht nur die Existenz von Armeen, sondern auch militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak und lehnten den herkömmlichen „Antiimperialismus“ der autonomen Szene aufgrund seiner antizionistischen bzw. antisemitischen Ausrichtung ab. Der endgültige Bruch mit der übrigen Linken schien unausweichlich.¹⁴

„Antiimperialisten“ dagegen solidarisieren sich mit den „antiimperialistischen Befreiungsbewegungen“, die ein sozialistisches Regime in ihren jeweiligen Ländern anstreben. Ihre Solidarität gilt im Nahostkonflikt dem „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Unterdrückung“. In Israel und den USA sehen „Antiimperialisten“ den Aggressor im Nahen Osten, deren Politik bezeichnen sie als imperialistisch und deshalb verbrecherisch.¹⁵

Die Positionen beider Richtungen haben sich vor allem vor dem Hintergrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 und der Militärintervention gegen den Irak 2003 mittlerweile so verhärtet, dass auch gewalt-

¹⁴ Vgl. Rudolf van Hüllen: „Antiimperialistische“ und „antideutsche“ Strömungen im deutschen Linksextremismus; www.bpb.de/themen/KMT3BZ.html (gelesen am 27. November 2009).

¹⁵ Vgl. Felix Lee, Die Antideutschen – Spaltpilze und Lehrmeister, in: die tageszeitung vom 2./3./4. Oktober 2009.

same Zusammenstöße zwischen ihren Repräsentanten keine Seltenheit mehr sind.

„Antideutsche“ und „Antiimperialisten“ zeichnen sich durch ein gehöriges Maß an Gewaltbereitschaft aus. Gewalt dient ihnen auf dem Weg zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht nur als Mittel zum Zweck, sie gehört zu den tragenden Säulen autonomen Selbstverständnisses. Linksautonome Gewalt tritt vor allem als Massenmilitanz am Rande von Demonstrationen in Erscheinung. Dort agieren Linksautonome - einheitlich schwarz gekleidet und verumumt - aus ihrem „Schwarzen Block“ heraus gegen Rechts-extremisten, aber auch gegen Polizisten und sonstige Repräsentanten des ihnen verhassten demokratischen Systems. In der seit Jahren in der links-extremistischen Szene geführten Militanzdebatte geht es schon lange nicht mehr um das Für und Wider von Gewalt an sich. Einzig die Legitimität der Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen wird noch ernsthaft diskutiert.¹⁶

Um linksextremistische Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich zunächst einmal ihren Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt danach die Ursache für Gewalt in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen“. Diese üben eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werten, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger aus und hindern diese daran, sich ihren Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten.¹⁷ Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten Linksextremisten daraus mit Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“.¹⁸ Gegengewalt versteht sich dabei ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

¹⁶ Vgl. die Militanzdebatte in den einschlägigen Internetforen der linksextremistischen Szene wie indymedia (<http://de.indymedia.org/>).

¹⁷ Vgl. Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1975.

¹⁸ Vgl. Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse,: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt a. M. 1966, S.127.

2.2. Bündnispartner

Linksautonome sind zwar struktur- und hierarchiefeindlich. Diese Haltung schließt aber nicht aus, dass sie sich auf Bündnisse mit anderen Organisationen und auch politischen Parteien beispielsweise gegen Rechtsextremisten einlassen. Neben der heutzutage weitgehend bedeutungslosen „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) wirken sie auch mit Teilen der Partei DIE LINKE. zusammen. So haben einzelne Funktionäre und Mitglieder der Partei ihre Websites mit diversen autonomen Gruppierungen aus dem Antifa-Bereich verlinkt und geben gemeinsame Aufrufe und Publikationen heraus. Mitglieder der Partei DIE LINKE. melden Demonstrationen für das autonome Spektrum an und treten dort als Redner auf. Zugleich solidarisieren sie sich mit gewaltbereiten Autonomen und verharmlosen sie.

Eine Zusammenarbeit zwischen Funktionsträgern der Partei DIE LINKE. und Linksautonomen ist vor allem in Berlin und Niedersachsen zu beobachten: In Berlin ist es insbesondere das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Evrim Baba, das die Kontakte zu den Linksautonomen pflegt. Ihre Website ist ebenso wie die der Bundestagabgeordneten Ulla Jelpke mit zahlreichen autonomen und Antifa-Gruppierungen verlinkt. Gemeinsam mit den Bundestagabgeordneten ihrer Partei Inge Höger und Sevim Dagdelen sowie der Landtagsabgeordneten von Mecklenburg-Vorpommern Barbara Borchardt unterzeichnete sie eine Solidaritätserklärung für die drei zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilten Angeklagten im Berliner Verfahren gegen die „militante gruppe“ (mg), in der u. a. die „Zerstörung von Bundeswehrfahrzeugen als konkrete Abrüstungsinitiative“ gerechtfertigt wird.¹⁹ Ferner fungiert Baba als Anmelder von Demonstrationen mit überwiegender Beteiligung von Autonomen. So meldete sie im November 2008 und 2009 die Demonstration zum Gedenken an den von Rechtsextremisten ermordeten Hausbesetzer Silvio Meier in Berlin an, an der traditionell viele gewaltbereite Autonome teilnehmen. In einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ lehnte die Berliner Abgeordnete auch im nach hinein jegliche Distanzierung von der autonomen Antifa ab.²⁰ Ihr Parteifreund, der Lichtenberger Bezirksverordnete der Linken, Kirill

¹⁹ Unterstützungserklärung: Solidarität mit Antimilitaristen vom 2. Januar 2008; <http://einstellung.so36.net/de/1073> (gelesen am 30. Januar 2008).

²⁰ Vgl. Interview mit Evrim Baba, in: Neues Deutschland vom 25. November 2009.

Jermak, meldete die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin 2009 an, bei der es zu umfangreichen gewaltsamen Ausschreitungen kam.²¹

Darüber hinaus wirken einzelne Mitglieder der Partei DIE LINKE. als „geistige Brandstifter“. Sie begehen zwar selbst keine Gewalttaten und rufen auch nicht direkt dazu auf, aber sie äußern Verständnis für linksautonome Gewalt und neigen dazu, diese zu rechtfertigen. So antwortete der frühere Bundestagsabgeordnete der PDS und heutige Vorsitzende der „Vereinigten Verfolgten des Nazisregimes-Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) Heinrich Fink auf die Frage der Tageszeitung „junge Welt“ nach seiner Einschätzung der autonomen Gewalt: „Ich glaube, dass aktuell vor allem mehr junge Menschen gegen die Kriegspolitik Deutschlands und die Aufmärsche von Neofaschisten kämpfen. Vielleicht nicht immer mit Mitteln, die ich selbst anwenden würde, die aber durchaus berechtigt sind.“²² Der außenpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag Wolfgang Gehrcke kündigte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2009 an: „Ich will im Wahlkampf für soziale Unruhen kämpfen. Nur dann wird sich in diesem Land etwas ändern und die Friedhofsstimmung aufhören.“²³ Ob er unter „sozialen Unruhen“ auch die direkte Anwendung von Gewalt versteht, ließ er bewusst offen. Sein nordrhein-westfälischer Parteifreund und Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko sekundierte ihm via Pressemitteilung: „Soziale Unruhen sind notwendig und wünschenswert.“²⁴

3. „Autonome Nationalisten“

Anfang der 1990er Jahre beginnt sich die rechtsextremistische Szene in Deutschland zu verändern. Vor dem Hintergrund der Verbote mehrerer rechtsextremistischer Organisationen beobachtete das Bundesamt für Verfassungsschutz im Rechtsextremismus zwei gegenläufige Tendenzen: auf der einen Seite den „Trend hin zu einer organisationsübergreifenden Zusammenarbeit, die aktionistische und parlamentarische Formen zusam-

²¹ Solidarität mit Kirill Jermak, Aufruf der Antifa Gruppe Oranienburg vom 17. Mai 2009; <http://de.indymedia.org/2009/05/250828.shtml> (gelesen am 20. Mai 2009).

²² Interview mit Heinrich Fink, in: Junge Welt vom 9. Januar 2010.

²³ Interview mit Wolfgang Gehrcke, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. April 2009.

²⁴ Pressemitteilung von Andrej Hunko (Partei DIE LINKE, Landesverband NRW) vom 27. April 2009.

menfügt und auch Teile der Neonazi-Szene einbindet“. Auf der anderen Seite „beachtliche Teile der Neonazis“, die sich einer in ihren Augen „verbürgerlichten“ Politik verweigern und auf eigenständige Aktions- und Organisationsformen beharren: die „Rechtsautonomen“ oder „Autonomen Nationalisten“ (AN).²⁵

Mitte der 1990er Jahre entwickeln die Rechtsextremisten Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff in bewusster Anlehnung an linksextremistische Organisationsformen das Konzept informeller Kleingruppen, die ohne vereinsmäßige Strukturen und Hierarchien unter der Parole „Organisierung ohne Organisation“ agieren sollen.

Schon bald dominieren die nur lose organisierten, „autonomen“ und regional operierenden Kleinstgruppen von 20 bis 25 Personen unter der Bezeichnung „Freie Nationalisten“ oder „Freie Kräfte“ die neonazistische Szene. Aus ihnen heraus formieren sich die AN als loser Zusammenhang von Aktivisten aus der Freien Kameradschaftsszene. Sie versuchen, den von den Linksautonomen geprägten Begriff „autonom“ zu kopieren und mit ihren Ideen in Verbindung zu bringen. Erstmals treten 2002 in Berlin „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB) als Anti-Antifa-Projekt in Erscheinung.²⁶

Die AN lehnen zwar formell Hierarchien und Organisationsformen ab. Diese Ablehnung entspricht aber im Gegensatz zu den Linksautonomen keiner inneren Grundhaltung, sondern ist lediglich taktisch bedingt. So hebt das rechtsextremistische „Forum Widerstand“ hervor: „Die Ablehnung des Führerprinzips gilt also nur für die eigenen Strukturen (der Widerstandsgruppen) und die momentane Situation. Die Entscheidung, auf einzelne ‚Führungspersonen‘ zu verzichten ist also strategischer Natur und hat - wie bereits angemerkt - nichts mit weltanschaulicher Abgrenzung, oder einem generellen Verzicht auf das Führerprinzip zutun.“²⁷

²⁵ Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“ – Rechtsextremistische Militanz, Köln 2009, S. 2.

²⁶ Vgl. Christian Menhorn, Autonome Nationalisten – Generations- und Paradigmenwechsel im neonationalsozialistischen Lager?, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 19, Baden-Baden 2008, S. 213-225, hier S. 214f.

²⁷ Der autonome Nationalist: Ein Selbstbildnis, in: Forum Widerstand. Info, www.forum.widerstand.info/showthread.php?t=19 (gelesen am 30. November 2009).

Der autonome Nationalismus versteht sich primär als eine Agitationsform. Über das Selbstverständnis der Rechtsautonomen heißt es weiter in einem ihrer Internetforen: „AN bezeichnet im Grunde nur eine Agitationsform. ... Kurz: Eigenständig was durchziehen, selber mal was basteln, die eigene Birne mal benutzen. Das DIY-Prinzip (Do It Yourself, Anm. d. Verf.) gehört jedenfalls zur Agitationsform. Weiterführend wird großer Wert auf Anonymität gelegt. Man kann hier ausnahmsweise mal den Mao Zedong zitieren: `Der Revolutionär muss sich im Volk bewegen wie ein Fisch im Wasser.` Desweiteren wird das Prinzip der Freien verfolgt, allerdings ohne Kameradschaften oder sonstiges, es geht hierbei darum, nicht an x-beliebige Organisationen gebunden zu sein (Autonomie).“²⁸

Waren AN zunächst relativ kritisch gegenüber dem historischen Nationalsozialismus eingestellt, so unterscheiden sie sich gegenwärtig von anderen Neonazis nicht mehr so sehr durch ideologische Differenzen als vielmehr durch ihr Erscheinungsbild und ihre Aktionsformen. Gezielt wissen sie sich dadurch von der ihnen ansonsten sehr nahe stehenden „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der eher biedereren rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) abzugrenzen. Ihrem Selbstverständnis nach hat der autonome Nationalismus „nichts mit weltanschaulichen Abgrenzungen zu tun, auch wenn manche das gerne so hätten.“²⁹

Die AN, überwiegend junge Männer im Alter zwischen 14 und 25 Jahren, verstehen sich als aktionsorientiert. Sie propagieren eine strikt antiparlamentarische Politik, radikale Kampfformen und einen „selbstbestimmten Widerstand“ wie einer Interneterklärung der Aktionsgruppe Delmenhorst zu entnehmen ist. Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten steht die (gewaltsame) Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Demonstrationen entwickeln so schnell einen „Happening-Charakter“, Gewalt wird zum Erlebnis und Event. Dadurch reduzieren sie vor allem bei jungen Menschen die Hemmschwelle, sich an neonazistischen Aktionen zu beteiligen.³⁰

Ideologische Fragen spielen bei den Rechtsautonomen nur eine untergeordnete Rolle; erst Mitte 2007 wurde ein eigenständiges Positionspapier veröffentlicht.³¹ Darin orientiert man sich an den „Nationalrevolutionären“. Diese politische Strömung aus den 1920er und 1930er Jahren um den

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Anm. 25), S. 8.

³¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 62.

Nationalrevolutionär Ernst von Salomon und den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch als auch die Rückbesinnung auf den „Linken“ Flügel der NSDAP um Gregor und Otto Strasser und den frühen Joseph Goebbels dienen ihnen als einigendes Band. Neben den originär rechtsextremistischen Themen Rassismus, Nationalismus und Revisionismus rücken dadurch vor allem die „soziale Frage“ und somit der Kampf gegen Kapitalismus und Globalisierung in den Mittelpunkt ihrer Agitation. Die AN versuchen sozialistische und nationalistisch-völkische Elemente und somit Sozialismus und Nationalismus im Sinne eines dritten Weges miteinander zu verbinden. Dabei agieren sie antibürgerlich, antikapitalistisch, antiwestlich und antisemitisch.³²

3.1. Vorbild Linksautonome

In Symbolik, Rhetorik und Auftreten dient den AN unverkennbar ihr Pendant vom äußersten Linken Rand als Vorbild. Bei Demonstrationen treten sie weitgehend geschlossen in einheitlicher schwarzer Kleidung, zumeist bestehend aus Kapuzenpullovern und Baseball-Kappen, auf. Neben der obligatorischen Sonnenbrille tragen Rechtsautonome nicht selten ein „Palästinensertuch“, das auch der Vermummung dient. Bisweilen führen sie schwarze Handschuhe mit Protektoren als Zeichen der Gewaltbereitschaft mit sich.

Die bei Linksautonomen üblichen Buttons und Aufnäher mit politischen Slogans oder Abzeichen sowie deren Parolen, Layout-Stil und Duktus finden sich in leicht veränderter Form auch bei den Rechtsautonomen wieder. So haben sie das Symbol der Antifa, die Fahne im Kreis, übernommen und in Anti-Antifa umbenannt.³³

Auch den „Schwarzen Block“, die charakteristischste Erscheinungsform der linksautonomen Subkultur, haben die Rechtsautonomen übernommen. Im Verlauf rechtsextremistischer Demonstrationen bilden sie einen „ns black block“ und treten mit eigenen, sich an den Linksautonomen orientierenden Transparenten mit sozialrevolutionären, zumeist englischsprachigen Slogans wie „Fight the system“ oder „Fuck the law“, populären Comicfiguren, grellen Farben und aufwändig gestalteten Schriftzügen im Graffiti-Stil auf. Erst beim näheren Hinsehen werden die Unterschiede

³² Vgl. Udo Baron, „Fight the system. Fuck the law!“ Autonome in Bewegung, in: Deutschland Archiv, 43. Jahrgang (2010), Nr. 2, S. 197-203, hier S. 200.

³³ Vgl. ebenda.

deutlich, wenn beispielsweise eine Basecap die Aufschrift „Burn Israel“ ziert oder der Slogan der antifaschistischen Hardcore Punk-Anhänger „Good night – white pride“ in „Good night – left side“ abgeändert wurde. Der „schwarze Block“ dient den AN dazu, eigenständig und offensiv gegen Polizei und alles, was sie als „links“ empfinden vorzugehen. Zugleich erschwert die Vermummung und das einheitliche Auftreten eine Identifizierung und bietet den Rechtsautonomen so Schutz vor Polizei und Linksextremisten.

Neben den Erscheinungsformen scheinen auch Aktionsformen wie die in der linksextremistischen Szene beliebten „Flashmobs“, kurze, scheinbar spontane Menschaufmärsche auf öffentlichen Plätzen, die über E-Mail, persönlichem Chat oder Handy organisiert werden, für Rechtsextremisten an Attraktivität zu gewinnen. Erstmals sollten sie am 17. August 2009, dem 22. Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, als „Hessmobs“ bundesweit in verschiedenen Städten durchgeführt werden - allerdings mit mäßigem Erfolg.

Das Okkupieren linker Symbolik macht auch vor historischen Daten nicht halt. So finden bereits seit Jahren rechtsextremistische Veranstaltungen zum 1. Mai statt. 2004 in Berlin und 2005 in Leipzig marschierten erstmals an diesem Datum AN als „Schwarze Blöcke“ und probierten aus diesem Block heraus die Polizeiketten zu durchbrechen. Seit 2005 versuchen Rechtsextremisten zudem auch die Intention des Antikriegstages am 1. September - ursprünglich 1957 vom DGB anlässlich des Jahrestages des deutschen Angriffs auf Polen 1939 initiiert – in ihr Gegenteil zu verkehren, in dem sie geschichtsrevisionistische Kundgebungen durchführen, die sich gegen die seinerzeitigen deutschen Kriegsgegner richten. Seitdem haben sich AN als Teil der rechtsextremistischen Subkultur etabliert. Vor allem der von Rechtsautonomen bei der 1. Mai-Demonstration 2008 in Hamburg gestellte „Schwarze Block“ festigte ihr Ansehen innerhalb des neonazistischen Spektrums, insbesondere bei ihren sozialrevolutionären Teilen. Die rechtsextremistische Szene feierte die Angriffe der AN gegen gewaltbereite Gegendemonstranten und die Übergriffe auf pauschal als „Linke“ bezeichnete Journalisten als großen Erfolg. Zugleich versucht der organisierte Rechtsextremismus mit den AN vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen wieder an Attraktivität zu gewinnen, um so Nachwuchs zu rekrutieren.³⁴

³⁴ Vgl. Brandstetter (Anm. 8), S. 191ff.

Von nun an erfahren die AN einen starken Zuwachs innerhalb des rechts-extremistischen Milieus. Rechneten 2007 die Verfassungsschützer noch etwa 150 bis 200 Sympathisanten dieser Szene zu, so gehen sie gegenwärtig davon aus, dass von den rund 5.000 Neonazis etwa zehn Prozent den AN zugerechnet werden müssen.³⁵ Ihre regionalen Schwerpunkte bilden sie in Großstädten wie Berlin und in westdeutschen Ballungsräumen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen („Autonome Nationalisten Östliches Ruhrgebiet“, „Autonome Nationalisten Westliches Ruhrgebiet“) und in Süddeutschland.

Warum die AN die Linksautonomen zu kopieren versuchen, klingt in ihren eigenen Worten wie folgt: „Dann wird zu guter letzt noch was von den Linken (Anarchistische/Kommunistische u. autonome Linke, Antifa, Hausbesetzer, etc) geklaut, was allerdings durchaus seinen Zweck erfüllt. Die Rede ist vom sogenannten `Black Bloc(k)`, schwarzer Block klingt allerdings deutscher.

Diese Agitationsform findet sich ausschließlich auf Demonstrationen wieder, denn nur dort machen sie wirklich Sinn. Dazu muss man sagen, dass sich die ganze Sache noch in der Aufbauphase befindet, mal ganz davon abgesehen, dass manche Leute da zusätzlich noch den größten Stuss reininterpretieren. Die ganze Geschichte dient dazu, auf Demos gegenüber der Polizei und in manchen Situationen dem politischen Gegner (meist Antifa) einen größeren Druck aufzubauen, sprich das Auftreten geht in die Militanz hinein. Das ist auch gut so. Dementsprechend kleidet man sich schwarz, denn so hat die Staatsgewalt größere Probleme bestimmte `Krawallmacher` aus dem Demozug rauszuziehen. Dem ganzen wird eine Art Schutzwall in Form von zusammengeknoteten Transpis hinzugefügt.“³⁶

3.2. Bündnispartner

Wie ihr Pendant von links, so sind auch die AN offen für Bündnispartner bis ins parteipolitische Spektrum. Neben den „Freien Kräften“ und anderen Gruppierungen aus der Neonazi-Szene gehört auch die NPD zu ihren potentiellen Bündnispartnern. Das Verhältnis der AN zum parteipolitischen Rechtsextremismus ist aber ambivalent: Einige von ihnen sehen die NPD als ein probates Mittel, um eigene Forderungen durchzusetzen. Sie wirken in der Partei mit und führen gemeinsame Veranstaltungen durch. Andere

³⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (Anm. 4), S. 52.

³⁶ Autonomer Nationalist (Anm. 27).

dagegen betrachten die NPD aufgrund ihrer parlamentarischen Aktivitäten als Teil des verhassten Systems und stehen Kooperationen ablehnend gegenüber. Aufgrund der rückläufigen Wahlergebnisse und ihres desolaten (finanziellen) Zustandes glauben zudem viele von ihnen, dass die NPD nicht mehr als Alternative zu den etablierten Parteien wahrgenommen wird.³⁷ Umgekehrt waren die AN zunächst im rechtsextremistischen Lager weitgehend isoliert. Nach einem formellen Abgrenzungsbeschluss des Parteipräsidiums der NPD gegenüber den Rechtsautonomen solidarisierte sich aber im August 2007 der größte Teil der deutschen Neonazi-Szene mit den AN. Seitdem stoßen die Rechtsautonomen auf weitgehende Akzeptanz.³⁸

Insbesondere zwischen regionalen Parteifunktionären und lokalen AN kommt es häufig zu Kooperationen, wenn das persönliche Binnenverhältnis stimmt. Lediglich die Übernahme Linker Symbolik und Sprache sowie ihr aggressives und gewalttätiges Auftreten werden gelegentlich aus taktischen Überlegungen noch seitens der NPD kritisiert. So versucht die NPD sich nach außen mit Parolen wie „Unsere Fahnen sind schwarz - unsere Blöcke nicht“ von den AN abzugrenzen.³⁹ Sie kritisiert vor allem die „bisher nur von linksradikalen/antifaschistischen Demonstrationen bekannten Phänomene“ und wendet sich gegen ihre „anarchistische(n) Erscheinungsformen“. Dahinter steht aber weniger Überzeugung als vielmehr die Befürchtung, dass durch das Auftreten der Rechtsautonomen die NPD-Strategie, durch bürgerliches Auftreten über ihr Spektrum hinaus Akzeptanz für die NS-Ideologie bis ins bürgerliche Lager zu finden, konterkariert werden könnte. Vor allem Äußerungen des Parteivorsitzenden Udo Voigt veranschaulichen die taktischen Überlegungen der NPD beim Umgang mit den Rechtsautonomen. So distanzierte er sich auf der einen Seite mit den Worten, man solle nicht „den Anspruch, modern und revolutionär wirken zu wollen, dadurch erkaufen, dass man Erscheinungs- und Kleidungsformen der altbackenen Antifa nachahmt“ von den AN, auf der anderen Seite begrüßte er beim Auftakt der NPD zum niedersächsischen Wahlkampf im Herbst 2008 ausdrücklich die Vertreter des Schwarzen Blocks und betonte, man ließe sich nicht „durch die Medien, nicht durch Hetze, auseinanderdi-

³⁷ Vgl. Bundesministerium des Innern (Anm. 4), S. 64f.

³⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern (Anm. 31), S. 63.

³⁹ Schwarzer Neonazi-Block alarmiert Polizei und Politik, in: Spiegel-Online vom 15. Mai 2008; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,553493,00.html> (gelesen am 10. Mai 2009).

vidieren“.⁴⁰ Auch auf dem Bundesparteitag der NPD im Jahre 2008 kritisierte Voigt nicht die Aggressivität und Gewalt, die von den AN ausgeht, sondern ihre Anleihen bei der Linken Szene, wie die „geballte Kommunistenfaust“ oder „ausländische Symbole und Sprüche.“⁴¹

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Mit den AN ist ein Phänomen entstanden, das bis dato vorbehaltlos der linksextremistischen Subkultur zugeordnet werden konnte. Teilweise bis ins Detail haben diese Rechtsautonome in den letzten Jahren die militanten Verhaltensmuster ihrer Linken Pendanten kopiert. Darunter fallen nicht nur deren äußeres Erscheinungsbild, Auftreten und Terminologie, sondern auch deren Strategie und Taktik. So bereiten sich beide Gruppierungen eingehend auf Demonstrationen vor, in dem sie Kampfaktiken wie z. B. Blockadeaktionen trainieren und sich im Verlauf von Demonstrationen zu so genannten „Schwarzen Blöcken“ formieren, aus denen heraus sie dann Gewalttaten begehen. Für Außenstehende sind sie dadurch kaum noch voneinander zu unterscheiden.

Wie die Linksautonomen suchen auch die Rechtsautonomen Kontakte in den von ihnen eigentlich verhassten parteipolitischen Raum. Diese sind aber eher allgemeiner Natur. Während die Partei DIE LINKE., aber auch die NPD darauf bedacht sind, nicht mit Gewalttaten dieser Klientel in Verbindung gebracht zu werden, wehren sich Rechts- und Linksautonome dem autonomen Anspruch der Eigenständigkeit entsprechend gegen eine parteipolitische Vereinnahmung.

Inhaltlich verbindet Rechts- und Linksautonome ihr Hass auf die bestehende Ordnung und das Bestreben, diese gewaltsam zu überwinden. Beide Strömungen definieren sich nicht so sehr über das, was sie wollen, als vielmehr über Anti-Einstellungen. Sie verstehen sich als antikapitalistisch, antiimperialistisch, antiparlamentarisch, antiamerikanisch und globalisierungsfeindlich – wenn auch auf unterschiedlicher ideologischer Grundlage.

Diesen Gemeinsamkeiten zum Trotz dürfen aber die gravierenden Unterschiede zwischen rechts- und linksextremistischen Autonomen nicht über-

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ „Rieger gewinnt Machtkampf auf offener Bühne“, in: Spiegel-Online vom 24. Mai 2008; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,555224-2,00.html> (gelesen am 30. Mai 2008).

sehen werden. Während Linksautonome eine kommunistische bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft anstreben, verfolgen Rechtsautonome das Ziel einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft. Dem internationalistisch orientierten Sozialismus der Linkautonomen stellen die Rechtsautonomen einen rassistischen, völkisch-nationalen und antisemitischen „Nationalen Sozialismus“ entgegen. Verabsolutieren Linksautonome die Forderungen nach sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, lehnen Rechtsautonome die Gleichwertigkeit aller Menschen zugunsten der Überhöhung der eigenen Rasse ab. Predigen die einen den Klassenhass, so reden die anderen dem Rassenhass das Wort.⁴² Diese grundsätzlichen ideologischen Gegensätze und die daraus resultierende abgrundtiefe Feindschaft zwischen Rechts- und Linksautonomen spiegelt sich insbesondere in den stark zunehmenden Konfrontationen zwischen beiden Phänomenbereichen wider, wofür die alljährlichen Ausschreitungen am 1. Mai und um den Antikriegstag stellvertretend stehen. Sie verdeutlichen, dass beide Parteien zwar das Ziel, das bestehende System zu überwinden und eine ähnlich gelagerte Vorgehensweise verbindet, sie aber in der Ausgestaltung der neuen Ordnung diametral entgegengesetzte Ansichten vertreten. Aus diesem Grunde schließt sich eine Zusammenarbeit zwischen Links- und Rechtsautonomen weitgehend aus,⁴³ auch wenn vor allem bei Teilen der rechtsextremistischen Subkultur Überlegungen über eine „Querfront“ mit gewaltbereiten Linksautonomen gegen das verhasste System nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.⁴⁴ Als historisches Vorbild könnte dafür der Streik bei den Berliner Verkehrsbetrieben vom November 1932 dienen. Bei diesem von der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) und der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ (NSBO) organisierten Streik traten KPD- und NSDAP-Mitglieder gemeinsam als Streikposten auf; der damalige KPD-Reichstagsabgeordnete Walter Ulbricht und der Gauleiter der Berliner NSDAP Joseph Goebbels agierten bei einer Mas-

⁴² Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres, Sport und Integration (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Hannover 2009, S. 193f.

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Vgl. Jürgen Schwab, Die Westliche Wertegemeinschaft. Abrechnung - Alternativen, Hohenrain Tübingen 2007, S. 22. Jürgen Schwab galt bis zu seinem Parteiaustritt als wichtiger Vordenker der NPD. Seitdem arbeitet er als freier Publizist und befasst sich vor allem mit Überlegungen über eine „Querfrontstrategie“ zwischen Links- und Rechtsextremisten.

senkundgebung nebeneinander auf der Rednertribüne.⁴⁵ Gegenwärtig sind die Gräben zwischen Links- und Rechtsautonomen aber noch zu groß, so dass auch von taktisch bedingten Kooperationen nicht auszugehen ist.

Es muss aber damit gerechnet werden, dass sich die Konfrontationsgewalt und somit gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksautonomen weiter zuspitzen werden. Beide Richtungen definieren sich in den letzten Jahren verstärkt auch über die Konfrontation mit dem anderen und bedingen sich so gegenseitig. Zwangsläufig hat das Aufkommen der AN somit zu einer weiteren gewaltsamen Radikalisierung im Rechts- wie im Linksextremismus geführt, dessen Auswirkungen heute noch nicht absehbar sind.

⁴⁵ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933*, 2. Aufl. Bonn 1990, S.765-773.

Macht soziale Unsicherheit rechtsextrem?

Ergebnisse empirischer Untersuchungen aus dem Zeitraum von 1996 bis 2008

Bernd Sommer

1. Einleitung und Fragestellung

Die Annahme, dass Arbeitslosigkeit, die Angst vor Arbeitslosigkeit und soziale Abstiegsängste Rechtsextremismus befördern, ist populär – und dies nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in fachwissenschaftlichen Diskursen. Sowohl in der Rechtsextremismusforschung,¹ als auch in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen² wird davon ausgegangen, dass sozioökonomische Krisen, Arbeitslosigkeit sowie die arbeitsweltlichen Veränderungen der vergangenen zwei Jahrzehnte dem Erstarken fremdenfeindlicher Ressentiments sowie rechtsextremer Bewegungen und Parteien Vorschub leisten. Beiden Forschungszweigen ist gemeinsam, dass die Erklärungen für einen solchen Zusammenhang zumeist vergleichsweise vage bleiben bzw. lediglich angedeutet werden.³ Die *Erklärung* des postulierten Zusammenhangs erfolgt mitunter in der Art, dass relativ unvermittelt verschiedene „Ursachen“ des Rechtsextremismus eingeführt werden, zu denen dann auch sozioökonomische Krisenerscheinungen zählen.⁴ Den jeweiligen Autoren erscheint die Verbindung zwischen beiden

¹ Vgl. Jürgen R. Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand – Erklärungsansätze – Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 38-68.

² Vgl. Zygmunt Bauman, Liquid Love, Cambridge/Malden 2003; Ulrich Beck, Die Gesellschaft des Weniger. Arbeitslosigkeit, Hartz IV: ein Land steigt ab, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. Februar 2005; Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg 2005; Richard Sennett, The Culture of the New Capitalism, New Haven/London 2005.

³ Vgl. Socio-economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right – SIREN, Modern Sirens and their Populist Songs: A European Literature Review on Changes in Working Live and the Rise of Right-Wing Populism, Wien 2002.

⁴ Vgl. J. Winkler (Anm. 1).

Phänomenbereichen offenbar selbstevident und daher keiner weiteren Erläuterung bedürftig.

Dies war der Ausgangspunkt für eine Untersuchung der Entwicklung sozialer Unsicherheit und rechtsextremen Einstellungen im vereinten Deutschland im Rahmen eines Forschungsprojektes, dessen zentralen Ergebnisse im Folgenden vorgestellt werden.⁵ Hauptsächliches Forschungsinteresse war es, die genaue Beschaffenheit des vielfach postulierten und scheinbar selbsterklärenden Zusammenhangs zwischen einer prekären sozialen Lage und erstarkendem Rechtsextremismus zu beleuchten. Zu diesem Zwecke wurden zunächst jene Veränderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre ausführlich dargestellt, welche seit der jüngeren Vergangenheit unter dem Schlagwort der Prekarisierung Aufmerksamkeit fanden.⁶ Hierzu zählen die Zunahme atypischer Beschäftigung, das Anwachsen von Arbeitslosigkeit und des Niedriglohnsektors sowie Veränderungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, aber auch die subjektive Wahrnehmung dieser Veränderungen durch die deutsche Bevölkerung. In einem weiteren Untersuchungsschritt wurde anhand einer Auswertung der Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ für den Zeitraum zwischen 1994 bis 2006 die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen sowie der Zustimmung zu verschiedenen fremdenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Aussagen nachgezeichnet.

Auf Basis eigener statistischer Analysen sowie der Auswertung der Ergebnisse verschiedener quantitativer wie qualitativer Studien wurde anschließend untersucht, welche Aspekte des zuvor beschriebenen sozioökonomischen Wandels verstärkt mit der Herausbildung rechtsextremer Orientierungen im Zusammenhang stehen. Ziel dieses Untersuchungsschritts war es, den viel zitierten „Nährboden“ für das Erstarken des Rechtsextremismus genauer zu beleuchten. Es wurde also der Frage nachgegangen, welche Aspekte der sozioökonomischen Entwicklung es genau sind, die im besonderen Maße für rechtsextreme

⁵ Die Arbeit ist als Monographie erschienen: Bernd Sommer, Prekarisierung und Ressentiments. Soziale Unsicherheit und rechtsextreme Einstellungen, Wiesbaden 2010.

⁶ Vgl. Pierre Bourdieu, Prekarität ist überall, in: ders.: Gegenfeuer, Konstanz 2004, S. 96-102.

Positionen und Identitätsangebote anfällig machen (und welche gerade nicht). Nachdem in den ersten beiden Schritten gewissermaßen die „Nachfrageseite“ des Verhältnisses von Prekarisierung und rechtsextremen Einstellung im Mittelpunkt stand, beschäftigt sich der abschließende Teil der Untersuchung mit der „Angebotsseite“ des Problems. Unter Berücksichtigung der Auswertungsergebnisse sowie verschiedener theoretischer Erklärungsansätze lag hier der Fokus auf der Frage, worin gerade für Personen, die sich in einer prekären sozialen Lage befinden, die Attraktivität rechtsextremer Orientierungen liegen kann. Insbesondere die Ergebnisse der Auswertungen der verschiedenen Untersuchungen sowie der eigenen Analyse der ALLBUS-Daten sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

2. Untersuchungsgegenstand, Untersuchungszeitraum und empirische Basis

In der vorgenommenen Untersuchung sind unter dem Terminus „rechtsextreme Einstellungen“ nicht ausschließlich das berüchtigte „geschlossene rechtsextreme Weltbild“ oder eine dezidiert neonazistische Orientierung gefasst worden. Vielmehr standen aversive Haltungen gegen bzw. die gefühlsmäßige Ablehnung von Zuwanderern, Juden oder anderen sozialen Minderheiten im Fokus des Forschungsinteresses. Solche Ressentiments⁷ werden in Deutschland von einer ungleich größeren Personenzahl geteilt als sich in einschlägigen Organisationen Mitglieder finden.⁸ Damit ging es in der Untersuchung auch

⁷ Dies entspricht dem Verständnis der Psychologen Decker, Brähler et al., die unter „Ressentiments“ deutlich ablehnende Äußerungen und Haltungen gegenüber bestimmten Gruppen verstehen, die sich in Bezug auf ihre Intensität vom „Stereotyp“ – der verallgemeinernden Zuschreibungen von angeblich kollektiven Eigenschaften einer Gruppe – sowie „Vorurteilen“ – Stereotype, die eine affektive (zumeist negative) Einfärbung besitzen – abheben; vgl. Oliver Decker, Elmar Brähler et al., Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin 2008.

⁸ Das Bundesamt für Verfassungsschutz geht in seinem aktuellen Bericht von einem rechtsextremen Personenpotenzial von insgesamt 26.600 Personen aus; vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010. Dagegen variiert, je nach Forschungsdesign und Stichprobe, das in den quantitativen Studien der vergangenen Jahre für Deutschland ermittelte

nur am Rande um den organisierten Rechtsextremismus in Deutschland (wie er sich in der NPD oder in Neonazi-Kameradschaften manifestiert). Der in der Arbeit verwendete Rechtsextremismus-Begriff orientiert sich an der von dem Philosophen Noberto Bobbio vorgenommenen Erörterung der politischen Richtungsbegriffe „rechts“ und „links“.⁹ In Anlehnung an dessen Überlegungen können solche Einstellungen oder Positionen als *rechtsextrem* gelten, welche die Annahme einer *radikalen Ungleichheit* (im Sinne von Ungleichwertigkeit) verschiedener Menschengruppen zum Ausdruck bringen. Damit ist das hier verwendete Verständnis von „rechtsextremen Einstellungen“ kompatibel mit der Arbeitsdefinition, auf welche sich vor einigen Jahren eine Reihe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geeinigt hat, die sich regelmäßig mit der empirischen Untersuchung rechtsextremer Einstellungen befassen.¹⁰ Auch bei ihrer Definition spielt die Kategorie der Ungleichwertigkeit eine zentrale Rolle: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“¹¹

Alle im Folgenden als „rechtsextreme Einstellungen“ bezeichneten Orientierungen oder Haltungen genügen dieser Definition. Das von den Verfassungsschutzbehörden zur Klassifizierung extremistischer Bestrebungen verwendete Charakteristikum des Ziels der System-

rechtsextreme Einstellungspotenzial in der Bevölkerung zwischen 8 und 20 Prozent.

⁹ Vgl. Noberto Bobbio, *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin 1996.

¹⁰ Dazu zählen Elmar Brähler, Michael Edinger, Jürgen Falter, Andreas Hallermann, Joachim Kreis, Oskar Niedermayer, Karl Schmitt, Siegfried Schumann, Richard Stöss, Bettina Westle sowie Jürgen Winkler; vgl. Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin 2005, S. 59.

¹¹ R. Stöss (Anm. 10), S. 59f.

überwindung hat im Kontext dieser Analyse damit keine Relevanz.¹² Die durchgeführte Untersuchung bezog sich auf Deutschland und beleuchtete die Entwicklung seit Anfang der 1990er Jahre. Für die Auswahl des Untersuchungszeitraums sprachen verschiedene Gründe: Zum einen eignen sich Untersuchungen im Zeitverlauf im besonderen Maße, um Verursachungszusammenhänge zu analysieren (so arbeiteten einige ausgewertete Studien auch mit statistischen Längsschnittuntersuchungen). Zum anderen haben seit der deutschen Einheit arbeitsweltliche und wirtschaftliche Veränderungen, die unter dem Schlagwort der Prekarisierung diskutiert werden – die Absenkung des sozialstaatlichen Schutzniveaus sowie die Zunahme der Arbeitslosigkeit, der atypischen Beschäftigung (wie Leih- und Zeitarbeit) und Beschäftigten im Niedriglohnsektor etc. – an Virulenz gewonnen. Entsprechend der gängigen, oben skizzierten Annahme, dass solche Entwicklungen Rechtsextremismus befördern, wäre auch ein Anstieg des rechtsextremen Einstellungspotenzials zu erwarten.

Gegenstand der Auswertung war eine Reihe von Studien aus der jüngeren Vergangenheit, die ihrerseits das Verhältnis zwischen Veränderungen in der Arbeitswelt bzw. arbeitsweltlicher Prekarisierung und der Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen – einige explizit, andere als ein Aspekt unter anderen – zum Gegenstand hatten. Insbesondere sind hier das von der EU geförderte Forschungsprojekt „Socio-Economic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right“ (SIREN)¹³ sowie die von einem Forscherteam um den Soziologen Klaus Dörre durchgeführte qualitative Untersuchung „Prekäre Beschäftigungsverhältnisse – Ursache von sozialer Desintegration und Rechtsextremismus?“¹⁴ zu nennen. Auch das von

¹² In Abgrenzung zum Rechtsextremismus-Verständnis der Sicherheitsbehörden werden die im Rahmen dieser Untersuchung analysierten Einstellungen auch nicht als „rechtsextremistisch“, sondern als „rechtsextrem“ charakterisiert.

¹³ Vgl. SIREN, Socio-Economic Change, Individual Reactions And the Appeal of the Extreme Right. Final Report, Wien 2004.

¹⁴ Die Ergebnisse der Untersuchung waren in den vergangenen Jahren Grundlage zahlreicher Publikationen; vgl. Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack, Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn 2006; Klaus Dörre/Klaus Kraemer/Frederic Speidel, Prekäre Arbeit. Ursachen, soziale Auswirkungen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäfti-

dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer geleitete Langfristprojekt zur Erforschung „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF)¹⁵ beschäftigt sich mit Fragen, welche große Schnittmengen zu der hier diskutierten Thematik aufweisen. Schließlich erlauben die im Rahmen der bereits genannten „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) erhobenen Daten Analysen, die Rückschlüsse auf die hier behandelten Fragestellungen ermöglichen. Dies trifft insbesondere auf die Untersuchungsjahre 1996 und 2006 zu, in denen die Themen Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus jeweils Schwerpunkte der ALLBUS-Erhebung waren. In Bezug auf das europäische SIREN-Projekt wurden lediglich die Ergebnisse für Deutschland ausgewertet, aus dem GMF-Survey fanden die bis zur Fertigstellung der Arbeit vorliegenden Befunde für die Untersuchungsjahre 2002 bis 2008 Eingang.

Im Rahmen der berücksichtigten Untersuchungen sowie der selbst ausgewerteten Daten wurden insgesamt mehr als 22.000 Personen in Deutschland in Form von standardisierten, quantitativen Erhebungen (ALLBUS 1996 und 2006, GMF-Survey 2002-2008 sowie SIREN-Projekt 2003) sowie ca. 130 Personen in themenzentrierten Interviews, Gruppendiskussionen und Expertengesprächen befragt (SIREN-Projekt 2003 sowie Dörre et al. 2002-2006). Bisher sind die Ergebnisse der unterschiedlichen Studien und Befragungen noch nicht systematisch zueinander in Beziehung gesetzt, miteinander verglichen und ausgewertet worden. Dieser Versuch ist mit dem hier genannten Forschungsprojekt unternommen worden.

gungsverhältnisse, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, Nr. 256/2004, S. 378-397; Klaus Dörre, *Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung?*, in: Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.), *Neoliberalismus und Rechtsextrémismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien*, Berlin 2006, S. 153-166.

¹⁵ Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 1-9, Frankfurt/M. 2002-2011.

3. Zentrale Ergebnisse der ausgewerteten Untersuchungen

Anhand der ausgewerteten Daten der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) konnte zwischen 1996 und 2006 *kein* pauschaler Anstieg rechtsextremer Einstellungen in Deutschland gemessen werden. Obgleich bei einigen Items zur Messung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalstolz die Zustimmungswerte im 10-Jahres-Vergleich stark zunahm, ist das anhand der im Rahmen der Untersuchung konstruierten Rechtsextremismus-Skala¹⁶ gemessene Einstellungspotenzial von 10,3 Prozent (1996) auf 9,4 Prozent (2006) sogar leicht zurück gegangen. Im Rahmen der Untersuchungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ konnte für den Zeitraum von 2002 bis 2005 ein Anstieg des gemessenen Niveaus menschenfeindlicher Einstellungen festgestellt werden, welches aber in den späteren Erhebungen (2006-2008) ebenfalls wieder abnahm.

Die ausgewerteten Studien – einschließlich der eigenen Auswertung der ALLBUS-Daten – variieren in Fragestellung, Material und Methodik z. T. erheblich. Trotzdem kommen sie in Bezug auf die Frage nach dem Verhältnis von sozialer Prekarisierung und der Herausbildung und Verbreitung von Ressentiments auch zu gleichen oder ähnlichen Ergebnissen. Entgegen der populären Annahme, dass Arbeitslosigkeit oder die Angst vor Arbeitslosigkeit rechtsextreme Haltungen verursachen oder befördern, fand sich in den berücksichtigten quantitativen Erhebungen hierfür keine oder nur eine schwache empirische Bestätigung. Weder in den meisten Analysen auf Basis der 1996er-ALLBUS-Daten,¹⁷ noch bei der Auswertung des ALLBUS-Daten-

¹⁶ Im Rahmen der Untersuchung ist für Personen eine rechtsextreme Orientierung vermutet worden, die mindestens vier von sieben Items zur Messung von Fremdenfeindlichkeit zustimmten, sich gegenüber mindestens zweien von drei Diskriminierungsbeispielen affirmativ zeigten, mindestens zwei von drei Fragen zur Messung des Antisemitismus zustimmten und die Frage „Würden Sie sagen, dass Sie sehr stolz darauf sind, ein(e) Deutsche(r) zu sein?“ bejahten.

¹⁷ Vgl. Jürgen R. Winkler, Formen und Determinanten fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jan van Deth/Hans Rattinger/Edeltraut Roller (Hrsg.): Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opla-

satzes 2006¹⁸ konnte bei Personen, die angaben, arbeitslos zu sein oder den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu fürchten, ein verstärktes Potenzial an rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Orientierungen festgestellt werden. Auch die ausgewerteten GMF-Analysen und die quantitative Studie im Rahmen des SIREN-Projektes zeigten zwischen Arbeitslosigkeit, Angst vor Arbeitslosigkeit oder der Erwartung, arbeitslos zu werden und Fremdenfeindlichkeit (GMF-Studie)¹⁹, bzw. zwischen Arbeitsplatz(un)sicherheit und rechtsextremen/-populistischen Orientierungen (SIREN-Projekt)²⁰ keinen besonders ausgeprägten statistischen Zusammenhang. Diese Befunde sind insofern überraschend, als aus der Wahlforschung bekannt ist, dass zwischen Arbeitslosigkeit bzw. Angst vor Arbeitslosigkeit und der Wahl rechtsextremer Parteien sehr wohl ein Zusammenhang besteht. So haben der Wahlforscher Jürgen W. Falter und andere gezeigt, dass Arbeitslose sowie Personen, die sich vor dem Verlust des Arbeitsplatzes fürchten, bei dem Elektorat rechtsextremer Parteien überrepräsentiert sind.²¹ Die hier analysierten Ergebnisse legen damit nahe, dass bestehende rechtsextreme Einstellungsdispositionen vor allem dann *verhaltenswirksam* werden, wenn die Teilhabechancen in einer Gesellschaft – wie der Zugang zur Erwerbsarbeit – eingeschränkt erscheinen. Mit anderen Worten: Die Frage, ob vorhandene rechtsextreme Einstellungen sich auch in einem entsprechenden Verhalten niederschlagen,

den 2000, 359-382; vgl. Michael Terwey, Ethnozentrismus in Deutschland: Seine Weltanschaulichen Konnotationen im sozialen Kontext, in: Richard Alba (Hrsg.), Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde?: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Wiesbaden 2000, S. 295-331.

¹⁸ Vgl. B. Sommer (Anm. 5), S. 152ff.

¹⁹ Vgl. Jürgen Mansel/Kirsten Endrikat/Sandra Hüpping, Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt/M. 2006, S. 39-66.

²⁰ Vgl. Yves De Weerd/Patrizia Catellani/Hans de Witte/Patrizia Milesi, Turning Right? Socio-Economic Change and the Receptiveness of European Workers to the Extreme Right. Report on the Survey Analysis and Results. Leuven 2004.

²¹ Vgl. Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien in Deutschland, München 1994; Kai Arzheimer/Harald Schoen/Jürgen W. Falter, Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 220-245.

scheint nicht unwesentlich von der Perspektive abzuhängen, welche eine Gesellschaft ihren einzelnen Mitgliedern bietet.

Doch zeigte die Auswertung der verschiedenen Studien auch, dass die Untersuchung des Zusammenhangs von Prekarisierung und Ressentiments nicht auf die Betrachtung des Kreises der Personen beschränkt werden darf, die bereits arbeitslos sind oder sich durch Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht sehen. So haben die unterschiedlichen Untersuchungen deutlich gemacht, dass Gefühle der sozioökonomischen Verwundbarkeit bzw. eine pessimistische Sicht auf die wirtschaftliche Situation auch bei Personengruppen zugenommen haben, deren tatsächliche Situation sich nicht notwendigerweise unsicher gestaltet, und dass diese soziale Verunsicherung durchaus im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Haltungen zu stehen scheint. Die Auswertung der ALLBUS-Daten von 1996 und 2006 hat ergeben, dass befragte Personen, welche die eigene wirtschaftliche Lage – die aktuelle wie die zukünftige – als negativ bewerten, ein größeres Potenzial an fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen aufweisen als Personen, welche ihre Situation optimistisch einschätzen.²² Mittels multivariater Regressionsmodelle konnte im Rahmen des GMF-Projektes nachgewiesen werden, dass die Angst vor sozialem Abstieg im Zusammenhang mit der Einführung der „Hartz IV“-Gesetzgebung insbesondere in den mittleren sozialen Lagen einen statistischen Effekt auf das Niveau der Fremdenfeindlichkeit ausübt.²³ Auch in den qualitativen Untersuchungen des SIREN-Projektes und in der Untersuchung von Dörre und anderen nahm die Angst vor sozialem Abstieg ebenso wie die empfundene wachsende soziale Unsicherheit in den Erzählungen der Personen mit rechtspopulistischen/extremen Orientierungen einen zentralen Stellenwert ein.²⁴

Es mag zunächst überraschen, dass bei Personen, die angaben, Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zu haben, empirisch kein verstärkter Zusammenhang zu ressentimentgeladenen Haltungen feststellbar war, sehr wohl aber bei Befragten, die sagten, Angst vor so-

²² Vgl. B. Sommer (Anm. 5), S. 155ff.

²³ Vgl. J. Mansel/K. Endrikat/S. Hüpping (Anm. 19).

²⁴ Vgl. Gudrun Hentges/Malte Meyer, *Right-Wing Extremist Attitudes in Germany. Implications of Neoliberalism and Competitive Nationalism*, Köln 2003; U. Brinkmann/K. Dörre/S. Röbenack (Anm. 14).

zialem Abstieg zu haben, bzw. dass diese Angst bei ihnen seit der Einführung der „Hartz-IV“-Regelungen zugenommen habe. Diese Ergebnisse erscheinen insofern als widersprüchlich, da in der Arbeitsgesellschaft der Gegenwart der Verlust des Arbeitsplatzes in der Regel auch den sozialen Abstieg impliziert und ebenso die „Hartz-IV“-Regelungen zumeist erst beim Arbeitsplatzverlust Relevanz erhalten. Die hier referierten Ergebnisse legen somit nahe, dass unabhängig von der konkreten Angst um den eigenen Arbeitsplatz eine soziale Verunsicherung zu existieren scheint, die bei der Ausprägung und Verbreitung ressentimentgeladener Einstellungen von Bedeutung ist. So verweist offenbar der Begriff „Hartz IV“ nicht nur auf konkrete Regelungen für Langzeitarbeitslose, sondern der Begriff scheint bei vielen Befragten eine Art Synonym für den Abbau sozialstaatlicher Leistungen bzw. für Einschnitte in das soziale Netz insgesamt darzustellen. Die bloße Nennung von „Hartz IV“ ruft bei den Befragten anscheinend Assoziationen einer gewachsenen sozialen Verwundbarkeit hervor, die sich nicht auf eine reale Angst vor Arbeitslosigkeit reduzieren lässt. Hinzu kommt, dass durch die realwirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre (Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, Anwachsen des Niedriglohnssektors, vergleichsweise hohe Preissteigerungsraten etc.) die Angst vor sozialem Abstieg nicht mehr auf den Personenkreis beschränkt bleibt, der sich tatsächlich und konkret um den Verlust des Arbeitsplatzes sorgt.

Auch vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer mit vergleichsweise sicheren Arbeitsplätzen können die Erfahrung machen, dass ihr Einkommen nicht mehr zur Sicherung des Lebensstandards ausreicht, den sie für sich und ihre Familie gewohnt sind. Derartige Erfahrungen werden in der Heitmeyer-Untersuchung durch das Konstrukt des „Gefühls der sozialen Bedrohung“ zu erfassen versucht (gemessen anhand der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage und sozialen Absicherung, der Frage, ob die Befragten dazu in der Lage sind, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen etc.). Diesbezüglich konnte gezeigt werden, dass der Anstieg eines solchen „Gefühls der sozialen Bedrohung“ für den Zuwachs an fremdenfeindlichen Einstellungen in der „politi-

schen Mitte“ der Gesellschaft (mit-)verantwortlich ist.²⁵ In diesem Zusammenhang ist auch das Ergebnis verschiedener Studien bemerkenswert, wonach Personen mit einer fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Orientierung vor allem die (wirtschaftliche) Lage Deutschlands negativ einschätzen. So bewerteten mehr als die Hälfte der Personen, für die im Rahmen der Auswertung der ALLBUS-Daten 2006 eine rechtsextreme Orientierung ermittelt worden ist, die wirtschaftliche Lage in Deutschland als schlecht oder sehr schlecht. Ebenso äußerten in den qualitativen Interviews Personen, die eine rechtspopulistische/-extreme Haltung zu erkennen gaben, immer wieder die Meinung, dass Deutschland (insbesondere ökonomisch) „am Ende“ sei.²⁶

Ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung relativer Deprivation der Befragten (dem Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen) und fremdenfeindlichen bzw. rechtsextremen Einstellungen konnte ebenfalls in allen ausgewerteten Studien festgestellt werden. Wie die GMF-Untersuchung²⁷ zeigt, korreliert insbesondere „fraternale relative Deprivation“ – die wahrgenommene Benachteiligung der eigenen Gruppe gegenüber anderen Gruppen – mit abwertenden Haltungen: Befragte, die ihre eigene Wir-Gruppe gegenüber anderen sozialen Gruppen benachteiligt sahen, tendierten weitaus häufiger als die übrigen Befragten zu rechtsextremen oder menschenfeindlichen Einstellungen. Damit stehen die hier festgestellten Befunde in Übereinstimmung mit einer langen Reihe von Forschungsarbeiten, in welchen das Deprivations-Konzept zur Erklärung negativer Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten herangezogen wird. Die Sichtung des Interviewmaterials der qualitativen Untersuchungen nährt jedoch Zweifel daran, dass es sich bei der relativen Deprivation, insbesondere der relativen fraternalen Deprivation, tatsächlich um eine „Ursache“ oder einen erklärenden Faktor von ressentimentgeladenen Vorstellungen handelt. Vielmehr drängt sich

²⁵ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper, Politische Mitte. Normal feindselig, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/M. 2006, S. 115-134.

²⁶ Vgl. U. Brinkmann/K. Dörre/S. Röbenack (Anm. 14), S. 69; vgl. G. Hentges/M. Meyer (Anm. 24), S. 32.

²⁷ Vgl. Carina Wolf/Elmar Schlüter/Peter Schmidt, Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/M. 2006, S. 67-85.

der Eindruck auf, dass man es hier mit einem zentralen Bestandteil des zeitgenössischen Ressentiments gegenüber Fremden selbst zu tun hat. Wird in den meisten quantitativen Untersuchungen relativ abstrakt nach dem „gerechten Anteil“ gegenüber „anderen in Deutschland“ gefragt (siehe ALLBUS-Fragenkatalog), äußern sich die Interviewpartner in den qualitativen Studien sehr viel konkreter darüber, gegenüber welchen Gruppen genau sie sich benachteiligt sehen. Dies kann die folgende knappe Auswahl von Aussagen, die im Zuge des SIREN-Projekts²⁸ festgehalten worden sind, verdeutlichen.

So führt Herr Marzahl, ein Einkaufssachbearbeiter einer Berliner Bau-firma, aus: “I know people who have been here for ten years and don’t speak any German. I’ve met people who say to me in my face: why should I learn German? I drive a Mercedes; you walk. They get a lot of money, you can’t imagine how much. They get money in order to integrate; they live here for a year without paying rent. They get more money for their children. They get a furnished apartment. And they get loans from the bank which they will never pay back. I see Russians driving Mercedes and they say: work? Who me? No way – stupid Germans work.”²⁹

Und der Postbeamte Herr Kammer äußerte im Rahmen derselben Studie: “They come here, they get plenty of money, they can buy a house and everything. You really do start to hate them. Then you ask the question – is that right? Is the system right in doing this?”³⁰

Im Rahmen der Studie von Klaus Dörre und anderen wurde die folgende Aussage eines jungen Facharbeiters festgehalten: „Grundsätzlich hab (ich) so gegen Ausländer nichts. Das Einzige, was mich nur tierisch stört, ist, wenn die dann irgendwie nach Deutschland kommen – kann ja sein, dass die durch irgend ‘nen Krieg vertrieben wurden – aber dann werden hier noch 2, 3 Kinder gefrickelt; das Sozialamt zahlt

²⁸Da die Ergebnisberichte des SIREN-Projekts überwiegend in englischer Sprache verfasst sind, hat man dafür auch die Interviews mit den deutschen Befragten ins Englische übersetzt. Insofern hier Originalaussagen interviewter Personen aus englischsprachigen Berichten zitiert sind, wurden hier einzelne Ausdrücke, nicht aber längere Interviewpassagen zurück ins Deutsche übersetzt.

²⁹Zit. nach G. Hentges/M. Meyer (Anm. 24), S. 32.

³⁰Zit. nach ebd., S. 89f.

für alles und die haben eigentlich alles. Ich meine, dann kriegt man schon ‘ne ziemliche Krawatte. Wenn man sieht, die arbeiten eigentlich nie und fahren dennoch morgens mit dem Auto mal spazieren und hin und her.“³¹

Im gleichen Sinne gab ein Leiharbeiter im Rahmen einer Gruppendiskussion zu Protokoll: „Jeder Ausländer wohnt besser, wird besser behandelt.“³²

Die Aufzählung ließe sich mit weiteren Beispielen vergleichbarer Äußerungen aus beiden Studien leicht fortsetzen. Diese Auswahl macht aber bereits deutlich, dass sich die Befragten vor allem gegenüber Zuwanderern benachteiligt sehen. Offenkundig handelt es sich bei den Vorstellungen vom mühelosen Wohlstand und der systematischen Besserstellung der Neuankömmlinge um Projektionen, ist doch in der Realität zumeist das Gegenteil der Fall: Zuwanderer sind in Bezug auf ihren rechtlichen Status aber auch was ihren Anspruch auf Sozialleistungen betrifft, gegenüber deutschen Staatsbürgern schlechter gestellt. Und auch auf dem Arbeitsmarkt ist die strukturelle Benachteiligung von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund durch Studien dokumentiert.³³ Ebenso ist auffällig, dass die vorgebliche Besserstellung von Zuwanderern oft als Rechtfertigung für die eigene ablehnende Haltung angeführt wird. Z. T. werden die entsprechenden Ausführungen mit Variationen der berühmt-berüchtigten Floskel „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“ eingeleitet. Da explizite Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von „Fremden“ aufgrund der bei ihnen wahrgenommenen oder ihnen zugeschriebenen Fremdheit in Deutschland vielerorts als sozial anstößig gilt – so scheint es –, dient der Verweis auf die angebliche Besserstellung als eine Form der Rationalisierung und Legitimierung der gefühlsmäßigen Fremdenfeindlichkeit. Mit anderen Worten: Da die Ablehnung eines Türken, allein weil er Türke ist, sozial als moralisch nicht akzeptabel gilt, wird diese Ablehnung mit der vorgeblichen Besserstellung (respektive Benachteiligung

³¹ Zit. nach U. Brinkmann/K. Dörre/S. Röbenack (Anm. 14), S. 69.

³² Zit. nach ebd., S. 81.

³³ Vgl. Andreas Goldberg/Dora Mourinho/Ursula Kulke, Arbeitsmarkt-Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern in Deutschland, Genf 1995.

der deutschen Mehrheitsbevölkerung) begründet und das eigene Gewissen somit entlastet.

Auch die Soziologen Albert Scherr und Barbara Schäuble kommen in ihrer Untersuchung zu antisemitischen Einstellungen unter Jugendlichen in Deutschland zu dem Schluss, dass „aus moralischen Gründen und aufgrund einer allgemeinen Vorurteilkritik“ explizite antisemitische Ressentiments weniger Verbreitung finden als „solche Fragmente und Topoi, die sich als rationale Interpretation darstellen lassen“³⁴ (wie antisemitisch motivierte Kritik an Israels Rolle im Nahost-Konflikt). Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich in aktuellen Untersuchungen beispielsweise aus Großbritannien zu den Themen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Aussagen finden, die den hier zitierten Äußerungen bis in den konkreten Wortlaut hinein ähneln.³⁵ So deutet sich an, dass Gefühle der (fraternalen) relativen

³⁴ Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“. Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Berlin 2007, S. 14.

³⁵ So berichtet Gillian Evans aus ihrer teilnehmenden Beobachtung unter Angehörigen der White Working Class im Süd Londoner Bezirk Bermondsey: „Abruptly Sharon interrupts, saying loudly, ‘I’m not racist, but I can’t get on with the Pakis [Pakistanis].’ [...] Complaining about how her family could never get rehoused even though they were overcrowded, she tells me of her resentment about the ‘Pakis’ who were given the four-bedroom flat above where she was living” (Gillian Evans, *Educational Failure and Working Class. White Children in Britain*, Hampshire 2006, 56). In Roger Hewitts Studie *White Backlash and the Politics of Multiculturalism* (Cambridge 2005), die sich ebenfalls mit der White Working Class in Süd London beschäftigt, sind u. a. die folgenden Interviewpassagen zu lesen: „I had a mate who’d been waiting on the housing list – getting a house – for three years, and like a black family ‘as come over, they were here for two weeks and they got a flat straight away“ (S. 57). Und eine der zahlreichen im hohen Maße ähnlichen Äußerungen, die in einer Studie der Young Foundation zum Zusammenleben von bengalischen Zuwanderern und englischstämmigen Einwohnern im Londoner East End dokumentiert sind, lautet: „They’d come over from Heathrow immigration and straight away they’d be housed. Our children couldn’t afford to buy around here, so they had to move out“ (Geoff Dench/Kate Gavron/Michael Young, *The New East End. Kinship, Race and Conflict*, London 2006, S. 181). Das projektive Element der systematischen Besserstellung ist in allen drei zitierten Beispielen evident. Indikativ für die Situation in London ist lediglich, dass die angebliche Benachteiligung der eigenen Grup-

Deprivation weniger ein Phänomen wie Fremdenfeindlichkeit erklären, als vielmehr eine Ausprägung des Phänomens selbst darstellen. Bestätigung findet diese These nicht nur in der Inhaltsanalyse des qualitativen Interviewmaterials, sondern auch in verschiedenen statistischen Analysen im Rahmen der hier berücksichtigten Studien. So hat die Auswertung der ALLBUS-Daten 2006 gezeigt, dass von den insgesamt 218 aufgrund ihres Antwortverhaltens als rechtsextrem klassifizierten Personen insgesamt 123 das Gefühl hatten, im Vergleich mit dem Lebensstandard anderer nicht ihren gerechten Anteil zu bekommen. Und eine multivariate Analyse im Rahmen des GMF-Projektes ergab, dass analog zur Variable „Fremdenfeindlichkeit“ der regionale Ausländeranteil einen statistisch signifikanten *negativen* Einfluss ($\beta = -0,06$; $p < 0,01$) auf fraternale Deprivationswahrnehmungen ausübt.³⁶ Im Umkehrschluss soll damit jedoch *nicht* behauptet werden, dass die Personen, die sich als zu kurz gekommen erleben, es nicht mitunter auch tatsächlich sind. Im Gegenteil, viele der Personen, die ihre Resentiments gegenüber den vermeintlich bevorzugten „Ausländern“ artikulierten, befanden sich in einer Position der sozialen Benachteiligung. Diese Benachteiligung bestand in der Regel jedoch nicht im Vergleich zu den Gruppen, gegenüber welchen sie sich benachteiligt sahen.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Inwiefern gibt es einen Zusammenhang zwischen der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland? Dieser Frage wurde anhand der Auswertung verschiedener empirischer Studien nachgegangen. Fassen wir die Ergebnisse der Analyse noch einmal zusammen: Bereits bei einer oberflächlichen Betrachtung ist zu konstatieren, dass zwischen den beiden gesellschaftlichen Phänomenbereichen „Prekarisierung“ und „Resentiments“ kein mechanischer Zusammenhang besteht. So mündete die für den Untersuchungszeitraum beobachtbare Zunahme des Prekarisierungsniveaus in Deutschland nicht in einer allgemeinen Zunahme

pe/Besserstellung der Zuwanderer vor allem auf dem Wohnungsmarkt erfolge.

³⁶ Vgl. C. Wolf/E. Schlüter, P. Schmidt (Anm. 27), S. 81.

des rechtsextremen Einstellungspotenzials. Die detaillierte Analyse der verschiedenen quantitativen und qualitativen Studien in Hinblick auf die sozioökonomischen Verursachungszusammenhänge rechtsextremer Einstellungen bestätigt diese Einschätzung. Bemerkenswert ist insbesondere, dass entgegen der populären Annahme in den ausgewerteten quantitativen Studien mehrheitlich *kein* besonders ausgeprägter statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit oder der Angst vor Arbeitslosigkeit und dem Niveau rechtsextremer Einstellungen gemessen werden konnte.

Gleichwohl hat die Auswertung der verschiedenen quantitativen und qualitativen empirischen Untersuchungen jedoch gezeigt, dass in einigen Teilbereichen der als Prekarisierung beschriebenen Entwicklung sich durchaus psychosoziale Potenziale identifizieren lassen, die eine verstärkte Hinwendung zu rechtsextremen Identitätsangeboten und Orientierungsmustern begünstigen. Wie Gefühle der Verunsicherung nicht zwangsläufig in einem akut gefährdeten Status wurzeln müssen, zeigte sich, dass Gefühle der sozioökonomischen Verwundbarkeit bzw. eine pessimistische Sicht auf die wirtschaftliche Entwicklung *unabhängig* von der tatsächlichen sozialen Lage moderat mit fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Haltungen korrelieren. Mit anderen Worten: Weniger die faktische sozioökonomische Lage als vielmehr ein allgemeines Gefühl der Verunsicherung und der Bedrohung des sozialen Status scheinen einen Einfluss auf das Niveau rechtsextremer Orientierungen auszuüben. So hat die Auswertung der ALLBUS-Daten von 2006 ergeben, dass die befragten Personen, welche die aktuelle wie zukünftige wirtschaftliche Lage negativ einschätzten, ein deutlich größeres Potenzial an rechtsextremen Einstellungen aufwiesen als Personen, welche die Situation optimistisch sahen. Durch Regressionsrechnungen im Rahmen der Untersuchungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) ist nachgewiesen worden, dass die Angst vor sozialem Abstieg im Zusammenhang der Einführung der „Hartz-IV“-Regelungen insbesondere in den mittleren sozialen Lagen einen rechnerischen Effekt auf das gemessene Niveau der Fremdenfeindlichkeit hat. Und auch in den qualitativen Untersuchungen zeigte sich, dass bei dem Personenkreis, in dem rechtsextreme Einstellungsanteile identifiziert werden konnten, die eigene materielle Lage, Abstiegserfahrungen sowie eine pessimistische Sicht auf die wirtschaftliche Entwicklung bzw. Zukunftsängste eine Rolle spielten.

Dieser Befund deckt sich mit den theoretischen Analysen des Politikwissenschaftlers Franz L. Neumann zur politischen Bedeutung der Angst, bei welchen er in Anknüpfung an die Arbeiten Sigmund Freuds zwischen *Realangst* und *neurotischer Angst* unterschied.³⁷ Demnach kann Realangst als Reaktion auf eine konkrete Gefahrensituation verstanden werden, während neurotische Angst vom Ich produziert werde, um präventiv die Drohung einer Gefahr zu vermeiden. Insbesondere die neurotische Angst sei es – so Neumann –, welche bei Einzelnen die Anfälligkeit für faschistische Massenbewegungen erhöhe. Obgleich neurotische Angst vor allem ein psychisches Phänomen ist, entfalte sie in der Regel erst im Kontext eines real existierenden Bedrohungsszenarios ihre Wirkung.

Einen bemerkenswerten Befund brachte die *gleichzeitige Auswertung quantitativer und qualitativer Studien* hervor: Die relative Deprivation – das Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen – scheint bei der Erklärung der Entstehung von Ressentiments nicht die Bedeutung inne zu haben, die ihr weitläufig zugesprochen wird. Zwar zeigte analog zu den Befunden früherer Studien auch die Auswertung der statistischen Daten im Rahmen der hier vorgenommenen Untersuchung, dass Gefühle relativer Benachteiligung (insbesondere der sog. fraternalen Deprivation) mit dem gemessenen Niveau fremdenfeindlicher und rechtsextremer Orientierungen korrelieren; unter Berücksichtigung des Interviewmaterials aus den qualitativen Studien erscheint es aber fraglich, ob diese Korrelation auch tatsächlich auf ein kausales Verhältnis zwischen beiden Variablen hindeutet. In den dokumentierten Gesprächen wurde deutlich, dass sich Befragte mit fremdenfeindlicher oder rechtsextremer Orientierung vor allem gegenüber „den Ausländern“ als schlechter gestellt erlebten. Kurz, die Wahrnehmung der Benachteiligung scheint bei diesem Personenkreis eher einen *Ausdruck der fremdenfeindlicher Ressentiments* als deren Erklärung darzustellen.

Bilanzierend lässt sich also festhalten, dass zwar ein Zusammenhang zwischen sozialer Prekarisierung und der Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen besteht, jedoch nicht in der Pauschalität

³⁷ Vgl. Franz L. Neumann, Angst und Politik, in: ders., Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954, Frankfurt/M. 1978, S. 424-459.

und Zwangsläufigkeit, wie in der Öffentlichkeit und Fachwissenschaft häufig angenommen wird.

Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus

Über einen Aspekt rechtsextremistischer Traditionspflege und seine historisch-ideologischen Hintergründe

Walter Jung

1. Einleitung und Fragestellung

Die Völkische Bewegung des wilhelminischen Kaiserreiches und der Weimarer Republik zählt zu den wichtigsten Vorgängerphänomenen, Wegbereitern und Ideologielieferanten des historischen Nationalsozialismus (NS). Zu ihr stand der historische NS in einem besonders engen organisatorischen, personellen wie ideologischen Traditions- und Kontinuitätsverhältnis, das in einem späteren Abschnitt dieses Beitrags noch intensiver herausgearbeitet werden soll.

Dieser historischen Bedeutung wird der wissenschaftliche Forschungsstand zur Völkischen Bewegung mittlerweile zwar halbwegs gerecht. Im Vergleich jedoch zu der Intensität und den umfassenden und in der Summe äußerst ertragreichen Ergebnissen, mit denen sich die internationale Zeitgeschichtsforschung und andere Wissenschaftsdisziplinen seit 1945 dem ungleich geschichtsmächtigeren historischen NS widmen, ist der Forschungsstand zur Völkischen Bewegung bislang recht überschaubar. Eines von vielen Beispielen hierfür bietet die biographische Forschung: Im Vergleich dazu, dass mittlerweile zu fast jedem auch nur annähernd bedeutenderen Protagonisten des historischen NS mindestens eine, häufig sogar mehrere wissenschaftliche Biographien erschienen sind, steckt die biographische Forschung selbst zu den bedeutendsten Völkischen kaum in den Kinderschuhen¹. Auch liegen zwar mittlerweile relativ zahlreiche Aufsätze und einige umfangreiche Monographien zu Einzelaspekten der Völkischen Bewegung vor, beispielsweise zu wichtigen Organisationen². Doch erst

¹ Vgl. eine von den relativ wenigen Ausnahmen: Stefan Frech, Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863-1949), Paderborn 2009.

² Vgl. z. B. zum „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“: Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und

im Jahr 1996 erschien ein Sammelband mit Gesamtdarstellungsscha-
rakter, ein zum Thema unverzichtbares Standardwerk, das sich jedoch
auf die Völkische Bewegung im Kaiserreich beschränkt³. 2001 legte
der Berliner Historiker Uwe Puschner eine erste und ebenfalls äußerst
verdienstvolle Monographie zum Thema vor, deren Untersuchungs-
zeitraum aber gleichfalls 1918 endet⁴. Erst 2008 publizierte der Ham-
burger Soziologe Stefan Breuer, der bereits zuvor der Thematik Auf-
sätze⁵ und im Rahmen verschiedener, aber thematisch weiter gefasster
Monographien einzelne Passagen und Kapitel gewidmet hatte⁶, eine
intensive Analyse der gesamten Völkischen Bewegung, die auch die
Phase der Weimarer Republik gleichgewichtig mitberücksichtigt⁷. Al-
lerdings waren schon vor 2008 wenigstens ein paar Aufsätze mit Ein-
führungs- und Überblickscharakter erschienen, welche die gesamte
Völkische Bewegung vor und nach 1918 in den Blick nahmen⁸.

Trutz-Bundes 1919-1923, Hamburg 1970; Walter Jung, Ideologische Voraus-
setzungen, Inhalte und Ziele außenpolitischer Programmatik und Propaganda
in der deutschvölkischen Bewegung der Anfangsjahre der Weimarer Republik
- Das Beispiel Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Göttingen 2000 auf
<http://webdoc.sub.gwdg.de/diss/2003/jung/jung.pdf>. Vgl. dort auch auf den
Seiten 9 und 10 die Definition des Terminus „völkisch“, von der der Autor
dieses Beitrages ausgeht.

³ Vgl. Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Handbuch zur
„Völkischen Bewegung“ 1871-1918, München 1999.

⁴ Vgl. Uwe Puschner, Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiser-
reich. Sprache - Rasse - Religion, Darmstadt 2001.

⁵ Vgl. Stefan Breuer, Gescheiterte Milieubildung. Die Völkischen im deutschen
Kaiserreich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), S. 995-
1016.

⁶ Vgl. Stefan Breuer, Die radikale Rechte in Deutschland 1871-1945. Eine po-
litische Ideengeschichte, Stuttgart 2010, vor allem S. 111-140 und 246-265.
Bei diesem Buch handelt es sich um die Neufassung von Stefan Breuer,
Grundpositionen der deutschen Rechten 1871-1945, Tübingen 1999.

⁷ Vgl. Stefan Breuer, Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weima-
rer Republik, Darmstadt 2008.

⁸ Vgl. Uwe Puschner, Völkisch. Plädoyer für einen ‚engen‘ Begriff, in: Paul
Ciupke/Klaus Heuer/Franz-Josef Jelich/Justus H. Ulbricht (Hrsg.), „Die Er-
ziehung zum deutschen Menschen“. Völkische und nationalkonservative Er-
wachsenenbildung in der Weimarer Republik, Essen 2007, S. 53-66. Ders.,
Strukturmerkmale der völkischen Bewegung (1900-1945), in: Le milieu
intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890-1960) /
Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine

Trotz der spürbaren Intensivierung ihrer wissenschaftlichen Erforschung seit den 1990er Jahren ist die Völkische Bewegung für die breite bundesdeutsche Öffentlichkeit bis heute weitgehend terra incognita geblieben. Dafür gibt es - wenn auch nicht immer gute, so doch nachvollziehbare - Gründe: Zum einen zieht selbst die intensive wissenschaftliche Erforschung eines Objekts niemals zwangsläufig dessen gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung nach sich, eine Erfahrung, die diverse Wissenschaftsdisziplinen immer wieder machen müssen. Zum anderen absorbiert die kollektive Erinnerung an den äußerst geschichtsmächtigen NS und die Aufarbeitung von dessen Menschheitsverbrechen die Aufmerksamkeit der bundesdeutschen Gesellschaft offenbar so sehr, dass sogar für wichtige Vorgängerphänomene, Wegbereiter und Ideologielieferanten kaum Aufmerksamkeitskapazitäten bleiben. Dieser Umstand ist schon deshalb problematisch, weil dadurch auch die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung des NS selbst unbewusst eingeschränkt wird: Spart sie doch einen sehr relevanten Aspekt seiner Vor- und Frühgeschichte aus.

Blinde Flecken im Geschichtsbild der breiten Öffentlichkeit mögen also noch erklär-, wenn auch nicht immer langfristig hinnehmbar sein. Wenn sie aber auch auf Wissenschaftsbereiche bezogen sind, die sich eigentlich intensiver mit der Völkischen Bewegung auseinandersetzen sollten, ist das schon problematischer. So hat Puschner zurecht die „ebenso weitgefaste wie vage bleibende Verwendung“ des Terminus „Völkisch“ nicht nur „in der Öffentlichkeit, namentlich in der Politik und in den Medien“, sondern „mitunter auch in der Wissenschaft“⁹ kritisch konstatiert. In der Tat wird der Begriff „Völkisch“ in medialen, politischen und selbst in wissenschaftlichen Diskursen zwar relativ häufig bis inflationär, aber dabei oft amorph-undefiniert verwendet. Vor allem schenkt die interdisziplinäre Rechtsextremismusforschung der Völkischen Bewegung - wie übrigens auch der mit die-

Netzwerke (1890-1960). Etudes réunies par Michel Grunewald et Uwe Puschner, en collaboration avec Hans Manfred Bock / Herausgegeben von Michel Grunewald und Uwe Puschner, in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern 2003, S. 445-468. Ders., Ein Volk, ein Reich, ein Gott. Völkische Weltanschauung und Bewegung, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick, Stuttgart; München 2002, S. 25-41.

⁹ Puschner (Anm. 8), S. 56.

ser relativ eng verwandten¹⁰ Antisemitischen Bewegung des Kaiserreichs¹¹ - trotz Ausnahmen¹² immer noch zu wenig Beachtung. Dabei handelt es sich doch bei der Völkischen Bewegung auch um ein Vorgängerphänomen dessen, was erst seit wenigen Jahrzehnten im Wissenschafts- wie gesamtgesellschaftlichen Diskurs der zuweilen umstrittenen¹³, dennoch weitgehend allgemeingebräuchlichen Fremdbe-

¹⁰ Vgl. zu diesem Verhältnis: Stefan Breuer, Von der antisemitischen zur völkischen Bewegung, in: *Aschkenas - Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden* 15, Tübingen 2005, S. 499-534.

¹¹ Vgl. zu den Anfängen der Antisemitischen Bewegung des Kaiserreichs: Daniela Weiland, Otto Glagau und „Der Kulturkämpfer“. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus im frühen Kaiserreich, Berlin 2004. Vgl. zur Antisemitischen Bewegung des Kaiserreichs insgesamt: Massimo Ferrari Zumbini, *Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus: Von der Bismarckzeit zu Hitler*, Frankfurt/M. 2003. Außerdem liegen u. a. verschiedene Regionalstudien vor, insbesondere zu Schwerpunktregionen der Antisemitischen Bewegung, beispielsweise: Matthias Piefel, *Antisemitismus und völkische Bewegung im Königreich Sachsen 1879-1914*, Göttingen 2004. Entgegen ihres Titels legt diese Studie ihren Schwerpunkt eindeutig auf die Antisemitische, weit weniger auf die Völkische Bewegung.

¹² Vgl. beispielsweise: Armin Pfahl-Traughber, *Freimaurer und Juden, Kapitalisten und Kommunisten als Feindbilder rechtsextremistischer Verschwörungsideologien vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*, in: Uwe Backes (Hrsg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln; Weimar; Wien 2003, S. 193-234, hier S. 201-209.

¹³ Vgl. zur Kontroverse um die Extremismustheorie: Mathias Brodkorb (Hrsg.), *Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat*, Banzkow 2011. Zentrale Argumente der Kritiker sowie der Befürworter u. a. der Extremismustheorie wurden erst jüngst auch an dieser Stelle zwischen dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge und dem Herausgeber dieses Jahrbuchs ausgetauscht: Christoph Butterwegge, *Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen*, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl/Rheinland 2010, S. 33-60. Armin Pfahl-Traughber, *Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge*, in: ebenda, S. 61-86. Vgl. auch die Sicht eines weiteren Verfechters der Extremismustheorie: Uwe Backes, *Extremismus: Konzeptionen, Definitionsprobleme und Kritik*, in: Ders./Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* 22 (2010), Baden-Baden 2011, S. 13-31. Der Autor des vorliegen-

zeichnung „Rechtsextremismus“ unterliegt. Dieses Forschungsdefizit ist umso auffälliger, als andere Vorgängerphänomene des aktuellen deutschen, aber auch des internationalen Rechtsextremismus in ihrer Bedeutung für ihre heutigen Epigonen - z. B. als historische Vorbilder und/oder Ideologielieferanten - längst detailliert herausgearbeitet worden sind. Das gilt nicht zuletzt für den historischen NS¹⁴, aber auch für die Konservative Revolution der Weimarer Republik¹⁵.

Außerdem hat die mit der Völkischen Bewegung befasste Forschung längst auf Kontinuitäten, Traditionen und Transformationen hingewiesen, die von der Völkischen Bewegung bis in die Gegenwart reichen, insbesondere bezüglich völkisch-religiöser Phänomene¹⁶. Erst 2009 erschien ein interdisziplinärer Sammelband, der sich explizit mit der „Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert“, konkret mit der „Verbreitung von völkischem Denken und von Elementen der völkischen Weltanschauung außerhalb und jenseits des originären völkischen Milieus am Beginn des 21. Jahrhunderts“ beschäftigt¹⁷. Das heißt, die beiden Herausgeber konstatieren zwar: „Neonazismus und Rechtsextremismus schöpfen wie der Nationalsozialismus in der Zwischenkriegszeit opulent aus dem völkischen Weltanschauungsreservoir.“ Auch erklären sie es zu einem ihrer „Anliegen“, man wolle mit

den Beitrags zählt ebenfalls zu den Verfechtern der Extremismus- sowie der Totalitarismustheorie, neigt also tendenziell den Argumenten von Pfahl-Traugherber und Backes zu.

¹⁴ Vgl. Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist - Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009.

¹⁵ Vgl. Thomas Pfeiffer, Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, herausgegeben vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz, Düsseldorf o. J.; Armin Pfahl-Traugherber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen 1998.

¹⁶ Vgl. Stefanie von Schnurbein, Transformationen völkischer Religion seit 1945, in: Dies./Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Völkische Religion und Krisen der Moderne. Entwürfe „arteigener“ Glaubenssysteme seit der Jahrhundertwende, Würzburg 2001, S. 409-429.

¹⁷ G. Ulrich Großmann/Uwe Puschner, Vorwort, in: Dies. (Hrsg.), Völkisch und national. Zur Aktualität alter Denkmuster im 21. Jahrhundert, Darmstadt 2009, S. 9-14, Zitat S. 12. Dieses Vorwort bietet auch eine zwar knappe, aber daran gemessen sehr gute, definitionsartige Erläuterung dessen, was sich hinter dem Begriff „Völkische Bewegung“ verbirgt.

dem Sammelband „auf die Anschlußfähigkeit dieses Denkens an den international agierenden Neonazismus und Rechtsextremismus hinweisen, das durch subtile Agitation bis heute immer wieder mediale Präsenz erlangt.“¹⁸ Doch im Mittelpunkt ihres Sammelbandes stehen zumindest vertiefende Fragen nach einer eventuellen „Aktualität“ der Völkischen Bewegung für ihre heutigen rechtsextremistischen Epigonen demnach erklärtermaßen und legitimer Weise eben gerade nicht. Vielmehr gehen die Herausgeber davon aus, dass völkische Ideologeme „in der Gegenwart vor allem gerade auch außerhalb des neonazistischen und rechtsextremen Umfeldes aufzufinden“ seien¹⁹. Dementsprechend liefern auch die einzelnen Beiträge des Sammelbandes nur sehr punktuelle Informationen zu Traditionslinien zwischen Völkischer Bewegung und dem aktuellen Rechtsextremismus²⁰. Stattdessen ist der Sammelband darauf ausgerichtet, Traditionslinien zwischen der Völkischen Bewegung und solchen Phänomenen aufzuzeigen, die nicht, nicht vorwiegend oder doch zumindest nicht in Gänze in dem Verdacht stehen, eine Affinität zum Rechtsextremismus aufzuweisen wie zum Beispiel die Hausforschung²¹ oder moderne Fantasyromane²².

Dieser Beitrag wird anhand von drei konkreten Beispielen nachweisen, dass das Erbe der Völkischen Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik bis heute zumindest in Teilen des aktuellen deutschen Rechtsextremismus präsent ist und tradiert wird. Und diese Präsenz und Tradition beschränken sich nicht auf ein reines, womöglich gar wertfreies Erinnern, das allein historischem Interesse entspränge. Vielmehr entpuppen sie sich schon bei halbwegs genauerer Analyse als positive Rekurse. Und aufgrund des engen Traditions- und Kontinuitätsverhältnisses beziehungsweise den Kongruenzen zwischen his-

¹⁸ Ebenda, S. 11-12.

¹⁹ Ebenda, S. 13.

²⁰ Vgl. beispielsweise: Uta Halle, „Treibereien wie in der NS-Zeit“ - Kontinuitäten des Externsteine-Mythos nach 1945, in: Puschner/Großmann (Anm. 17), S. 195-213.

²¹ Vgl. G. Ulrich Großmann, Völkisch und national - Der „Beitrag“ der Hausforschung. Zum Wiederaufleben der Runenkunde des SS-Ahnenerbes, in: Puschner/Großmann (Anm. 17), S. 31-64.

²² Vgl. Stefanie von Schnurbein, Kontinuität durch Dichtung - Moderne Fantasyromane als Mediatoren völkisch-religiöser Denkmuster, in: Puschner/Großmann (Anm. 17), S. 245-265.

torischem NS und Völkischer Bewegung können, so wird ebenfalls herausgearbeitet werden, diese Rekurse - zumindest wohl in den meisten Fällen - als verschleierter, da das fehlende Bewusstsein innerhalb der breiten Öffentlichkeit über die Völkische Bewegung bewusst inkalkulierender Neonazismus interpretiert werden.

2. Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus: Drei Beispiele

Der Autor dieses Aufsatzes hat bereits in einem Beitrag zur ersten JET-Ausgabe in einem anderen thematischen Kontext aussagekräftige Beispiele für positive Rekurse auf die Völkische Bewegung herausgearbeitet, die in den Jahren 2002 bis 2007 an prominenter rechtsextremistischer Stelle, nämlich in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, erschienen waren²³. Erst in ihrer September-Ausgabe 2011 veröffentlichte die „Deutsche Stimme“ einen Artikel, in dem an den 90. Todestag von Georg Ritter von Schönerer (1842-1921), dem Führer der österreichischen Alldeutschen und einer „Stifterfigur der völkischen Bewegung“²⁴, erinnert wird. Kritik an Schönerer lässt sich diesem Artikel nicht entnehmen, allerdings sehr wohl Anerkennung²⁵. Im Folgenden sollen drei weitere Beispiele aus unterschiedlichen rechtsextremistischen Quellen vorgestellt werden. Sie repräsentieren verschiedene Varianten des positiven Rekurses auf die Völkische Bewegung im aktuellen deutschen Rechtsextremismus: erstens den auf eine Person, den führenden völkischen Protagonisten Adolf Bartels (1862-1945), zweitens den auf einen Teilbereich der völkische Bewegung in der Weimarer Republik, die sog. „Artamanen“. Und das dritte Beispiel beleuchtet die heutige rechtsextremistische Gedenkpraxis zu Ehren der

²³ Vgl. Walter Jung, Neonazismus in der „Deutschen Stimme“. Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung, in: Armin Pfahl-Traugber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl/Rheinland 2008, S. 193-246, hier S. 225-231.

²⁴ Puschner (Anm. 4), S. 209.

²⁵ Manfred Schiessl, Ein überzeugter Alldeutscher - Unvergessen: Zum 90. Todestag von Georg Ritter von Schönerer, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2011, S. 21.

völkischen Mörder des Weimarer Reichsaußenministers Walther Rathenau (1867-1922).

2.1. „Getreuer Eckehart der deutschen Literatur“: Adolf Bartels aus der Perspektive eines Artikels in der „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“

In der „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ), die damals „aufgrund der organisatorischen und personellen Anbindung an die DVU als deren Presseorgan“ im Sinne eines Sprachrohrs „angesehen werden“ konnte²⁶, erschien in der Ausgabe vom 21. September 2001 ein Artikel unter der Überschrift „Getreuer Eckehart der deutschen Literatur - An Adolf Bartels erinnert“²⁷. Um die Dimensionen und Intentionen des Bartels-Bildes, das in diesem NZ-Artikel dem Leser vermittelt werden soll, möglichst tief ausloten zu können, soll vorab eine Einführung in die Biographie von Adolf Bartels gegeben werden, zumal in die politisch-ideologische.

2.1.1. Wer war Adolf Bartels?²⁸

Adolf Bartels war nicht nur „eine der stimmungswaltigsten völkischen Autoritäten im wilhelminischen Reich“²⁹, sondern einer der zentralen und seinerzeit sogar über die Grenzen der Völkischen Bewegung hinaus relativ bekannten völkischen Protagonisten des ausgehenden Wilhelminischen Kaiserreiches und der Weimarer Republik. Bartels war

²⁶ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 93.

²⁷ Hagen Tremlow, Getreuer Eckehart der deutschen Literatur - An Adolf Bartels erinnert, in: National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung, Nr. 39 vom 21. September 2001, S. 18.

²⁸ Soweit nicht anders gekennzeichnet, beruhen die folgenden Ausführungen auf: Thomas Rösner, Adolf Bartels, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht 1999 (Anm. 3), S. 874-894. Vgl. ferner zu Bartels: Steven Nyole Fuller, *The Nazis' Literary Grandfather, Adolf Bartels and Cultural Extremism, 1871-1945*, New York; Washington, D.C./Baltimore; Bern; Frankfurt am Main; Berlin; Vienna; Paris 1996. Hans von Hülsen, Neid als Gesinnung - Der manische Antisemitismus des Adolf Bartels, in: Karl Schwedhelm (Hrsg.), *Propheten des Nationalismus*, München 1969, S. 176-188. Dieser Sammelband beinhaltet zudem auf S. 311 eine sehr knappe Kurzbiographie von Bartels.

²⁹ Puschner (Anm. 4), S. 50.

damals so bekannt, dass er und seine völkische Agitation Reaktionen selbst von Seiten sehr prominenter Zeitgenossen und politischer Gegner wie Kurt Tucholsky und Johannes R. Becher provozierten.

Bartels kam am 15. November 1862 als Sohn eines Schlossermeisters in Wesselburen im nördlichen Dithmarschen zur Welt. Obwohl er das Gymnasium aus Geldmangel ohne Abitur abbrechen musste und daher in Leipzig und Berlin nur ein Studium absolvieren konnte, zu dem es keiner regulären Immatrikulation bedurfte,³⁰ gelang es ihm, sich durch sein sehr umfangreiches schriftstellerisches und sonstiges publizistisches Wirken³¹ ungefähr ab der Jahrhundertwende innerhalb der Völkischen Bewegung als vermeintliche Kapazität insbesondere auf den Gebieten Literaturgeschichte und Literaturkritik, als „der völkische Literaturpapst“³² zu etablieren. Rückblickend attestierte Bartels sich selbst, um die Mitte der 1890er Jahre eine „Wendung zum Antisemitismus“³³ vollzogen zu haben, den er von da ab in vielen seiner Publikationen offen artikulierte³⁴. Nach Einschätzung des Münchener Germanisten Thomas Rösner wurde Bartels im Laufe der Zeit „zur bekanntesten Leitfigur des Antisemitismus“³⁵ und bereits Anfang des 20. Jahrhunderts zu „einem der bekanntesten Antisemiten im ganzen Reich“³⁶.

Doch nicht nur als Schriftsteller und Publizist, Literaturhistoriker und -kritiker spielte Bartels innerhalb der Völkischen Bewegung eine wichtige Rolle, sondern auch als Mitglied, (Mit-)Begründer und Funktionär zahlreicher einschlägiger völkischer Organisationen. So trat er

³⁰ Vgl. Fuller (Anm. 28), S. 31-33.

³¹ Vgl. die Auswahlbibliographie von Publikationen Bartels' bei: Rösner (Anm. 28), S. 892-893.

³² Thomas Gräfe, Katholischer und völkischer Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Schnittmengen und Übergänge am Beispiel des Schriftstellers Max Beyer, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 20, Berlin 2011, S. 156-179, Zitat S. 179.

³³ Zitiert bei: Rösner (Anm. 28), S. 876. Fuller hingegen datiert Bartels' Wandlung zum Nationalisten und Antisemiten bereits auf dessen Leipziger Studienjahre 1885 bis 1887; vgl. Fuller (Anm. 28), S. 33.

³⁴ Vgl. beispielsweise: Adolf Bartels, Warum ich die Juden bekämpfe, Eine deutliche Auskunft, Heft 8 der Hammer-Schläge, Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, Hamburg 1919.

³⁵ Rösner (Anm. 28), S. 883.

³⁶ Ebenda, S. 879.

1907 dem 1894 gegründeten „Deutschbund“³⁷ bei. Er verfasste die Satzungen des „Deutschvölkischen Schriftstellerverbandes“ und zählte im Jahr 1910 zu dessen Mitbegründern. Mit der Tatsache, dass er wie zahlreiche andere führende Völkische dem 1912 gegründeten „Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ angehörte³⁸, bekannte er sich zum innerhalb der Völkischen Bewegung gängigen Antifeminismus. Auch gehörte er zu den Initiatoren des ersten „Deutschen Tages“ am 5. Oktober 1913, auf den die Gründung der „Deutschvölkischen Vereinigung“ zurückging, eine - letztlich relativ wirkungslose - völkische Dachorganisation, der Bartels als einer von zwei Vorsitzenden vorstand. 1918/1919 war er Mitglied im „Juden-ausschuss“ des „Alldeutschen Verbandes“³⁹ und 1919 bis 1922 führender Funktionär im „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ (DVSTB), der größten und bedeutendsten völkischen Organisation der frühen Weimarer Republik, deren „Lebensregeln“ er zudem verfasste. In der Gründung des „Bartels-Bundes“ am 1. April 1920, dem 105. Geburtstag des in der Völkischen Bewegung zutiefst verehrten Reichsgründers Otto von Bismarck, manifestierten sich sogar Ansätze eines völkischen Personenkultes um Bartels. Der Namensgeber selbst fungierte als Ehrenvorsitzender dieses Bundes, der im September 1924 mit dem „Deutschvölkischen Schriftstellerverband“ verschmolz und in dieser erweiterten Form eine personelle „Schnitt- und Kontaktstelle zwischen der älteren völkischen Bewegung und der“⁴⁰ NSDAP darstellte.

Nicht zuletzt über seine zahlreichen Publikationen, aber auch als Vortragsredner wirkte Bartels zudem als ideologischer Vordenker in die Völkische Bewegung hinein, nicht nur zum Thema „Antisemitismus“. So profilierte er sich bereits vor und verstärkt während des Ersten Weltkrieges vor einem breiten Publikum durch Forderungen nach ex-

³⁷ Vgl. zum „Deutschbund“: Ascan Gossler, Friedrich Lange und die „völkische Bewegung“ des Kaiserreichs, in: Archiv für Kulturgeschichte 83, 2001, S. 377-411. Dieter Fricke, Der „Deutschbund“, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Anm. 3), S. 328-340.

³⁸ Vgl. Breuer (Anm. 7), S. 224.

³⁹ Vgl. zum relativ gut erforschten „Alldeutschen Verband“: Rainer Hering, Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003. Michael Peters, Der „Alldeutsche Verband“, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Anm. 3), S. 302-315.

⁴⁰ Rösner (Anm. 28), S. 887.

zessiven deutschen Annexionen im zaristischen Russland als „Lebensraum“-Ideologe, allerdings offenbar ohne dass er den Terminus „Lebensraum“, der rund ein Jahrzehnt später in Hitlers „Mein Kampf“ in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle spielen sollte⁴¹, bereits benutzt hätte. Beispielsweise trat er mindestens zwischen 1913 und 1918 wiederholt dafür ein, dass Deutschland Russland bis zu einer Linie Düna-Dnjepr-Schwarzes Meer annektieren und germanisieren müsse. Konsequenterweise zeigte sich Bartels schon 1927 von Hitlers „Mein Kampf“ und der darin enthaltenen außenpolitischen Programmatik begeistert⁴².

Zum Nationalsozialismus an sich hatte Bartels bereits zuvor ein offenes, prinzipielles Bekenntnis abgelegt, nämlich durch die Veröffentlichung einer Schrift mit dem programmatischen Titel „Der Nationalsozialismus. Deutschlands Rettung“ im Jahr 1924⁴³, also wohlgernekt zu einem Zeitpunkt, als die NSDAP infolge ihres Putschversuches vom November 1923 vorübergehend verboten war und sich Hitler noch bis Dezember 1924 in Haft befand. Nach Einschätzung Rösners ist in dieser Schrift allerdings „von allzu großem Enthusiasmus für die NSDAP ... nichts zu spüren, auch nicht für Hitler. ... Offensichtlich hat Bartels mit Hitler politisch nicht mehr gerechnet.“⁴⁴ So trat Bartels denn auch trotz seiner grundsätzlichen Begeisterung für den Nationalsozialismus nie der NSDAP bei. Dennoch zählt Puschner ihn zu den „glühenden Anhängern des Nationalsozialismus“⁴⁵ unter den Völkischen. Bartels, der in seiner Eigenschaft als völkische Ikone bereits im März 1925 in Weimar Besuch von Adolf Hitler empfing, wurden nach 1933 durch den NS-Staat Anerkennung und hohe Auszeichnungen zuteil, zum Beispiel 1942 aus Anlass seines 80. Geburtstages das „Goldene Parteiabzeichen“. Bartels starb am 7. März 1945 in Weimar. Im Kontrast zu seinem hohen Bekanntheitsgrad zu Lebzeiten muss er

⁴¹ Vgl. zu Hitlers Darlegungen seines „Lebensraum“-Programmes in „Mein Kampf“ vor allem die dortigen Kapitel 4 „München“ und 14 „Ostorientierung oder Ostpolitik“: Adolf Hitler, Mein Kampf, 365.-369. Auflage, München 1938, S. 138-171 und 726-758.

⁴² Vgl. Jung (Anm. 2), S. 254-256.

⁴³ Adolf Bartels, Der Nationalsozialismus. Deutschlands Rettung, Leipzig 1924.

⁴⁴ Rösner (Anm. 28), S. 890.

⁴⁵ Puschner (Anm. 4), S. 11.

heutzutage als innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft weitgehend vergessen gelten.

2.1.2. Die Darstellung Bartels' in der NZ vom 21. September 2001

Der NZ-Artikel vom 21. September 2001⁴⁶, der ausdrücklich der Erinnerung an Adolf Bartels gewidmet ist, erschien also nicht aus Anlass eines runden Geburts- oder Todestages des darin behandelten völkischen Protagonisten. Allerdings wird schon relativ zu Beginn des Textes eingehend auf die „Geschichte der deutschen Literatur“ eingegangen, die Bartels in zwei Bänden in Leipzig 1901 bzw. 1902 in erster Auflage veröffentlicht hatte. 2001 jährte sich demnach das Erscheinen des ersten Bandes zum einhundertsten Mal. Obwohl Bartels' „Geschichte der deutschen Literatur“ von eindeutig völkischen, zumal antisemitischen Inhalten durchzogen war⁴⁷, wird sie in der NZ mit keiner Silbe kritisiert, vielmehr als „sehr erfolgreich“ und als „eine der beliebtesten Darstellungen des Entwicklungsganges der deutschen Dichtung vor dem Ersten Weltkrieg“ charakterisiert, mit der Bartels seine eigene „Forderung“ nach einer „stärker ästhetisch orientierte[n] Literaturgeschichte[n]“ selbst erfüllt habe. Diese Aussagen könnte man noch als relativ wertfrei interpretieren. Doch lässt es der NZ-Artikel nicht dabei bewenden, sondern äußert auch ausdrückliches Lob. Die „Darstellung von Bartels“ habe „in der Tat ihre Verdienste“ gehabt: „Das Werk“ sei „eine sehr geschickte, übersichtliche Gliederung des umfangreichen Stoffes mit knappen, in sich gerundeten und profilierten Charakteristiken der bedeutenderen Dichter“ verbunden, eine angesichts der antisemitischen Äußerungen Bartels' über jüdische und angeblich jüdische Autoren mindestens verharmlosende Bewertung. Bartels' „unersättlicher, manischer Judenhaß“⁴⁸ wird in diesem Zusammenhang zwar streng genommen nicht unterschlagen. Aber es wird mit Hilfe des Zitates eines amerikanischen Literaturprofessors ns

⁴⁶ Hagen Tremlow, Getreuer Eckehart der deutschen Literatur - An Adolf Bartels erinnert, in: National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung, Nr. 39 vom 21. September 2001, S. 18. Wenn nicht anders gekennzeichnet, handelt es sich bei diesem NZ-Artikel auch um die Fundstelle der in diesem Unterkapitel angeführten Zitate.

⁴⁷ Vgl. Rösner (Anm. 28), S. 877-878.

⁴⁸ von Hülsen (Anm. 28), S. 183.

insinuiert, dieser sei erst später entstanden und daher in der „Geschichte der deutschen Literatur“ noch nicht zum Tragen gekommen. Auch für andere literarische Werke von Adolf Bartels lässt der NZ-Artikel Sympathie und Anerkennung erkennen, ohne dabei nur eine der eindeutig politisch-ideologischen Schriften zu erwähnen, deren Inhalt kaum zu verschleiern oder zu verharmlosen wäre.

Doch nicht nur das literarische Schaffen von Adolf Bartels, auch die Person selbst wird in dem NZ-Artikel letztlich ausschließlich positiv dargestellt. So räumt man zwar ein, dass er aufgrund seiner unzureichenden universitären Ausbildung als vermeintlicher Literaturhistoriker „nicht ‚zünftig‘“ und daher ein „Außenseiter“ auf diesem Gebiet gewesen sei. Doch wird ihm gleichzeitig attestiert, als Literaturhistoriker „seiner Zeit vorausseilend“ gewesen zu sein und zu den „begabten Verfassern deutscher Literaturgeschichten“ gezählt zu haben. Als Mensch bescheinigt man ihm geradlinige Authentizität, denn er sei „nur sich selbst treu geblieben“. Außerdem wird Bartels zum „immerhin wirkungsmächtigsten Sohn der Stadt [Wesselburen] nach [Friedrich] Hebbel“ erklärt. Dieser wiederholte Vergleich mit dem berühmten Schriftsteller kann im Gesamtkontext des NZ-Artikels nur als Versuch gesehen werden, Bartels massiv aufzuwerten.

Auch um Bartels' nicht zu leugnenden Antisemitismus zu relativieren, muss ein Vergleich mit einem bedeutenden Zeitgenossen herhalten: „Gewiss, Bartels war Antisemit. Er machte kein Hehl daraus. Aber diese Einstellung teilte er mit sehr vielen anderen Autoren, Wissenschaftlern und Künstlern seiner Zeit. Liest man etwa den späten Briefwechsel Theodor Fontanes mit seinem (jüdischen) Freund, Georg Friedländer [sic!], so findet man sämtliche Klischees des Antisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts voll bestätigt.“ Die Argumentationsweise, mit der hier unter Hinweis auf Fontane der Antisemitismus Bartels' relativiert werden soll, ist äußerst fadenscheinig. Denn es ist zwar in der Tat wahr, dass von Seiten Fontanes, „hauptsächlich in den letzten zwanzig Lebensjahren Fontanes, eine Serie antisemitischer Äußerungen, darunter Ausfälle schlimmster Art“⁴⁹ überliefert sind. Nicht von der Hand zu weisen ist zudem, dass dies auch bei „sehr vielen anderen Autoren, Wissenschaftlern und Künstlern“

⁴⁹ Wolfgang Hädecke, Theodor Fontane, Biographie, München; Wien 1998, S. 343. Vgl. zum Komplex „Fontane und die Juden“: ebenda, S. 343-350.

jener Zeit der Fall ist. Doch kann der Hinweis darauf nicht als exkulpernde Kontextualisierung des fanatischen Rassenantisemitismus eines Adolf Bartels gelten. Außerdem gab es auch schon zu Lebzeiten von Adolf Bartels ernsthafte und vernehmbare Bestrebungen, die gegen den Antisemitismus gerichtet waren und denen sich Bartels theoretisch hätte anschließen können. Sein Rassenantisemitismus war also auch zu seiner Zeit keinesfalls „alternativlos“. Und schließlich kann Bartels nicht als einer derjenigen Prominenten seiner Zeit gelten, deren Lebenswerk durch den zeitgenössischen Antisemitismus „nur“ punktuell kontaminiert wurde. Vielmehr ist Bartels' Lebenswerk ohne dessen Antisemitismus und zahlreichen anderen völkischen Inhalte gar nicht denkbar. Zöge man davon den völkischen Gehalt ab, bliebe fast nichts übrig. Der genau gegenteilige Eindruck wird in dem NZ-Artikel jedoch erweckt.

Zum rundum positiven Bild, das der NZ-Artikel seiner Leserschaft von Adolf Bartels vermitteln will, gehört nicht zuletzt, dass hier mehr einschlägige Fakten aus dessen Vita unterschlagen als benannt werden; Fakten, die angesichts der Tiefe, mit der der Artikel ansonsten in Leben und Werk des angeblichen „Getreuen Eckehart der deutschen Literatur“ eindringt, dem Autor kaum völlig unbekannt sein dürften. Das gilt nicht nur für entsprechende Publikationen Bartels', die keinerlei Erwähnung finden. Und dem offenen, aber gleichzeitig von Relativierungen begleiteten Eingeständnis von Bartels' Antisemitismus steht gegenüber, dass seine Rolle als „Lebensraum“-Ideologe innerhalb der Völkischen Bewegung unerwähnt bleibt. Auch kommt Bartels in seiner Rolle als Mitglied, (Mit-)Begründer und Funktionär zahlreicher völkischer Organisationen nicht vor. Ungenannt bleiben bezeichnender Weise auch die Termini „Völkische Bewegung“ oder auch nur „Völkisch“, so dass sich Bartels' - noch dazu sehr prominente - Zugehörigkeit zu dieser Bewegung den allermeisten, mutmaßlich der Thematik unkundigen Lesern eigentlich nicht erschließen kann. Zu Bartels' Verhältnis zum Nationalsozialismus findet sich nur eine kurze Andeutung. Und ausgerechnet hier fallen - offensichtlich in Bezug auf die Jahre 1933 bis 1945 - die Worte, dass Bartels in dieser, seiner letzten Lebensphase „nur sich selbst treu geblieben“ sei. Das ist zwar insofern korrekt, als - wie später noch in allgemeiner Form aufgezeigt werden wird - Bartels' völkische Prädispositionen weitgehend NS-kompatibel waren, er also als Völkischer für seine NS-Begei-

sterung keine grundsätzlichen Kehrtwenden vollführen musste. Bezeichnend für den Grundtenor des NZ-Artikels ist aber, dass aus der Passage, der die Worte „nur sich selbst treu geblieben“ entnommen sind, Anerkennung für Bartels spricht.

Der letzte Teil des NZ-Artikels beschränkt sich im Wesentlichen darauf, Bartels gegen jedwede Kritik zu immunisieren, indem dessen Nachkriegskritiker und deren Motive ihrerseits einer pauschalen, letztlich verunglimpfenden Kritik unterzogen werden, die sie als moralische Instanzen und damit ihre Negativurteile über Bartels diskreditieren soll. So wird unterstellt, „die deutsche Universitätsgermanistik“ hätte sich nach 1945 aus demselben zeitgeistorientierten Opportunismus von Bartels distanziert, aus dem sie sich noch kurz zuvor dem Nationalsozialismus angedient hätte: „Vom Totschweigen bis zu hasserfüllter Polemik“ habe das „Spektrum der Methoden“ der opportunistischen Abgrenzung gereicht. Damit hätten die Vertreter der Germanistik dieselben niederen Charakterzüge und Motive an den Tag gelegt wie schon vor 1945: „Angepasst und feige, damals wie jetzt, nur diesmal in anderer Richtung ...“. Weiter vorn in dem NZ-Artikel wird mindestens insinuiert, dass es allein dieser rein opportunistisch motivierten Abgrenzung durch „die ‚offizielle‘ Nachkriegsgermanistik“ - nicht etwa einer nunmehr freien und realistischen Neubewertung nach dem Wegfall der NS-Diktatur - geschuldet sei, dass Bartels nach 1945 „zu einer Art Schreckensnamen der deutschen Literaturgeschichtsschreibung“ geworden sei. Als „Besonders beschämend“ gilt der Umgang der Stadt Wesselburen bzw. ihrer Bürger mit dem unliebsamen Sohn und Mitbürger nach 1945: So wird das letztlich erfolgreiche Unterfangen, die Benennung einer Schule in der Stadt nach Bartels zu verhindern, zu einem „von Linken Journalisten und Lehrern angezettelte[n] hysterische[n] Empörungsturm“ herabgewürdigt, die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde in den 1980er Jahren zur Initiative eines Ehrgeizlings. Umgekehrt gelten Personen, die sich in der einen oder anderen Weise auch noch nach 1945 für Bartels und sein Andenken einsetzten, als mutig und als „Gutwillige“.

2.2. „Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung“: Die „Artamanen“ aus der Perspektive eines „hier & jetzt“-Artikels

In der Zeitschrift „hier & jetzt“ (Untertitel: „radikal rechte zeitung“), die damals vom sächsischen Landesverband der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) herausgegeben wurde, erschien in der Ausgabe 11 vom Sommer 2008 ein sechsseitiger Artikel unter der Überschrift „Rückkehr - Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung“⁵⁰. Auch in diesem Fall soll wieder der Interpretation eine Einführung in die Geschichte der „Artamanen“ zur Erleichterung des Verständnisses vorangestellt werden.

2.2.1. Wer waren die „Artamanen“?⁵¹

Die sog. „Artamanen“⁵² waren eine Mitte der 1920er Jahre entstandene Teilbewegung einerseits innerhalb der deutschen Jugendbewe-

⁵⁰ Stephan Jurisch, Rückkehr - Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung, in: hier & jetzt, Ausgabe 11 vom Sommer 2008, S. 34-39.

⁵¹ Soweit nicht anders gekennzeichnet, beruhen die folgenden Ausführungen auf: Stefan Brauckmann, Die Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924-1935, in: Historische Jugendforschung - Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung NF Band 2/2005, Schwalbach/Ts. 2006, S. 176-196. Es handelt sich bei diesem Aufsatz um eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Magisterarbeit „zur saat und tat' - Die Artamanen als Gruppierung innerhalb der völkisch-nationalistischen Bewegung 1924-1935“ (Hamburg 2005) von Brauckmann, die dem Autor dieses Aufsatzes jedoch nicht vorlag. Vgl. ausführlicher und nicht nur deshalb nach wie vor unverzichtbar zum historischen Verständnis der „Artamanen“: Michael H. Kater, Die Artamanen - Völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 213 (1971), S. 577-638. Vgl. knapper und thematisch eingegrenzt: Stefan Brauckmann, Die Artamanenbewegung in Mecklenburg, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 12 (2008), Heft 2, S. 68-78.

⁵² Laut Kater kommt dem Begriff „Artam“ nur der Wert eines „Phantasiebegriffes“ zu, der auf den prominenten Völkischen Willibald Hentschel (1858-1947) zurückgehe. (Kater 1971 (Anm. 51), S. 577) Laut Brauckmann handelt es sich bei dem davon abgeleiteten Begriff „Artamanen“ dementsprechend „um ein dem altpersischen [sic!] entlehntes Phantasiewort“. (Brauckmann [Anm. 51], S. 176)

gung⁵³, andererseits aber auch innerhalb der Völkischen Bewegung der Weimarer Republik. Sie fokussierte sich auf zwei Hauptaktivitätsfelder: einerseits auf einen freiwilligen Arbeitsdienst in der Landwirtschaft insbesondere Ostelbiens, durch den sie nicht zuletzt den Einsatz polnischer Landarbeiter überflüssig machen wollte, und andererseits auf eigene landwirtschaftliche Siedlungsprojekte. Die Artamanen-Bewegung brachte verschiedene Organisationen hervor, als deren wichtigste der 1926 gegründete „Bund Artam“ gelten kann, der sich allerdings aufgrund von internen Flügelkämpfen bereits 1929 spaltete und 1931 in Konkurs ging. Eine 1933 gegründete Organisation gleichen Namens wurde schon im Dezember 1935 wieder aufgelöst, ein Datum, das für das „Ende der Artamanenbewegung“⁵⁴ steht, die und deren verbliebenen Organisationsstrukturen nunmehr im NS und seinen Organisationen aufgingen. In ihrer rund gut ein Jahrzehnt umfassenden Existenz waren der „Artamanen“-Bewegung insgesamt circa 8.000 Personen⁵⁵ zuzurechnen. Sie gehört zu denjenigen Segmenten der Völkischen Bewegung, denen in gewissem Umfang eine Fortexistenz bis weit in die Nachkriegszeit beschieden war: In den 1960er Jahren entstand ein „Freundeskreis der Artamanen“, der erst 2001 aufgelöst wurde.

„Die Zuordnung der Artamanen zum völkischen Spektrum“, so Stefan Breuer, „ist in der Literatur nicht umstritten.“⁵⁶ Und auch Stefan Brauckmann urteilt: „Die Artamanen sind dem völkischen Spektrum der Weimarer Republik zuzuordnen“, wobei allerdings konstatiert wird, dass „der völkische Radikalisierungsgrad der einzelnen Mitglieder höchst unterschiedlich war.“⁵⁷ Es habe sich beim „Bund Artam“ um eine „Schöpfung völkischer Ideologen aus der Frühzeit der Weimarer Republik“⁵⁸, um ein „Sammelbecken verschiedener völkischer und nationalistischer Strömungen“⁵⁹ gehandelt. Diesen Einschätzun-

⁵³ Breuer und Ina Schmidt hingegen gehen davon aus, dass die „Artamanen“ „nur bedingt der Jugendbewegung zugerechnet werden“ können. (Stefan Breuer/Ina Schmidt, Die Kommenden. Eine Zeitschrift der Bündischen Jugend (1926-1933), Schwalbach/Ts. 2010, S. 26)

⁵⁴ Kater (Anm. 51), S. 621.

⁵⁵ Vgl. Brauckmann (Anm. 51), S. 176.

⁵⁶ Breuer (Anm. 7), S. 220.

⁵⁷ Brauckmann (Anm. 51), S. 191-192.

⁵⁸ Kater (Anm. 51), S. 638.

⁵⁹ Brauckmann (Anm. 51), S. 68.

gen ist aus verschiedenen Gründen zuzustimmen. So sprechen schon personelle Verzahnungen dafür: Mit Männern wie Willibald Hentschel (1858-1947)⁶⁰, Wilhelm Kotzde (1878-1948)⁶¹ und Bruno Tanzmann (1878-1939)⁶² standen wichtige Völkische 1923/24 als Initiatoren an der Wiege der „Artamanen“-Bewegung und hatten in der Folge auch wichtige Funktionen inne. Auch das ideologische Profil der „Artamanen“ weist diese Bewegung eindeutig als völkisch aus: „Radikale Großstadtfeindlichkeit, extremer Antisemitismus, die konsequente Ablehnung und angestrebte Vernichtung aller zivilisatorischen Errungenschaften und eine Besinnung auf die eigentliche Bestimmung des germanischen Volkes als Bauer und Landmann“ wurden erst jüngst als die „ideologischen Kernpunkte“ der „Artamanen“ benannt⁶³. Zu einem teils deckungsgleichen, aber ausführlicheren Ergebnis kommt der Historiker Michael H. Kater: Demnach zählten zu den „Kern[en] der Artamanenprogrammatur“⁶⁴ nicht zuletzt ein entschiedener Antislavismus als „Leitgedanke der Artamanenbewegung“⁶⁵, aber auch ein völkisch grundierter Antiurbanismus, einer „der zentralen Programmpunkte der Artamanen überhaupt“⁶⁶, der eng begleitet wurde von Antiintellektualismus und irrationaler Agrarromantik⁶⁷. Das völkische Ideologieprofil der „Artamanen“ umfasste zudem die Komponenten Rassismus, „einer von vielen Ankerpunkten der artamanischen Weltanschauung“⁶⁸, und Rassenantisemitismus⁶⁹,

⁶⁰ Vgl. als kurze, erste Einführung in die Biographie von Hentschel: Rolf Peter Sieferle, Willibald Hentschel, in: Puschner/Schmitz/Ulbricht (Anm. 3), S. 910-911.

⁶¹ Vgl. als kurze, erste Einführung in Biographie und Schriften von Kotzde: Breuer/Schmidt (Anm. 53), S. 361-362.

⁶² Vgl. zu Tanzmann: Matthias Piefel, Bruno Tanzmann, Ein völkischer Agitator zwischen wilhelminischem Kaiserreich und nationalsozialistischem Führerstaat, in: Walter Schmitz/Clemens Vollnhals (Hrsg.), Völkische Bewegung - Konservative Revolution - Nationalsozialismus, Aspekte einer politisierten Kultur, Dresden 2005, S. 255-280. Vgl. zur Rolle Tanzmanns bei den „Artamanen“: Ebenda, S. 269-274.

⁶³ Klaus Mües-Baron, Heinrich Himmler - Aufstieg des Reichsführers SS (1900-1933), Göttingen 2011, S. 361.

⁶⁴ Kater (Anm. 51), S. 587.

⁶⁵ Ebenda, S. 589.

⁶⁶ Ebenda, S. 590.

⁶⁷ Ebenda, S. 590-591.

⁶⁸ Ebenda, S. 625.

Germanenkult und Lebensraumphantasien⁷⁰. Kater spricht zurecht von einem „Konglomerat verschiedener völkischer Ideensplitter“⁷¹.

Das Verhältnis der „Artamanen“-Bewegung zum ihr zeitgenössischen, nur wenig älteren NS ist differenziert zu betrachten. Besonders intensiv arbeitete Kater dies bereits 1971 heraus⁷². Er sprach von „einem sehr zwiespältigen“, „niemals [...] realistische[n] Verhältnis“⁷³ der „Artamanen“ zum historischen NS. So hätten nach der „Machtergreifung“ die „Anschauungen“ der „Artamanen“ „- wiewohl noch immer politisch rechts - von der Ablehnung der NSDAP bis zur bedingungslosen Annahme der Politik Hitlers alle Schattierungen“⁷⁴ durchlaufen. Es könne sogar von einer „partiellen Opposition“ der „Artamanen“ „gegen den Nationalsozialismus“⁷⁵ gesprochen werden. Gleichzeitig berichtet Kater von starken personellen Verzahnungen zwischen „Artamanen“-Bewegung und historischem NS, beispielsweise von „zahlreichen Nationalsozialisten, die sich dem Bunde Artam seit den Anfängen anschlossen“, von der „überaus hohe[n] Frequenz der nationalsozialistischen Mitgliedschaft im Artam-Bund“⁷⁶. Brauckmann konstatiert „sowohl personelle als auch institutionelle Verbindungslinien mit der NSDAP.“⁷⁷ Kater wie auch Brauckmann geben eine Zahlenangabe vom Juni 1927 aus dem „Völkischen Beobachter“ wieder, wonach damals bereits „80% aller Artamanen Nationalsozialisten gewesen zu sein“⁷⁸ scheinen. Ganz gleich wie groß die personellen Schnittmengen zwischen „Artamanen“-Bewegung und historischem NS zu welchem Zeitpunkt auch immer gewesen sein mögen, es ist Tatsache, dass eine ganze Anzahl führender NS-Funktionäre in den 1920er und 1930er Jahren - teils bereits parallel zu ihrem Engagement in der NSDAP und in deren Unterorganisationen bei den „Artamanen“ engagiert waren. Zu nennen sind beispielsweise der „Reichsführer-

⁶⁹ Ebenda, S. 598-601.

⁷⁰ Ebenda, S. 603-607.

⁷¹ Ebenda, S. 629.

⁷² Ebenda, S. 609-638. Vgl. auch: Brauckmann (Anm. 51), S. 187-191.

⁷³ Kater (Anm. 51), S. 609 und 611.

⁷⁴ Ebenda, S. 620.

⁷⁵ Ebenda, S. 621-622.

⁷⁶ Ebenda, S. 611-612.

⁷⁷ Brauckmann (Anm. 51), S. 187.

⁷⁸ Kater (Anm. 51), S. 613. Vgl. auch: Brauckmann (Anm. 51), S. 176.

SS“ Heinrich Himmler⁷⁹, der „Reichsbauernführer“ Richard Walter Darré oder der Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß. „Die Nähe der Artamanen zum Nationalsozialismus ist“ aber auch insofern „offenkundig“⁸⁰, als das oben bereits kurz skizzierte völkische Ideologieprofil der „Artamanen“ sehr weitgehend NS-kompatibel bis -kongruent war. So verengt die Behauptung Katers, der „Bund Artam“ habe „ideengeschichtlich bei so mancher fanatischen Aktion der Schutzstaffel Pate gestanden“⁸¹, diese ideologische Nähe zwar vielleicht zu sehr auf je eine konkrete völkische beziehungsweise nationalsozialistische Organisation, ist ansonsten jedoch nicht von der Hand zu weisen.

2.2.2. Die Darstellung der „Artamanen“ in der „hier & jetzt“ vom Sommer 2008

Das zentrale Anliegen des Artikels in der „hier & jetzt“-Ausgabe vom Sommer 2008⁸² besteht darin, einen rechtsextremistisch grundierten Siedlungsgedanken zu propagieren und eine entsprechende Bewegung anzuregen. Zur Begründung dieses Anliegens werden u. a. agrarromantische und zivilisationskritische Argumente angeführt, die zum Verständnis des in dem Artikel von den „Artamanen“ gezeichneten Bildes hier allerdings nicht näher analysiert werden müssen. Der Schlussteil des Artikels besteht im Wesentlichen aus Ratschlägen zur Realisierung einer landwirtschaftlichen Siedlung. Konkret wird zu Nebenerwerbsbetrieben „in unumstößlich kleinen Gemeinschaften der bäuerlichen Siedlung in Mitteldeutschland“ (i.e. Ostdeutschland) als „einem ersten Schritt“ geraten.

Die „Artamanen“, deren Darstellung ungefähr die Hälfte des sechsseitigen Artikels einnimmt, dienen in diesem Artikel nicht nur als historisches Beispiel, sondern auch als historisches Vorbild für eine solche Siedlungsbewegung: „Das Vorbild der Artamanen zeigt unter anderem ..., daß es möglich ist, sich diesbezüglich auf eigene Beine zu stellen und einen Austausch mit bestehenden Siedlungen zu ermögli-

⁷⁹ Vgl. zur Rolle Himmlers in der „Artamanen“-Bewegung: Mües-Baron (Anm. 63), S. 367-369.

⁸⁰ Brauckmann (Anm. 51), S. 176.

⁸¹ Kater (Anm. 48), S. 638.

⁸² Stephan Jurisch, Rückkehr - Die Artamanenbewegung als Beispiel alternativer Lebensgestaltung, in: hier & jetzt, Nr. 11 vom Sommer 2008, S. 34-39.

chen.“⁸³ Das Bild, das von ihnen gezeichnet wird, ist dementsprechend konsequent positiv. So heißt es relativ gleich zu Beginn, „das Beispiel der deutschen Jugendbewegung und hier genauer der Artamanenbewegung“ sei eine „einmalige geschichtliche Erscheinung einer aus Idealismus arbeitenden Tatgemeinschaft“, die, „wenn es um Jugend, Landwirtschaft und Siedlung“ gehe, „nicht außer Acht“⁸⁴ gelassen werden dürfe. Einem anschließenden, rund eine dreivierteil Seite umfassenden, abgesehen von Detailkritik positiv-affirmativen Exkurs zur deutschen Jugendbewegung an sich folgt die eigentliche, gut dreiseitige Darstellung der „Artamanen“-Bewegung. Diese wird dort bezeichnet als eine „Bewegung, die aus gereiften Thesen- und Theoripapieren unter dem drängenden Zwang der Notwendigkeiten nun mit praktischen Lösungen in die rauhe Wirklichkeit der Weimarer Verhältnisse trat.“⁸⁵ Die „Artamanen“ werden sodann als „Tatmenschen“ glorifiziert, deren „Lebensform ... im Wesentlichen von den Angehörigen der Jugendbewegung bestimmt“ gewesen sei, „die den Befehl ihres Gewissens vor jegliches militärische Kommando stellten.“ „Die Volksgutpflege“ der „Artamanen“ wird der Gegenwart als vorbildlich und überlegen gegenübergestellt, „denn das bäuerliche Kulturgut wirkt stärker gemeinschafts- und bewußtseinsbildend als beispielsweise die Tanz- und Musikkultur von heute.“ Von ernsthafter Kritik oder Distanzierung findet sich hingegen keine Spur, im Gegenteil: Zwar zitiert man eine sozialdemokratische Kritik an den „Artamanen“ aus dem Jahr 1926, doch sogleich als Lästerei zurückgewiesen, mit der „die Sozialdemokraten, nicht ohne Neid, jedoch mit unhaltbaren Vorwürfen, den Idealismus der Jugend, den sie offenbar nicht im Stande waren zu begreifen“, angegriffen hätten. Im selben Atemzug wird der SPD eine wesentliche Mitverantwortung an der Jugendarbeitslosigkeit in der Weimarer Republik zugewiesen, während man den Artamanen attestiert, aus dieser Not die „Tugend“ gemacht zu haben, „ihren Landsleuten zu verdeutlichen, daß es unwürdig und bedenklich ist, eine notwendige, aber schwere und geringgeachtete Arbeit lieber ‚Gastarbeitern‘ zu überlassen.“⁸⁶ Diese Aussage ist nur unschwer als Seitenhieb auf die bundesdeutsche Gegenwart, zumin-

⁸³ Ebenda, S. 39.

⁸⁴ Ebenda, S. 34.

⁸⁵ Ebenda, S. 36.

⁸⁶ Ebenda, S. 37.

dest aber auf die bundesdeutsche Arbeitsmigrationspolitik der 1950er bis 1970er Jahre zu identifizieren.

Die in den Zitaten zum Ausdruck kommende positive Darstellung der „Artamanen“ ist umso konsequenter und in gewissem Sinne ehrlicher, als der zitierte „hier & jetzt“-Artikel vom Sommer 2008 aus dem völkischen Charakter der „Artamanen“-Bewegung keinen Hehl macht. Damit unterscheidet er sich grundlegend von dem NZ-Artikel über Adolf Bartels vom September 2001, der die Zugehörigkeit Bartels' zur Völkischen Bewegung im Grunde verschweigt. Durch das Eingeständnis des völkischen Charakters der „Artamanen“-Bewegung können - wenn nicht müssen - die Sympathiebekundungen für die „Artamanen“ in dem „hier & jetzt“-Artikel als mindestens indirekt auch auf die gesamte Völkische Bewegung - zumindest der Weimarer Republik - bezogen interpretiert werden. Jedenfalls gilt die Zugehörigkeit zur Völkischen Bewegung - und damit zu einem der wichtigsten Vorgängerphänomene, Wegbereiter und Ideologielieferanten des historischen NS - aus Sicht dieses Artikels offensichtlich keinesfalls als Makel. Das differenziert zu betrachtende Verhältnis der „Artamanen“-Bewegung zum NS wird hingegen nur angerissen: Zwar spricht man das Aufgehen der „Artamanen“-Bewegung bzw. ihrer verbliebenen Organisationsstrukturen im historischen NS und seinen Organisationen an. Nicht thematisiert werden hingegen die personellen und ideologischen Schnittmengen zwischen „Artamanen“-Bewegung und historischem NS. So enthält der gesamte Artikel-Text keinen einzigen Hinweis auf das Engagement namhafter Nationalsozialisten wie Himmler, Darré oder Höß bei den „Artamanen“. Allerdings findet auch die „partielle Opposition“ mancher „Artamanen“ zum NS-Regime nach 1933 keine Erwähnung.

2.3. „... zwei Männer, welche ihr Vaterland nicht widerstandslos hergaben“: Rechtsextremistisches Gedenken an die völkischen Rathenau-Mörder

2.3.1. Die völkische Hetzkampagne gegen Rathenau und ihre Folgen

Seit den Jahren des Ersten Weltkrieges führten völkische Kreise eine immer zügellosere Hetzkampagne gegen den deutsch-jüdischen Intellektuellen, Industriellen, Wirtschaftsfachmann und Politiker Walther Rathenau (1867-1922). Zum Beispiel befeuerte der DVSTB seit seiner Gründung im Jahr 1919 mit seiner Propaganda diese Hetzkampagne massiv: Alle wirtschaftlichen und politischen Funktionen, die Rathenau im Laufe seines Lebens als Aufsichtsratsvorsitzender der AEG, als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium, als Teilnehmer an der Versailler Friedenskonferenz und an diversen anderen internationalen Konferenzen, als deutscher Wiederaufbauminister und schließlich als Reichsaußenminister einnahm, wurden vom DVSTB in hasserfüllter, antisemitischer Weise kommentiert. Auch sein umfangreiches schriftstellerisches Werk wurde als Ausdruck „jüdischen“ und damit vermeintlich deutschfeindlichen Denkens interpretiert. Das Ziel dieser völkischen Hetzkampagne war klar: Anhand des Exempels Rathenau als pars pro toto sollten Judentum, Republik und Erfüllungspolitik getroffen und diffamiert werden. Den Deutschen wollte man suggerieren, in Rathenau personifiziere sich die völkische Wahnvorstellung eines internationalen, vor allem jüdischen Willens zur totalen und endgültigen Vernichtung Deutschlands. Rathenau wurde entgegen aller Realitäten sogar zum Bolschewik gestempelt, der die Bolschewisierung Deutschlands betreibe. Wer sich als Deutscher, gar als bis zur Mordlust fanatisierter völkischer Republikgegner von diesen zügellosen Hasstiraden blenden ließ und sie für bare Münze nahm, konnte in der Konsequenz leicht auf den Gedanken verfallen, Rathenau habe den Tod verdient. Völkische Äußerungen über Rathenau beinhalteten dementsprechend immer wieder mehr oder minder unverhohlene Aufforderungen zu seiner Ermordung. Spätestens der Abschluss des Rapallo-Vertrages mit Sowjet-Russland am 16. April 1922, den Reichsaußenminister Rathenau für das Deutsche Reich unterzeichnete, ließ in den Köpfen der späteren Attentäter den Mordgedanken reifen. Am 24. Juni 1922 wurde Walther Rathenau in Berlin von den beiden jungen Völkischen Erwin Kern (1898-1922)

und Hermann Fischer (1896-1922) ermordet. Kern und Fischer waren fest in die Völkische Bewegung eingebunden. So gehörten sie wie auch mehrere ihrer Komplizen und Mitwisser dem DVSTB an, für den der Rathenaumord finale Konsequenzen hatte: In Reaktion auf dieses Verbrechen wurde die Organisation in weiten Teilen des Reiches verboten. Wenngleich der Historiker Martin Sabrow die Meinung vertreten hat, es würde zu kurz greifen, „die Beweggründe der Täter auf ihren Haß gegen die Person Rathenaus“ einzuengen, und zurecht postulierte, dass die Mörder bei ihrer Tat primär „dem sehr viel weitergreifenden Ziel der Zerschlagung der Weimarer Staatsordnung“⁸⁷ verpflichtet gewesen seien, so bleibt doch festzustellen, dass keine Person des deutschen öffentlichen Lebens der ersten Nachkriegsjahre sich über so viele Jahre einer so gravierenden völkischen Hetze ausgesetzt sah wie Walther Rathenau.

Kern und Fischer konnten erst nach mehrwöchiger Flucht durch Deutschland am 17. Juli 1922 auf der Burg Saaleck im Süden des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt von der Polizei gestellt werden. Als Fischer dabei ein Gewehr auf die Polizisten richtete, eröffnete einer von denen das Feuer, wobei Kern tödlich getroffen wurde. Fischer beging daraufhin Selbstmord. Die beiden Leichen wurden auf dem Friedhof des heute zu Naumburg gehörenden Ortes Saaleck beerdigt. 1933 errichteten die Nationalsozialisten auf diesem Friedhof einen Gedenkstein für die beiden Rathenau-Mörder.⁸⁸

2.3.2. Das Gedenken heutiger Rechtsextremisten an Kern und Fischer

Bereits seit einigen Jahren entfalten Rechtsextremisten in und um Saaleck am bzw. um den Todestag von Kern und Fischer Aktivitäten zum Gedenken an die beiden Rathenau-Mörder. So weisen die Verfas-

⁸⁷ Martin Sabrow, *Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar*, München 1994, S. 122.

⁸⁸ Vgl. zu Hintergründen und Details der völkischen Hetze gegen Rathenau, des Rathenaumordes und der damaligen Geschehnisse auf der Burg Saaleck: Martin Sabrow, *Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution*, Frankfurt am Main 1999. Sabrow (Anm. 87), passim. Jung (Anm. 2), S. 392-396, 399, 403-404 und 407-412. Lohalm (Anm. 2), S. 205-210, 231-234 und 246-252.

sungsschutzberichte des Landes Sachsen-Anhalt entsprechende Aktivitäten aus. Die Polizei verhinderte etwa am 21. Juli 2007, dass bis zu 60 Rechtsextremisten aus verschiedenen Bundesländern, darunter NPD-Mitglieder und Angehörige so genannter „Freier Kräfte“, in Saaleck aus Anlass des 85. Todestages von Kern und Fischer eine Kranzniederlegung durchführen konnten⁸⁹. Ebenfalls laut sachsen-anhaltinischem Verfassungsschutzbericht fand im Juli 2009 eine entsprechende Gedenkfeier in Bad Kösen, wozu Saaleck damals noch gehörte, statt⁹⁰. Rechtsextremistischen Internetseiten lassen sich Hinweise auf weitere Aktivitäten dieser Art entnehmen: So beinhaltet ein Bericht auf einer einschlägigen neonazistischen Internetseite über eine solche Aktion aus dem Jahr 2006 auch knappe Hinweise auf eine „nationale Gedenkaktion im Hof der Burg Saaleck“ im Juli 2002, „bei der man nicht nur das Leben der beiden Attentäter würdigte, sondern ihnen zu Ehren auch Schenkendorfs Treuelied sang“, und auf „eine Gedenkaktion auf Burg Saaleck“ im Jahr 2005⁹¹. Ein kurzer Bericht über eine Kern-Fischer-Gedenkveranstaltung am 19. Juli 2008 in Saaleck, an der demnach „ca. 50 Nationale Sozialisten“ teilgenommen haben sollen, kursiert auf verschiedenen rechtsextremistischen Internetseiten⁹². Und zuletzt hat offenbar auch aus Anlass des 89. Todestages von Kern und Fischer im Juli 2011 eine entsprechende Gedenkveranstaltung stattgefunden: Ende Juli 2011 stellten die JN einen sehr kurzen Bericht - eher eine Art Impression - über einen „JN-Landesausflug nach Saaleck“, der von den JN Sachsen-Anhalt veranstaltet worden zu sein scheint, ins Internet. Auf den ersten Blick versucht dieser Text zwar, den Kern-Fischer-Bezug der Veranstaltung zu verschleiern. Doch eine genauere Analyse des Berichttextes offenbart diesen Bezug eindeutig.⁹³

⁸⁹ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Verfassungsschutzbericht 2007 - Berichtszeitraum 1.1.-31.12.2007, Magdeburg [2008], S. 23 und 58.

⁹⁰ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Verfassungsschutzbericht 2009 - Berichtszeitraum 1.1.-31.12.2009, Magdeburg [2010], S. 23.

⁹¹ Text „Politisch unkorrekte Erinnerungen auf Burg Saaleck“ vom 2. August 2006 auf www.stoertebecker.net (gelesen am 10. August 2007).

⁹² Text „Gedenken auf der Burg Saaleck“ auf www.naso-mzbi.de (gelesen am 1. Juli 2011).

⁹³ Text „JN-Landesausflug nach Saaleck“ vom 25. Juli 2011 auf www.jn-buvo.de (gelesen am 23. August 2011).

Es fällt auf, dass sämtliche der oben genannten rechtsextremistischen Aktivitäten zum Gedenken an Kern und Fischer, die in den sachsen-anhaltinischen Verfassungsschutzberichten bzw. in rechtsextremistischen oder anderen Medienberichten thematisiert werden, nach 2000 stattfanden. Damit soll nicht behauptet werden, dass Burg und Friedhof Saaleck nicht schon zuvor aufgrund der Kern-Fischer-Thematik in einem gewissen Maße Anziehungspunkt zumindest für Rechtsextremisten aus der Region gewesen wären. Doch sorgte die Entfernung des Gedenksteins für Kern und Fischer vom Saalecker Friedhof im Januar 2000 für ein gewisses mediales Aufsehen inner-⁹⁴ wie außerhalb⁹⁵ der rechtsextremistischen Szene. Bis dahin, so eine szeninterne Einschätzung, habe „im nationalen Milieu ... die Grabstätte ... eher eine unscheinbare Rolle“ gespielt. Dies habe „sich allerdings nach der Grabschändungsaktion“, wie die Entfernung des Gedenksteins auf der hier zitierten einschlägigen neonazistischen Internetseite bezeichnet wird, geändert⁹⁶. In der Tat ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, dass die in der Sache vollauf zu begrüßende Entfernung des Gedenksteins und das damals damit einhergehende Medienecho die Aufmerksamkeit zumindest von Teilen der rechtsextremistischen Szene für die Kern-Fischer-Thematik verstärkt haben könnte - auch über das Dreiländereck Sachsen-Anhalt-Sachsen-Thüringen hinaus - und unfreiwillig eine Art Initialzündung für ein offenbar jährlich wiederkehrendes, intensiviertes rechtsextremistisches Kern-Fischer-Gedenken abgegeben haben könnte.

Allein schon die Tatsache, dass sich Teile der heutigen rechtsextremistischen Szene dazu entschlossen zeigen, immer wieder - auch gegen teils erhebliche staatliche Widerstände - Gedenkveranstaltungen für zwei Männer abzuhalten, die in ihrem relativ kurzen Leben lediglich eine einzige wirklich geschichtsmächtige Tat zustande brachten, nämlich den deutschen Reichsaußenminister Walther Rathenau aus ideologischem Fanatismus kaltblütig zu ermorden, zeugt von einem

⁹⁴ Vgl. beispielsweise: Kirchenkampf gegen Grabstätte - Grabstein der Rathenau-Attentäter entfernt / Hilfe von der Bundeswehr, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2000, S. 5.

⁹⁵ Vgl. beispielsweise: Artikel „Der Mörderstein“ von Christoph Dieckmann auf www.zeit.de (gelesen am 14. Juli 2011).

⁹⁶ Text „Politisch unkorrekte Erinnerungen auf Burg Saaleck“ vom 2. August 2006 auf www.stoertebecker.net (gelesen am 10. August 2007).

erschreckend hohen Maß an Identifikation mit diesen beiden Mördern und zumindest von einem ausgeprägten Teilverständnis für den von ihnen verübten Mord. Dieser Befund wird durch die Analyse der mit dieser Thematik befassten rechtsextremistischen Texte bestätigt und konkretisiert.

So ist das Bild, das rechtsextremistische Medien von Kern und Fischer zeichnen, konsequent positiv bis hin zur kritiklosen Heroisierung. Dies kommt schon in den Bezeichnungen zum Ausdruck, mit denen die beiden Rathenau-Mörder bedacht werden. So taucht der juristisch wie moralisch eindeutig besetzte Begriff „Mörder“ in diesem Zusammenhang gar nicht auf. Stattdessen werden Kern und Fischer häufig als „Attentäter“⁹⁷ und damit mit einem Begriff bezeichnet, der zumindest wertneutraler ist als der Begriff „Mörder“. In manchen rechtsextremistischen Texten zum Thema wird die Tatsache, dass es sich bei Kern und Fischer um die Rathenau-Mörder bzw. -Attentäter handelte, sogar völlig unterschlagen⁹⁸. Entweder setzen die Autoren solcher Texte das entsprechende historische Hintergrundwissen bei ihren gesinnungsgenössischen Adressaten voraus oder sie wollen das Kern-Fischer-Gedenken nicht durch die Erwähnung dieses gewichtigen Faktums erschweren und sich selbst moralisch mehr als heikle Erklärungsversuche für diese Mordtat ersparen. Ohnehin werden in den meisten rechtsextremistischen Texten zum Thema Kern und Fischer auch oder ausschließlich Bezeichnungen zuteil, die in der heutigen rechtsextremistischen Szene positiv konnotiert sind oder/und auf einen ganz anderen Aspekt in deren beider kurzen Viten rekurrieren, also mit dem Rathenau-Mord - angeblich oder tatsächlich - nicht in Zusammenhang stehen und so offenbar von diesem ablenken sollen. Das gilt insbesondere für die Bezeichnungen „Freikorpskämpfer“⁹⁹, „Marine-Offiziere“, „Nationalisten“¹⁰⁰ und ganz besonders für die Bezeichnung

⁹⁷ Vgl. beispielsweise: Berthold Lauterbach, Burg Saaleck, Walther Rathenau und das Attentat vom 24. Juni 1922, in: hier & jetzt, Ausgabe 4 vom Herbst 2006, S. 8-13, hier S. 8 und 11.

⁹⁸ Vgl. beispielsweise: Text „Gedenkveranstaltung für Hermann Fischer und Erwin Kern“ auf www.npd-burgenland.de (gelesen am 10. August 2007).

⁹⁹ Vgl. beispielsweise: Ebenda

¹⁰⁰ Kirchenkampf gegen Grabstätte - Grabstein der Rathenau-Attentäter entfernt / Hilfe von der Bundeswehr, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2000, S. 5.

„Helden“¹⁰¹. Mindestens der Begriff „Nationalisten“ dient in der rechtsextremistischen Szene bis heute immer wieder als Selbstbezeichnung - auch in der hier zitierten „Deutschen Stimme“ - und kann schon daher nur als positive Identifikation mit Kern und Fischer interpretiert werden. Eine solche Identifikation liegt ebenfalls eindeutig vor, wenn heutige deutsche Rechtsextremisten in Bezug auf Kern und Fischer als von „ihre[n] Gefallenen“ sprechen.¹⁰² Ähnliches gilt, wenn auf einer rechtsextremistischen Homepage von Kern und Fischer geradezu ostentativ als den „beiden Deutschen“ die Rede ist¹⁰³. Denn das Attribut „deutsch“ trifft im rechtsextremistischen Wortgebrauch - ähnlich wie übrigens schon im Wortgebrauch der Völkischen Bewegung¹⁰⁴ - häufig nicht nur eine wertfreie Aussage über eine Staatsangehörigkeit oder über eine geographische oder etymologische Zuordnung, sondern wird zum extrem positiven Charakterzug der mit diesem Attribut versehenen Person oder Sache aufgewertet, so wie die Vokabel „undeutsch“ jegliche Neutralität zugunsten einer äußerst negativen Charakterisierung der mit ihr in Verbindung gebrachten Person oder Sache verliert.

Doch auch die - weiteren - Einstellungshaltungen und Charaktereigenschaften, die Kern und Fischer von heutigen Rechtsextremisten nachgesagt werden, zeugen von tiefer Verehrung für die beiden Rathenau-Mörder und zumindest von einem ausgeprägten Teilverständnis für ihre Mordtat. In diesem Zusammenhang werden vor allem der angebliche, in letzter Konsequenz sogar den eigenen Tod nicht scheuende Patriotismus und Idealismus der beiden hervorgehoben und als vermeintlich edle und daher exkulperende Tatmotive ins Feld geführt. Beispielsweise heißt es in einem rechtsextremistischen Text, der offenbar aus Anlass des 85. Todestages von Kern und Fischer ins Internet gestellt wurde, die beiden seien „heißblütige Männer“ gewesen, „welche eine fanatische Liebe zum Vaterland besaßen“, wobei das At-

¹⁰¹Vgl. beispielsweise: Text „Wer das Vaterland rettet, verletzt kein Gesetz!“ vom 20. Juli 2007 auf aktionsbuero-nordsachsen.com (gelesen am 1. Juli 2011).

¹⁰²Text „Politisch unkorrekte Erinnerungen auf Burg Saaleck“ vom 2. August 2006 auf www.stoertebecker.net (gelesen am 10. August 2007).

¹⁰³Text „Fischer & Kern - Heldengedenken auf Burg Saaleck“ vom 22. Juli 2007 auf aktionsbuero-nordsachsen.com (gelesen am 1. Juli 2011).

¹⁰⁴Vgl. Jung (Anm. 2), S. 10.

tribut „fanatisch“ hier nicht in einem negativen Sinne zu verstehen ist. Dieses Patriotismusmotiv wird in dem zitierten Text noch zweimal markant aufgegriffen, zuletzt in verallgemeinernder, die Grenzen des reinen Kern-Fischer-Gedenkens transzendierender Formulierung: „So starben zwei Männer, welche ihr Vaterland nicht widerstandslos hergaben. ... Unser Gedenken in diesen Tagen gilt allen Widerständlern, aufrechten Männern und Frauen, welche aufstanden gegen das Unrecht und die Zerstörung am eigenen Vaterland.“¹⁰⁵ Auch in dem Szebericht über die Gedenkveranstaltung am 19. Juli 2008 in Saaleck werden Kern und Fischer zu beispielhaften Symbolfiguren für ein umfassenderes Kollektiv „ehrvoller Männer und Frauen“ erhoben, „welche in ihrem oft kurzen Leben große Dienste am Vaterland geleistet“ hätten. Gemeint sind hier nicht zuletzt „die gefallenen Freikorpskämpfer ..., welche die Besetzung und Zerstörung unseres Vaterlandes bereits damals nicht zuließen.“ In dem Internettex dienen Kern und Fischer zudem als Symbolfiguren für die „einstige Unbeugsamkeit unseres Volkes“¹⁰⁶.

Diese Heroisierung führt in einem Akt typisch ideologisch motivierten Umkehrschlusses dazu, dass in manchen rechtsextremistischen Texten zum Thema die rechtstaatlich vollkommen selbstverständliche polizeiliche Fahndung nach zwei Mördern im Jahr 1922 willkürlich zu „einer damals beispielslosen Hetzjagd quer durchs Reich“¹⁰⁷ mutiert, die Kern und Fischer zu „Gejagte[n] im ganzen Land“, ergo zu Opfern gemacht habe. Gleichzeitig werden die während des Schusswechsels auf Burg Saaleck anwesenden Polizisten faktenswidrig als a priori zur Tötung Kerns und Fischers entschlossen diffamiert, die nämlich „nicht Willens“ gewesen seien, „die beiden lebendig gefangen zu nehmen“, und die „ohne jegliche Aktion Fischers und Kerns“ das Feuer eröffnet hätten.¹⁰⁸ Die Belohnung, die 1922 legitimer Weise auf Hinweise zur Ergreifung von Kern und Fischer ausgesetzt worden war, gilt in einem

¹⁰⁵Text „Wer das Vaterland rettet, verletzt kein Gesetz!“ vom 20. Juli 2007 auf aktionsbuero-nordsachsen.com (gelesen am 1. Juli 2011).

¹⁰⁶Text „Gedenken auf der Burg Saaleck“ auf www.naso-mzbi.de (gelesen am 1. Juli 2011).

¹⁰⁷Ebenda

¹⁰⁸Text „Wer das Vaterland rettet, verletzt kein Gesetz!“ vom 20. Juli 2007 auf aktionsbuero-nordsachsen.com (gelesen am 1. Juli 2011).

im Herbst 2006 in „hier & jetzt“ zur Saaleck-Thematik veröffentlichten, sechs Seiten starken Artikel en passant als „Judaslohn“¹⁰⁹.

Wenn Extremisten in der geschilderten Art und Weise zwei Mörder heroisieren, müssen sie sich noch nicht zwingend mit deren Mordopfer auseinandersetzen. Sie können die Tatsache, dass es sich um die Rathenau-Attentäter handelte, schlicht unterschlagen oder aber knapp erwähnen, ohne auch nur mit einem Wort auf die Person Rathenau einzugehen. Beide Vorgehensweisen sind in einigen der rechtsextremistischen Texte zur Thematik auch nachweisbar¹¹⁰. Doch ist mit der erstgenannten Vorgehensweise die Gefahr verbunden, sich vor einem in der Sache historisch auch nur halbwegs bewanderten Publikum lächerlich zu machen. Zudem liegt es - ideologisch konsequent gedacht - nahe, das eigene Gedenken für zwei Mörder auch dadurch zu rechtfertigen, dass man wiederum den von diesen begangenen Mord rechtfertigt, vor allem indem man das Mordopfer in ein möglichst schlechtes Licht rückt. Dieser Versuchung können diverse rechtsextremistische Texte zum Kern-Fischer-Komplex nicht widerstehen. Sie verunglimpfen Rathenau per diu post mortem massiv und stellen sich damit in die Tradition der völkischen Hetzkampagne gegen ihn, ohne allerdings unbedingt deren Dimensionen zu erreichen. Letzteres dürfte u. a. mit der mangelnden Aktualität des Feindbildes „Rathenau“ innerhalb der deutschen Rechtsextremistenszene rund 80 bis 90 Jahre nach der Ermordung des deutschen Reichsaußenministers zu erklären sein.

Und dennoch: In einem themenspezifischen „Deutsche Stimme“-Artikel vom April 2000 wird Rathenau abseits der Überschrift nur einmal erwähnt, aber die diffamierende Intention dieser Erwähnung ist perfide: Wie beiläufig und ohne jede Erläuterung ist hier nämlich von dem „Reichsaußenminister und Hochgradfreimaurer Walter [sic!] Rathenau“ die Rede¹¹¹. Die Bezeichnung als „Hochgradfreimaurer“ kommt

¹⁰⁹Berthold Lauterbach, Burg Saaleck, Walther Rathenau und das Attentat vom 24. Juni 1922, in: hier & jetzt, Ausgabe 4 vom Herbst 2006, S. 8-13, hier S. 11.

¹¹⁰Vgl. zu der letztgenannten Vorgehensweise beispielsweise: Katrin Hollenthe, Dort Saaleck, hier die Polizei und unten tief im Tale...Eine traurige Posse aus dem Sachsen-Anhaltinischen, in: Deutsche Stimme, Nr. 9 vom September 2006, S. 27.

¹¹¹Kirchenkampf gegen Grabstätte - Grabstein der Rathenau-Attentäter entfernt / Hilfe von der Bundeswehr, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2000, S. 5.

in einer Szene wie der rechtsextremistischen, in der antifreimaurerische Verschwörungsideologien weit verbreitet sind¹¹², einer nur wenig kodierten Markierung als Feindbild gleich. Versuchte die „Deutsche Stimme“ im Jahr 2000, Rathenau „nur“ als „Hochgradfreimaurer“ szeneeintern zu stigmatisieren, brachten andere Rechtsextremisten wenige Jahre später schon eine ganze Reihe von u. a. antisemitischen und antiliberalen Andeutungen und offenen Anwürfen gegen ihn in Stellung. So ist in einem rechtsextremistischen Internettext von 2007 die Rede von dem „eingesetzten Reichsaußenminister und Juden Walter [sic!] Rathenau“, der u. a. „Exponent des Liberalismus“ gewesen sei: „Er wollte die nationalen Grenzen vermischen und aus Europa einen Völkereinheitsbrei machen, über den die internationale Hochfinanz grenzenlos herrschen konnte.“ Für Kern und Fischer sei Rathenau daher - nach Meinung des Textautoren offenbar völlig zurecht! - „ein Volksverderber“ gewesen, „welcher in seinem Handeln gestoppt werden musste“¹¹³, notfalls eben auch durch Mord. Der Autor des Szenereports über die Gedenkveranstaltung am 19. Juli 2008 in Saaleck bezeichnet Rathenau als „den unter Besatzungsmacht installierten Außenminister des Deutschen Reiches“¹¹⁴. Die damit verbundene Unterstellung, Rathenau sei von irgendeiner auswärtigen „Besatzungsmacht“ und nicht von den zuständigen deutschen Stellen 1922 zum Reichsaußenminister ernannt worden, also eine Art Marionette von Feindes Gnaden gewesen, ist schon deshalb in der Sache verfehlt, weil es nach 1918 gegenüber Deutschland zwar Siegermächte, aber in Deutschland - abgesehen von Grenzgebieten wie dem Rheinland und der Pfalz - keine Besatzungsmächte gab, die sich auch nur theoretisch dergestalt aktiv in die deutsche Regierungsbildung hätten einmischen können. Auffällig ist aber, dass sich heutige Rechtsextremisten mit derartigen Unterstellungen inhaltlich-„argumentativ“ sehr eng an die völkische Hetzkampagne gegen Rathenau anlehnen: Hatte es doch schon 1922 aus damals prominenter völkischer Feder geheißen, Rathenau sei „Der Kandidat des Auslandes“¹¹⁵.

¹¹²Vgl. Pfahl-Traugher (Anm. 12).

¹¹³Text „Wer das Vaterland rettet, verletzt kein Gesetz!“ vom 20. Juli 2007 auf aktionsbuero-nordsachsen.com (gelesen am 1. Juli 2011).

¹¹⁴Text „Gedenken auf der Burg Saaleck“ auf www.naso-mzbi.de (gelesen am 1. Juli 2011).

¹¹⁵Alfred Roth, Rathenau. „Der Kandidat des Auslandes“, Hamburg 1922.

Denjenigen Rechtsextremisten, denen die Heroisierung Kerns und Fischers im komplementären Zusammenspiel mit der teils heftigen Verunglimpfung Rathenaus noch nicht als ausreichende Rechtfertigung für einen Mord genügen sollte, werden in manchen Szenetexten darüber hinausgehende apologetische Deutungsmuster für dieses Verbrechen angeboten. So variiert man immer wieder Behauptungen, wonach der Rathenau-Mord - oder/und politische Attentate allgemein - aufgrund der angeblich hehren Motive der Täter, der damaligen speziellen historisch-politischen Gesamtsituation oder/und einer durch letzteres entstandenen Ausnahmesituation nicht mit normalen, bürgerlichen Wertmaßstäben zu messen seien. Das müsste nämlich zwangsläufig zu einer scharfen moralischen Verurteilung führen, welche diese Rechtsextremisten eben gerade nicht wollen. Solche Textpassagen stellen also eine Flucht in einen moralischen Relativismus dar, der zumindest im Falle des Rathenau-Mordes die Entscheidung über gut und böse von allgemeinen Moralvorstellungen abzukoppeln versucht und die Beantwortung der Frage, ob man in einer solchen vermeintlichen Ausnahmesituation einen Mord begeht oder auch nicht, jedem einzelnen und dessen persönlichen politisch-ideologischen Wertmaßstäben oder auch einfach dem jeweils herrschenden Zeitgeist überlässt. Ein besonders prägnantes Beispiel für solch einen moralischen Relativismus bietet der „hier & jetzt“-Artikel zur Saaleck-Thematik vom Herbst 2006: „Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Ereignis wie das Rathenau-Attentat die Meinungen scharf aufeinanderprallen läßt und eine ausgewogene Bewertung im Grunde gar nicht möglich macht. Während der gemeine Mord zu allen Zeiten ausnahmslos verabscheut wird, unterliegt die Bewertung des politischen Attentates ganz eigenen Kriterien, wobei nicht das allgemeine, sondern ein politisch bestimmtes Rechtsgefühl den Urteilenden bewegt. So kommt es dabei doch zuallererst auf den politischen Standort des Betrachters, oder mehr noch auf den der jeweiligen Meinungsmacher an.“¹¹⁶

Der völkische Hintergrund Kerns und Fischers und damit auch des Rathenau-Mordes wird bei den heutigen rechtsextremistischen Gedenkaktivitäten in Saaleck übrigens offensichtlich kaum bis gar nicht verbalisiert, zumindest in den Szeneberichten, die im Nachgang dazu

¹¹⁶Berthold Lauterbach, Burg Saaleck, Walther Rathenau und das Attentat vom 24. Juni 1922, in: hier & jetzt, Ausgabe 4 vom Herbst 2006, S. 8-13, hier S. 12.

in einschlägigen rechtsextremistischen Publikationsorganen oder auf entsprechenden Internetseiten veröffentlicht werden. Auch die Völkische Bewegung findet hier offenbar keine oder nur selten Erwähnung. Im Gegenteil: Dieser Hintergrund wird mit einer apodiktischen Behauptung wie „Ehrhardts Aktivisten waren preußisch erzogene Offiziere und keine Rassefanatiker!“¹¹⁷ sogar faktisch geleugnet.

3. Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus: Verschleierter Neonazismus?

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob es sich bei den positiven Rekursen auf die Völkische Bewegung innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus um eine Spielart des Neonazismus handelt und wenn ja, durch welche Spezifika diese Variante gekennzeichnet ist. Um diese Frage beantworten zu können, muss in einem ersten Schritt eine Definition des Terminus „Neonazismus“ vorgenommen und in einem zweiten Schritt das Verhältnis zwischen Völkischer Bewegung und historischem NS näher beleuchtet werden.

3.1. Definition von „Neonazismus“ als Arbeitsbegriff

Die dieser Untersuchung zugrunde liegende Definition des Terminus „Neonazismus“ orientiert sich möglichst eng am Bezugspunkt des historischen NS. Demnach sind nur diejenigen rechtsextremistischen Einzelpersonen, Organisationen oder auch Medien als Neonazis bzw. neonazistisch zu kategorisieren, die ein direktes oder indirektes Bekenntnis zu Ideologie, Organisationen, Protagonisten oder aber auch wesensverwandten bis wesensgleichen Vorgängerphänomenen des historischen NS erkennen lassen und in letzter Konsequenz auf die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zugunsten eines totalitären Führerstaates nach dem Vorbild des „Dritten Reiches“ ausgerichtet sind.¹¹⁸

¹¹⁷Ebenda, S. 9.

¹¹⁸Diese Neonazismus-Definition entspricht im Wesentlichen derjenigen, die z. B. auch das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz zur Grundlage seiner Arbeit in diesem Bereich macht. Vgl. Innenministerium Ba-

3.2. Das Traditions- und Kontinuitätsverhältnis zwischen Völkischer Bewegung und historischem Nationalsozialismus

Dass das Verhältnis der Völkischen Bewegung zum historischen NS differenziert zu betrachten ist, wurde weiter oben bereits am Beispiel der „Artamanen“-Bewegung erörtert. Auch generell konstatiert die relevante Forschung neben vielen verbindenden Traditions- und Kontinuitätslinien sowie Kongruenzen erhebliche Bruchlinien und Divergenzen - zumal angesichts der späteren Entwicklung des historischen NS - zwischen diesen beiden Phänomenen.

Es scheint weitgehend Konsens darüber zu bestehen, dass die DAP bzw. NSDAP in „der Anfangsphase ihres Bestehens ... eine völkische Organisation neben anderen“ war¹¹⁹. Schon 1962 konstatierte der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer, dass die NSDAP „in erster Linie eine völkische Bewegung“ gewesen sei, die „in ihrem ideologischen Ursprung zu den vielfältigen, teilweise esoterischen Gruppen der Deutsch-Völkischen“ gehört habe¹²⁰. Eben insbesondere auf ideologischem Gebiet diagnostizierte Sontheimer einen starken und langfristigen Einfluss der Völkischen Bewegung auf den historischen NS, der so wiederum zentralen völkischen Zielen ab 1933 zu verheerender Verwirklichung verholfen habe. Denn „das völkische Denken“ sei „in den Gehirnen von Menschen wirksam gewesen, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus zur blutigen Exekution ihrer völkischen Theoreme schritten.“ So seien „gängige Programmpunkte der völkischen Ideologie“ wie z. B. die „Ausmerzungen des Judentums“ und die „Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘“ „unter Hitler in grauenhaftester Wirklichkeit umgesetzt“ worden¹²¹. Auf Bruchlinien und Divergenzen zwischen Völkischer Bewegung und historischem NS wies Sontheimer nicht ausdrücklich hin.

den-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2010, Stuttgart 2011, S. 169-170.

¹¹⁹Pfahl-Traugber (Anm. 12), S. 209.

¹²⁰Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, 4. Auflage, München 1994, S. 131.

¹²¹Ebenda, S. 134.

Auch Breuer betonte erst 2010 wieder, dass die DAP/NSDAP „in der ersten Zeit ihres Bestehens nur eine weitere völkische Partei“ gewesen sei, was sich an soziologischen, personellen, ideologischen und programmatischen Parametern festmachen lasse. „Auch bündnispolitisch“ habe „sich diese Zugehörigkeit“ zumindest bis 1924 manifestiert. Nach Breuer änderte sich dies erst nach der NSDAP-Neugründung von 1925: Hitler habe die NSDAP zwar „auch weiterhin als die gegebene Organisationsform zur Verwirklichung der völkischen Weltanschauung“ gesehen. Doch betonte „er nun zunehmend die Differenz gegenüber anderen völkischen Verbänden“. Allerdings habe „die Münchner Partei ungeachtet dieser Distanzierung wieder an ihren ursprünglichen, völkischen Kern“ angeknüpft, was jedoch so nicht für die neugegründeten Parteistrukturen in Nordwestdeutschland galt¹²². Schon 2008 hatte Breuer der NSDAP eine „starke völkische Strömung“ zugeschrieben, die „in der Anfangszeit sogar“ überwog¹²³. Zur Begründung verwies Breuer auf soziologische, organisationshistorische, programmatisch-ideologische und personelle Kontinuitätslinien beziehungsweise Kongruenzen und sprach in diesem Zusammenhang von einer „starken Verankerung“ der NSDAP „in der völkischen Bewegung“¹²⁴. Mit der Zeit habe die NSDAP jedoch „eine neue Organisationsform“ angenommen, „die die der völkischen Bewegung bis dahin gesetzten Grenzen zu transzendieren imstande“ gewesen sei¹²⁵. Nicht zuletzt deshalb bezeichnet Breuer die NSDAP zwar „als erfolgreichsten Träger völkischer Politik“, was aus seiner Sicht allerdings nur einen „Teil der Wahrheit“ erfasst¹²⁶. Zur ganzen Wahrheit gehört laut Breuer nämlich, dass „die meisten ... prominenten Völkischen in der NSDAP“ - und es sei hinzugefügt: so ihnen überhaupt jemals eine Aufnahme beziehungsweise Funktion in NSDAP beziehungsweise NS-Staat zugestanden wurde - über kurz oder lang gescheitert seien, sei es als NS-Funktionäre oder in ihrem Versuch, die Partei auf ihre jeweilige ideologische Linie zu trimmen¹²⁷. Daher kommt Breuer zu dem Schluss, dass der NS-Staat kein „Staat der Völkischen“ gewesen

¹²²Breuer (Anm. 6), S. 266-267.

¹²³Breuer (Anm. 7), S. 237.

¹²⁴Ebenda, S. 237-241, Zitat S. 241.

¹²⁵Ebenda, S. 242.

¹²⁶Ebenda, S. 245-246.

¹²⁷Ebenda, S. 248-251, Zitat hier S. 248.

sei, „jedenfalls nicht in dem Sinne, daß Völkische in ihm eine herausragende Rolle gespielt hätten“¹²⁸.

Ein besonders differenziertes Bild vom Verhältnis von Völkischer Bewegung und historischem NS zeichnet Puschner. Zwar nennt er in seiner Habilitationsschrift von 2001 „Zusammenhänge zwischen dem Nationalsozialismus und der völkischen Bewegung“ als „unbestreitbar“, da „deutlich sichtbar“, insbesondere auf den Gebieten Ideologie und Symbolik, und spricht von „ideologischen und organisatorischen Verbindungen“. Gleichzeitig aber charakterisiert er das Verhältnis zwischen den beiden Phänomenen als „stets spannungsreich“ und konstatiert sogar eine unübersehbare „Gegnerschaft trotz der weltanschaulichen Nähe und der zeitweiligen Kooperation“¹²⁹, was er nicht zuletzt an den teils sehr scharfen Abgrenzungen führender Nationalsozialisten - wie Hitler selbst - von den Völkischen festmacht. Auch umgekehrt sei das Verhalten der Völkischen gegenüber dem historischen NS ambivalent gewesen: „Neben glühenden Anhängern des Nationalsozialismus“ seien „nicht wenige ... nach anfänglicher Euphorie auf Distanz zum Nationalsozialismus“ gegangen. Puschner schreibt aber nicht zuletzt deshalb von „kompliziert-komplexen Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und völkischer Bewegung“¹³⁰, weil er selbst durch seine relativ deutliche Unterscheidung zwischen den „Altvölkischen“ des Kaiserreichs und den Völkischen der Weimarer Republik eine weitere Differenzierungsebene in seine Analyse einzieht. Für ihn bestehen zwischen diesen „Altvölkischen“ und ihrem Weimarer Nachwuchs so gravierende Unterschiede, dass aus seiner Sicht sogar - zumindest vorerst - „sinnvollerweise ... zwei völkische Bewegungen unterschieden werden“ sollten¹³¹. Zwischen diesen beiden hätten nicht zuletzt bezüglich ihres jeweiligen Verhältnisses zum historischen NS Unterschiede bestanden: Es habe einerseits „ein fundamentales Mißverständnis der Altvölkischen gegenüber den Nationalsozialisten und deren keineswegs überall verwandten Zielen“ existiert, während andererseits viele jüngere Völkische nach 1918 „andere, auf den Nationalsozialismus zulaufende Akzente“ gesetzt hätten¹³². Angesichts derarti-

¹²⁸Ebenda, S. 251.

¹²⁹Puschner (Anm. 4), S. 9.

¹³⁰Ebenda, S. 11.

¹³¹Ebenda, S. 13.

¹³²Ebenda, S. 12.

ger Differenzierungen ist es fast schon erstaunlich, dass Puschner im Schlusssatz seines einleitenden Kapitels den Völkischen und hier speziell den „Altvölkischen“ des Kaiserreiches dennoch uneingeschränkt eine ideologische, organisatorisch-strukturelle und agitatorisch-propagandistische Vorreiterrolle für den historischen NS zuschreibt¹³³.

In Abwägung der jeweiligen Argumente kommt der Autor des vorliegenden Beitrages zu dem Ergebnis, bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen Völkischer Bewegung und historischem NS den verbindenden Traditions- und Kontinuitätslinien und Kongruenzen ein stärkeres Gewicht beizumessen als den - teils durchaus unbestreitbaren - Bruchlinien und Divergenzen. Demnach stand der historische NS also in einem engen organisatorischen, personellen wie ideologischen Traditions- und Kontinuitätsverhältnis zur Völkischen Bewegung, die demzufolge sowohl in ihrer kaiserzeitlichen wie in ihrer Weimarer Variante als eine wichtige Vorgängerin, Wegbereiterin und Ideengeberin des historischen NS einzustufen ist. Dies soll im Folgenden anhand der ideologischen und der personellen Ebene veranschaulicht werden:

- Ideologische Ebene: Die DAP/NSDAP war nicht nur in ihrer Anfangszeit eine völkische Partei, sondern verlor ihren völkischen Charakter gerade auf ideologischer Ebene im Grunde bis 1945 nicht. Es kann sogar der relativ eindeutigen Einschätzung Puschners sowie des Kunsthistorikers G. Ulrich Großmann zugestimmt werden, wonach die „nationalsozialistische Ideologie ... weitgehend identisch mit der völkischen Weltanschauung“ gewesen sei¹³⁴. Der Historiker Matthias Piefel wies darauf hin, dass das „ideologische

¹³³Ebenda, S. 25: „Lange vor dem Ersten Weltkrieg schufen in der wilhelminischen Ära diese Völkischen mit der rassistischen Weltanschauung, mit einem Deutschland überziehenden Netzwerk von Institutionen und mit einer ebenso aggressiven wie zielgerichteten Agitation den ideologischen Nährboden, die organisatorischen Voraussetzungen und das propagandistische Instrumentarium für Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus.“ Vgl. zu Puschners Sicht auf das Verhältnis von Völkischer Bewegung und historischem NS auch: Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht, Vorwort, in: Dies. (Hrsg.) (Anm. 3), S. IX-XXIII, hier S. IX-X. Puschner (Anm. 8), S. 446-447 und 463-467. Puschner (Anm. 8), S. 55-56 und 58. Großmann/Puschner (Anm. 17). S. 10-12.

¹³⁴Großmann/Puschner (Anm. 17), S. 11.

Arsenal, aus dem Hitler und die NSDAP schöpfte[n], ... 1914 bereits ausgebildet“¹³⁵ gewesen sei, und zwar nicht nur durch die Völkische Bewegung des Kaiserreichs, sondern - zumindest teils - schon durch die Antisemitische Bewegung der 1870er/1880er Jahre. Derartige Bewertungen drängen sich nicht nur angesichts des fanatischen, in letzter Konsequenz auch die Ermordung von Juden implizierenden Rasseantisemitismus auf, der sowohl im völkischen wie auch im nationalsozialistischen Ideologiehaushalt eine äußerst zentrale Rolle spielte. In mindestens noch einem wichtigen ideologischen Punkt wirkte die Völkische Bewegung zumal der frühen Weimarer Republik ganz ohne Frage maßgeblich auf den historischen NS und damit auf die Zukunft ein, nämlich bei der Entwicklung des Gedankens an einen „Lebensraum“-Krieg gegen Russland. Zwar kann auch dieser Gedanke auf Traditionen zurückgeführt werden, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, doch in der konkreten Ausprägung, wie er ab Ende Dezember 1922 in Äußerungen Hitlers auftauchte, war er in den Jahren zuvor in der völkischen Bewegung entstanden. Selbst die konkreten Bündnisüberlegungen, die Hitler später zur Umsetzung seiner außenpolitischen Programmatik anstellen sollte, wurden hier schon weitgehend angedacht. In ideologischer Hinsicht griffen Hitler und der historische NS also zuweilen bis ins Detail auf das Erbe und die Vorarbeit der völkischen Bewegung zurück¹³⁶.

- Personelle Ebene: Viele Nationalsozialisten, die vor und nach 1933 in der NSDAP bzw. im nationalsozialistischen Staatsapparat hohe Positionen bekleideten, waren aus der Völkischen Bewegung hervorgegangen und hatten dort eine ideologische Prägung erhalten, deren Inhalte mit denen des historischen NS - wie gesehen - kompatibel bis kongruent waren. Beispielsweise und insbesondere aus dem DVSTB, dessen große Bedeutung „als Propagandist, Förderer und Anhängerreservoir für die NSDAP“, „als Wegbereiter“ des historischen NS und als „Schrittmacher für das Dritte Reich“ bereits Lohalm intensiv herausgearbeitet hat¹³⁷, stießen spätestens nach

¹³⁵Piefel (Anm. 11), S. 175.

¹³⁶Vgl. Jung (Anm. 2), S. 233-261 und 445-446.

¹³⁷Lohalm 1970 (Anm. 2), S. 283-330, Zitate S. 285, 304 und 330. Bei dem letzten Zitat handelt es sich um eine Aussage des Reichsinnenministers Wilhelm Frick (1877-1946) aus dem Jahr 1939.

dessen Verbot in weiten Teilen des Reiches im Sommer 1922 viele Völkische als Neumitglieder zur NSDAP und deren Unterorganisationen. Zu nennen sind neben vielen späteren NSDAP-Gauleitern und zahlreichen weniger prominenten Nationalsozialisten beispielsweise Julius Streicher (1885-1946), Fritz Sauckel (1894-1946), Viktor Lutze (1890-1943)¹³⁸, Erich von dem Bach-Zelewski (1899-1973)¹³⁹ oder Philipp Bouhler (1899-1945)¹⁴⁰. Reinhard Heydrich (1904-1942) behauptete später zumindest, von 1920 bis 1922 DVSTB-Mitglied gewesen zu sein¹⁴¹. Als junge Männer gehörten Martin Bormann (1900-1945) dem völkischen „Verband gegen Überhebung des Judentums“¹⁴², Rudolf Heß (1894-1987) und Hans Frank (1900-1946) der völkischen „Thule-Gesellschaft“¹⁴³ an. Himmler, auf dessen Engagement bei den „Artamanen“ hier schon hingewiesen wurde und der zudem laut seines Biographen Klaus Mies-Baron ab 1924 dem „Deutsch-Völkischen Offiziersbund“ angehörte¹⁴⁴, führte von September 1919 bis Januar 1934 eine Leseliste, in der er 347 von ihm gelesene Bücher und Aufsätze auflistete und kommentierte¹⁴⁵. Auf dieser Liste tauchen einschlägige Publikationen namhafter völkischer Autoren wie Friedrich Wichtl (1872-1922), Houston Stewart Chamberlain (1855-1927), Theodor Fritsch (1852-1933), Artur Dinter (1876-1948), Paul Bang (1879-1945),

¹³⁸Vgl. diese und zahlreiche weitere Beispiele: Jung (Anm. 2), S. 21.

¹³⁹Vgl. Andrej Angrick, Erich von dem Bach-Zelewski. Himmlers Mann für alle Fälle, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, 2., durchgesehene und aktualisierte Auflage, Paderborn; München; Wien; Zürich 2003, S. 28-44, hier S. 29.

¹⁴⁰Vgl. Hans-Walter Schmuhl, Philipp Bouhler - Ein Vorreiter des Massenmordes, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite II. 21 weitere biographische Skizzen, Darmstadt 1993, S. 39-50, hier S. 40.

¹⁴¹Vgl. Robert Gerwarth, Reinhard Heydrich. Biographie, München 2011, S. 50.

¹⁴²Vgl. Jochen von Lang, Martin Bormann - Hitlers Sekretär, in: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, 2., unveränderte Auflage, Darmstadt 1990, S. 1-14, hier S. 2.

¹⁴³Vgl. Dietrich Orlow, Rudolf Heß - ‚Stellvertreter des Führers‘, in: Smelser/Zitelmann (Hrsg.) (Anm. 142), S. 84-97, hier S. 85. Christoph Klessmann, Hans Frank - Parteijurist und Generalgouverneur in Polen, in: Smelser/Zitelmann (Hrsg.) (Anm. 142), S. 41-51, hier S. 41.

¹⁴⁴Vgl. Mies-Baron (Anm. 63), S. 291.

¹⁴⁵Vgl. ebenda, S. 121.

Erich Kühn (1878-1938(?)) und Franz Haiser (1871-1945) auf, ebenso eine von der DVSTB-Ortsgruppe Meißen herausgegebene, besonders fanatisch rassistische Broschüre¹⁴⁶. Fast alle diese Publikationen wurden von Himmler in dessen Leseliste offenbar uneingeschränkt zustimmend kommentiert. So brachte er dort im September 1924 über die Broschüre der DVSTB-Ortsgruppe Meißen folgende, vor dem Hintergrund des abgrundtief fanatischen Rassismus dieser Schrift¹⁴⁷ im negativsten Sinne bemerkenswerte Einschätzung zu Papier: „Ein herrliches Heft. Es ist eine Pionierarbeit. Besonders der letzte Teil, wie es möglich ist, die Rasse wieder zu verbessern, ist von herrlicher, sittlicher Höhe.“¹⁴⁸ Angesichts dieser Fakten kann davon ausgegangen werden, dass Himmler schon als sehr junger Mann durch die Lektüre einschlägiger völkischer Schriften ideologisch indoktriniert und nicht zuletzt dadurch für seine späteren NS-Funktionen als „Reichsführer-SS“ und Massenmörder prädisponiert wurde.

In Anbetracht derartig verbindender Traditions- und Kontinuitätslinien sowie Kongruenzen sind zumindest manche Argumente, die in der Forschung als Beleg für Bruchlinien und Divergenzen zwischen historischem NS und Völkischer Bewegung vorgebracht werden, zwar keinesfalls obsolet, aber doch zu relativieren. Das gilt nicht zuletzt für die teils sehr scharfen Abgrenzungen führender Nationalsozialisten von den Völkischen, die schon vor 1933 in regelrechte Aversionen und Verbalinjurien beziehungsweise nach 1933 in Akte der politischen Verfolgung ausarten konnten. So war Hitler zwar schon seit den frühen 1920er Jahren bemüht, seine NSDAP von gesinnungsgenössischen und gleichzeitig konkurrierenden Organisationen abzugrenzen. Er goss daher häufig Hohn und Spott über die Völkische Bewegung und deren Protagonisten aus. So attestierte er ihnen wenig volksnahes, professoral-unpraktisches Theoretisieren, verlogene Feigheit, Taten-, Kraft-, Mut-, Erfolg- und Machtlosigkeit und nahm die

¹⁴⁶Vgl. entsprechende Hinweise bei: Mües-Baron (Anm. 63), S. 123-124, 171, 201, 212-214, 331 und 527. Peter Longerich, Heinrich Himmler. Biographie, München 2008, S. 36, 48, 66, 85-86, 797 und 799.

¹⁴⁷Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (Ortsgruppe Meißen) (Hrsg.), Eine unbewußte Blutschande - der Untergang Deutschlands. Naturgesetze über die Rassenlehre, o.O. o.J.

¹⁴⁸Zitiert bei: Mües-Baron (Anm. 63), S. 214. Longerich (Anm. 146), S. 797.

Zersplitterung, die mangelnde Entschlossenheit, Rücksichtslosigkeit und Straffheit der völkischen Organisationen hämisch aufs Korn, beispielsweise und besonders ausgiebig in „Mein Kampf“¹⁴⁹, das sich in weiten Teilen aber selbst wie eine Kompilation einschlägiger völkischer Publikationen liest. Gleichzeitig jedoch ließ Hitler dem DVSTB in dessen Eigenschaft als Vorreiter in Sachen Antisemitismus seine partielle Wertschätzung und Anerkennung zuteil werden¹⁵⁰, wies somit selber auf eine ganz zentrale ideologische Kontinuitätslinie hin. Zudem klingen Hitlers Philippiken gegen die Völkischen in weiten Passagen trotz aller Heftigkeit letztlich doch meist wie Kritik am „Fleisch vom eigenen Fleische“. Außerdem hatte Hitler noch kurz zuvor die Nähe seiner Person und des frühen historischen NS zur Völkischen Bewegung dadurch demonstriert, dass er selbst zumindest bis weit in das Jahr 1920 an völkischen Veranstaltungen - teils auch als Redner oder Diskussionsteilnehmer - in München oder anderswo teilgenommen hatte¹⁵¹. Selbst an seinem 31. Geburtstag, dem 20. April 1920, trat er als Diskussionsteilnehmer auf einer Veranstaltung der „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“¹⁵² in München in Erscheinung, auf der er einen Vortrag Wilhelm Kotzdes und damit eines derjenigen völkischen Protagonisten hörte, die er wenig später so vehement attackieren sollte¹⁵³.

Trotz des Alleinvertretungsanspruches, den die NSDAP für die Völkische Bewegung noch vor 1933 zu erheben begann und ab 1933 auch mit staatlichen Machtmitteln endgültig durchsetzen konnte, durfte auch in den Jahren der NS-Diktatur der Völkischen Bewegung verschiedentlich öffentliche Anerkennung für ihre „Verdienste“ gezollt werden. So wurde Theodor Fritsch, der „Galionsfigur des rassisch begründete und argumentierenden Antisemitismus wie des völkischen Antisemitismus im allgemeinen“¹⁵⁴, 1935 in Berlin-Zehlendorf ein Denkmal gesetzt, das allerdings schon während des Zweiten Welt-

¹⁴⁹Vgl. Hitler (Anm. 41), S. 395-400 und 515.

¹⁵⁰Vgl. ebenda, S. 628.

¹⁵¹Vgl. Jung (Anm. 2), S. 258 und 270.

¹⁵²Vgl. zur „Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft“: Lohalm (Anm. 2), S. 297 und 433-434.

¹⁵³Vgl. Jung (Anm. 2), S. 163-164.

¹⁵⁴Puschner (Anm. 4), S. 57.

krieges zur Metallgewinnung für die Rüstungsproduktion wieder eingeschmolzen wurde¹⁵⁵.

Wer nach Unterschieden zwischen Völkischer Bewegung und dem historischen NS sucht, wird zwar auf manchen Gebieten durchaus fündig. Diese Bereiche sind aber bei weitem nicht so zentral und konstitutiv wie beispielsweise das Gebiet der Ideologie, so dass ihnen daher bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen den beiden Phänomenen nicht dasselbe Gewicht eingeräumt werden kann:

- Spätestens seit Mitte der 1920er Jahre hatte die NSDAP den einen, weitgehend unumstrittenen „Führer“ zu bieten, nach dem die Völkischen seit Jahrzehnten immer nur gerufen hatten, ohne ihn je wirklich hervorzubringen. Die vielen „kleinen“, miteinander konkurrierenden völkischen „Führer“ erfüllten die Funktion einer solchen zentralen Identifikations- und Integrationsfigur, wie Hitler sie für den historischen NS darstellte, gerade nicht, sondern dokumentierten und vertieften mit ihrer Existenz nur die Zersplitterung und Zerstrittenheit der Bewegung.
- Trotz ihres antidemokratischen Antiparlamentarismus konstituierte sich die NSDAP als Partei. Zumal nach dem gescheiterten Putschversuch vom November 1923 war sie entschlossen, ganz pragmatisch die Mittel, die ihr die Weimarer Verfassung an die Hand gab, nämlich die Beteiligung an Wahlen und das Wirken in den Parlamenten bei der Zerstörung ebendieser Verfassungsordnung zu nutzen. Zumindest Teile der ebenso antidemokratischen und antiparlamentarischen Völkischen Bewegung zeigten sich in diesem Punkt als zu einem solchen Pragmatismus unfähig: Zwar gab es im Laufe der Jahrzehnte verschiedene völkische Parteien. Doch deren Gründung und Existenz wurden von ideologisch besonders puristischen Völkischen immer wieder als Irrweg, nämlich als erster Schritt zum Arrangement mit Demokratie und Parlamentarismus angefeindet, auch im Falle der NSDAP.

¹⁵⁵Vgl. Thomas Irmer, Das „erste antisemitische Denkmal Deutschlands“ - Zur Geschichte eines Denkmals für Theodor Fritsch im kommunalen öffentlichen Raum Berlins 1935-1945, in: Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Politik des Hasses. Antisemitismus und radikale Rechte in Europa, Hildesheim; Zürich; New York 2010, S. 153-170.

- Der historische NS verfügte mit der NSDAP über die eine Zentralorganisation. Die Völkische Bewegung hingegen fand nie wirklich ein Mittel gegen ihre starke organisatorische Zersplitterung.
- Die NSDAP strebte entschieden danach, nicht den Eindruck zu erwecken, eine weitere, im Auftreten langweilig-abgehobene völkische Honoratiorenpartei zu sein, und steigerte auch dadurch ihr Attraktivitätspotenzial. Viele (andere) völkische Organisationen legten diesen Charakter hingegen nie ab, so sie überhaupt danach strebten, gaben sich zuweilen sogar bewusst elitär. Auch deshalb wirkten viele völkische Vereinigungen - zumal im Vergleich zur NSDAP - bald nach 1918 als überkommene Relikte vergangener Zeiten.

3.3. Conclusio: Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung als verschleierter Neonazismus

Schließt man sich der obigen Neonazismus-Definition an und kommt man gleichzeitig zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Völkischen Bewegung des Kaiserreiches und der Weimarer Republik um eine wichtige Vorgängerin, Wegbereiterin und Ideengeberin des historischen NS handelte, so sind in der Konsequenz positive Rekurse auf diese Bewegung im aktuellen deutschen Rechtsextremismus - zumindest in den meisten Fällen - als eine verschleierte Form des Neonazismus zu bewerten.

Eine Verschleierung liegt vor, da einerseits dem Publikum zwar ein wesensverwandtes bis wesensgleiches Vorgängerphänomen des historischen NS, aber eben nicht dieser selbst als vorbildlich präsentiert wird, andererseits häufig sensible, eigentlich zu einem realistischen Verständnis der Völkischen Bewegung unverzichtbare Fakten wie zum Beispiel deren viele Traditions- und Kontinuitätslinien und Kongruenzen zum historischen NS unterschlagen oder doch zumindest relativiert, marginalisiert, verharmlost werden. Das kann sogar soweit gehen, völkische Granden wie Bartels oder Fritsch als bewundernswerte Vorbilder anzupreisen, ohne auch nur ihre Zugehörigkeit, geschweige denn ihre Protagonistenrolle in der Völkischen Bewegung mit einem Wort zu thematisieren. Dabei wird die verbreitete Unwissenheit innerhalb der bundesdeutschen Öffentlichkeit über diese Thematik offenbar bewusst mit einkalkuliert und ausgenutzt.

Es ist hingegen höchst unwahrscheinlich, dass diejenigen rechtsextremistischen Autoren, die sich in dieser verschleiernenden Weise zur Völkischen Bewegung beziehungsweise zu einem ihrer Teilaspekte zu Wort melden, selbst in Unkenntnis der hohen völkischen NS-Affinität oder der völkischen Protagonistenrolle eines Fritsch oder Bartels handeln. Offenbaren deren entsprechende Texte doch in der Regel erhebliche Detailkenntnisse, lassen teils sogar auf eine Rezeption von Teilen der einschlägigen Fachliteratur schließen, sparen nur in auffälliger Weise besagte sensible Fakten ganz oder weitgehend aus. Gerade weil also davon ausgegangen werden muss, dass diejenigen Rechtsextremisten, die in dieser Weise bis heute positiv auf die Völkische Bewegung rekurrieren, über die wichtige Rolle dieser Bewegung in der Vor- und Frühgeschichte des historischen NS im Grundsatz im Bilde sein dürften, ist ein anderer Interpretationsansatz in der Regel auszuschließen und wurde daher hier auch nicht weiter vertieft, wonach es sich bei diesen Rekursen um Versuche einer vermeintlich NS-unbelasteten rechtsextremistischen Traditionsstiftung abseits von NSDAP, Hitler, Kriegsschuld und Holocaust handeln könnte.

Mutmaßlich liegt der Fall bei zumindest manchen unter denjenigen Rechtsextremisten anders, die sich nicht in Form eigener Texte zur Völkischen Bewegung äußern, sondern die am beziehungsweise um den 17. Juli in oder um Saaleck an den Gedenkveranstaltungen für die beiden völkischen Rathenau-Mörder teilnehmen. Deren Wissensstand zum Saaleck-Komplex oder gar zur Völkischen Bewegung allgemein ist zumindest zu hinterfragen. Denn während Texte - gleich auf welchem Niveau - erst einmal erarbeitet und geschrieben werden wollen, kann man erfahrungsgemäß solche Veranstaltungen frequentieren, ohne sich unbedingt in Vorfeld oder Nachgang mit der jeweiligen Thematik intensiver auseinanderzusetzen. Manchen Rechtsextremisten mag es genügen, dass es in oder um Saaleck einmal im Jahr „gegen das System“ geht. Auch ist der potenzielle, tendenziell unpolitische psychologische Mehrwert einer solchen Demonstration, zum Beispiel das wohlige Erleben eines Gemeinschaftsgefühls unter Gleichgesinnten, als Teilnahmemotiv nicht zu unterschätzen. Und zudem konnte oben bereits herausgearbeitet werden, dass der völkische Hintergrund Kerns und Fischers und damit auch des Rathenau-Mordes bei den heutigen rechtsextremistischen Gedenkaktivitäten in Saaleck offensichtlich kaum bis gar nicht verbalisiert wird, zumindest in den Szenebe-

richten, die im Nachgang dazu in einschlägigen rechtsextremistischen Publikationsorganen oder auf entsprechenden Internetseiten veröffentlicht werden. Auch die Völkische Bewegung findet hier offenbar keine oder nur selten Erwähnung. Es muss daher offen bleiben, ob und wenn ja wie weit einem jeden Rechtsextremisten, der an Kern-Fischer-Gedenkveranstaltungen teilnimmt, wirklich im Detail klar ist, worauf der historisch-ideologische Hintergrund der Veranstaltung beruht.

4. Schlusswort und Zusammenfassung

Die vorliegende Untersuchung konnte nachweisen, dass das Erbe der Völkischen Bewegung des wilhelminischen Kaiserreichs und der Weimarer Republik bis heute zumindest in Teilen des aktuellen deutschen Rechtsextremismus präsent ist und tradiert wird. Und diese Präsenz und Tradition beschränken sich nicht auf ein reines, womöglich gar wertfreies Erinnern, das allein historischem Interesse entspringe. Sondern sie entpuppen sich schon bei halbwegs genauerer Analyse als positive Rekurse. Und aufgrund des engen organisatorischen, personellen wie ideologischen Traditions- und Kontinuitätsverhältnisses beziehungsweise der Kongruenzen zwischen dem historischen NS und der Völkischen Bewegung als einem seiner wichtigsten Vorgängerphänomene, Wegbereiter und Ideologielieferanten können diese Rekurse - zumindest wohl in den meisten Fällen - als verschleierte, da das mangelnde Wissen innerhalb der breiten bundesdeutschen Öffentlichkeit über die Völkische Bewegung bewusst einkalkulierender und ausnutzender Neonazismus interpretiert werden.

Es sei eingestanden, dass positive Rekurse auf die Völkische Bewegung, so wie sie im Vorangegangenen anhand dreier Beispiele intensiver herausgearbeitet wurden, einen eher seltenen Nebenaspekt des aktuellen deutschen Rechtsextremismus darstellen. Gerade in Zeiten einer seit Jahren zu beobachtenden Aktualisierung und Modernisierung des rechtsextremistischen Propagandathemenkanons achten rechtsextremistische Kampagnestrategen verstärkt darauf, eine auch nur halbwegs breitere Öffentlichkeit nicht mit rückwärtsgewandten Themen zu langweilen beziehungsweise abzuschrecken, die keinerlei gesamtgesellschaftliche Relevanz oder Aktualität und dazu noch bei genauerer Analyse einen neonazistischen Hintergrund aufweisen. Wo also im

aktuellen deutschen Rechtsextremismus die Völkische Bewegung in der einen oder anderen Weise einmal aufgegriffen wird, dürfte es sich meist um Akte der szeneeinternen Kommunikation handeln, die sich an bereits überzeugte Gesinnungsgenossen richtet, die es gilt, mit den unbekannteren Kapiteln der eigenen „Geistes“-Geschichte in Berührung zu bringen beziehungsweise subtil an Inhalte heranzuführen, die mit dem historischen NS kompatibel bis kongruent waren und sind. Es muss jedoch offen bleiben, wie breit aktives Wissen über die Völkische Bewegung innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Deutschland beziehungsweise im deutschsprachigen Raum heutzutage (noch) vorhanden ist.

Und dennoch: Eingangs dieses Beitrages musste konstatiert werden, dass die adäquate Berücksichtigung der Völkischen Bewegung als Vorgängerphänomen des aktuellen deutschen Rechtsextremismus – abgesehen von Ausnahmen – bislang ein Desiderat der interdisziplinären Rechtsextremismusforschung geblieben ist. Diese Forschungslücke zu verkleinern, dazu mag diese Untersuchung beigetragen haben.

Zur Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP. Eine Analyse im Lichte des SRP-Verbotsurteils

Christoph Weckenbrock

1. Einleitung und Fragestellung

Zum zehnten Mal jährte sich Anfang 2011 die Einleitung des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Nach einer kontroversen öffentlichen Debatte um das Für und Wider eines solchen Schrittes im Jahr 2000 hatten schließlich alle drei hierzu berechtigten Bundesorgane eigene Anträge zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD eingereicht.¹ In allen Anträgen bildete das Argument, es existiere eine Wesensverwandtschaft zwischen der NPD und der NSDAP, eine tragende Säule der Beweisführung zum verfassungsfeindlichen Charakter der rechtsextremistischen Kleinpartei.² Auch in der aktuellen Diskussion um eine Illegalisierung der NPD, welche seit dem Scheitern des Verfahrens 2003 in zwei Landtage einziehen konnte und heute in Ostdeutschland in vielen kommunalen Parlamenten fest verankert ist, wird diesem Aspekt eine sehr hohe Bedeutung eingeräumt.³ Das Bundesverwaltungsgericht erklärte noch im September 2010 das vom Bundesinnenministerium ausgesprochene Verbot der NPD-nahen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) in letzter Instanz für rechtmäßig, da diese „eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“⁴ aufweise. Zusätzlich haben sich in der programmatischen und agitatorischen Entwicklung der NPD und ihrer Unterorganisationen in den letzten Jahren gewisse Trends verstärkt, die vor allem im Bereich ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen eine – nicht nur semantische – Annäherung an den histori-

¹ Die Regierung Schröder machte den Anfang am 29. Januar, Bundestag und Bundesrat folgten am 30. März 2001.

² Vgl. Anne-Katrin Lang, *Demokratieschutz durch Parteiverbot? Die Auseinandersetzung um ein mögliches Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*, Marburg 2008, S. 76.

³ Vgl. beispielhaft Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), *Verfassungsfeind NPD. Dokumente eines Kampfes gegen die Demokratie*, Magdeburg 2009, S. 56-67.

⁴ BVerwG 6 A 4.09 vom 1. September 2010, Leitsatz 1.

schen Nationalsozialismus indizieren. Vor diesem Hintergrund will die vorliegende Abhandlung überprüfen, inwiefern eine ideologische Wesensverwandtschaft der heutigen NPD mit der NSDAP vorliegt. Handelt es sich bei der NPD um eine nationalsozialistische Partei? Wenn ja, bei welchen Inhalten und Verhaltensmustern sind die Parallelen besonders deutlich zu erkennen?

Der Analyseansatz zur Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen stellt sich als durchaus problematisch dar. Abgesehen von den Fallstricken, die ein diachroner Vergleich extremistischer Bewegungen mit sich bringt, ist schon die Begriffsbestimmung, was konkret als „nationalsozialistisch“ zu bezeichnen ist, schwierig. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber weist auf vier verschiedene Möglichkeiten der Definition hin. Mit „Nationalsozialismus“ kann demnach gemeint sein: die offizielle Ideologie des Dritten Reiches, die sozialrevolutionäre NSDAP der 1920er Jahre, die völkische Ideologieströmung mit starker Betonung des Sozialstaats sowie die Ideologiefamilie des rechten politischen Spektrums der Weimarer Zeit, die eine Symbiose von Nationalismus und Sozialismus einforderte.⁵ Da es im Folgenden um einen Vergleich zweier Parteien gehen soll und die Kernelemente des ideologischen Fundaments der Hitler-Bewegung ohnehin den beiden letzteren Geistesströmungen entstammen, soll sich der Untersuchungsgang – trotz des nicht ganz unerheblichen Wandels der Partei in den 25 Jahren ihrer Existenz – aber wie eingangs projiziert auf die NSDAP als Ganzes beziehen.

Bezüglich des Grundstocks eines Analyserasters für dieses Vorhaben empfiehlt sich ein Blick zurück in die Geschichte der „streitbaren Demokratie“ der Bundesrepublik. Denn die Frage nach der Wesensverwandtschaft zwischen einer rechtsextremistischen Partei und der NSDAP wurde bereits einmal detailliert und höchstoffiziell erörtert. In seinem Urteil vom 23. Oktober 1952 begründete das Bundesverfassungsgericht ihr Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) vor allem mit der Feststellung, dass diese „in ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensver-

⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin/Berlin 2008, S. 40f.

wandt“⁶ sei. Da die Richter in ihren richtungsweisenden Ausführungen die grundgesetzlichen Regelungen zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, also das Instrumentarium des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG, als eine direkte Antwort auf die nationalsozialistische Terrorherrschaft interpretierten, glich der Befund einer Wesensverwandtschaft mit der NSDAP dem logischen und eindeutigen Nachweis auch der Verfassungswidrigkeit der SRP. Dem Urteil und insbesondere seiner Beweisführung zur Wesensverwandtschaft zwischen den Parteien lag ein systematischer Abgleich eines ganzen Kataloges von Merkmalen der NSDAP mit denen der SRP zu Grunde, anhand derer auch die eingangs gestellten Fragen zum Charakter der heutigen NPD beantwortet werden sollen. Die Untersuchung gliedert sich daher wie folgt: Zunächst wird kurz der Forschungsstand zum Thema der Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP erläutert, dann werden die entscheidenden Punkte des SRP-Urteils entfaltet und das endgültige Analyseschema entwickelt. Es folgt der Hauptteil des Beitrags, in dem die NPD unter Rückgriff auf das dargestellte Untersuchungsrastrer analysiert wird. Eine Schlussfolgerung, die die Ergebnisse zusammenfasst und einordnet, schließt die Erörterung ab.

Ausdrücklich betont sei, dass mit der Untersuchung der Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP keine Prüfung der Verfassungswidrigkeit ersterer einhergeht, für die – seit dem KPD-Verbotsurteil von 1956 – auch eine „aktiv kämpferische, aggressive Haltung“⁷ der Partei nachgewiesen werden müsste. Auch sollen Aussagen zu den Erfolgsaussichten oder der Zweckmäßigkeit eines erneuten NPD-Verbotsverfahrens hier keine Rolle spielen.⁸

⁶ BVerfGE 2, 1, S. 69.

⁷ BVerfGE 5, 85, S. 141.

⁸ Zu den Aspekten der Opportunität, Rechtmäßigkeit und Machbarkeit eines neuerlichem Verbotsverfahrens gegen die NPD und möglichen Alternativen vgl. ausführlich Christoph Weckenbrock, Die streitbare Demokratie auf dem Prüfstand. Die neue NPD als Herausforderung, Bonn 2009, S. 140-196; vgl. in ähnlichem Kontext auch Madeleine Petschke, Sowohl rechtlich aussichtsreich als auch politisch zweckmäßig? Ein Beitrag zur Debatte um ein Verbot der NPD, in: Recht und Politik 45 (2009), Nr. 1, S. 11-17. Vgl. zur aktuellen Verbotsdebatte nach der Enttarnung des NSU auch Chr. Weckenbrock: Der Ruf nach dem Verbot, in: www.endstation-rechts.de vom 20./21.12.2011.

2. Einschätzungen in der Forschung

Die Frage nach der Wesensverwandtschaft zwischen „Nationaldemokraten“ und Nationalsozialisten hat die Forschung bereits mehrfach beschäftigt. Es haben sich in den letzten Jahren zwei gegensätzliche Positionen herausgebildet, als deren Hauptvertreter zum einen der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz und zum anderen der rechtswissenschaftliche Publizist Horst Meier gelten können.

Für Kailitz siedelt die NPD „programmatisch bereits inmitten des nationalsozialistischen Spektrums und schlägt nicht nur Brücken hinein.“⁹ Das Programm der NPD habe eine „völkische Grundausrichtung“ und betone Aspekte wie den Wohlfahrtsstaat und die staatliche Kontrolle der Wirtschaft.¹⁰ Überzeugend weist Kailitz auf die ideologische Fundierung und die möglichen Folgen der menschenverachtenden Deutschland-Planungen der NPD hin, die zur Ausweisung und Enteignung von elf Millionen Menschen mit Migrationshintergrund führen und den Staatsverbrechen der NSDAP ähneln würden. Darüber hinaus sieht er Parallelen zum Nationalsozialismus vor allem bei den sozial-, familien- und autarkiepolitischen Vorstellungen der Partei.¹¹ Obwohl er Unterschiede zur NSDAP bei den Aspekten des Sozialdarwinismus und des Imperialismus erkennt, die bei der NPD nicht ausgeprägt seien, hält er sie dennoch eindeutig für eine „originär nationalsozialistische Partei.“¹²

Zu einer völlig anderen Einschätzung kommt dagegen Horst Meier, der seine Ergebnisse während des laufenden NPD-Verbotsverfahrens veröffentlichte. Der im Verfahren zentrale Anklagepunkt der Wesensverwandtschaft zerfalle mit einem Blick auf das SRP-Urteil, da er auf

⁹ Steffen Kailitz: Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien 58 (2007), Themenheft 1, S. 44-53, hier S. 44.

¹⁰ Vgl. Steffen Kailitz, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Uwe Backes, Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 337-354, hier S. 337.

¹¹ Vgl. S. Kailitz (Anm. 9), S. 45-52.

¹² S. Kailitz (Anm. 10), S. 337.

einer „nicht näher problematisierten Ähnlichkeitsannahme basiert.“¹³ Meier räumt zwar ein, dass die NPD etliche offensichtliche Anleihen beim historischen Nationalsozialismus mache. Diese seien jedoch so vage und abgewandelt, dass eine Wesensverwandtschaft im engeren Sinne nicht vorliege.¹⁴ Gegenüber den Auslassungen der SRP erscheine das „heutige nazistische Geschwafel von der so genannten Auschwitzlüge als geradezu gemäßigt“¹⁵. Somit sei die Bezeichnung der NPD als wesensverwandte Nachfolgeorganisation der NSDAP eine Verharmlosung letzterer und abwegig.¹⁶ Auch in seinen aktuellen Einschätzungen zur Partei und einem möglichen Verbot dieser bleibt der Grundtenor derselbe, wird mit Blick auf die NPD lediglich von „deutschtümelnde(n) Rassisten, Antisemiten und politisch auch sonst ein wenig unterbelichtete(n) Randexistenzen“¹⁷ gesprochen.

Die Ausführungen Meiers sind äußerst kritikwürdig. Auch wenn er das SRP-Verbotsurteil als Ausgangspunkt nimmt, könnte sein Vorgehen von einer systematischen, an den Grundsätzen des Bundesverfassungsgerichts orientierten Analyse kaum weiter entfernt sein. Ein wirklicher Abgleich von inhaltlichen Eckpunkten und Charaktermerkmalen der Parteien findet nicht statt, nur oberflächlich und selektiv werden einige wenige Aspekte beleuchtet. Hier möchte die vorliegende Abhandlung einen Kontrapunkt setzen und versuchen, den Grad der Wesensverwandtschaft zwischen NSDAP und NPD detailliert aufzuzeigen und mit dem bisherigen Forschungsstand abzugleichen.

3. Grundsätze und Systematik des SRP-Urteils

„Einer Partei die Wesensverwandtschaft zur NSDAP nachzuweisen, bedarf einer sehr detaillierten Auseinandersetzung und dürfte umso

¹³ Horst Meier, „Ob eine konkrete Gefahr besteht, ist belanglos“. – Kritik der Verbotsanträge gegen die NPD, in: *Leviathan* 29 (2001), S. 439-468, hier S. 448.

¹⁴ Vgl. Horst Meier, In der Nachfolge der NSDAP? Das SRP-Verbotsurteil und das Verfahren gegen die NPD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 48 (2003), S. 485-495, hier S. 492.

¹⁵ Ebd., S. 487.

¹⁶ Vgl. ebd., 495.

¹⁷ Horst Meier, Endlosdebatte NPD-Verbot, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54 (2009), Nr. 10, S. 33-35, hier S. 33.

schwieriger werden, je größer die zeitliche Distanz zur nationalsozialistischen Herrschaft ist. Personalunionen auszumachen, konnte nur damals möglich und ausschlaggebend sein. Ist aber – davon unabhängig – die Ähnlichkeit einer Partei mit der NSDAP festgestellt, kann der Partei nach dem Beispiel des SRP-Urteils ‚kurzer Prozess‘ gemacht werden.“¹⁸

Dieser Aussage des Rechtswissenschaftlers Sebastian Lovens ist sicherlich zuzustimmen. Sie weist auf eine wichtige – zeitlich bedingte – Beschränkung bezüglich einer Anwendung des Analyserasters des SRP-Urteils hin. Das Bundesverfassungsgericht konnte der SRP im Jahr 1952 vorwerfen, dass sich vor allem die Führungsschicht der Partei aus „alten Kämpfern“ und ehemals aktiven Nationalsozialisten zusammensetzte. Parteivorstand, Parteileitung und Parteirat waren „in großer Mehrzahl der Positionen mit Alt-Parteigenossen besetzt“¹⁹, was die Richter als starken Hinweis auf den Charakter der SRP als „Nachfolgeorganisation“ der NSDAP werten konnten. Dass eine personelle Kontinuität zwischen NSDAP und NPD heute nicht mehr bestehen kann, liegt dagegen auf der Hand. Ähnlich verhält es sich mit den Parteistrukturen. Das Verbotsurteil stellte damals fest, dass sich das Organisationsbild der SRP sehr nah an dem der NSDAP orientiere. Die Parteisatzung entspräche keineswegs demokratischen Grundsätzen, die Parteigründer als „geborene Mitglieder“ des Vorstandes hätten übermäßigen Einfluss und altgediente Parteimitglieder würden – wie schon in der NSDAP – besonders begünstigt. Dieser „erkennbare, autoritäre Charakter“ der Satzung und die „diktatorische Führung von oben nach unten“ ließen auf eine Praktizierung des Führerprinzips in der Partei schließen.²⁰ Die heutige Parteiorganisation der NPD wiederum ist – dafür sorgt schon das Parteiengesetz von 1967 – bezüglich innerparteilicher Wahlen gewissen demokratischen Standards verpflichtet. Aufgrund dieser genannten Einschränkungen müssen die Aspekte der personellen Kontinuität und des Organisationsbildes im

¹⁸ Sebastian Lovens, Parteiverbote in der Bundesrepublik Deutschland. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage der Anträge gegen die NPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32 (2001), S. 550-572, hier S. 555.

¹⁹ Vgl. BVerfGE 2, 1, S. 28.

²⁰ Vgl. ebd., S. 41-47.

SRP-Verbotsurteil für den weiteren Verlauf also ausgeklammert werden.

Die Beweisführung zur Wesensverwandtschaft der Parteien beginnt das Gericht zunächst mit einer – die Erinnerungen an das „Dritte Reich“ waren noch allgegenwärtig – sehr holzschnittartigen Beschreibung von Entwicklung, Ideologie und Charakter der NSDAP. Für die Hitler-Partei sei von Anbeginn eine „stark antisemitische Richtung“ bestimmend gewesen, gepaart mit dem „Grundsatz straffer Führung von oben nach unten“, gewissen Ordensideen und einem „übersteigerte(n) Ehrbegriff“²¹. Das Urteil stellt klar, dass eine Beurteilung der NSDAP nicht ohne einen Blick auf das von ihr geschaffene Unterdrückungssystem gelingen könne. Dieses sei „gekennzeichnet durch die Lehre vom totalen Staat, die Rassendoktrin und den hierarchischen Aufbau: Führer und Gefolgschaft. Instrument der völkischen, auf Schlagworten von Blut, Boden und Ehre beruhenden Weltanschauung und ‚Garant des Staates‘ ist ausschließlich die NSDAP.“²² Über alle Maßen bestimmend seien „völkische Lebensgesetze“ gewesen, die sich auf Formeln wie „Recht ist, was dem Volke nützt; Unrecht was ihn schadet“ und „Du bist nichts, Dein Volk ist alles“ reduzieren ließen.²³

Die erste augenfällige Parallele zwischen NSDAP und SRP erkennt das Gericht in der von beiden Parteien angewandten Legalitätstaktik. Die SRP plane, ähnlich wie die Nationalsozialisten vor 1933, mit dem schleichenden Mittel der inneren Zersetzung die Machtübernahme zu verwirklichen und ihre verfassungsfeindlichen Ziele erst danach durchzusetzen. Vor diesem Hintergrund seien alle Loyalitätsbekundungen zur bundesrepublikanischen Ordnung im Parteiprogramm mit Vorsicht zu genießen, ja wären gar „ohne Beweiswert für die wahren Ziele der Partei.“²⁴ Erst in der Zusammenschau vieler Einzelaspekte – auch außerhalb des Programms – werde das Ziel der SRP deutlich, die bestehende Ordnung untergraben und dann beseitigen zu wollen, wes-

²¹ Ebd., S. 18.

²² Ebd., S. 19.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Ebd., S. 20.

halb auch das Verhalten der Anhänger zum Tatbestandsmerkmal erklärt wird.²⁵

Trotz der hier festgestellten Einschränkungen lässt es sich das Bundesverfassungsgericht nicht nehmen, auf die programmatischen Analogien zwischen NSDAP und SRP hinzuweisen. Das SRP-Programm weise „im Gesamtstil aufschlußreiche Ähnlichkeiten mit dem der NSDAP“²⁶ auf. Als typisch empfinden die Richter für beide Programme, dass sie neben Gemeinplätzen und allgemeine Forderungen vor allem auch utopische und miteinander kaum vereinbare wirtschaftliche Verheißungen von landwirtschaftlicher Autarkie oder einem „volksgebundenen Sozialismus“ enthalten sowie ein klares Bekenntnis zur Demokratie vermissen lassen.²⁷ Zentral sei bei beiden Programmen der „Reichsgedanke“ bzw. das Bekenntnis der „Treue zum Reich“, infolgedessen der Reichsmythos als eine Art „oberstes Gesetz“ für alle Parteimitglieder festgelegt werde.²⁸ Das Urteil weist völlig zu Recht darauf hin, dass mit diesem Reichsgedanken bei der SRP nicht etwa die – aus Sicht der Richter legitime – simple Wiederherstellung des Staatskörpers „Deutsches Reich“ als gleichberechtigtes Mitglied in einem friedlichem Europa gemeint sei, sondern vielmehr eine „volkhafte Großraumordnung“ bzw. ein „germanischer Staat deutscher Nation“²⁹, wie ihn Hitler sich vorstellte. Nichts anderes meinten die SRP-Anhänger, wenn sie von Deutschland in seinen „geschichtlichen Grenzen“ sprächen.³⁰

Als wesentlich ergiebiger für den Nachweis der Wesensverwandtschaft als der Abgleich der Programme erwies sich für das Gericht aber die Begutachtung der Aussagen und des Verhaltens der Parteianhänger. Zunächst wird diesbezüglich die Propaganda der SRP analysiert. Schon Hitler habe hier eine sehr emotionale Ansprache der Menschen gefordert, die Mittel der starken Vereinfachung, ja sogar der

²⁵ Vgl. ebd., S. 21f.

²⁶ Ebd., S. 47.

²⁷ Vgl. ebd., S. 47f.

²⁸ Vgl. ebd., S. 48.

²⁹ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 18. Aufl., München 1933, S. 263, zit. nach BVerfGE 2,1, S. 48.

³⁰ Vgl. BVerfGE 2,1, S. 49.

Lügen und eine „freche einseitige Sturheit“³¹ als notwendig bezeichnet. Diesen Grundsätzen folge auch die SRP. Ressentiments würden zu rassistischen Hassgefühlen aufgestachelt, zudem erinnerten die Totenfeiern und Gedenkminuten für vermeintliche Kampfgenossen, begleitet von Marschmusik und Nazi-Symbolik, an die Hitler-Bewegung. Hier träte „die Gleichartigkeit der Propaganda beider Parteien unverkennbar hervor“, hier handele es sich um die „Wiederholung gleichartiger nationalsozialistischer Veranstaltungen.“³² Auch der Wortschatz der SRP indiziere die Wesensverwandtschaft zur NSDAP. Der Hitlerschen Diktion von den „Systemparteien“ entspreche das von der SRP genutzte Wort der „Monopolparteien“, dem Begriff „Erfüllungspolitiker“ stehe derjenige der „Erschöpfungspolitiker“ gegenüber, die „Novemberverschreiber“ würden nun als „Landesverräter“ bezeichnet.³³ Letzterer Begriff gehe Hand in Hand mit dem von der SRP vertretenen Geschichtsrevisionismus. Wie die NSDAP einst die „Dolchstoßlüge“ instrumentalisierte, verfälsche die SRP nun die historischen Fakten zum Hergang der Zweiten Weltkrieges, zeige darüberhinaus Sympathien mit den in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechern und mache allein den deutschen Widerstand gegen Hitler für die Kriegsniederlage Deutschlands verantwortlich.³⁴

Diese Geschichtsfälschungen bereiteten demnach auch den Boden für den Vorwurf der SRP, die Bundesrepublik sei – wie die Weimarer Republik in den Augen der Nationalsozialisten – ein illegitimes System. Ohne Unterbrechung würden die bestehende, demokratische Ordnung und die für sie stehenden Politiker angefeindet. Die für die SRP einzig legitime Regierung wäre auch 1951 noch die des Hitler-Nachfolgers Karl Dönitz gewesen, die faktische Staatsgewalt läge aus Sicht der SRP ausschließlich bei den Alliierten. Ähnlich der NSDAP in der Weimarer Zeit betreibe die SRP eine systematische Herabsetzung des Ansehens der deutschen Verfassungsorgane, wie die Charakterisierungen führender Bonner Politiker als „Erfüllungs- und Erschöpfungspolitiker“, „gewissenlose Spekulanten“ oder „Lumpokra-

³¹ A. Hitler (Anm. 29), S. 201, zit. nach BVerfGE 2,1, S. 51.

³² BVerfGE 2,1, S. 51f.

³³ Vgl. ebd., S. 52.

³⁴ Vgl. ebd., S. 52f.

ten“ eindeutig zeigten.³⁵ Die SRP gefalle sich zudem in der Rolle des Staatsfeindes. Trotz aller parlamentarischer Teilhabe hielte die SRP in Analogie zu ihrer Vorgänger-Partei die zweite deutsche Demokratie für ein volks- und wesensfremdes, scheidemokratisches System.³⁶ Dies alles gipfele schließlich in den vielen Verunglimpfungen der staatlichen Symbole und der Missachtung der Staatsgewalt der Bundesrepublik. Das Gericht spricht hier zum einen von „Flaggenfreveln“ und der Bezeichnung der Bundesfarben als „Schwarz-Rot-Senf“. Zum anderen weist es auf die zahlreichen „Heldengedenken“ hin, die sowohl die NSDAP als auch die SRP für ihre Mitstreiter, die mit dem Rechtsstaat in Konflikt gerieten und verurteilt wurden, abhielten.³⁷

Ganz besonders schwer wiegt jedoch – vor dem Hintergrund des kurzen zeitlichen Abstands zum Völkermord an den europäischen Juden – der abschließende Vorwurf des Gerichts, die SRP betreibe eine Wiederbelebung des Antisemitismus. Die der NS-Rassenpolitik entnommenen Anspielungen zum Bild des gehässigen, flegelhaften und schnoddrigen Juden erinnern das Gericht an die Hetze des antisemitischen Blattes „Der Stürmer“. Im offiziellen Parteiorgan der SRP sei von einer „jüdische(n) Verschwörung“ die Rede, die den „Lauf der Geschichte geändert“³⁸ hätte. Alte antisemitische Theorien vom großen Einfluss der Juden in Amerika und in den „die Welt beherrschender Finanz- und Regierungskreisen“ würden mit einer „jüdische(n) Weltstrategie“³⁹ in Zusammenhang gebracht. So bilanziert das Bundesverfassungsgericht schlussendlich:

„Mag auch der SRP die Übereinstimmung mit den Zielen und Methode der NSDAP nicht in allen Einzelheiten nachzuweisen sein, so gebietet doch der auch im Bereich des Politischen gültige Schluß von der Form auf den Inhalt die Folgerung: eine Partei, die einer eindeutig verfassungswidrigen politischen Bewegung der Vergangenheit in ihrer Vorstellungswelt und in allen wesentlichen Formen der Äußerung wesensverwandt ist, wird auch, sofern sie weiterwirken kann, die glei-

³⁵ Vgl. ebd., S. 56ff.

³⁶ Vgl. ebd., S. 59-61.

³⁷ Vgl. ebd., S. 62f.

³⁸ Ebd., S. 66.

³⁹ Ebd., S. 66f.

chen oder doch gleichartigen Inhalte zu verwirklichen suchen.“⁴⁰ Daher erfülle die SRP den Tatbestand des Art 21. Abs. 2 GG.

Bezüglich der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der SRP hält sich das Urteil etwas zurück. Dass aber auch in diesen Punkten eine starke Kontinuität zur NSDAP vorlag, stellt das Standardwerk zur SRP des Politikwissenschaftlers Henning Hansen heraus. Sie sollen die Vergleichskriterien des Bundesverfassungsgerichts an dieser Stelle ergänzen, um sie darauf aufbauend ebenfalls in das hier angestrebte Analyseraster zu integrieren. Demnach wollte die SRP durch einen „Volkssozialismus ... zur Aufhebung aller Glaubens- und Klassegegensätze beitragen.“⁴¹ Dieses von der SRP propagierte Konzept sollte allerdings nichts mit den verachteten marxistischen Gesellschaftsvorstellungen zu tun haben. Zwar wurde eine wie auch immer geartete „Lenkung der Wirtschaft“ als notwendig erachtet – im Mittelpunkt stand aber eher „die Einordnung der Einzelpersonlichkeit in die Gesamtheit.“⁴² Die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer sollte durch ein genossenschaftliches Modell im Rahmen gehalten werden, die Entscheidungsfreiheit der Unternehmensführungen keineswegs eingeschränkt und die Gewerkschaften aus den Betrieben fern gehalten werden.⁴³

Dass der Sozialismus der SRP ein „abermaliger Aufguss des Sozialismusschwindels der NSDAP“⁴⁴ war, offenbaren folgende Punkte: Wo das SRP-Programm von der Verhinderung von Wirtschaftsmonopolen sprach, drang die NSDAP auf die „Verstaatlichung der Trusts“, wo die SRP eine Beteiligung der Arbeiter am wirtschaftlichen Erfolg forderte, setzte die NSDAP auf eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer. Beide Parteien versprachen einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung. Beide versuchten vor allem die ländliche Wählerschaft anzusprechen, die SRP mit dem Ausschluss jeder „Bodenspekulation“ und der Verhinderung des Kapitaldienstes, was die NSDAP

⁴⁰ Ebd., S. 70.

⁴¹ Henning Hansen, Die Sozialistische Reichspartei (SRP), Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei, Düsseldorf 2007, S. 108.

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴ Ebd., S. 109.

unter der „Brechung der Zinsknechtschaft“ subsumierte.⁴⁵ Zusätzlich vertrat die Partei in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung und bei den landwirtschaftlichen Autarkievorstellungen die gleichen Ansätze wie die NSDAP.⁴⁶ Die SRP wurde daher nicht müde zu betonen, dass man dieses „gesunde Gedankengut des Nationalsozialismus in einer vernünftigen Form zur Geltung“⁴⁷ bringen wolle.

Nach Begutachtung des SRP-Urteils und den ergänzenden Aspekten aus dem Werk Hansens stellen sich die Einzelpunkte des Analyserasters, anhand dessen nun der aktuelle Grad der Wesensverwandtschaft der NPD mit der NSDAP erläutert werden soll, wie folgt dar:

1. Legalitätskurs mit einem taktischem Verhältnis zur bestehenden demokratischen Grundordnung

2. Programmatik und ideologische Fundamente
 - a) Reichsgedanke und „Treue zum Reich“
 - b) Propagierung der Volksgemeinschaft und eines „nationalen“ Sozialismusmodells, Parallelen zur NSDAP in der Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftspolitik

3. Verhaltensmuster der Parteiführung und -anhänger
 - a) Propagandistische Mittel wie Simplifizierung, Aufstachelung zum Rassenhass (Volksverhetzung) sowie Toten- und Heldengedenken
 - b) Geschichtsrevisionismus und Geschichtsverklärung
 - c) Vorwurf der Illegitimität gegenüber dem politischen System und Herabsetzung des Ansehens der demokratischen Verfassungsorgane und Politiker – Selbstakzentuierung als Staats- bzw. Verfassungsfeind
 - d) Verunglimpfung von Staatssymbolen und Missachtung der Staatsgewalt – „Märtyrertum“
 - e) Antisemitismus

⁴⁵ Vgl. ebd.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 126f.

⁴⁷ Ebd., S. 116.

4. Aspekte der Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP

4.1 Legalitätskurs mit einem taktischem Verhältnis zur bestehenden demokratischen Grundordnung

Die heutige NPD zeichnet sich durch den Versuch aus, eine Doppelstrategie von legalem, biedermännischem Auftreten nach außen und radikaler Systemopposition nach innen aufrechtzuerhalten. Sobald die Partei auf Grund ihrer verfassungsfeindlichen Gesinnung mit den Akteuren und Grundsätzen des „streitbaren Demokratie“ in Konflikt zu geraten droht, werden Aussagen zurückgenommen, Parolen umgedeutet und beschwichtigt. Dieses Verhalten gipfelte kurz nach Beginn des NPD-Verbotsverfahrens in der Behauptung Voigts, die NPD stünde auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – eine Wendung, die zu dieser Zeit auch vorübergehend Eingang in einige Pamphlete der Partei fand. Ein offener und gewaltsamer Umsturzversuch gegen die deutsche Verfassungsordnung wird von der Partei – wohl auch aufgrund der mangelnden Umsetzbarkeit – tatsächlich ausgeschlossen. Diese Auswüchse der Legalitätstaktik der NPD dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Partei ohne Wenn und Aber als „Systemalternative“ versteht. Das taktische Verhältnis der Partei zum deutschen Parlamentarismus schilderte noch im März 2009 der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel sehr treffend: „Und trotzdem ist ein solcher Landtag, den wir nun fast 5 Jahre mit unserer Arbeit bereichern, natürlich für unsere Partei und unser künftiges Personal eine wertvolle Schulungs- und Ausbildungsstätte. Und so nutzen wir die Landtagsbühne als Politikwerkstatt, als Plattform zur Entwicklung politischer Visionen; um uns mit Herrschaftswissen und geistigen Rüstzeug im Kampf gegen die Feinde unseres Landes auszustatten. Und natürlich, um unsere Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen und ihnen jeden Tag aufs Neue die Maske vom Gesicht zu reißen. ... Ein Parlament ist Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger!“⁴⁸

⁴⁸ Zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 86.

Die Ähnlichkeit dieses Zitats mit den berüchtigten Worten von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1928 ist sicherlich intendiert.⁴⁹ In den Argumentationshilfen für Kandidaten der Partei wird hierzu ausgeführt, dass man das „liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen“ wolle, wodurch eine „wirkliche Volksherrschaft mit einer ‚Identität von Regierten und Regierenden‘“⁵⁰ entstehen würde. Dieses politische System der „Identität von Regierten und Regierenden“ muss vor dem Hintergrund der – noch näher auszuführenden – stetigen positiven Bezüge der NPD zum „Dritten Reich“ vor allem als Antithese zum demokratischen Rechtsstaat verstanden werden. Stellvertretend für unzählige, im Grundtenor ähnliche Aussagen von Parteivertretern der NPD zu diesem Aspekt steht folgendes Zitat aus dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“: „Es bedarf eines kollektiven Aufschreis, der die vielen Lüfte und Winde der Frustration zu einem gewaltigen Sturm zusammenführt, der erst die Kraft besitzt ein marodes System hinwegzufegen ... Demokratie á la BRD braucht das Volk nicht.“⁵¹ Auch der langjährige Vorsitzende Voigt nimmt bezüglich dieses Fernziels schon seit Jahren kein Blatt mehr vor den Mund und sprach in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ im Jahr 2004, kurz nach dem Wahlerfolg in Sachsen, bereits ganz offen darüber, die „BRD“ abwickeln zu wollen.⁵² So muss – trotz aller parlamentarischen Teilhabe der Partei und ihres Legalitätskurses – festgehalten werden, dass die NPD eine systemoppositionelle Partei in Reinform ist, die sich nur aus opportu-

⁴⁹ „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren.“ Joseph Goebbels, Was wollen wir im Reichstag? (1928), in: ders.: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, 2. Aufl., München 1935, S. 71-73, hier S. 71.

⁵⁰ NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, 2. Aufl., Berlin 2006, S. 32.

⁵¹ Ingmar Knop, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 29.

⁵² Vgl. Udo Voigt: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“ (Interview, geführt von Moritz Schwarz), in: Junge Freiheit vom 24. September 2004, S. 3.

nistischen Erwägungen mit den Konformitätsansprüchen der rechtsstaatlichen Demokratie arrangiert.

4.2 Programmatik und ideologische Fundamente

4.2.1 Reichsgedanke und „Treue zum Reich“

Die Reichsidee kann als ein handlungsleitendes Kernstück der NPD-Ideologie gelten. Zwar vermeidet die Partei in ihren offiziellen Aktions- und Parteiprogrammen jegliche Verwendung des Wortes, wohlwissend, dass der Begriff heute vor allem negativ konnotiert ist. Für das Selbstverständnis der NPD ist der Reichsgedanke jedoch – und dies belegen zahlreiche Reden und Parteiveranstaltungen – außerordentlich wichtig. Der Landesverband Baden-Württemberg organisierte zum Beispiel zu Beginn des Jahres 2007 eine traditionelle „Reichsgründungsfeier“ und verkündet dort sein „Bekenntnis zum Reich“, welches für „volkstreue Deutsche“ zugleich „ein Bekenntnis zu seiner selbstgewählten Staats- und Regierungsform“⁵³ sei. Ähnlich liefen auch Veranstaltungen der NPD in den bayerischen Städten Coburg und Passau Anfang des Jahres 2006 ab.⁵⁴ Die Bedeutung der Reichsidee für die Partei fasste der NPD-Publizist Karl Richter auf einer dieser „Reichsgründungsfeiern“ im Januar 2009 in Berlin so zusammen:

„Auch nach 64 Jahren ist in Deutschland der Reichsgedanke lebendig, allerdings nicht in der Weise einer Anhäufung von Landmasse und militärischer Omnipräsenz. Anders als bei unseren Nachbarn verbinden wir Deutsche damit eher innere Werte. Man dient nicht dem Besatzer, man verrät keinen Landsmann und Gesinnungskameraden, man akzeptiert nicht die gegen die eigene Nation gerichtete Geschichtsentstellung, man steht vielmehr seinem in der Existenz bedrohten Volk ohne wenn und aber zur Seite. Denn unser Volk, unsere Sprache, unser kulturelles Erbe sind das Reich, das wir, deren Festplatte nicht durch die Umerziehung gelöscht wurde, repräsentieren.“⁵⁵

⁵³ NPD-Landesverband Baden-Württemberg, zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin 2008, S. 62.

⁵⁴ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2007, München 2008, S. 133.

⁵⁵ So das Transskript der Rede im Internetauftritt des NPD-Landesverbandes Berlin, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 57.

Der Partei geht es also vor allem um die „inneren Werte“ der Reichsidee. Es sei darauf hingewiesen, dass es sich bei diesen „Werten“ um die Grundzüge eines autoritär-diktatorischen Regimes, wie es schon die NSDAP in ihrem 25-Punkte-Programm von 1920 vertrat, handelt. Diese forderte dort die „Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches“ und damit verbunden die „(u)nbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen“⁵⁶. Die Parallelen zur NSDAP werden bei einem „Thesenpapier“ der NPD-Unterorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) aus dem Jahr 2006 zur Reichsidee überdeutlich. Dieses fordert fast wortgleich ein „neues Reich“ mit einer „unbedingten und starken Zentralgewalt“, dessen Verwaltungsgrenzen der „Reichsgaue“ oder Länder mit den deutschen „Stammesgrenzen“ deckungsgleich sein müssten. „Alles was jedoch den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft betrifft, bleibt in den festen Händen der Zentralgewalt.“⁵⁷ Eine wirkliche, die Regierung kontrollierende Opposition ist in diesem Staatskonzept nicht vorgesehen. Anstelle dieser schwebt den Nachwuchskräften der NPD ein „berufsständisches Kammersystem“ vor, welches lediglich eine „beratende Funktion (Antragsrecht)“ einnehmen soll.⁵⁸ Hier wird ein totalitäres Regierungssystem propagiert, welches sich sowohl im Aufbau als auch in der Diktation sehr nah an den Vorstellungen Hitlers orientiert.

Das Europawahlprogramm der NPD von 2004 sieht es zudem als vorrangige Aufgabe an, die „voll(e) Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“⁵⁹ wieder herzustellen. Denn völkerrechtlich bestehe das Deutsche Reich – ganz der SRP-Argumentation folgend –, auch nach dem Abtritt der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 fort, wenn es auch handlungsunfähig sei. Konkret heißt es in einer Broschüre der NPD: „Wenn wir von Reich reden, meinen wir ... die Wiederherstellung

⁵⁶ 25 Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920, in: www.dhm.de (gelesen am 15. Oktober 2010), Programmpunkt 25.

⁵⁷ Thesenpapier der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), zit. nach Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.), Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen, Dresden 2009, S. 58.

⁵⁸ Vgl. Grundlagenprogramm der JN, Thesen zur Volksherrschaft, o.O. 2006, zit. nach Sächsisches Handbuch (Anm. 57), S. 61.

⁵⁹ Zit. nach Sächsisches Handbuch (Anm. 57), S. 58.

deutscher Staatlichkeit und nationaler Selbstbestimmung in Gestalt des Deutschen Reiches ... Unser Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches, um wieder Herr unser eigenen Dinge zu werden.“⁶⁰ Die NPD strebt, und auch hier muss die Wortwahl besonders beachtet werden, die Wiederherstellung des deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“⁶¹ an. Wie sehr die Partei auch aktuell diesem Denken verhaftet ist und welche Wichtigkeit die „Treue zum Reich“ für die emotionale Ansprache der NPD-Basis hat, stellte der Bamberger Bundesparteitag vom 4./5. Juni 2010 noch einmal unter Beweis, bei dem Voigt vor allem für die Aussage, man werde „die Stapfen des Reiches in diese Republik tragen“⁶², überbordenden Applaus der Delegierten erhielt.

4.2.2 Propagierung der Volksgemeinschaft und eines „nationalen“ Sozialismusmodells – Parallelen zur NSDAP in der Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftspolitik

Die NPD negiert die universellen Menschen- und Gleichheitsrechte und setzt diesen Grundwerten, die sich in der freiheitlichen Demokratie manifestieren, als Alternative das dem Nationalsozialismus entlehnte Konzept der „Volksgemeinschaft“ entgegen. Die NPD spricht hier von einem „völkischen Gemeinschaftsleben“⁶³ als Idealbild, dessen Fundament die Familie als „lebendes Bindeglied überlieferter Traditionen“ und „Träger des biologischen Erbes“⁶⁴ bilde. Die von der NSDAP geprägte Formel „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ sei genau wie das Konzept einer „solidarischen Volksgemeinschaft“ völlig richtig und die „Volksgemeinschaftsidee“ keine „Erfindung der National-

⁶⁰ Argumente für Kandidaten (Anm. 50), S. 33.

⁶¹ So zu lesen auf der Internetseite der NPD, Meldung über den „Präsidiumsbeschluß zur V-Mann-Hysterie – Jetzt erst recht!“ vom 17. Juli 2002, zit. nach Sächsisches Handbuch (Anm. 57), S. 55.

⁶² Udo Voigt, Rede auf dem NPD-Bundesparteitag 2010 in Bamberg, zit. nach Frank Jansen, Müde stapft das Reich, in www.tagesspiegel.de vom 5. Juni 2010.

⁶³ NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin o.J., abgerufen unter www.npd.de am 15. Oktober 2010, S. 31.

⁶⁴ NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Parteiprogramm, 10. Aufl., Berlin 2004, Punkt 2.

sozialisten“, sondern „vor-nationalsozialistischen Ursprungs“ und daher von „zeitloser Gültigkeit.“⁶⁵ Das „Volk“ ist, wie schon bei NSDAP und SRP, Dreh- und Angelpunkt jeglicher Argumentationsmuster:

„Neben der Familie und der Region spielt das Volk eine entscheidende Rolle bei der Verwurzelung und Rollenzuweisung des Menschen. Durch gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur entsteht eine Gemeinschaft, mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist. Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört. Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten.“⁶⁶

Die NPD will mit diesem Konzept den Menschen eine – für totalitäres Denken charakteristische – Zukunftsutopie entwerfen, die auf einen Schlag gleichsam sämtliche Probleme der deutschen Gesellschaft zu lösen vermag: „In der von uns angestrebten Volksgemeinschaft werden die Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems überwunden werden.“⁶⁷ Gerade vor dem Hintergrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sollen solche Parolen ihre Wirkung beim Bürger nicht verfehlen. Der in NPD-Kreisen als „Wirtschaftsexperte“ firmierende Per Lennart Aae wies zu Beginn des Krisenjahres 2009 in einem ausführlichen Beitrag in der „Deutschen Stimme“ darauf hin, dass die akuten ökonomischen Probleme nur auf Basis der „Volksgemeinschaft“ zu bewältigen wären:

„Sozial geht nur national! – Das ist keine Floskel, sondern eine wissenschaftlich begründete Tatsache. ... Das bedeutet aber, daß ein historischer Paradigmenwechsel auf der Tagesordnung steht – oder, besser gesagt, gesetzt werden muß: weg vom herrschenden internationalen Raubritterkapital, hin zum dienenden, volkswirtschaftlich eingebundenen und kontrollierten Kreislaufkapital, weg von der globalistischen Strohfeuerwirtschaft, hin zur raumorientierten, Volk

⁶⁵ Argumente für Kandidaten (Anm. 50), S. 32f.

⁶⁶ Aktionsprogramm (Anm. 63), S. 12f.

⁶⁷ JN-Papier „25 Thesen zum Nationalismus“ vom 16. Mai 2006, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 59.

und Land verpflichteten Wirtschaftsordnung, weg von der internationalistisch-kosmopolitischen Paranoia, hin zum lebensrichtigen, an Volksgemeinschaft, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit orientierten Denken.“⁶⁸

Kurz vor der Bundestagswahl 2009 unterstrich Voigt daher ein weiteres Mal, dass die Wirtschaftskrise nur durch die Losung „Sozial geht nur national“ bewältigt werden könne. Das Solidarprinzip, soziale Gerechtigkeit, gemeinsame ethnische und kulturelle Entwicklung und eine raumorientierte Volkswirtschaft seien untrennbar mit den Vorstellungen einer „Volksgemeinschaft“ verbunden.⁶⁹

Diese Beispiele zeigen, dass die NPD in den letzten Jahren zunehmend auf eine sozialrevolutionäre Komponente in ihrer Programmatik setzt. Viele der Ausführungen erinnern an Vorstellungen des „Strasser-Flügels“ der noch jungen NSDAP.⁷⁰ Der Sündenbock und Quell allen Übels ist für die NPD die Globalisierung, die als eine von gewissen Interessensgruppen bewusst gesteuerte Strategie wahrgenommen wird und eine „neue Weltordnung der US-Ostküste“⁷¹ umsetzen soll: „Die Globalisierung steht für die Weltdiktatur des Großkapitals, das die Völker kulturell gleichschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausbeutet und ethnisch zerstört.“⁷² In diesem Zusammenhang bedient sich die NPD auch zunehmend der Schlagworte und Konzepte nationalsozialistischer Wirtschaftstheoretiker wie Gottfried Feder oder Herbert Backe.⁷³ Auf Parteiveranstaltungen ist immer öfter die Rede von der Federschen Forderung nach der „Brechung der Zinsknecht-

⁶⁸ Zit. nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 48), S. 69.

⁶⁹ Vgl. ebd.

⁷⁰ So auch A. Pfahl-Traughber (Anm. 5), S. 40f.

⁷¹ Aktionsprogramm (Anm. 63), S. 50f.

⁷² NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), 1. Aufl., Berlin 2010, S. 5.

⁷³ Vgl. z.B. Gottfried Feder, Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes (1919), Bremen 1982 sowie ders., Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, 198.-200. Aufl., München 1938; vgl. auch Herbert Backe, Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft, Berlin 1938 und ders.: Volk und Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland. Reden des Staatssekretärs im Reichs- in Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin 1936.

schaft“, also der revolutionären und antikapitalistischen Umstrukturierung der nationalen Geldkreisläufe und des Kreditwesens. Auch die Parteiführung hat diesen Terminus mittlerweile in ihr Agitationsvokabular aufgenommen. Die antikapitalistischen Strömungen innerhalb der Partei gewinnen weiter an Einfluss, wohl auch, weil die neuen Länder mittlerweile das Hauptbetätigungsfeld der NPD sind. Radikale Forderungen bezüglich der Kreditwirtschaft kamen denn auch auf dem Bundesparteitag 2010 auf, als ein bayerischer Delegierter bei der Beratung des neuen Parteiprogramms forderte: „Der Zins gehört weg, brecht die Zinsknechtschaft, Freiheit für den deutschen Arbeiter.“⁷⁴ Hatte sich das alte Parteiprogramm bei den Aussagen zur Zinspolitik noch zurückgehalten, so fand diese Forderung – wenn auch inhaltlich und vor allem sprachlich abgeschwächt – tatsächlich Eingang in das neue NPD-Programm, wo es nun heißt:

„Die deutsche Regierung ergreift geeignete Maßnahmen, die Ausbeutung durch Zinsen zu stoppen und die Börsen- und Finanzwirtschaft zu regulieren. Eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik muß das deutsche Zins- und Börsenwesen in geordnete Bahnen lenken, Spekulationen unterbinden und jene gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, die dem Wohl der deutschen Wirtschaft dienen.“⁷⁵

Darüberhinaus will die NPD „Arbeitnehmer ... am Produktivvermögen“ beteiligen, um ihnen das zurückzugeben, was „Automatisierung, Rationalisierung und Profitstreben an Arbeit und Lohnentwicklung nehmen“⁷⁶. Auch eine Lenkung der Wirtschaft durch staatliche Akteure und die Erfüllung von planwirtschaftlich festgelegten Produktionszielen gehören in Ansätzen zur neuen NPD-Programmlinie. Die im Aktionsprogramm der Partei getroffene Aussage, die „Führung der Volkswirtschaft“ unterläge in letzter Verantwortung dem Staat, wird jedoch durch das gleichzeitige Bekenntnis der NPD „zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“⁷⁷ etwas relativiert. Trotz all dieser antikapitalistischen Rhetorik legt die NPD großen Wert darauf zu betonen, dass ihr Sozialismus „national“ ist. Wenn der stell-

⁷⁴ Zit. nach F. Jansen (Anm. 62).

⁷⁵ Arbeit. Familie. Vaterland. (Anm. 72), S. 8f.

⁷⁶ Ebd., S. 8.

⁷⁷ Aktionsprogramm (Anm. 63), S. 20.

vertretende Parteivorsitzende Frank Schwerdt vom „sozialistischen Modell“ spricht, dann meint er damit nichts anderes als „einen Sozialismus, der sich hier auf dieses Land bezieht, auf die Nation.“ „Deswegen“, so Schwerdt, „sagen wir Nationaler Sozialismus.“ Auf die Nachfrage eines TV-Reporters, ob damit Nationalsozialismus gemeint sei, entgegnete er offen: „Man kann das so bezeichnen.“⁷⁸ Dass es sich bei den Vorstellungen der NPD um einen ähnlichen „Sozialismusschwindel“ wie bei der NSDAP handelt, lässt sich nicht eindeutig bejahen. Die zahlreichen positiven Bezüge der NPD zur Politik des „Dritten Reiches“, die eine wirklich antikapitalistische Stoßrichtung ja vermissen ließ, weisen jedoch in diese Richtung.

Die NPD nutzt in der Sozialpolitik auch die realpolitischen Auswüchse des NS-Regimes von 1933-1945 als Blaupause für die eigenen programmatischen Leitlinien. Der als Ökonom der Partei geltende Aae bezeichnete in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ zum Beispiel die Familienpolitik des „Dritten Reichs“ als familienfreundlich, sozialstaatlich und vor allem erfolgreich.⁷⁹ Und ein offizielles Statement der NPD-Unterorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) ließ an gleicher Stelle seiner Bewunderung für die nationalsozialistische Sozialpolitik freien Lauf:

„Als der deutsche Sozialstaat noch funktionierte: Autobahn in den Dreißigern (Bilduntertitel). Mit dem Slogan ‘Kraft durch Freude’ ist eigentlich schon alles gesagt: Die Nationalsozialisten wollten ... das Volk aus dem Elend befreien ... Der Nationalsozialismus ist insofern modern ...“⁸⁰

Offensichtliche Überschneidungen bestehen auch bei der Romantisierung und Idealisierung des Bauernbildes und der Überhöhung der

⁷⁸ Frank Schwerdt, zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2005, Berlin 2006, S. 76.

⁷⁹ Per Lennart Aae, zit. nach Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2008, Berlin 2009, S. 76.

⁸⁰ Ring Nationaler Frauen Berlin, Positionspapier, in: Deutsche Stimme 4/2009, S. 19, zit. nach Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2009, Düsseldorf 2010, S. 51.

Landwirtschaftspolitik.⁸¹ Schon die utopische Forderung, Deutschland müsse in allen Wirtschaftsbereichen, aber vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten, autark werden, zeigt erste Analogien auf. Hinzu kommt eine völlige Fehleinschätzung des Stellenwertes, den der primäre Sektor heute noch in der Wertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft hat:

„Die deutsche Landwirtschaft muß wieder den Stellenwert eines zentralen Wirtschaftszweigs bekommen. Dabei gilt es, mit landwirtschaftlichen Produkten weitestgehend nationale Selbstversorgung anzustreben. Der Staat hat regionale Vermarktung und Preisentwicklung im Sinne einer das Einkommen und die Existenzgrundlagen der Landwirte sichernden Entwicklung zu beachten.“⁸²

Wie schon im historischen Nationalsozialismus dem „Reichsnährstand“ eine außerordentliche Wichtigkeit für das „Überleben des Deutschen Volkes“ beigemessen wurde, so versucht auch die NPD die ländliche Wählerklientel durch protektionistische Forderungen anzusprechen und das Idealbild des „Bauernstandes“ wiederzubeleben: „Der deutsche Bauernstand ist von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung und verdient daher den Schutz des Staates.“⁸³ Die landwirtschaftlichen Autarkievorstellungen und die Betonung der „enormen“ wirtschaftlichen und vor allem kulturellen Bedeutung des „Bauernstandes“ wirken für ein Parteiprogramm, das im Jahre 2010 verabschiedet wurde, äußerst rückwärtsgewand und belegen einmal mehr die bewusst intendierte programmatische Nähe der NPD zur NSDAP.

⁸¹ Auch in diesem Bereich ist eine gewisse Nähe zu einem NS-Politiker und -theoretiker, namentlich Richard Walther Darré, evident. Vgl. z.B. ders.: Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse (1929), 7. Aufl., München 1938.

⁸² Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 72), S. 15.

⁸³ Ebd.

4.3. Verhaltensmuster der Parteiführung und -anhänger

4.3.1 Propagandistische Mittel wie Simplifizierung, Aufstachelung zum Rassenhass (Volksverhetzung) sowie Toten- und Heldengedenken

Alle diese drei Merkmale nationalsozialistischer Propaganda können bei der NPD wiederentdeckt werden. Die Parteiführer der NPD neigen zu einer dichotomen Weltsicht, die sie im Grunde auf jegliches Politikfeld und jede gesellschaftliche Problemstellung anwenden. Simplifizierungen, Übertreibungen, Beleidigungen und das Denken in „Schwarz-Weiß-Mustern“ sind charakteristisch für alle NPD-Parteiveranstaltungen und Veröffentlichungen. Ein Zitat, welches dieses Merkmal veranschaulichen mag, ist das Folgende:

„Die Lage der realexistierenden BRD erweist sich zunehmend als dramatisch. Gebärverweigerung, Verausländerung, Bildungskatastrophe, Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung, Lohndumping, die soziale Verelendung von Millionen und eine gewaltige Staatsverschuldung haben das System zweifellos an den Abgrund gebracht – und bald muß es stürzen ... Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang gewiß auch die verbalen Absonderungen einer vollständig degenerierten politischen Klasse, die wider alle Erkenntnisse und Erfahrungen weiter auf die Verausländerung der BRD setzt.“⁸⁴

Gegen diese vermeintliche „Verausländerung“ geht die NPD mittlerweile mit immer schärferen, offen rassistischen Angriffen vor. Schon im Jahr 2006 agierte die NPD mit einem perfiden WM-Planer gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe. Im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland zeigte dieser ein Trikot der deutschen Nationalmannschaft mit der Nummer 25, unter dem man den Slogan „Weiß – Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ lesen konnte. Dies war eindeutig gegen den schwarzen Nationalspieler und Träger dieser Rückennummer, Patrick Owomoyela, gerichtet.⁸⁵ Dieser wehrte sich dagegen erfolgreich mit juristischen Mitteln, wodurch sowohl Parteichef Voigt, sein Presse-

⁸⁴ Internetauftritt der JN Schönebeck vom 15. August 2006, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 27.

⁸⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 79f.

sprecher Klaus Beier als auch Parteivize Schwerdt im April 2009 zu mehrmonatigen Bewährungsstrafen wegen Volksverhetzung und Beleidigung verurteilt wurden. Ähnlich war die Vorgehensweise der NPD im thüringischen Landtagswahlkampf 2009, als sie den farbigen Politiker Zeca Schall medienwirksam als „CDU-Quoteneger“ beleidigte und diesen im „direkten Gespräch“ zur „Heimreise“ animieren wollte. NPD-Aktivisten, darunter auch Voigt, versuchten immer wieder, sich dem Wohnhaus Schalls zu nähern, woraufhin dieser sogar unter Polizeischutz gestellt werden musste. Der NPD-Funktionär Patrick Wieschke wurde für die Abfassung derjenigen Pressemeldung, die Schall als „Quoteneger“ verunglimpft hatte, im März 2010 vom Amtsgericht Eisenach wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.⁸⁶ Die systematische Aufstachelung zum Rassenhass und der kalkulierte öffentliche Eklat gehören mittlerweile in der politischen Auseinandersetzung zum „Standardrepertoire“ der NPD.

Auch das vom Bundesverfassungsgericht bei der SRP diagnostizierte Prozedere, mit „Heldengedenken“ den inneren Zusammenhalt zu stärken und tatsächliche oder vermeintliche Kämpfer für die eigene Sache zu ehren bzw. zu instrumentalisieren, kann bei der NPD erkannt werden. Die rechtsextremistische Partei pflegt diese Tradition der nationalsozialistischen Bewegung. Kontinuierlich versuchen Parteikreise, die NS-„Heldengedenktage“ im März fortzuführen oder diese alternativ am „Volkstrauertag“ zu initiieren.⁸⁷ Interessant und vielsagend ist dabei ein Blick auf diejenigen Personen, derer die NPD-Kader bei diesen Tagen gedenken: Es sind vor allem Soldaten der Waffen-SS, Kriegsverbrecher und politische Größen des NS-Regimes. Die seit 2005 verbotenen Rudolf-Heß-Gedenkmärsche im bayerischen Wunsiedel, die die NPD zukünftig als Gedenkmärsche für den 2009 verstorbenen NPD-Vorstand Jürgen Rieger weiterführen will, erreichten wegen des juristischen Tauziehens um die Veranstaltung bundesweite Bekanntheit. Dem als „Märtyrer“ der NS-Bewegung bekannten Horst Wessel erweisen Neonazis, teils von der NPD organisatorisch unter-

⁸⁶ Vgl. Oliver Cruzcampo, Thüringer NPD-Funktionär zu Geldstrafe verurteilt, in: www.endstation-rechts.de vom 26. März 2010.

⁸⁷ Vgl. Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 66.

stützt, an seinem Todestag regelmäßig die Ehre.⁸⁸ Gerade bei diesen Veranstaltungen werden die symbolischen (Fahnen, Fackeln und Lieder) und performativen Parallelen zur NSDAP und SRP überdeutlich.

4.3.2 Geschichtsrevisionismus und Geschichtsverklärung

Das neue Parteiprogramm der NPD fordert ein „nationales Geschichtsbild, das die Kontinuität im Leben unseres Volkes in den Mittelpunkt stellt.“⁸⁹ Den „Nationaldemokraten“ ist die international anerkannte Aufarbeitung des „Dritten Reiches“ in der Bundesrepublik ein Dorn im Auge. Sie sieht durch die Vergangenheitsbewältigung nationale Interessen verraten und beklagt einen vermeintlichen deutschen „Schuldskult“:

„Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch einseitige geschichtliche Schuldzuweisungen zu Lasten Deutschlands, durch die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher ... Der 8. Mai 1945 war kein Tag der Befreiung, sondern der Niederlage und Besetzung unseres Landes, und er ist daher kein Anlaß für Feiern.“⁹⁰

Dieser Argumentation folgend sind sämtliche Widerstandskreise des Dritten Reiches für die NPD den Landesverrätern zuzurechnen. Wie auch schon die vorangegangenen Aspekte der Wesensverwandtschaft vor Augen geführt haben, versucht die NPD stets herauszustellen, dass die positiven Anknüpfungspunkte des Nationalsozialismus die negativen (wie z.B. die Kriegsniederlage) überwiegen. Dieser Versuch muss jedoch mit ständigen Geschichtsverklärungen einhergehen. In einer Rede anlässlich einer Demonstration in Nürnberg bezeichnete Voigt den Nationalsozialismus als einen „einzigartigen europäischen Lebensentwurf“ und verkündete, dass die ihn vertretenden Männer 1945 „vom Bolschewismus und von den liberalistischen USA unterjocht

⁸⁸ Vgl. beispielhaft Johannes Müller, NPD-Kader bei SS-Gedenken in Bad Reichenhall, in: www.npd-blog.info vom 9. Mai 2010 und Robert Scholz, Nur 150 Rechtsextremisten gedenken Rieger in Wunsiedel (31. Oktober 2010), in: www.endstation-rechts.de (gelesen am 15. November 2010).

⁸⁹ Arbeit. Familie. Vaterland. (Anm. 72), S. 14.

⁹⁰ Ebd.

und abgeurteilt“⁹¹ wurden. In dieses Argumentationsmuster muss auch der Kommentar Voigts zum öffentlichen Gelöbnis von Bundeswehrrekruten am 20. Juli 2008 vor dem Reichstag in Berlin eingeordnet werden:

„Den Reichstag als ein Symbol des Reiches, als Ausdruck der Macht des Volkes, dem deutschen Volke gewidmet, in Verbindung mit dem hinterhältigen Attentat des 20. Juli zu bringen, blieb den Veranstaltern vorbehalten. Schließlich war es der in freien und geheimen Wahlen gewählte Reichstag, welcher am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler wählte und ihm dann alle Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes übertrug.“⁹²

Durch eine Ausklammerung des historischen Kontextes und die Beschönigung und Fälschung geschichtlicher Tatsachen fallen auch die grenzrevisionistischen Forderungen der NPD auf. So fordert sie kompromisslos die „Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenz-
anerkennungsverträge“, da die „unsere Geschichte mißachtende und gegen das Völkerrecht verstoßende bedingungslose Preisgabe deutscher Gebiete ... nicht hinzunehmen“⁹³ sei.

Abschließend kann beim Aspekt der Geschichtsfälschung bzw. des Revisionismus noch angemerkt werden, dass im Grunde genommen alle Parteiführer der NPD, aber auch die Mehrzahl der öffentlich agierenden Mitglieder, den Holocaust entweder leugnen oder aber stark verharmlosen. Im Rahmen des Kampfes der Partei gegen die so genannte „Holocaust-Industrie“ werden die offiziellen Opferzahlen oder der technische Hergang des Genozids an den Juden bezweifelt, wengleich dies aufgrund von strafrechtlicher Rücksichtnahme meist nur indirekt geschieht. Wie selbstverständlich dieses Verhalten für die – deswegen auch meist schon vorbestraften – Parteieliten in der Öffentlichkeit ist, zeigt ein Vorfall aus dem Jahr 2007. Der damalige Bundesvorsitzende der NPD selbst war es, der gegenüber Journalisten des TV-Magazins „Report Mainz“ die Meinung äußerte, dass die Opferzahl von sechs Millionen nicht stimmen könne. Im KZ Auschwitz hätten maximal 340.000 Juden umgekommen sein können, und es wäre

⁹¹ Sächsisches Handbuch (Anm. 57), S. 60.

⁹² Udo Voigt, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2008 (Anm. 79), S. 78.

⁹³ Altes NPD-Parteiprogramm (Anm. 64), Punkt 10.

ein gewaltiger Unterschied, „ob wir für sechs Millionen zahlen oder für 340.000.“⁹⁴ Die Singularität dieses Verbrechens würde somit entfallen.

4.3.3 Vorwurf der Illegitimität gegenüber dem politischen System und Herabsetzung des Ansehens der demokratischen Verfassungsorgane und Politiker – Selbstakzentuierung als Staats- bzw. Verfassungsfeind

In der öffentlichen Agitation gegen das demokratische System der Bundesrepublik, seine Legitimität und seine Akteure kommen die Parallelen im Vokabular von NSDAP und NPD besonders stark zur Geltung. Die Ausfälle von NPD-Politikern gegenüber den etablierten Parteien und den demokratischen Politikern übersteigen sehr häufig die Grenze zur Beleidigung und Verleumdung, die des „guten Geschmacks“ freilich immer. In einem Rechenschaftsbericht auf dem Landesparteitag der Sachsen-NPD im März 2009 bezeichnete der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel den Landtag als „verstaubte, gleichgeschaltete Schwatzbude“, „volksfernen Parlamentsbetrieb“ und als eine „Karikatur einer Volksherrschaft“. Mit Blick auf die „Versagerriege der Altparteien“ und deren „verbrecherisch-volksfeindliche(n) Absichten“ sei die NPD als „Stachel im Fleisch dieses Systems“ wichtig. Für jeden Parlamentssitz, den volkstreue Deutsche eroberten, werde einer dieser „antideutschen Volksverräter in die Wüste gejagt.“⁹⁵ Schon in den Grundsätzen ihres Aktionsprogramms spricht die NPD vom herrschenden und oligarchischen „Parteienkartell, von der CSU bis zur PDS“, das sie lediglich als „eine zentrale Versorgungseinrichtung“⁹⁶ für die Mitglieder dieser Parteien versteht. Die bundesdeutsche Demokratie wird wechselweise als „volksfeindliches System“, „regimeschützender Polizeistaat“ oder „Gaunerstaat“ bezeichnet, die demokratischen Politiker als „Staats-Sklaven“ oder „korrupte Bonzen und ... gekaufte Politkaste“ verächtlich gemacht, die

⁹⁴ Udo Voigt, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2007 (Anm. 53), S. 74.

⁹⁵ Holger Apfel, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 48), S. 70.

⁹⁶ Aktionsprogramm (Anm. 63), S. 43.

deutsche Bundeskanzlerin gar als „Politflittchen“ der USA“ diffamiert.⁹⁷

Den Grund für diese kompromisslose Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und den regelrechten Hass auf die Bundesrepublik bildet die Überzeugung der NPD, das Grundgesetz sei nicht durch das deutsche Volk legitimiert und nur ein „Diktat der westlichen Siegermächte“⁹⁸. Am 8. Mai 2009, dem Jahrestag der deutschen Kapitulation, erläuterte Voigt diese Einstellung seiner Partei noch einmal.

„Wir Nationaldemokraten versuchen auf dem Boden der immer noch fremdbestimmten BRD nationale Politik zu gestalten und erkennen folgerichtig das Grundgesetz als real existierend an und beachten die rechtlichen Gegebenheiten in der BRD. Das heißt aber nicht, daß das Grundgesetz für uns eine unumstößliche Ewigkeitsgarantie hat, wie es eigentlich eine wirkliche Verfassung haben sollte.“⁹⁹

Die „realpolitische Form des politischen Systems der BRD“ sei „zudem von einer kaum zu übertreffenden Vasallenmentalität geprägt, vor allem gegenüber der EU und den USA und auch wiederholt gegenüber bestimmten jüdischen Interessenvertretern.“¹⁰⁰ Die Bundesrepublik wird demnach als illegitimer, von der US-Ostküste ferngesteuerter Satellitenstaat des „Weltjudentums“ betrachtet. Diese Auffassung führt zu einer der Legalitätstaktik und dem Biedermann-Image der Partei völlig zuwiderlaufenden, radikalen Selbstakzentuierung der NPD als Staats- und Verfassungsfeind. Nur so sind die biologistisch-menschenverachtenden Einlassungen des NPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, zu erklären:

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen Sie, dass die Axt kommt, dass man bis

⁹⁷ Vgl. zu den Begriffen Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 26f.

⁹⁸ Argumente für Kandidaten (Anm. 50), S. 29.

⁹⁹ Udo Voigt, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 48), S. 71.

¹⁰⁰ Udo Voigt, zit. nach Sächsisches Handbuch (Anm. 57), S. 56.

aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“¹⁰¹

Sowohl Parteikader als auch einfache Mitglieder der NPD geben in Fernsehinterviews oder gegenüber Zeitungen meist offen zu, dass sie sich selbst als Verfassungsfeinde verstehen. Auch bei Vertretern des so genannten „sächsischen Weges“ bzw. „seriösen Radikalismus“, also eines gemäßigeren Kurses der NPD in der Wähleransprache, sollte man nicht an der Verfassungsfeindschaft zweifeln. So erklärte der heutige NPD-Bundesvorsitzende Apfel, Hauptverfechter dieses Weges, noch 2008 mit entwaffnender Selbstverständlichkeit: „Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler.“¹⁰² Die Bundespartei sieht laut eines Positionspapiers, das als Antwort auf Apfels „sächsischen Weg“ verstanden werden kann, ohnehin die Systemopposition als Markenzeichen und unverwechselbaren Kern der NPD.

„Das Rezept dieser zwischenzeitlichen Erfolge, die uns in aller Munde brachte war eine ganz klare und vor allem kompromißlose Ausrichtung auf Überwindung des liberalkapitalistischen Systems und des bestehenden volksfeindlichen Parteienstaates.“¹⁰³

Mag es auch strategische Differenzen innerhalb der NPD bezüglich des öffentlichen Auftretens geben, so bleibt doch ersichtlich, dass die Partei – wohl auch aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit eines erneuten Verbotsverfahrens – ihre Systemfeindschaft kaum noch zu kaschieren versucht und sich in der Rolle des „Staatsfeindes Nr. 1“ durchaus gefällt.

4.3.4 Verunglimpfung von Staatssymbolen und Missachtung der Staatsgewalt – „Märtyrertum“

Die Ablehnung der Symbole der Bundesrepublik durch die NPD ist ebenso radikal wie deren Aversion gegenüber den Grundwerten der-

¹⁰¹Udo Pastörs, zit. nach Martin Knobbe/Gerald Drissner, „Krankhafte Keime“, in: Stern, Nr. 37 vom 7. September 2006, S. 82.

¹⁰²Holger Apfel, zit. nach Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2009, Hannover 2010, S. 149.

¹⁰³NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Der Deutsche Weg – Eine Standortbestimmung. Positionspapier der NPD vom 26. April 2009, in: www.deutsche-stimme.de (gelesen am 15. Oktober 2010).

selben. Auch wenn die Parteiführung Wert darauf legt, dass ihre Anhänger in der Öffentlichkeit möglichst wenig Skandale verursachen – und Flaggenfrevel würden wohl durch die Bevölkerung als solche wahrgenommen –, kommt es immer wieder zu Vorfällen, die das Wesen der Partei freilegen und ihre Nähe zum Nationalsozialismus dokumentieren. Der folgende Fall kann stellvertretend für den generellen Habitus von NPD-Mitgliedern gegenüber den Staatssymbolen der Bundesrepublik gelten. Im Januar 2004 sagte ein Parteifunktionär in Köln bei seiner Rede:

„... stehen wir zu unserer Fahne? Und damit meine ich auch nicht die schwarz-rot-senf. Unter diesen Umständen. Oh, Entschuldigung, schwarz-rot-gold, könnte mir ja womöglich falsch ausgelegt werden. Wir stehen zu unserer Fahne ... Und dafür stehen wir, dafür kämpfen wir und darauf können wir stolz sein. Dass wir die ersten gewesen sind, aber nicht die letzten. Heil unserem geliebten Deutschland. Heil dem deutschen Reich.“¹⁰⁴

Schon NSDAP und SRP hatten die Farben des Hambacher Festes und der Märzrevolution als „Schwarz-Rot-Senf“ oder auch „Mostrich-Fahne“ verhöhnt. Der vom Amtsgericht Köln wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ zu einer Geldstrafe verurteilte „Nationaldemokrat“ klagte im Übrigen erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Urteil. Die Richter sahen seine Aussagen durch das Recht auf Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG geschützt.¹⁰⁵

Mit der deutschen Staatsgewalt kommen NPD-Mitglieder vor allem aufgrund szenetypischer Straftaten in Konflikt. Hierzu gehören in erster Linie – neben Beleidigungen und Gewaltverbrechen – die Straftatbestände der §§ 86 und 86a StGB gegen die „Verbreitung verfassungswidriger Propaganda“ und das „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ sowie § 130 StGB zur Volksverhetzung (Abs. 1) und Holocaust-Leugnung (Abs. 3), der ebenfalls

¹⁰⁴Zit. nach: Ohne Verfasser, Verfassungsrichter: Schwarz-Rot-Senf von Meinungsfreiheit gedeckt, in: www.npd-blog.info vom 04. November 2008 (gelesen am 15. Oktober 2010).

¹⁰⁵Vgl. Jan Adam, „Schwarz-Rot-Senf“: Verfassungsgericht gibt NPD-Funktionär Recht, in: www.endstation-rechts.de vom 3. November 2008 (gelesen am 15. Oktober 2010).

die Aufstachelung zum Rassenhass, die Verbreitung von Schriften und anderen Medien, die sich gegen die Menschenwürde richten oder zur Gewalt gegen bestimmte Bevölkerungsteile aufrufen (Abs. 2) sowie die Verherrlichung der nationalsozialistischen Herrschaft (Abs. 4) unter Strafe stellt.¹⁰⁶ Kommt es zur Verurteilung eines Akteurs der NPD aufgrund dieser Vergehen, so wird ihm in vielen Fällen die Rolle eines „Märtyrers“ für die „Nationale Sache“ zu teil. Denn die NPD lehnt nicht nur die demokratisch-parlamentarischen Spielregeln in der Bundesrepublik ab, sondern sieht auch den deutschen Rechtsstaat als illegitimen Unterdrückungsapparat an. Die Ausführungen der Partei im Aktionsprogramm beleuchten diese Einstellung:

„Die von den Kartellparteien verfassungswidrig kontrollierte Verwaltung wird instrumentalisiert, um Gruppierungen, die ernsthafte Kritik am Kartell und seiner Politik üben, zu schikanieren: rechtswidrige Versammlungsverbote werden mittlerweile ebenso alltäglich erlassen wie willkürliche Auflagen, die die grundgesetzlich garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit faktisch aushebeln ... Der totale Überwachungsstaat wird immer sichtbarer. ... Zur Gesinnungskontrolle und zur Schaffung einer totalitären Gesellschaft, die keine politischen Abweichler duldet, haben die etablierten Parteien ein reiches Instrumentarium aus Gesinnungsparagrafen, Behördenwillkür und Geheimdienstaktivitäten geschaffen, welches sicherstellen soll, dass sich an den bestehenden Machtstrukturen nichts ändert.“¹⁰⁷

Unter diesen Voraussetzungen werden alle Rechtsprechungen gegen „Kameraden“ als Ausfluss einer „Gesinnungsjustiz“ gegen die einzige echte Oppositionsbewegung interpretiert. Dies ist auch der Grund dafür, warum Verurteilungen wegen der oben genannten Delikte, vor allem wegen Volksverhetzung oder Holocaustleugnung, in Parteikreisen gar als eine Art „Auszeichnung“ für das Mitglied, das sich für die Bewegung „geopfert“ hat, verstanden werden.¹⁰⁸

¹⁰⁶Vgl. C. Weckenbrock (Anm. 8), S. 54f.

¹⁰⁷Aktionsprogramm (Anm. 63), S. 43ff.

¹⁰⁸Vgl. C. Weckenbrock (Anm. 8), S. 142.

4.3.5 Antisemitismus

Ähnlich wie die „Reichsidee“ oder die Vorstellung von der Volksgemeinschaft gehört der Antisemitismus in all seinen Facetten zum Selbstverständnis der NPD. Die in den offiziellen Publikationen und Programmen meist geübte Zurückhaltung bezüglich antisemitischer Hetze ist lediglich den möglichen strafrechtlichen Konsequenzen geschuldet – in Reden und Internetkommentaren werden die NPD-Aktivisten überdeutlich. Besonders der mecklenburg-vorpommerische Fraktionschef Pastörs tut sich dabei immer wieder hervor. In seiner Aschermittwochrede vom Februar 2009 meinte er mit Blick auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, dass er überzeugt sei, dass das „gesamte Finanzgebäude dieser Judenrepublik“ in den nächsten zwei Jahren am Boden liegen werde. Die „Krummnase“ Alan Greenspan habe das hiesige „Gauertum“ des Bankensektors durch Versprechungen hinters Licht geführt. Der Anlagebetrüger und „Hebräer“ Bernard Madoff wiederum mache deutlich, welch „kapitalistisch-judaistischer Geist vom Zins“ ausgehe und wie dieser den „menschlichen Völkern“ aufgezwungen werde.¹⁰⁹ Noch klarer formulierte er seine Ansichten allerdings bereits vor dem Aufkommen der Finanzkrise im August 2007:

„Wir wollen ein Europa der Vaterländer und nicht der jüdischen Krämer ... Der usraelische Geist, den man am 8. Mai 1945 beginnend, in die Hirne nicht nur des deutschen Volkes abgesondert hat, sondern dieser usraelische Geist des Merkantilens, des Handelns und des nichtarbeiten wollens ... Dieser Geist hat die Völker Europas intellektuell, geistig, kulturell degenerieren lassen.“¹¹⁰

Auch der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel bemüht ohne Unterlass antisemitische Klischees. Die Juden würden aufgrund ihres „volkszersetzenden“ Charakters eine gravierende Gefahr für die von der NPD propagierte „organisch gewachsene Gemeinschaftsordnung“ darstellen. Bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 seien „Juden und Neger“ gar eine Allianz eingegangen, die eine „Kriegserklärung“ an alle Verfechter einer biologischen „Volksg-

¹⁰⁹Udo Pastörs, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2009 (Anm. 48), S. 74.

¹¹⁰Udo Pastörs, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2007 (Anm. 53), S. 72.

meinschaft“ bedeute.¹¹¹ Denn es sei eine „alte Selbstbehauptungsstrategie des Judentums, Inländervorrechte durch Minderheitenrechte zu ersetzen und ethno-kulturelle Unterschiede zwischen dem Eigenen und dem Fremden zu verwischen“, um so den Interessen „aller Minderheiten, Mischlinge und Entwurzelten im Schmelztiegel Amerika“¹¹² zu dienen. Überhaupt wird – und dies dürfte auch in den vorangegangenen Ausführungen zu anderen programmatisch-agitatorischen Aspekten der NPD deutlich geworden sein – das Bild von der jüdischen Weltverschwörung stetig von der rechtsextremistischen Partei genutzt und die Globalisierung bzw. das „planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes“ als „seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch“¹¹³ bezeichnet.

Die NPD bedient sich darüber hinaus auch beim Rasse-Antisemitismus der NSDAP und stellt fest, dass ein „Jude ... kein Deutscher im Sinne der Volkszugehörigkeit sein“¹¹⁴ könne. Auch der sekundäre Antisemitismus, der sich des Öfteren durchaus mit dem Rasse-Antisemitismus der Partei vermischt, ist bei der NPD stark ausgeprägt. So steht die folgende Aussage des NPD-Landesvorsitzenden des Saarlandes, Frank Franz, aus dem Juli 2006 stellvertretend für die Grundlinie der Partei:

„Offenbar ist dem Zentralrat und seiner Vorsitzenden das mittlerweile über 60 Jahre währende jüdische Opfermonopol derartig zu Kopf gestiegen, daß sie zu einer realistischen Einschätzung ihrer Verhandlungsposition nicht mehr im Stande sind. Frau Knobloch und ihre Freunde sind Gäste in Deutschland und als solche haben sie sich auch zu verhalten.“¹¹⁵

Den Juden in Deutschland und insbesondere seinem Vertretungsorgan, dem Zentralrat, werden in diesem Zusammenhang auch das Betreiben eines „Schuldskults“ und einer „Holocaust-Industrie“, eine „ewige jüdische Opfertümelei“ sowie „Großmäuligkeit“ und „ewig(e) Finanz-

¹¹¹Jürgen Gansel, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2008 (Anm. 79), S. 79f.

¹¹²Jürgen Gansel, Stellungnahme auf der Homepage der Bundes-NPD vom 7. November 2008, zit. nach Verfassungsschutzbericht 2008 (Anm. 79), S. 80.

¹¹³Argumente für Kandidaten (Anm. 50), S. 19.

¹¹⁴Udo Pastörs, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 21.

¹¹⁵Frank Franz, zit. nach Verfassungsfeind NPD (Anm. 3), S. 21.

forderungen“ vorgeworfen.¹¹⁶ Der Antisemitismus auf allen Ebenen der Partei, sei er eher propagandistischer „sekundärer“ Natur oder sei er direkte Folge eines tiefverwurzelten Judenhasses, ist sicherlich einer derjenigen Aspekte, die eine Kontinuitätslinie zur NSDAP und SRP am deutlichsten freilegen.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Nach der an der Symptomanalyse des SRP-Urteils orientierten Untersuchung kann festgestellt werden, dass es sich bei der NPD um eine mit der NSDAP wesensverwandte Partei handelt. Große Teile ihrer Programmatik, ihre agitatorisch-propagandistischen Verhaltensmuster und ihr Verhältnis zur freiheitlichen Demokratie weisen auf einen nationalsozialistischen Charakter der NPD hin. Dabei geht die Wesensverwandtschaft über die Verwendung von nationalsozialistischen Oberbegriffen und NS-Schlagwörtern hinaus. Es finden sich deutliche Parallelen auch bei den ideologischen Fundamenten und in konkreten Politikfeldern wieder. Obwohl – wie schon beim Verbot der SRP – sicher nicht von einer völligen Deckungsgleichheit mit der NSDAP gesprochen werden kann, hat der detaillierte Abgleich dennoch vor Augen geführt, dass zentrale, originäre Wesensmerkmale der NSDAP in etwa gleicher Ausprägung bei der NPD vorhanden sind und diese eben nicht nur „Anleihen“ beim historischen Nationalsozialismus macht. Den eingangs geschilderten Thesen von Horst Meier, die Feststellung einer Wesensverwandtschaft sei abwegig oder gar eine Verharmlosung der NSDAP, ist daher in jedem Fall zu widersprechen, die Forschungsergebnisse von Steffen Kailitz hingegen weisen in die richtige Richtung.

Es muss jedoch auf einen einschränkenden Charakter in der Anlage des SRP-Verbotsurteils hingewiesen werden. Das Bundesverfassungsgericht wollte 1952 mit dem Erbe der NDSAP abrechnen und auch „grundsätzliche Weichen für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Demokratie“¹¹⁷ stellen. Die Richter nahmen mit ihrer Überprüfung der Wesensverwandtschaft zwar eine gewissenhafte Prüfung vor, hatten das Analyseschema aber sehr stark auf die damals offensichtli-

¹¹⁶Argumente für Kandidaten (Anm. 50), S. 10.

¹¹⁷S. Lovens (Anm. 18), S. 552.

chen und aus verfassungsrechtlicher Sicht erfolgsversprechenden Aspekte eingeeengt. Das SRP-Urteil ist, genauso wie die hier vorliegende Abhandlung, somit nicht als theoretische Auseinandersetzung mit den Grundsätzen des historischen Nationalsozialismus zu verstehen, die – in aller Ausführlichkeit – in einer systematischen Fallstudie NSDAP und SRP bzw. NPD vergleicht. Die ideologischen Aspekte des Führerkults, des Lebensraumkonzepts, des Imperialismus, des biologistischen Rassismus (im Gegensatz zum Ethnopluralismus der heutigen NPD) und der sozialdarwinistischen Einstellungen bleiben eher unterbeleuchtet. Hier muss sich der vorliegende Beitrag den Vorwurf gefallen lassen, aufgrund seiner recht strikten Orientierung an der Systematik des SRP-Urteils unvollständig zu sein. Der Vorwurf weist aber zugleich auf ein nicht zu unterschätzendes Forschungsdesiderat hin, welchem durch einen systematischen und in die Tiefe gehenden Abgleich aller ideologischen Fundamente und charakteristischen Verhaltensmuster von NSDAP und NPD begegnet werden könnte.

Die NPD ist keine direkte Nachfolgepartei der NSDAP. Sie weist jedoch in Verhaltensmustern und Programmatik eine Wesensverwandtschaft auf, die sich in den letzten Jahren immer weiter verstärkt hat. Der Reichsgedanke gehört wie selbstverständlich zu den Leitlinien der Partei, ein „völkisches“ bzw. „nationales“ Sozialismusmodell wird propagiert. Vor allem im Bereich der finanz- und wirtschaftspolitischen Forderungen nähert sich die NPD ihrem historischen Vorbild immer stärker an, werden Übereinstimmungen mit dem Programm der sozialrevolutionären NSDAP wohl ganz bewusst gesucht. Das im Sommer 2010 verabschiedete neue NPD-Parteiprogramm bestätigt diesen Trend, wie viele Beispiele zeigen konnten. Dass es nicht zu noch deutlicheren Bekenntnissen zum Nationalsozialismus in den programmatischen Schriften der NPD kommt, dürfte vornehmlich mit einem immer noch drohenden Verbotsantrag zu erklären sein. In ihrer propagandistischen Rhetorik gegen Ausländer, Juden, Demokraten und die Symbole des freiheitlichen Rechtsstaates fallen jedoch alle Selbstgebote der Zurückhaltung. Sie steht der nationalsozialistischen Hetze aus den Weimarer Jahren in nichts nach und überträgt Schimpfwörter und Beleidigungen aus dem NS-Vokabular ins 21. Jahrhundert. Der von den NPD-Aktivisten offen zur Schau gestellte, mitunter aggressive Antisemitismus ist in vielen Fällen nur schwer er-

träglich und scheint eindeutig zum Selbstbild der Partei dazuzugehören

Mit der NPD sitzt heute eine dem nationalsozialistischen Gedankengut und Gebaren der NSDAP verpflichtete Partei in zwei Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland. Zu diesem Ergebnis muss eine Bestandsaufnahme zehn Jahre nach den Anträgen auf NPD-Verbot kommen.

Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus

Erfolgspotenzial, strategische Hintergründe und Diskurs-techniken am Beispiel der NPD

Thomas Pfeiffer

1. Einleitung und Fragestellung

„Sicherheit statt Islamisierung“, „Bildung statt Moscheen“, „Heimat statt Minarette“: Parolen wie diese prägten im Jahr 2010 den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf der NPD und der selbsternannten „Bürgerbewegung pro NRW“, die der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen beobachtet. Augenscheinlich sind diese Slogans Teil einer breit angelegten Kampagne, die in Teilen des deutschen Rechtsextremismus zurzeit die Agitation bestimmt. Im Zentrum steht die Islamfeindschaft – meist festgemacht an religiösen Symbolen wie Moscheen und Minaretten –, die als Vehikel dient, um Breitenwirkung zu entfalten.

Was ist eine politische Kampagne – und handelt es sich bei der islamfeindlichen Agitation tatsächlich um eine solche? Der in der Forschung breit rezipierten Definition von Ulrike Röttger zufolge sind PR-Kampagnen „dramaturgisch angelegte, thematisch begrenzte, zeitlich befristete kommunikative Strategien zur Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit“¹. Wie im Folgenden genauer zu zeigen sein wird, stellt die NPD-Agitation im Rahmen des nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampfes gegen eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands – insbesondere für das Verbot von Minaretten – eine Kampagne im engen Sinne dar. Sie strahlt teilweise auf andere Bereiche des Rechtsextremismus aus, insbesondere auf die neonazistische Szene. Legt man Veröffentlichungen in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ zugrunde, fand die Kampagne von Januar bis Mai 2010 statt. Sie begann nach der Volksabstimmung zum Minarettverbot in der

¹ Ulrike Röttger, Campaigns (f)or a better world?, in: dies. (Hrsg.), PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit, 4. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 9-23, hier S. 9.

Schweiz – dem „Fanal vom 29. November“² – und endete vorläufig mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai.

Auch „pro Köln“ bzw. „pro NRW“ agitieren in einer Weise gegen „Islamisierung“, die fast alle Kriterien einer Kampagne erfüllt. Allerdings beschränken sich die „pro“-Gruppen seit ihrer Gründung weitgehend auf dieses Thema – um eine zeitlich befristete Konzentration auf einen Aspekt handelt es sich insofern nicht. Auch wenn sich die „pro“-Gruppen in jüngster Zeit bemühen, ihren Themenfächer etwas auszuweiten und weitere lokale Diskussionen aufzugreifen, bleibt die Frontstellung gegen „Islamisierung“ ihr Basis- und Dauerthema. Da Wahlkämpfe aber grundsätzlich als eine Form der Kampagne verstanden werden können – dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie zufolge ist der Wahlkampf die „Urform“ der Kampagne in demokratischen Systemen³ – und sich die Aktivitäten der „pro“-Gruppen naheliegenderweise in dieser Phase intensivieren, erscheint der Begriff der PR-Kampagne auch für ihre islamfeindliche Agitation im Wahlkampf geeignet.

Besonders sichtbar wurde die Kampagne durch zahlreiche jeweils separate Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen, mit denen sich NPD und „pro NRW“ Ende März 2010 explizit gegen die zurzeit größte Moschee in Deutschland richteten: die Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh. Von einer gemeinschaftlichen Planung der Aktionen und Veröffentlichungen beider Parteien ist keineswegs auszugehen. Sie werden hier gleichwohl unter *eine* islamfeindliche Kampagne subsumiert, denn sie finden zeitgleich statt, entfalten im Zusammenspiel Wirkung und dürften sich wechselseitig beeinflusst haben. Die Kampagne umfasst somit mindestens zwei konkurrierende Teilbereiche mit unterschiedlichen organisatorischen Kernen.

Neben den Veranstaltungen im März spielte sich die Kampagne insbesondere auf Plakaten, Flugblättern und Internetseiten ab. Die NPD richtete ein Online-Forum ein und startete eine Unterschriftenaktion. Sie entwarf ein Kampagnenlogo, das ein umfallendes Minarett mit

² Karl Richter, Danke Schweiz. Das Fanal vom 29. November: Das Minarett-Votum der Schweizer – und was jetzt zu tun ist, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 vom Januar 2010, S. 1.

³ Claus Leggewie, Kampagnenpolitik. Eine nicht ganz neue Form politischer Mobilisierung, in: Ulrike Röttger (Anm. 1), S. 119-134, hier S. 122.

dem Schriftzug „Minarettverbot auch hier!“ zeigt und den roten Faden aller Ausgaben der „Deutschen Stimme“ von Januar bis Mai 2010 bildet. Zudem ist das Logo auf „Kampagnenmaterialien“ zu finden wie T-Shirts („T-Hemden“), Buttons („Gesinnungsknöpfen“), Flugblättern und Aufklebern. Wahlkampfmaterialien von „pro Köln“ und „pro NRW“ prägte ein Logo, das einem Verbotsschild nachempfunden ist und eine durchgestrichene stilisierte Moschee zeigt. Die „pro“-Gruppen verwenden es seit Längerem als Symbol ihrer Anti-„Islamisierung“-Agitation.

Diese Stoßrichtung verspricht Erfolg, wie die Schweizer Volksabstimmung und der Aufstieg der antiislamischen „Partij voor de Vrijheid“ unter Geert Wilders in den Niederlanden beispielhaft zeigen. In Nordrhein-Westfalen sind „pro Köln“ und seit September 2007 die Regionalpartei „pro NRW“ Vorreiter einer auf das Thema „Islamisierung“ zugespitzten Propaganda. Das Thema – insbesondere die Frontstellung gegen den Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld – bildet ihren Agitationskern und vermutlich einen wichtigen Faktor für punktuelle Erfolge, die diese Parteien bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2004 und 2009 erzielen konnten. Die NPD hat das Thema später aufgegriffen, systematisch nach der Schweizer Volksabstimmung. Dass die Agitation der „pro“-Gruppen dazu beigetragen hat, ihr das Erfolgspotenzial vor Augen zu führen, ist durchaus möglich. Mit der Strategie, aktuelle gesellschaftliche Fragen kampagnenartig aufzugreifen und sie mit rechtsextremistischen Deutungs- und Lösungsansätzen zu versehen, hatte die Partei allerdings bereits zuvor Erfahrungen gesammelt: In ähnlicher Weise bemühte sie sich beispielsweise die Bankenkrise zu instrumentalisieren, wenn auch mit begrenztem Erfolg.

Der folgende Beitrag nimmt die islamfeindliche Kampagne im Wesentlichen am Beispiel der NPD in den Blick. Um die Erfolgspotenziale auszuloten, geht er zunächst Ausmaß und Hintergründen islamophober Einstellungen in Deutschland kursorisch nach. Im nächsten Schritt fragt er nach den strategischen Motiven der Kampagne, die anhand entsprechender Äußerungen in der „Deutschen Stimme“ beleuchtet werden. Der Beitrag geht der Kampagne abschließend im Rahmen einer Fallstudie nach und analysiert das Werbeschreiben, das die NPD im März 2010 an Schülervertretungen in Nordrhein-

Westfalen verschickte. Welche Rolle spielt die Islamfeindschaft in diesem Material? Welche Diskursstrategien werden deutlich? Und wie fügt sich das Schreiben in die grundsätzliche strategische und inhaltliche Ausrichtung der Partei ein?

2. Islamophobie: Begriff und Ausmaß in Deutschland

Ablehnende Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland sowie Negativvorstellungen über „den Islam“ sind nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit und auch der Forschung gerückt. Damit verbunden war die Befürchtung, die Gewalttaten von New York, später von Madrid und London, könnten Pauschalvorwürfe gegen Musliminnen und Muslime nach sich ziehen. Gleichzeitig findet seit geraumer Zeit ein Prozess statt, in dem der Islam sichtbarer „Teil der deutschen Alltagskultur“ wird. Diese Entwicklung ist angesichts einer muslimischen Community in Deutschland von aktuell rund vier Millionen Menschen⁴ selbstverständlich, aber nicht spannungsfrei: „So kommt es zwar nicht immer, aber häufig gerade im Zusammenhang mit der Wahrnehmung islamischer Symbole – seien es Muezzinrufe, Kopftücher, Minarette oder Moscheen – zu Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Gläubigen und der Mehrheitsgesellschaft. In der Regel werden diese Konflikte über Leserbriefe, in angespannten Bürgerversammlungen oder in Verwaltungsgerichtsälen ausgetragen; in seltenen Fällen kommt es zu Drohungen oder Anschlägen gegen Moscheen.“⁵

Insbesondere die Bielefelder Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) haben islamophobe Einstellungen in Deutschland seit dem Jahr 2002 kontinuierlich erhoben und analysiert.

⁴ Vgl. Sonja Haug/Stephanie Müssig/Anja Stichs: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg 2009 (hrsg. vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), S. 11.

⁵ Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a.M. 2003, S. 100-119, hier S. 100.

2.1 Zum Begriff Islamophobie

Unter Islamophobie verstehen die GMF-Forscher „generelle ablehnende Einstellungen gegenüber muslimischen Personen und allen Glaubensrichtungen, Symbolen und religiösen Praktiken des Islams“⁶. Jürgen Leibold und Steffen Kühnel unterschieden 2003 folgende Aspekte islamophober Einstellungen:

- eine generelle Ablehnung des Islam, die mit einer angstbesetzten, abwehrenden Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen verbunden ist,
- eine kulturelle Abwertung, die islamische Kultur pauschal negativ bewertet. In den Studien seit 2007 sprechen die Forscher nicht mehr von „kultureller Abwertung“, sondern von „wahrgenommener kultureller Distanz“. In der Skala tauschten sie in diesem Zuge ein Item aus,⁷
- distanzierende Verhaltensabsichten gegenüber Musliminnen und Muslimen.⁸

Im Duktus der GMF-Studien wird im Folgenden der Begriff Islamophobie für das Einstellungsmuster verwendet.⁹ Auf Verhaltensweisen bezogen, somit auch im Zusammenhang mit der entsprechenden Kampagne, wird der etwas stärkere Begriff Islamfeindschaft vorgezogen. Armin Pfahl-Traughber hat stattdessen den Begriff Antimuslimismus als Sammelbezeichnung für Einstellungen und Verhaltens-

⁶ Ebenda, S. 101.

⁷ Vgl. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamophobie oder Kritik am Islam?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 95-119, hier S. 113 (Fn. 6). Diese Änderung geht erklärtermaßen auch auf Kritik an der Formulierung des Items zurück. Auch die Formulierungen einzelner weiterer Items der empirischen Analysen zur Islamophobie im Rahmen der GMF-Studien erscheinen problematisch, zum Beispiel weil sie mehrdeutig sind. Soweit im Folgenden Zustimmungswerte zu einzelnen Items angegeben werden, halte ich diese Items für aussagekräftig. Auch die Untersuchung zum Verhältnis von Islamophobie und legitimer Islamkritik beruht zum Teil auf Items, die nicht zweifelsfrei sind. Die dargestellten Schlussfolgerungen der Autoren sind aus meiner Sicht allerdings tragfähig.

⁸ Zu den Aspekten der Islamophobie vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 5), S. 101.

⁹ Diese Bezeichnung wird seit der dritten Erhebung aus dem Jahr 2004 benutzt, zuvor: Islamphobie.

weisen vorgeschlagen, die mit Abwertung, Benachteiligung oder Verfolgung von Musliminnen und Muslimen aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit verbunden sind. Er geht vom semantischen Gehalt der „Phobie“ als Angst aus, sie bezeichne ein „irrationales Gefühl“, aber keine konkreten Einstellungen oder Handlungen.¹⁰ Pfahl-Traughbers Hinweise sind plausibel – sie werden hier nicht aufgegriffen, da der Beitrag Zahlenmaterial und analytische Zusammenhänge aus den GMF-Studien referiert und nicht durch abweichende Begriffe verwirren möchte. Die vehemente Kritik am Begriff Islamophobie erscheint allerdings überzogen. Der Begriff ist im Sinne der GMF-Studien weniger „diffus“, als Pfahl-Traughber ihn darstellt. In den acht Jahren der GMF-Untersuchungen ist der Begriff – ungeachtet manch fragwürdiger Operationalisierung (siehe Anm. 7) – ausdifferenziert worden. Insbesondere die Abgrenzung von einer menschenrechtlich motivierten „Islamkritik“ wurde vorgenommen und in die empirischen Analysen einbezogen.¹¹

2.2 Empirische Befunde

Da die Islamophobie-Skala nach den ersten beiden Jahren der GMF-Untersuchungen geändert wurde, sind die Mittelwerte nicht über den gesamten Zeitverlauf vergleichbar. Die Studien machen deutlich, dass islamophobe Einstellungen zwar in erheblichem Maße in der deutschen Bevölkerung verbreitet sind, ein genereller Anstieg zeigt sich allerdings nicht. Der Mittelwert im GMF-Survey 2009 ist der niedrigste, seit die neue Skala verwendet wird – von 2006 bis 2009 zeigt sich ein gewisser kontinuierlicher Rückgang. So stimmten 2006 der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ 28,5 Prozent der Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ zu, 2009 waren es 21,4 Prozent.¹² Auf der Grundlage des GMF-Surveys

¹⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und „Islamophobie“. Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das „Antimuslimismus“-Konzept, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Bd. 3, Brühl 2010, S. 604–628, hier S. 607f.

¹¹ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 7).

¹² Die Zustimmungswerte zu den zentralen Items des GMF-Surveys 2009 wurden nicht, wie in den Vorjahren, im entsprechenden Band der Reihe „Deut-

2007 bildeten Leibold und Kühnel vier Cluster aus der Gesamtheit der Befragten: Das Cluster, dem sie eine „konsistent islamophobe Position“ bescheinigen, bezifferten sie auf 27,2 Prozent der Befragten.¹³

Einen konkreteren Hinweis auf die Potenziale einer islamfeindlichen Kampagne von NPD oder „pro NRW“ liefert das GMF-Survey 2005: Erhoben wurde in diesem Jahr auch die Zustimmung zu dem Item „Ich werde nur solche Parteien wählen, die gegen den weiteren Zuzug von Moslems sind“. Dem stimmten 11,6 Prozent der Befragten „voll und ganz“, 9,7 Prozent „eher“ zu.¹⁴ Ob die genannten Parteien diese Potenziale ausschöpfen, hängt selbstverständlich nicht nur mit dem Thema, das sie anschlagen, zusammen, sondern auch mit ihrem Erscheinungsbild, ihrer Mobilisierungsfähigkeit, strukturellen Verankerung im Wahlgebiet, ihrem Führungspersonal und diversen Faktoren der allgemeinen Gelegenheitsstruktur. Offenbar bleiben sie bislang weit hinter den Möglichkeiten zurück.

Die Vermutung, dass die Islamophobie eine eigenständige „neue Konfliktlinie“ zwischen Mehrheit und Minderheit darstellen könnte, bestätigt sich eher nicht. Der statistische Zusammenhang zur Fremdenfeindlichkeit ist sehr eng, das heißt: „Wer fremdenfeindlich ist, ist danach mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch der Ansicht, dass die Bundesrepublik kein Ort für Muslime sein soll. ... Islamophobie kann daher als religiöse Komponente der Fremdenfeindlichkeit gedeutet werden.“¹⁵ Spätere Untersuchungen bestätigen die hohe Korrelation zwischen Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.¹⁶ Entsprechend decken sich viele soziale Merkmale der Befragten mit islamophoben Einstellungen mit denjenigen Faktoren, die aus der Analyse fremdenfeindli-

sche Zustände“ veröffentlicht. Sie sind der Handreichung zur Pressekonferenz am 4. Dezember 2009 in Berlin entnommen, auf der die neunte Folge der „Deutschen Zustände“ vorgestellt wurde. Zu den Ergebnissen des Jahres 2006 vgl. Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand?, in: ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, S. 15-36, hier S. 26.

¹³ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 7), S. 104.

¹⁴ Vgl. Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a.M. 2006, S. 135-155, hier S. 144.

¹⁵ Leibold/Kühnel (Anm. 5), S. 105.

¹⁶ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 14), S. 137; Leibold/Kühnel (Anm. 7), S. 105.

cher Einstellungen bekannt sind: So senkt formale Bildung die Wahrscheinlichkeit islamophober Einstellungen, diese sind mit zunehmendem Alter der Befragten häufiger anzutreffen. Zwischen Frauen und Männern besteht kaum ein Unterschied – allerdings ebenso wenig zwischen Ost und West.¹⁷ Letzteres ist überraschend, da fremdenfeindliche Einstellungen in den neuen Ländern stärker verbreitet sind als in den alten, und deutet darauf, dass „Muslime in Westdeutschland im Vergleich zu anderen Gruppen [der ‚Ausländer‘] besonders negativ bewertet werden“¹⁸.

Anhand des GMF-Surveys 2007 gehen Leibold und Kühnel dem Verhältnis von Islamophobie und der „kritischen Einstellungen zum Islam“ nach. Unter Letzteren verstehen sie legitime Sichtweisen, die auf Positionen „im Islam“ bzw. in einer tatsächlichen oder angeblichen Mehrheit der muslimischen Community hinweisen, die mit westlich-demokratischen Prinzipien kollidieren: zum Beispiel hinsichtlich der Säkularität des Staates, des Minderheitenschutzes – etwa für Homosexuelle – und der Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften als gleichwertig. Das Ausmaß entsprechender Einstellungen ist hoch: So gehen 78,2 Prozent der Befragten davon aus, andere Religionen würden im Islam nicht als gleichwertig anerkannt. In ihrer Cluster-Analyse grenzen Leibold und Kühnel die Gruppe der Islamophoben von einer „kulturrelativistischen“ Gruppe ab, die weder den Islam generell ablehnt noch islamkritische Auffassungen teilt, sowie von zwei Clustern, in denen keine generelle Ablehnung des Islam, aber kritische

¹⁷ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 5), S. 105ff.; Leibold/Kühnel (Anm. 14), S. 145; Leibold/Kühnel (Anm.7), S. 106.

¹⁸ Frank Asbrock u.a., Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber „Ausländern“ in Ost- und Westdeutschland, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 7, Frankfurt a.M. 2009, S. 152-167, hier S. 158. Die Untersuchung geht ausdrücklich von einem alltagssprachlichen, undifferenzierten Begriff des „Ausländers“ aus und versteht darunter Personen, die „aufgrund ihrer nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit von der deutschen Mehrheitsgesellschaft unterschieden werden können“ (S. 152). Ohne Antwortvorgabe sollten die Befragten benennen, an welche Gruppe sie bei der Formulierung „Ausländer in Deutschland“ denken. Die Erstantworten wurden zu 18 Kategorien zusammengefasst. Die meisten Erstantworten finden sich in der Kategorie „Türken“ wieder (rd. 60 Prozent), gefolgt von „Osteuropäer“ (12,7 Prozent), „Südeuropäer“ (sieben Prozent) und „Muslime“ (fünf Prozent).

Haltungen vorherrschen. Die „optimistisch-kritische“ und die „pessimistisch-kritische“ Gruppe unterscheiden sich durch eine mehr oder minder stark wahrgenommene kulturelle Distanz zum Islam. Diese wahrgenommene kulturelle Distanz messen die Forscher durch die Items „Der Islam passt durchaus in unsere westliche Welt“ und „Islamische und west-europäische Wertvorstellungen lassen sich miteinander vereinbaren“. Diese Aussagen werden mehrheitlich abgelehnt. 61,1 Prozent der Befragten stimmen dem ersten Item „überhaupt nicht“ oder „eher nicht“ zu, im zweiten Fall sind es 60,5 Prozent. Zum Cluster der Islamophoben und zur pessimistisch-kritischen Gruppe zählen zusammengenommen über 60 Prozent der Befragten. Im Ergebnis sehen die Forscher ihre Annahme bestätigt, dass es „große Vorbehalte und Mißtrauen auf seiten der deutschen Mehrheitsbevölkerung“¹⁹ gegenüber dem Islam gebe.

Einen Schlüsselfaktor, der Islamophobie begünstigt, bezeichnen die GMF-Studien als „Entdifferenzierung“. Gemeint ist die Tendenz, die große Bandbreite der Erscheinungsweisen des Islam und die Heterogenität der muslimischen Community auszublenden – zugunsten vereinfachender Klischeevorstellungen. Entsprechende entdifferenzierende Sichtweisen seien in der Bevölkerung weit verbreitet. Sie entsprechen dem in der Forschung bekannten „Out-group Homogenitätseffekt“, das heißt der Neigung, Unterschiede innerhalb einer Fremdgruppe weniger wahrzunehmen als in der Eigengruppe, das Gegenüber tendenziell als monolithischen Block zu betrachten. Dies birgt stets Gefahren der Vorurteilsbildung – im Falle der äußerst facettenreichen islamischen Erscheinungsweisen umso mehr. Die Befragten des GMF-Surveys schätzten einerseits ihre eigene Kompetenz, hinsichtlich des Islam zu differenzieren, überwiegend gering ein. Andererseits teilten sie in hohem Maße negative Pauschalurteile über Musliminnen und Muslime, beispielsweise die Behauptung, die islamistischen Terroristen fänden starken Rückhalt bei „den Muslimen“. Dieser Aussage stimmten 60,2 Prozent der Befragten „voll und ganz“ oder „eher“ zu.²⁰

In der Ursachenanalyse gehen die GMF-Studien – neben den genannten Faktoren – vor allem drei Erklärungsgrößen nach, die sich hin-

¹⁹ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 7), S. 103.

²⁰ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 14), S. 143.

sichtlich der Fremdenfeindlichkeit als aussagekräftig erwiesen haben: der „autoritären Aggression“, „sozialen Dominanz“ und der Selbstpositionierung der Befragten auf der Rechts-Links-Skala. Autoritäre Aggression machen die Forscher an den Forderungen fest, „dass Verbrecher härter bestraft werden sollten und dass gegen Außenseiter und Unruhestifter härter vorgegangen werden sollte“. Unter sozialer Dominanz verstehen sie Positionen, die die Höher- bzw. Minderwertigkeit von Bevölkerungsgruppen betonen. Beide Faktoren begünstigen islamophobe Einstellungen. Tendenziell ist das Ausmaß der Islamophobie auch höher, je weiter rechts sich eine Person verortet. Dieser Zusammenhang gilt für die alten Bundesländer, er ist aber eher schwach. Personen, die sich selbst in der Mitte oder links von ihr sehen, sind insofern nicht notwendigerweise frei von entsprechenden abwertenden Haltungen.²¹

2.3 Zwischenfazit

Welche Schlüsse lassen sich aus diesen Befunden auf die Erfolgsaussichten islamfeindlicher Kampagnen der NPD und von „pro NRW“ ziehen? Zunächst machen sie deutlich, dass die Abwertung des Islam bzw. von Musliminnen und Muslimen in Deutschland in erheblichem Maße anschlussfähig ist an Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft. Das gilt besonders für die Gruppe mit konsistent islamophoben Ansichten, aber auch über diese hinaus. Die Daten sprechen dafür, dass erhebliche Teile – es dürfte sich um die Mehrheit handeln – eine starke Polarität zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerungsteilen wahrnehmen, die bis zur angenommenen Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Wertvorstellungen reicht. Die Wahrnehmung von Eigen- und Fremdgruppe ist vielfach mit negativen Pauschalurteilen über die Fremdgruppe aufgeladen. Dies zeigt beispielsweise die verbreitete Annahme, viele Musliminnen und Muslime ständen islamistischen Terroristen nahe. Entdifferenzierung bedeutet, dass solche Pauschalvorstellungen unreflektiert bleiben, mitunter subjektiv die Fähigkeit zur genaueren Betrachtung fehlt. Eine Agitation, der es darum geht, Gräben zu vertiefen und daraus Kapital zu schlagen, kann insofern davon ausgehen, dass die Existenz zweier sich ge-

²¹ Vgl. Leibold/Kühnel (Anm. 5), S. 109ff.

genüber stehender Pole („Wir“ – „sie“) vielen als eine Selbstverständlichkeit und als unabänderlich gilt. Sie kann zudem darauf setzen, dass auch weitreichende Negativurteile häufig unhinterfragt bleiben, weil sie für wahr genommen werden. Vor diesem Hintergrund können sich entsprechende Gruppen mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg als Sachwalter der Eigengruppe inszenieren.

Die GMF-Studien belegen, dass islamophobe Einstellungen und entdifferenzierende Sichtweisen zu den Voraussetzungen für entsprechende Verhaltensabsichten zählen – auch für die Bereitschaft, eine Partei zu wählen, die sich deutlich islamfeindlich gibt. Ein Automatismus besteht in dieser Hinsicht sicherlich nicht. Die gleichzeitige Selbstbezeichnung als „rechts“ – die sowohl bei der NPD als auch bei „pro NRW“ vorkommt – kann das Breitenwirkungspotenzial der Kampagne mindern: die Anschlussfähigkeit bei Personen, die offen sind für islamophobe Inhalte, sich selbst aber keineswegs im rechten Spektrum sehen. Dies gilt umso mehr, wenn die Urheber der Kampagne als rechtsextremistische Akteure bekannt sind oder entsprechende Verdachtsmomente durch Medien und Behörden deutlich gemacht werden. Das Erfolgspotenzial der islamfeindlichen Kampagne dürfte insofern auch davon abhängen, inwieweit ein Spagat gelingt: anschlussfähige Inhalte in Aufmerksamkeit weckender, zugespitzter Form zu präsentieren – gleichzeitig Stil und Image in einer Weise zu prägen, die Vertrauenswürdigkeit signalisiert.

Dem GMF-Survey und vielen anderen Einstellungsstudien zufolge stoßen offener Rassismus, auch Antisemitismus, und Sympathien für den Nationalsozialismus auf deutlich größere Ablehnung als die Islamophobie. Im Fall der NPD – bei der all dies zum ideologischen Grundgerüst zählt – wird die Zustimmung zur islamfeindlichen Kampagne in dem Maße sinken, in dem die weiterreichenden Positionen erkennbar sind. Von Maß und Geschick der Verschleierung wird einiges abhängen.

3. Das „Türöffner“-Thema: Strategische Motive der Kampagne

Die Kommunikationsziele sozialer Bewegungen sind grundsätzlich nach innen und nach außen gerichtet und lassen sich mit den Begriffen Gegenöffentlichkeit und Breitenwirkung umreißen.²² Dies gilt besonders für eine Partei wie die NPD, die nicht nur klassische Wahlpartei, sondern – in Verbindung mit ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ – „Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremistischen Bewegung“ ist.²³ Es liegt nahe, dass eine Kampagne in Wahlkampfzeiten vor allem Wirkung außerhalb der eigenen, rechtsextremistischen Kreise entfalten soll. Allerdings deutet bereits die Fülle der Artikel zum Thema „Islamisierung“ in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) darauf, dass auch ein Mobilisierungseffekt nach innen beabsichtigt ist. Ein Beitrag spricht dies mit der Bemerkung an, der Widerstand „gegen Minarette und immer mehr Moscheen in Deutschland“ einige „das nationale Lager in der Bundesrepublik stärker als viele andere Themen“²⁴. Der Begriff „nationales Lager“ meint hier dasjenige Spektrum, das im Szene-Duktus auch als „nationaler Widerstand“ bezeichnet wird: die Bandbreite aus NPD und neonazistischen Gruppen. Beide verbinden inhaltliche Gemeinsamkeiten, wechselseitige Interessen und ein gewisses Wir-Gefühl. Hinsichtlich des politischen Selbstverständnisses, der Strategie und – damit verbunden – des Auftretens und Erscheinungsbildes sind die Reibungspunkte allerdings vielfältig. Ein Kampagnenthema wie die Islamfeindschaft, das alle Teilbereiche des „nationalen Widerstands“ emotionalisiert, motiviert

²² Vgl. Thomas Pfeiffer, Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“. Strategische Funktionen des Internets für den deutschen Rechtsextremismus, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 290-309, hier S. 294f.

²³ Thomas Grumke, „Und sie bewegt sich doch“: Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Das Analysepotential der Bewegungsforschung zur Interpretation neuerer Entwicklungen im Rechtsextremismus, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, Bd. 2, Brühl 2008, S. 95-121, hier S. 111.

²⁴ Anton Vergeiner, Islamisierung – es reicht! Der Minarett-Kampf geht in die nächste Runde, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 1-2, hier S. 1.

und mobilisiert, kann insofern dazu beitragen, die Allianz zu stärken. Auch an einem parteiinternen Einigungseffekt dürfte der NPD gelegen sein. Dies galt zu Beginn der Kampagne um die Jahreswende 2009/2010 – nach einer von Flügelkämpfen und persönlichen Auseinandersetzungen geprägten Zeit – umso mehr.

Stimmen zur strategischen Bedeutung der islamfeindlichen Kampagne kreisen ansonsten um die Aussage, dass das Thema in besonderer Weise anschlussfähig sei an Einstellungen in Bevölkerungsteilen, die nicht zur NPD gehören und sie bislang auch nicht wählen. Dies ist das Credo des DS-Beitrags „Niemals deutsches Land in Moslem-Hand!“ von Axel Herold, der sich als eine Art Grundsatzartikel zur inhaltlichen und strategischen Bedeutung der Kampagne versteht. Aus dieser Sicht steht der instrumentelle Charakter des Themas „Islamisierung“ im Vordergrund – der Autor spricht von der Funktion als „Türöffner für die viel weitergehende Ausländerkritik der nationalen Opposition“ bzw. von der „politischen(n) Eisbrecher-Funktion für taktisch denkende Nationalisten“.²⁵ Er stützt sich auf Befragungsdaten und geht von der – wie der zweite Abschnitt dieses Beitrags zeigt, prinzipiell zutreffenden – Aussage aus, dass der Islam von vielen Menschen in Deutschland mit mehr oder minder großer Sorge betrachtet werde. Zusammenfassend heißt es dort: „Der Moslem und die Musilma als solche – mit ihrer fremden Herkunft, ihren Sitten und ihrer Religiosität – lösen bei den allermeisten Deutschen Unbehagen, Angst und Abwehr aus.“ An diesen Befindlichkeiten anzuknüpfen verspreche Erfolg. „Um die Forderung nach Ausländerrückführung zu popularisieren“, sei es gerade in Wahlkämpfen taktisch sinnvoll, diejenige „Ausländergruppe“ in den Fokus zu rücken, „die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen“.²⁶ Die nationale Opposition sei daher „gut beraten, die Ausländerfrage am Beispiel der Moslems zuzuspitzen“. Mit einer differenzierten Betrachtung ist dies selbstverständlich unvereinbar. Entsprechend ist der Beitrag nicht nur von Pauschalisierungen

²⁵ Diese und die folgenden Zitate in: Axel Herold, Niemals deutsches Land in Moslem-Hand! Auf den Punkt gebracht: Inhaltliche und taktische Gründe für den Kampf gegen die Islamisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 11.

²⁶ Für die Behauptung, die meisten Deutschen ohne Einwanderungshintergrund wünschten sich, dass es in Deutschland keine Muslime gäbe, liefert der Text keinen Beleg. Auch die GMF-Studien lassen diesen Schluss nicht zu.

durchzogen, sondern fordert ausdrücklich zur Entdifferenzierung auf: „Die feinsinnige Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus kann man sich sparen“²⁷ – als Bedrohung wird der Islam schlechthin dargestellt, der „das mentale Rüstzeug zur kulturellen Eroberung und Inbesitznahme fremden Landes“ liefere.²⁸

Um Missverständnisse zu vermeiden und sich sceneintern zu positionieren, stellt der Autor das Thema in zwei Diskursrahmen: einen antisemitischen und einen ethnopluralistischen. Dem eigenen Anspruch nach gehen Vertreter des Ethnopluralismus-Konzepts nicht von einer Höher- oder Minderwertigkeit ethnischer Gruppen aus, fordern aber ethnisch homogene Einheiten und behaupten, Berührungen und Vermischungen ethnischer Gruppen bedrohten Qualität und Bestand des Gemeinwesens. Aus dieser Perspektive schließt der „Kampf gegen die

²⁷ Entsprechend kommt der Begriff „Islamismus“ in den DS-Beiträgen zur Kampagne mehrfach an Stellen vor, an denen er sich offenbar generell auf Musliminnen und Muslime bezieht, zumindest nicht klar erkennbar ist, dass extremistische Gruppen gemeint sind; vgl. z.B. P. Anzer, Gegen Sozialabbau und Minarette. Stabwechsel bei der NPD Oberpfalz, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 15; Thorsten Thomsen, „Wer bedroht die Religionsfreiheit?“. Gegen die Islamisierung: NPD fordert Minarett-Verbot in Sachsen, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 12. Thomsen zitiert den Landtagsabgeordneten der NPD Jürgen Gansel mit der Aussage, die Sachsen seien aufgefordert „ihr schönes Land islamistenfrei“ zu halten, die an die NS-Formulierung „judenfrei“ erinnert.

²⁸ Wie hier ist die Gegenüberstellung von muslimischer und nichtmuslimischer Bevölkerung in den DS-Beiträgen häufig mit Kriegsmetaphern verbunden, insbesondere mit Formulierungen, die eine drohende oder nicht mehr abwendbare Niederlage der Nichtmuslime ausdrücken: Moscheen gelten als „steingewordene[r] Ausdruck orientalischer Landnahme“ (1). Ebenso wie in Gewalttaten von Muslimen zeige sich in Minaretten „der Eroberer-Habitus einer selbstbewußten Minderheit kurz vor dem Kippen der Verhältnisse“ (2). Neu errichtete Minarette verkörperten „die Stein gewordene Überzeugung, daß man in einem dem Islam unterworfenen Gebiet lebt“, sie seien „nichts anderes als Siegestäulen des Islam“ (3). (1): Jürgen Gansel zit. nach Thomsen (Anm. 27); (2): Detlev Rose: Es reicht – nicht nur in der Schweiz. Ausländergewalt: Die Weltwoche redet Klartext und bricht ein Tabu, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 5; (3): Stefan Flug: Drei Minuten nach zwölf. Islamisierung, Bevölkerungsaustausch: Die Kultur, die unsere Kinder erleben, wird sich erheblich von der heutigen unterscheiden, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 von Januar 2010, S. 9.

Islamisierung Deutschlands ... die Achtung vor dem Islam dort, wo er beheimatet ist und die Lebensordnung der Menschen prägt, keinesfalls aus.“²⁹ Die Frontstellung gegen den Islam in Deutschland steht demnach auch nicht im Widerspruch zum Versuch des – zumindest symbolischen – Schulterschlusses mit muslimischen Gruppen im Ausland. Im Duktus des Textes heißt dies: „(D)ie innenpolitische Gegnerschaft zum Islam (schließt) nicht die außenpolitische Würdigung der islamischen Welt als letztes Bollwerk gegen die Durchkapitalisierung und Durchamerikanisierung der Welt aus.“

Erklärtermaßen relativiert die islamfeindliche Kampagne auch nicht den Antisemitismus: „Der Jude ist nicht plötzlich mein Freund, weil ich innenpolitisch gegen Moslems bin, und der Moslem ist nicht mein Freund, weil ich außenpolitisch gegen USrael bin. ... Über Deutschland darf ... weder der Halbmond noch der Davidstern hängen! Es kann kein Bündnis mit einem Feind Deutschlands gegen den anderen Feind Deutschlands geben!“ Dies will der Autor als Abgrenzung von Teilen des „rechten Lagers“ verstanden wissen – nämlich von einigen „Rechtskonservativen“ und „nationale(n) Sozialisten“, die sich „im Kampf gegen die Islam-Lobby mit der Israel-Lobby“ bzw. „im Kampf gegen die Israel-Lobby mit der Islam-Lobby“ verbündeten.

Ein weiterer ganzseitiger Artikel, der als Beitrag zur „Strategiediskussion 2010“ gekennzeichnet ist, knüpft an der „Türöffner“-Funktion an. Zugang zu den Zielgruppen eröffneten Themen, die mit Emotionen verbunden seien, genauer: mit „Verlust- und Zukunftsängsten“³⁰. Die Verbindung mit solchen Angstgefühlen sieht der Autor als zentrales Eignungskriterium für Agitationsthemen der NPD. Drei Themenfelder seien mit spezifischen Ängsten verbunden und insofern prädestiniert:

²⁹ In diesem – ethnopluralistischen – Sinne argumentiert auch der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in einem Kommentar zur Eröffnung der Kampagne. Indem er sich zum Recht auf Religionsausübung bekennt und dies mit der Aussage verbindet, ihre Religion könnten die Muslime nach der „Ausländerrückführung“ in ihrer Heimat frei ausüben; gibt er den zynischen Charakter dieses Diskurses allerdings nolens volens klar zu erkennen. Vgl. Udo Voigt, Kommentar. Kriegsjahr 2010: Wir sind wieder da!, in: Deutsche Stimme, Nr. 1 von Januar 2010, S. 2.

³⁰ Dieses und die folgenden Zitate in: Safet Babic, Warten auf die Befreiung?. Strategie und Taktik im nationalen Befreiungskampf. Ein Beitrag zur Positionsbestimmung, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 17.

Globalisierung („Angst vor dem Verlust des bisherigen Lebensstandards“), Islamisierung („Angst vor Verlust des bisherigen Lebensstils“) und gesellschaftlicher Verfall („Angst vor Isolation“). Der Autor Safet Babic, inzwischen stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Rheinland-Pfalz, versteht sich als „europäischer Befreiungsnationalist bosnischer Herkunft“³¹ – die NPD-Mitgliedschaft einer Person mit Einwanderungshintergrund hatte in der Vergangenheit interne Auseinandersetzungen ausgelöst und dürfte bis heute nicht unumstritten sein. Babic hatte bereits lange vor der Kampagne in der Parteizeitung das Verhältnis von „nationalem Denken“ im Sinne der NPD und Islam zum Thema gemacht. Er kam zu dem doppelten Schluss, dass Islam und Nationalismus „nicht miteinander vereinbar“ seien, er wandte sich andererseits gegen eine generell „anti-islamische Stoßrichtung“ und begrüßte „strategische Bündnisse mit islamischen Nationen“ gegen die USA.³² Beide Argumentationsstränge finden sich in dem oben skizzierten Beitrag von Herold wieder – allerdings gewinnt die schroffe Ablehnung alles Islamischen im Zuge der Kampagne deutlich die Oberhand.³³

Die maßgeblichen strategischen Artikel zur Kampagne sehen die „islamische Überfremdung“ als eines der zentralen perspektivischen Themen der Partei. Herold fordert, diese – neben der „Nationalisierung der sozialen Frage“ – zum „Kernthema nationaler Kampagnen“

³¹ Zit. nach Roland Bau, Wer ist Safet Babic? NPD-Aktivist soll Kroatien-Söldner gewesen sein – Klage gegen Antifa-Postille, in: Deutsche Stimme, Nr. 5 vom Mai 2002, S. 12. Der Beitrag bezeichnet Babic auch als „gebürtigen Nordbosnier“, was im Sinne der Abstammung gemeint sein dürfte – im selben Artikel heißt es, Babic sei in Hanau geboren. Seit wann er die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist dem Beitrag nicht zu entnehmen. Offenkundig ist dies heute der Fall: Babic wird auf der Landesliste der NPD 2011 für den rheinland-pfälzischen Landtag kandidieren; vgl. Safet Babic, NPD tritt in Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl an, in: www.npd-in-rlp.de/index.php/menue/58/thema/69/id/1310/

³² Safet Babic, Islam und Nationalismus. Befreiungsnationalistischer Partner oder universalistische Bedrohung?, in: Deutsche Stimme, Nr. 8 von August 2007, S. 22.

³³ Zum ambivalenten Verhältnis rechtsextremistischer Wortführer zum Islam und zum Islamismus vgl. auch Claudia Dantschke, Zwischen Feindbild und Partner. Die extreme Rechte und der Islamismus, in: Braun/Geisler/Gerster (Anm. 22), S. 440-460.

zu machen. Ebendies sind die erklärten Schwerpunkte des NPD-Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen. So stehen die Aufmacher-Schlagzeile („Verdrängt uns der Islam? Die NPD ist dagegen – unterstützen Sie uns“) und das Aufmacher-Foto (der Kopf einer Burka-tragenden Frau vor schwarzem Hintergrund) der Wahlkampfzeitung „Jetzt reicht’s!“ ganz im Zeichen der Kampagne. Im Interview nennt der Landesvorsitzende Claus Cremer als Schwerpunkte des Wahlkampfes „die Überfremdung bzw. Islamisierung unseres Landes“ und die Sozialpolitik.³⁴ Da er beide Punkte kombiniere, hebt Cremer den Plakatslogan „Arbeit statt Zuwanderung“ positiv hervor. Die „Deutsche Stimme“ zählt das Thema Islam zu den „„Aufreger“-Themen in Nordrhein-Westfalen“³⁵, was offenbar bedeutet, dass es in besonders intensiver Weise emotionalisiert.

4. Fallstudie: Werbeschreiben der NPD an Schülervertretungen

Die folgende Fallstudie geht der islamfeindlichen Kampagne an Material aus dem nordrhein-westfälischen NPD-Wahlkampf nach: dem Werbeschreiben, das der Landesverband im März 2010 an Schülervertretungen verschickte. Der Schriftzug „WIR oder Scharia!“ – Blickfang des Schreibens und Titel eines dort angekündigten Jugendwettbewerbs – zeigt, dass sich die Aktion nahtlos in die Kampagne einreicht. Insofern ist das Schreiben geeignet, um Inhalte und Diskursstrategien exemplarisch zu analysieren. Es ist in weiterer Hinsicht typisch für die NPD, für die Jugendliche und junge Erwachsene an erster Stelle der Zielgruppen stehen.

4.1 Hintergrund: Jugendorientierung der NPD und Erfolge bei jungen Wählern

Die NPD hat sich gewandelt. 1964 gegründet, ist sie die älteste rechtsextremistische Partei in Deutschland. In den späten 1960er Jahren zog die NPD in sieben Landtage ein, scheiterte bei der Bundestagswahl

³⁴ O.A., Claus Cremer, Spitzenkandidat der NPD zur Landtagswahl, in: Jetzt reicht’s!. Beilage zur Deutschen Stimme Nr. 5 von Mai 2010, S. 2.

³⁵ Ebd.; ähnlich: Claus Cremer, Gastkommentar. Kurs auf NRW!, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 von März 2010, S. 1.

1969 und fristete dann lange Zeit ein Schattendasein ohne nennenswerte Erfolge: von Diskursen geprägt, die zum Teil unmittelbar mit dem historischen Nationalsozialismus verknüpft waren, weitgehend ohne Ideen und Bereitschaft, ihr Gedankengut in ein moderneres Gewand zu hüllen und von internen Zwistigkeiten gelähmt. Seither sind jüngere Kräfte auf den Plan getreten, unter ihnen solche, die zuvor neonazistischen Organisationen angehörten, die die Innenminister des Bundes oder eines Landes verboten hatten. Unter ihrem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt sucht die Partei die Verbindung zu neonazistischen Kräften und rechtsextremistisch geprägten Teilbereichen von Jugendkulturen.³⁶ Heute kann kaum eine Partei in Deutschland auf eine jüngere Mitgliederschaft verweisen als die NPD. Werbematerialien, die bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Interesse wecken sollen, sind zentraler Bestandteil ihrer Propaganda: „Schulhof-CDs“, Internetportale, Comics, Schülerzeitungen, Profile in Online-Communities und anderen Web-2.0-Angeboten.³⁷

Diese Akzentverschiebung zählt zur Basis der Wahlerfolge, die die Partei in jüngsten Jahren verbuchen konnte. Dies gilt besonders für die Landtagswahlen in Sachsen 2004 und 2009 sowie in Mecklenburg-Vorpommern 2006, bei denen die NPD mit 9,2 und 5,6 bzw. mit 7,3 Prozent in die Landtage einzog. Die Wählerschaft in diesen drei Wahlen zeigt Parallelen – sie war jung und überwiegend männlich. Unter männlichen Wählern bis 30 Jahren erhielt die NPD 2009 bei der Landtagswahl in Sachsen etwa 14 Prozent der Zweitstimmen, in Mecklenburg-Vorpommern 20,7 Prozent. Die Jungwählerkampagne, die die sächsische NPD im August 2009 startete – drei Wochen vor dem

³⁶ Zu diesen Entwicklungen innerhalb der NPD vgl. z.B. Uwe Backes/Henrik Steglich, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 7-29, hier S. 11-16; Julia Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD, in: ebenda, S. 233-260, hier insb. S. 241 und 255.

³⁷ Vgl. z.B. jugendschutz.net, *Mit Musik und Comics auf Stimmenfang. Die rechtsextreme NPD im Internet. Stand: September 2009*, in: www.jugendschutz.net/pdf/NPD_Sep09.pdf; Thomas Pfeiffer, *Parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts. Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika*, in: Armin Pfahl-Traughber, (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung*, Bd. 2, Brühl 2008, S. 264–302.

Wahltermin und zu Beginn des neuen Schuljahres –, entspricht dieser strategischen Ausrichtung. Im Rahmen der Kampagne wurde eine für den Wahlkampf erstellte CD mit rechtsextremistischen Liedern (Schulhof-CD) sowie ein Comic vor Schulen im Freistaat verteilt.³⁸

4.2 Jugendaffine Werbung im NRW-Wahlkampf

Das Ziel, junge Wähler mit rechtsextremistischen Inhalten in jugendgerechter Verpackung anzusprechen, greift die NPD in Nordrhein-Westfalen auf und möchte auf diese Weise auch an den andernorts erzielten Erfolgen der Partei anknüpfen: „Wahlanalysen in anderen Bundesländern haben ganz eindeutig gezeigt, dass gerade junge Menschen ihr Vertrauen in unsere Partei setzen“, sagte der nordrhein-westfälische Vorsitzende der NPD, Claus Cremer, laut Pressemitteilung im März 2010. Dort ist von einer „Schulhof-Offensive“ die Rede, die die Partei an Rhein und Ruhr begonnen habe und weiter fortsetze.³⁹ Zur Eröffnung des Landtagswahlkampfes schrieb die NPD nach eigenen Angaben 3.000 Schülervvertretungen in Nordrhein-Westfalen an. Dieses Schreiben nehmen die folgenden Abschnitte näher in den Blick. Mit dem „Schulhof-Stick“ kündigte die nordrhein-westfälische NPD darüber hinaus Mitte April ein multimediales Mittel an, das in dieser Form in vorangegangenen Wahlkämpfen noch nicht zum Einsatz gekommen war. Demnach sollten 1.500 entsprechende USB-Sticks „vor ausgesuchten Schulen verteilt werden“.⁴⁰ Parallel stehen die Inhalte des „Schulhof-Sticks“ seither auf der Website der NPD zum Download zur Verfügung. Der Stick umfasst Fernsehspots der Partei, Plakate, Flugblätter, Musikstücke der „Schulhof-CDs“ und den NPD-Comic „Enten gegen Hühner“. Außerdem kündigte die Partei an, in der heißen Wahlkampfphase 15.000 Exemplare der zu diesem Zeit-

³⁸ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 31.08.2009 – Teilnahme der rechtsextremistischen NPD an der Landtagswahl am 30. August 2009 im Freistaat Sachsen, in: www.verfassungsschutz.sachsen.de/961.htm; Armin Pfahl-Traugber, Wer wählt rechtsextremistisch? NPD-Wähler und Ursachen für den Wahlerfolg bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006, in: www.bpb.de/themen/ZMQY7O,0,Wer_w%EA4hlt_rechtsextremistisch.html.

³⁹ Zitiert nach Markus Pohl, NPD setzt Schulhof-Offensive fort, in: npdnrw.vs120154.hl-users.com/NRW/?p=1084.

⁴⁰ Markus Pohl, NPD verteilt im Jugendwahlkampf USB-Sticks, in: www.npd.de/html/714/artikel/detail/1232/.

punkt aktuellsten Fassung der „Schulhof-CDs“ in Nordrhein-Westfalen zu verbreiten. Diese CD trägt den Titel „Deutschland vs. BRD“⁴¹, der dem schroff abgelehnten demokratischen Verfassungsstaat Bundesrepublik Deutschland den Mythos „Deutschland“ gegenüberstellt. Der Natur eines Mythos entsprechend, bleibt dieses Gegenmodell unbestimmt.⁴² Strafrechtlich relevante Inhalte finden sich auf der CD nicht – einen Indizierungsantrag lehnte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Bonn Anfang Februar 2010 ab. Tatsächlich sind keine nennenswerten Verteilaktionen des „Schulhof-Sticks“ oder der „Schulhof-CD“ im Landtagswahlkampf bekannt geworden. Ankündigungspolitik und Handlungsfähigkeit klaffen bei der nordrhein-westfälischen NPD insofern auseinander.

4.3 Das Schreiben: Hintergründe und Diskurse

4.3.1 Chronologie

Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag stand auch bei der Idee Parte, Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen einen Werbebrief der Partei zukommen zu lassen. Ende Januar 2010 hatte die Fraktion nach eigenen Angaben 618 Schülervertretungen von Mittelschulen, Gymnasien und Berufsschulen in Sachsen angeschrieben. Dem Brief lag ein Exemplar der vierseitigen Schrift „Durchblick. Die Zeitung für junge Leute“ der NPD-Fraktion bei.⁴³ Dem folgte die nordrhein-westfälische NPD Ende März mit einem Schreiben, das sie an „fast 3.000 Schülervertretungen in ganz Nordrhein-Westfalen – von Haupt-

⁴¹ Mit dem Titel „Freiheit statt BRD!“ erschien Anfang September 2010 eine weitere Fassung der NPD-„Schulhof-CDs“, die vorwiegend in Mecklenburg-Vorpommern verbreitet werden sollte. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat diese CD am 8. September 2010 in einer Eilentscheidung indiziert. Vgl. Robert Scholz, Schulhof-CD der NPD indiziert – Innenminister spricht von „geistigen Kinderschändern“, in: [www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=5315:schulhof-cd-der-npd-indiziert---innenminister-spricht-von-,geistigen-kinderschändern"&Itemid=428](http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=5315:schulhof-cd-der-npd-indiziert---innenminister-spricht-von-,geistigen-kinderschändern).

⁴² Im NPD-Kontext wird allerdings deutlich, dass „Deutschland“ von einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft (siehe 4.3.4) geprägt sein und die ehemaligen deutschen Ostgebiete umfassen muss.

⁴³ Vgl. Jürgen Gansel, NPD-Fraktion hat 618 Schülervertretungen angeschrieben, in: www.npd.de/html/714/artikel/detail/1107/.

und Realschulen über Einrichtungen in freier Trägerschaft bis zu Gymnasien und Berufsschulen“ gesandt habe.⁴⁴ Dem Brief fügte sie ein Flugblatt im CD-Format hinzu, das für einen Jugendwettbewerb unter dem Titel „WIR oder Scharia!“ wirbt. Das Schul- und das Innenministerium Nordrhein-Westfalen informierten die Schulleitungen daraufhin in einer gemeinsamen Mail und einer Pressemitteilung, dass es untersagt sei, „Werbematerial politischer Parteien oder Einladungen zu parteipolitischen Veranstaltungen an das Lehrerkollegium, die Schülerinnen und Schüler oder die Eltern weiterzuleiten. Schule darf nicht als Postverteilstelle für parteipolitische Werbung genutzt werden.“⁴⁵

4.3.2 Aufbau und Optik

Die NPD bezeichnet den Brief als „jugendgerecht gestaltete(n) Schülerpost“⁴⁶. Gemeint ist die Unterteilung des Schreibens in vier optische oder textliche Elemente:

- rot unterlegte Kopf- und Fußzeilen mit den Logos der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) sowie dem Kampagnenschriftzug „WIR oder Scharia!“. Letzterer findet sich auch in der Adresse einer Website zur Kampagne wieder. Der Slogan baut einen scharfen Kontrast auf zwischen einer (nicht-muslimischen) Eigengruppe, die angesprochen wird, und einer Fremdgruppe der Musliminnen und Muslime, die mit dem Begriff „Scharia“ identifiziert wird. Vermutlich setzt die Parole darauf, dass der Begriff „Scharia“ Klischeevorstellungen auslöst, mit denen er im öffentlichen Diskurs nicht selten verbunden ist, dass der Begriff möglicherweise Bilder archaischer Rituale oder sogenannter „Ehrenmorde“ im Kopf der Leserinnen und Leser entstehen lässt.⁴⁷ In-

⁴⁴ Vgl. Markus Pohl, NPD hat 3.000 Schülervertretungen in NRW angeschrieben, in: www.npd.de/html/714/artikel/detail/1191/.

⁴⁵ Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Ministerin Sommer und Minister Wolf: „Schulen treten entschlossenen extremistischen Parolen entgegen – NPD-Brief gehört in den Mülleimer“, in: www.im.nrw.de/pm/260310_1786.html.

⁴⁶ Pohl (Anm. 44)

⁴⁷ Der Begriff „Scharia“ steht für das islamische Recht, die Lehren vom Gottesbegriff und den religiösen Handlungen. Die Scharia ist kein Gesetzbuch,

sofern spitzt der Slogan die islamfeindliche Stoßrichtung des Schreibens zu: Demnach kann es eine legitime Präsenz des Islam in Deutschland nicht geben, sondern nur ein Entweder-Oder.

- ein Anschreiben, das vom Bundesvorsitzenden der JN, Michael Schäfer, unterzeichnet ist. Es endet mit einem Postskriptum, das auf den Jugendwettbewerb „WIR oder Scharia!“ hinweist. Die NPD kündigt ein Preisgeld von insgesamt 1.200 Euro an. Näheres zum Wettbewerb ist dem beigelegten Flugblatt zu entnehmen. Demnach prämiiert die NPD Ideen, die dazu beitragen, das „Problem der zunehmenden Islamisierung ... in Volk und Gesellschaft zu tragen. ... Mitmachen kann jeder. Es ist auch egal, ob Ihr einen Film dreht, eine gute Aktion startet, ein T-Hemd gestaltet, ein Lied singt, ein Gedicht schreibt, eine Grafik entwerft oder sonst etwas tut.“⁴⁸
- ein schräg gesetztes Foto, das den JN-Vorsitzenden in legerer Pose zeigt und von einigen kurzen Angaben zur Person ergänzt wird (zum Beispiel: „27 Jahre jung“, „Chef der ‚Jungen Nationaldemokraten‘“, „studiert Politikwissenschaft“⁴⁹).
- ein Grußwort des NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer oben rechts mit schräg gesetztem Passfoto.

vielmehr leiten islamische Gelehrte aus ihrer Regelungen für ein islamkonformes Leben ab. Diese Auslegungen können stark variieren. Bestimmte Auslegungen der Scharia sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und verstoßen insbesondere gegen die Unantastbarkeit der Menschenwürde – für andere Interpretationen gilt dies nicht. Vgl. z.B. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Islamismus – Missbrauch einer Religion, Düsseldorf 2008, S. 7ff. und 16f.

⁴⁸ Claus Cremer (V.i.S.d.P.), Mach mit! Wir oder Scharia!, in: www.wir-oder-scharia.de/wp-content/uploads/2010/03/fb_2010_02_12_wir-oder-sharia-6.pdf.

⁴⁹ Diese und die folgenden Zitate in: Schüleranschreiben, in: npdnrw.v5120154.hl-users.com/NRW/wp-content/uploads/2010/03/schueleranschreiben.pdf.

4.3.3 Diskursstrategien

Der Text will einen jugendlich-provokanten Ton treffen. Dazu trägt bei, dass sich der Autor pauschal und in aller Entschiedenheit von den demokratischen Parteien abgrenzt. Vorwürfe, die er gegen diese Parteien erhebt, lassen die NPD im Rückschluss als attraktive Alternative erscheinen. Ohne Konkretisierung spricht der Brief von „korrupten Versager(n) der Bonzenparteien“, die sich „jahrelang bedient haben, während Schulen, Kitas, Bibliotheken, Jugendclubs und Unis leer ausgingen“. An anderer Stelle ist von den „Spießern der Altparteien“ die Rede. Die NPD stellt den Konterpart zu „Bonzen“, „Spießern“ und „Altparteien“ dar – implizit umgibt sie sich mit Eigenschaften wie modern, dynamisch, unangepasst und volksnah. Ähnliches gilt für die Darstellung der politischen Entwicklungen: „(D)ie Schwachen bleiben auf der Strecke. Außerdem sorgen die Vertreter der Altparteien dafür, dass sich unsere Freiheit täglich Stück für Stück verabschiedet und der Staat uns immer mehr unserer Bürgerrechte nimmt.“ Im Einzelnen werden diese Behauptungen nicht erläutert oder begründet. Spiegelbildlich stellt sich die NPD als Sachwalterin der einfachen Leute dar, als Hüterin von Freiheit und Bürgerrechten gegen das Establishment. Eine in rechtsextremistischen Kreisen beliebte Diskursstrategie, um eigene Botschaften gegen Kritik zu immunisieren, ist die Behauptung, entsprechende Gruppen und Positionen würden durch eine geradezu diktatorische Geisteshaltung in Politik und Gesellschaft diskriminiert. In diesem Sinne ruft der JN-Vorsitzende in dem Brief bereits vorsorglich dazu auf, „nicht auf das Gezeter von ‚political correctness‘ rein(zu)fallen“.

Inhaltlicher Kern des Briefes ist die angebliche „Islamisierung unserer Schulen, unserer Gesellschaft und unseres Landes“, insofern knüpft der Text thematisch an der islamfeindlichen Kampagne an. Auf Bezirke bezogen, in denen viele Musliminnen und Muslime leben, zeichnet der Brief ein realitätsfernes Schreckensszenario. Durch rhetorische Fragen suggeriert er, diese Situation entspreche der Alltagserfahrung von Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen: „Habt Ihr auch gemerkt, dass es in NRW ganze Stadtteile gibt, die man als Deutscher gar nicht mehr betreten darf? Selbst die Polizei traut sich nur noch Zugweise und schwer bewaffnet in bestimmte Gegenden.“ Auch an anderer Stelle setzt der NPD-Brief auf die Zustimmungsfähigkeit seiner Aussagen

in Teilen der Leserschaft: Dies gilt für die negative Darstellung der EU, des Bankenrettungspakets und der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Reizworte wie Rasse oder Volksgemeinschaft, die die meisten Leserinnen und Leser spontan als rechtsextremistischen Jargon erkennen und ihnen vermutlich mit Distanz begegnen würden, kommen in dem Text nicht vor. Dasselbe gilt für die Selbstbezeichnung der NPD als „rechts“. Auch der Nationalsozialismus wird nicht angesprochen.

4.3.4 Zum Begriff der „deutschen Identität“

Ein Schlüsselbegriff des Briefes ist der der „deutschen Identität“. An exponierter Stelle heißt es: „Der Erhalt der deutschen Identität muß Leitziel und Bestandteil landespolitischen Wirkens sein. ... Hilf mit und arbeite auch Du für ein deutsches Deutschland.“ Der Begriff erinnert an den Begriff der „nationalen Identität“, der zu den zentralen Kategorien der intellektuellen Neuen Rechten zählt. Beide Begriffe sind ambivalent und eröffnen ein breites Interpretationsspektrum – gerade wegen ihrer Uneindeutigkeit sind sie als Umkleidung einer demokratiefeindlichen Substanz geeignet. Grundsätzlich ist ein Verständnis im demokratischen Sinne ohne Weiteres möglich: Eine deutsche oder nationale Identität, die auf das Grundgesetz, die dort verankerten universellen Menschenrechte und dessen Verständnis des Deutschen abstellt, ist unabhängig von Religionszugehörigkeit, Kultur, Hautfarbe und steht selbstverständlich in keinerlei Widerspruch zu den Grundlagen der Demokratie.

Innerhalb des Briefes an die Schülervvertretungen ist „deutsch“ zunächst als Gegenbegriff zu „Islamisierung“ und „Scharia“ zu verstehen. Der Begriff bezeichnet das „Wir“, das dem „Islam“ unversöhnlich gegenübersteht. Religiöse Orientierungen innerhalb der „Wir“-Gruppe bleiben völlig offen – entscheidend ist der Kontrast zum „sie“: den Musliminnen und Muslimen. Anders als die „pro“-Gruppen⁵⁰ stellt die NPD hier und auch in anderen Materialien nicht explizit auf eine christlich geprägte Kultur ab, die es in Deutschland zu wahren

⁵⁰ So umfasst „pro Köln“ den Arbeitskreis „Christen pro Köln“, der zwar keine besonderen Aktivitäten entfaltet, aber darauf verweist, dass Bezüge zum Christentum in der Selbstdarstellung der „pro“-Gruppen ein wesentlicher Bestandteil sind. Ihre erklärte Zielgruppe sehen diese im konservativen Spektrum.

und zu schützen gelte. Dies stände im allzu offensichtlichen Widerspruch zu ihren Anleihen an heidnische Symbolik und Mythologie, die im stilistischen und erlebnisweltlichen Repertoire der Partei eine wichtige Rolle spielen.⁵¹

Im Kontext der NPD ist der Begriff „deutsche Identität“ darüber hinaus erkennbar rassistisch aufgeladen. Dies soll an zwei Beispielen skizziert werden: Das NPD-Papier „Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“ stattet Vertreter der Partei mit gemeinsamen Sprachregelungen zu neuralgischen Fragen aus und erläutert unter der Überschrift „Wer ist denn für die NPD ein Deutscher?“: „In ein Volk wird man schicksalhaft hineingepflanzt. In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“⁵² Nicht ein ziviles Nationsverständnis bildet hier die Grundlage des Deutschseins, vielmehr sind es Ausgrenzungsmymen: explizit der Mythos der Rasse – der ausdrücklich an Erbanlagen geknüpft ist –, implizit der eines deutschen Blutes.

⁵¹ Zum Beispiel das Angebot des „Deutsche Stimme Versands“ zeigt dies deutlich. Als Aufkleber ist dort das antichristliche Symbol „Adler greift Fisch“ zu kaufen (der stilisierte Fisch hier verstanden als christliches Symbol). Der Versand bietet zudem eine Fülle an Produkten mit Bezügen zur heidnischen Mythologie – darunter der Göttervater Odin als Büste, Anhänger und Pullover-Aufdruck („Mein Leben für Odin“). Einzelne DS-Artikel in der Kampagnenzeit nehmen gleichwohl in Anspruch, der NPD gehe es um den „Schutz unseres abendländischen Kulturkreises“ – Thomsen (Anm. 27), ähnlich: Richter (Anm. 2) – und drücken die Sorge aus, die landschaftsprägende Zahl der Kirchen und Kirchtürme sei gefährdet; vgl. Ronny Zasowk: Nix Integration. Eigentlich die richtige Einstellung: Türken wollen Türken bleiben, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 von Februar 2010, S. 10; Richter (Anm. 2).

⁵² NPD (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, 2. Aufl., Berlin 2006, dokumentiert in: www.redok.de/images/stories/dokumente/npd-argumente.pdf.

Ein zweites Beispiel: der Spielplan, den die Partei zur Fußballweltmeisterschaft 2006 herausgegeben hat. Dieser „WM-Planer“ ist in drei Ausgaben erschienen. In der ersten Ausgabe fordert die Partei eine „weiße“ Nationalmannschaft. Das Titelbild zeigt den Schriftzug „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft“. Im Hintergrund ist – nicht vollständig erkennbar – ein Spieler im Nationalmannschaftstrikot mit der Nummer 25 zu sehen: seinerzeit die Spielernummer des schwarzen Fußballnationalspielers Patrick Owomoyela. Der NPD-Vorsitzende und zwei weitere Parteifunktionäre wurden anschließend wegen Volksverhetzung verurteilt. Deutsche Nationalität ist hier ausdrücklich an eine bestimmte Hautfarbe gekoppelt, die als Inbegriff einer „rassischen“ Zugehörigkeit verstanden wird. In den beiden folgenden Ausgaben dieses WM-Planers wurde das Titelbild ausgetauscht. Die neuen – nicht mehr strafrechtlich relevanten – Bilder setzten Codes an die Stelle nachweislicher Aussagen. Die Codes auf diesen Titelbildern dürften für die Zahlen 88 und 14 stehen⁵³, die in der rechtsextremistischen Szene üblicherweise den strafbaren Gruß „Heil Hitler“ umschreiben bzw. eine englischsprachige rassistische Losung mit 14 Wörtern. Eine derartige ideologische Basis geben die vieldeutige Formulierung „deutsche Identität“ und der Brief an die Schülervertretungen generell nicht zu erkennen.

4.3.5 Wahrheitsgehalt der Aussagen

Der Brief an die Schülervertretungen ist mit verbalen Attacken insbesondere auf „Politiker“ gespickt – diese Aussagen bleiben weitgehend unbestimmt und entziehen sich so der Überprüfung. Ein Satz, der vergleichsweise konkrete Vorwürfe erhebt, kann exemplarisch herausgegriffen werden, um den Wahrheitsgehalt zu bemessen. Darin wird zunächst – typisch für den Duktus des Schreibens – eine „schleichende Islamisierung unseres Landes“ beklagt, weiter heißt es: „Andererseits

⁵³ Auf dem Titelbild der zweiten Ausgabe sind die Zahl 77 zu sehen und elf Figuren, die eine Fußballmannschaft darstellen sollen. Die dritte Ausgabe zeigt zwei Trikots: eines mit der Spielernummer 64 (acht mal acht), eines mit 59 (Quersumme: 14). Die von dem amerikanischen Rechtsterroristen David Lane geprägten „14 words“ lauten: „We must secure the existence of our people and a future for white children“.

sitzen unsere Spitzenpolitiker mit den Köpfen des Islamismus in Deutschland an einem Tisch, stopfen ihnen Milliarden in den Rachen und bauen eine Großmoschee nach der anderen.“ Das Zitat wirft zunächst die Frage auf, wie der Begriff des Islamismus hier gebraucht wird. Islamismus ist eine demokratiefeindliche Ideologie, die den Islam instrumentalisiert, um politische Ziele zu verfolgen. Insofern lehnt der Islamismus die Demokratie im westlichen Sinne ab und steht im deutlichen Widerspruch zum demokratischen Verfassungsstaat. Von den etwa eine Million Musliminnen und Muslimen in Nordrhein-Westfalen ist eine kleine Minderheit – weniger als ein Prozent – islamistischen Gruppen zuzurechnen, davon gehört wiederum eine Minderheit gewaltbereiten islamistischen Gruppen an.⁵⁴ Eine Differenzierung zwischen der Mehrheit der Musliminnen und Muslime, deren Glaube durchaus mit der Demokratie vereinbar ist, und der Minderheit demokratiefeindlicher Islamisten nimmt der Text nicht vor. Auf diese Weise zeichnet er das Zerrbild eines generell aggressiven und beängstigenden „Islam“. Der zitierte Satz suggeriert, deutsche Spitzenpolitiker machten mit Islamisten gemeinsame Sache und ließen ihnen großzügige finanzielle Unterstützung zukommen. In dieser Form ist die Aussage absurd. Tatsächlich finden allerdings Gespräche mit Musliminnen und Muslimen statt, um die Integration voranzubringen.⁵⁵ Auch die Darstellung, die deutsche Politik finanziere re-

⁵⁴ Vgl. Innenministerium NRW (Anm. 45), S. 5.

⁵⁵ Es ist denkbar, dass der Satz in sachlich verzerrender Weise auf die „Deutsche Islam Konferenz“ anspielt. Sie versteht sich als „langfristig angelegte(r) Dialog zwischen staatlichen und muslimischen Vertretern“ mit dem Ziel, „das Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern“. Islamistische Organisationen waren und sind dort nicht unmittelbar eingebunden. In der Vergangenheit nahm der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (IRD) an der Konferenz teil. Die „Deutsche Islam Konferenz“ wies am 18. Mai 2010 darauf hin, dass die Mitgliedschaft des IRD „(a)ufgrund der laufenden Ermittlungsverfahren gegen führende Mitglieder der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), der größten Mitgliedsorganisation des IRD, ... bis auf Weiteres suspendiert“ worden sei; Deutsche Islam Konferenz, Neue Teilnehmer des DIK-Plenums, in: www.deutsche-islam-konferenz.de/cln_117/nn_1319566/SubSites/DIK/DE/DieDIK/NeueTeilnehmer/neue-teilnehmer-node.html. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet die IGMG wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht einer islamistischen Bestrebung.

regelmäßig Moscheebauten, ist zumindest für Nordrhein-Westfalen faktisch falsch. Die Finanzierung tragen die jeweiligen Moscheevereine. In Nordrhein-Westfalen hat das Land in einem Fall im Rahmen eines Moscheebaus Gelder zur Verfügung gestellt: Der Bau der Begegnungsstätte, die in der Merkez Moschee in Duisburg-Marxloh eingerichtet wurde und von einem eigenständigen Verein getragen wird, wurde durch das Land und die EU unterstützt. Die Kombination der Moschee mit einer interreligiösen und interkulturellen Begegnungsstätte soll dazu beitragen, den Dialog der ethnischen und religiösen Gemeinschaften zu fördern. Den Verantwortlichen von Moschee und Begegnungsstätte zufolge ist diese Verbindung weltweit einzigartig.⁵⁶

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Die Agitation von NPD und „pro NRW“ im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf gegen eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands, gegen Moscheebauten und für das Verbot von Minaretten ist als politische Kampagne mit mindestens zwei konkurrierenden organisatorischen Kernen zu verstehen. Diese islamfeindliche Agitation ist in erheblich höherem Maße anschlussfähig an Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung, als es für herkömmliche rechtsextremistische Propagandafelder gilt, etwa für offenen Antisemitismus und die Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus. Im Sinne der NPD ist Islamfeindschaft ein „Türöffner“-Thema, um weiterreichende fremdenfeindliche und rassistische Positionen zu vermitteln. Konkret soll es ihr im Landtagswahlkampf Unterstützung und Stimmen jenseits der bisherigen Wählerschaft bringen. Zudem hofft die Partei offenbar auf einen Mobilisierungs- und Einigungseffekt innerhalb des „nationalen Lagers“, der nicht spannungsfreien Allianz aus NPD und Neonazi-Spektrum.

In die islamfeindliche Kampagne fügt sich der Brief der NPD an Schülervvertretungen in Nordrhein-Westfalen nahtlos ein, er ist auch typisch für die Ausrichtung der Partei auf junge Zielgruppen und für

⁵⁶ Vgl. Peter Sikora, Dialog und Bildungsarbeit unter der Kuppel, in: www.duisburg.de/micro/europa/euinduisburg/102010100000220206.php; O.A., Moschee mit einer Bildungs- und Begegnungsstätte an der Warbrückstraße in Duisburg-Marxloh, in: www.ditib-du.de.

verbale Tarnstrategien. Getragen von einem möglichst schülernahen Stil, stehen Aussagen im Vordergrund, die an ablehnende Stimmungen appellieren: an Ressentiments gegen „den Islam“ und gegen „Politiker“. Den Feindbildern steht ein „Wir“-Gefühl gegenüber, das Musliminnen und Muslime ausschließt und mit dem Begriff der „deutschen Identität“ verbunden ist. Die rassistische Unterfütterung des Begriffs, den die NPD an anderer Stelle deutlich zu erkennen gibt, lässt der Brief allenfalls erahnen.

Der Erfolg der Kampagne im nordrhein-westfälischen Wahlkampf ist begrenzt geblieben. Bei der Landtagswahl erhielt die NPD 0,7 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen – weit weniger als erhofft. Die „pro“-Gruppen werteten das Ergebnis von 1,4 Prozent der Stimmen als Erfolg. Durch den Sprung über die Ein-Prozent-Hürde erhielten sie Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Erfolgspotenziale islamfeindlicher Kampagnen liegen weit jenseits dieser Ergebnisse.

Worauf kommt es an, um Kampagnen zu begegnen, die auf Zerrbildern „des Islam“ beruhen und die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslime in Frage stellen? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen drei Faktoren hervorgehoben werden. Aufklärung über die Hintergründe rechtsextremistischer oder extremismusverdächtiger Träger der Kampagne macht strategische Ziele deutlich, die mit den Mitteln der Islamfeindschaft verfolgt werden. Der Blick auf ihre Materialien zeigt sachliche Verzerrungen und Manipulationstechniken. Im Falle der NPD lugt hinter der Fassade der „jugendgerecht gestalteten Schülerpost“ ein rassistisches Menschenbild hervor. In Aufklärungsveranstaltungen greift der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Werbebrief der NPD an Schülervertretungen regelmäßig auf, um an diesem Beispiel über Agitationsstrategien der Partei zu informieren.

Zweitens: Gegen Entdifferenzierung hilft Differenzierung. Substanzielle Information über die Vielfalt des muslimischen Lebens in Deutschland, die Grundlagen der Religion und ihre unterschiedlichen Strömungen stärkt die Fähigkeit, pauschale Behauptungen zu entlarven. Dies schließt die Auseinandersetzung mit islamistischen Gruppen, ihren Ideologien und Strategien ein – mit einer Propaganda, die den Islam zur Basis nimmt, um demokratische Grundwerte und Grundrechte zu bekämpfen.

Last but not least sind interkulturelle Kontakte ein hohes Gut, wenn es um die Prävention von Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geht. Die GMF-Studien und andere Untersuchungen zeigen, dass ein höherer Ausländeranteil in der Wohnumgebung in aller Regel mit einem niedrigeren Aufkommen an Fremdenfeindlichkeit einhergeht.⁵⁷ Die verbreitete Vermutung, abwertende Haltungen gegenüber ethnischen Minderheiten gingen auf negative Erfahrungen mit Angehörigen dieser Gruppen zurück, bestätigen die Studien nicht.⁵⁸ Vielmehr wirken Kontakte und Erfahrungen mit Ausländern oder Deutschen mit Einwanderungshintergrund – zum Beispiel als Mitschülerinnen und Mitschüler, Kolleginnen und Kollegen oder als Nachbarn – der Entdifferenzierung entgegen, sie reduzieren Vorurteile und Ängste gegenüber dem anderen und stärken die Wertschätzung gesellschaftlicher Vielfalt. In diesem Sinne sind interkulturelle Kontakte ein täglicher Blick über den Tellerrand.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Carina Wolf/Ulrich Wagner/Oliver Christ, Die Belastungsgrenze ist nicht überschritten. Empirische Ergebnisse gegen die Behauptung vom „vollen Boot“, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, S. 73-91, hier S. 87.

⁵⁸ Ulrich Wagner/Rolf van Dick/Kirsten Endrikat, Interkulturelle Kontakte. Die Ergebnisse lassen hoffen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt a.M. 2002, S. 96-109, hier S. 101.

⁵⁹ Oliver Christ und Ulrich Wagner sprechen von einem Prozess der „Deprovinzialisierung“, durch den eigene kulturelle Standards und ethnozentrische Einstellungen relativiert würden. So erklären sie ihren Befund, dass interkulturelle Kontakte allen abwertenden Haltungen entgegenwirken, die im Rahmen des GMF-Surveys eine Rolle spielen – beispielsweise auch der Abwertung von Obdachlosen. Vgl. Oliver Christ/Ulrich Wagner, Interkulturelle Kontakte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M. 2008, S. 154-168, hier S. 164.

Das Grün im Braun

Umweltschutz in den Parteiprogrammen der deutschen extremen Rechten

Christoph Busch

1. Einleitung und Fragestellung

Umwelt gehört inzwischen zu den politischen Top-Themen¹, zu denen jede Partei, die elektorale Ziele verfolgt, Stellung beziehen muss. Insofern verwundert es nicht, dass alle derzeit relevanten Parteien der extremen Rechten² in Deutschland (NPD, DVU, REP³ und die Pro-Bewegung) das Thema in der einen oder anderen Form aufgreifen. Die REP wählten sogar als Untertitel ihres Bundesparteiprogramms „sozial – patriotisch – ökologisch“⁴. Dies erweckt den Eindruck, als ob Ökologie eine der drei programmatischen Säulen sei.

Die extreme Rechte thematisiert Umweltpolitik aber auch unabhängig von elektoralen Zielen. So erinnern Neonazis in Internetforen positiv an den Tierschutz im Dritten Reich⁵. Umweltpolitik schlägt sich gelegentlich in konkreten Aktionen nieder. Beispielsweise hat eine Freie Kameradschaft aus Brandenburg im dortigen Schwarzheide Müll gesammelt und per Flugblatt unter dem Titel „Umweltschutz ist Heimatschutz“ öffentlichkeitswirksam die Stadt aufgefordert, den gesammel-

¹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.), Umweltbewusstsein in Deutschland, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin 2008, S.13f.

² Die Begriffe „extreme Rechte“ und „Rechtsextremismus“ werden hier synonym verwendet.

³ Im Unterschied zu den Verfassungsschutzbehörden werden die REP hier als rechtsextremistisch eingeschätzt, was in Kapitel 2 gesondert begründet wird.

⁴ Die Republikaner: Bundesparteiprogramm Die Republikaner sozial – patriotisch – ökologisch, (Manuskriptversion Online) 2002

⁵ Vgl. O. A.: Tierschutz und Nationalsozialismus vom 27.Juli 2009; URL: <http://www.widerstand.info/6188/tierschutz-und-nationalsozialismus/#more-6188> (gelesen am 22. September 2009); vgl. zur wissenschaftlichen Diskussion über die Umweltpolitik im Nationalsozialismus: Brüggemeier, Franz-Josef (Hrsg.), How green were the Nazis?, Nature, environment, and nation in the Third Reich, Athens, Ohio, 2007.

ten Müll abzuholen⁶. Ferner gibt der Verein „Midgard e.V.“ seit 2007 die Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“ heraus, die über ein breites Spektrum von Umweltthemen berichtet⁷, wobei der rechtsextreme ideologische Hintergrund erst bei genauer Lektüre ersichtlich wird. Dies trifft etwa auf die grundsätzliche Erklärung zum Begriff des Heimatschutzes zu, der weitgehend wortwörtlich aus dem umweltpolitischen Teil des NPD-Parteiprogramms von 1996 stammt.

Diese Beobachtungen verwundern einerseits, wird das Umweltthema in Deutschland doch oftmals mit postmaterialistischen Werten, neuen sozialen Bewegungen, dem links-alternativen Milieu und nicht zuletzt der Partei Bündnis 90/Die Grünen in Verbindung gebracht – also Werten, Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen, die allesamt mit Rechtsextremismus unvereinbar scheinen. Andererseits verwundern diese Beobachtungen indes nicht. Denn das Thema spielte in der Vergangenheit bei politischen Akteuren mit nationalistischer und autoritärer Programmatik eine wichtige Rolle. Ein Beispiel in der Bundesrepublik ist die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD). Sie war deutschnational geprägt und engagierte sich vor allem in den 1970er Jahren in der Umweltschutzbewegung, wobei Umweltpolitik bei ihr den Charakter eines „volksgemeinschaftlichen Kampfes für den Schutz des Lebens“⁸ annahm. Zudem existieren Traditionslinien, die bis in die Weimarer Republik zurückreichen. So begründeten Vordenker der Konservativen Revolution ihre antidemokratische Zivilisationskritik mit Umweltschutzargumenten.⁹ Im Übrigen zeigt die positive Erwähnung des Tierschutzes im Dritten Reich, dass sich die nationalsozialistische Ideologie vielfach auf Natur, Biologie und Umwelt bezieht. Dabei geht es zuvörderst darum, Gesellschaft zu naturalisieren und damit als etwas zwangsläufiges, unhinterfragbares darzustellen.

⁶ Vgl. O. A.: Umweltschutz ist Heimatschutz! – Die Zweite vom 27. Mai 2008, in: URL: <http://www.widerstand.info/2521/umweltschutz-ist-heimatschutz-die-zweite/> (gelesen am 22. September 2009).

⁷ Einige Artikel der Zeitschrift werden auch im Internet veröffentlicht. Vgl. URL: <http://www.umweltundaktiv.de/index.php> (gelesen am 22. September 2009).

⁸ Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft / Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980, S. 243.

⁹ Vgl. ebd.

len. Politik ist demnach die Folge von Sach- bzw. biologischen Zwängen und nicht mehr demokratischer Streit über unterschiedliche Sichtweisen und Lösungen. Berühmte Beispiele für das nationalsozialistische Denken sind die „Blut und Boden“-Ideologie oder der Sozialdarwinismus.¹⁰

Anlässlich dieser Traditionslinien und der Nachfrage des Elektorats wird hier empirisch der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die rechtsextremen Parteien der Umweltpolitik zumessen. Bei der vergleichenden Untersuchung sollen sowohl die Funktion der umweltpolitischen Programmatik für die Integration und die Außendarstellung der jeweiligen Partei, als auch die Deutungsmuster und inhaltlichen Lösungsvorschläge ideologiekritisch herausgearbeitet werden. Schließlich wird erörtert, an welche gesellschaftlichen Diskurse die jeweilige Partei dabei anschließt.

2. Untersuchungsobjekte

Als Quellen für die Untersuchung wurden Parteiprogramme ausgewählt. Dies hat zum einen forschungspragmatische Gründe. Denn Parteien sind gesetzlich verpflichtet, ein Programm aufzustellen und zu veröffentlichen. Insofern liegt für alle zu untersuchenden Parteien ein Programm vor. Andere Quellen, wie zum Beispiel parlamentarische Initiativen, Pressemitteilungen oder Parteizeitungen, sind nur schlecht zwischen den Parteien zu vergleichen, weil die jeweiligen Parteien unterschiedliche Kommunikationspraxen pflegen. Beispielsweise kommuniziert die DVU intensiv über die „National-Zeitung“¹¹, während die „Deutsche Stimme“ für die NPD eine etwas geringere Rolle spielt und die REP keine nennenswerte Parteizeitung herausgeben. In Bezug auf pro NRW wäre die Rolle der Internetzeitung „Nation 24“ noch zu klären. Zum anderen sind Parteiprogramme als Quellen für ideologiekritische Analysen besonders geeignet. Denn Parteiprogramme sind eher langfristig, umfassend und grundsätzlich angelegt. Damit unter-

¹⁰ Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußenpartei, 2. Aufl., Bonn 1993, S. 109f.

¹¹ Vgl. Fabian Virchow, Struktur und Funktion der Frey-Presse, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 28-40.

scheiden sie sich von Wahl- oder Aktionsprogrammen, die diese Merkmale nicht in gleichem Maße aufweisen.¹² Zudem liegen Wahl- und Aktionsprogramme nicht von allen Parteien zur gleichen Wahl oder zum gleichen inhaltlichen Anlass vor. Beispielsweise publiziert die DVU keine Aktionsprogramme.

Untersucht werden folgende Parteiprogramme¹³:

- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), beschlossen am 4./5. Juni 2010 in Bamberg,
- Deutsche Volksunion (DVU): Partei-Programm der Deutschen Volksunion (DVU), beschlossen am 14. August 1993¹⁴,
- Die Republikaner: Bundesparteiprogramm. Die Republikaner: sozial – patriotisch – ökologisch, beschlossen am 12. Mai 2002 in Künzell und
- Pro Nordrhein-Westfalen: 7 Punkte pro NRW. Parteiprogramm der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen, beschlossen am 7. September 2007.

Es wurden hier die Parteiprogramme von den vier Parteien ausgewählt, welche die größte Bedeutung in der rechtsextremen Parteienlandschaft besitzen: Unbestritten stellt die NPD in den letzten Jahren die wichtigste rechtsextreme Partei dar.¹⁵ Dagegen kann man über die

¹² Vgl. Hans-Dieter Klingemann/Andrea Volkens, Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998, in: Oscar Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, 2. Auflage, Bonn 2001, S. 507-527, hier S. 513-515.

¹³ Es handelt sich dabei um die Online-Versionen, die die Parteien auf ihren Webseiten veröffentlichen. Bei den REP fehlt in dieser Version das Vorwort und die Präambel. Zum Teil weichen die Online-Versionen hinsichtlich des Layouts von der Printfassung ab. Deshalb wird bei Zitaten aus dem Programm nicht die Seitenzahl, sondern die Kapitelnummer angegeben.

¹⁴ Eine E-Mail des Autors an die Pressestelle der DVU mit der Frage, wann, wo und zu welchem Anlass das Programm beschlossen wurde, blieb unbeantwortet.

¹⁵ Vgl. Harald Bergsdorf, Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, München 2007, S. 12f.; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus, Köln 2006.

Auswahl der DVU schon eher streiten. Denn die Parteiführung versucht derzeit mit der NPD zu fusionieren, wobei es eher einer Selbstauflösung der DVU gleichkommt, weil die NPD den deutlich stärkeren Partner darstellt. Da es innerhalb der DVU aber relativ großen Widerstand gegen diese Fusion gibt und die Machtverhältnisse schwer einzuschätzen sind, bleibt offen, ob und wenn ja, wann es zu einer Fusion kommen wird.¹⁶ Jedenfalls zog die DVU in den letzten 20 Jahren in mehrere Landtage ein und gehört damit in elektoraler Hinsicht zu den relativ erfolgreichen rechtsextremen Parteien.¹⁷

Bei den REP wird schon fast seit ihrer Gründung diskutiert, inwieweit sie als rechtsextrem gelten.¹⁸ Zwar haben die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder die Partei in den letzten Jahren nicht mehr in ihren Berichten erwähnt, jedoch ist die Entscheidung zwischen extremistisch und nicht-extremistisch aus wissenschaftlicher Sicht problematisch, da somit graduelle Abstufungen negiert werden. In der Wissenschaft gibt es deswegen eine Diskussion, wie man die REP einordnen sollte. Der Politikwissenschaftler Ralf Grünke kommt aus extremismustheoretischer Sicht zum Schluss, wonach die REP sich in den letzten Jahren dem Konservatismus angenähert hätten.¹⁹ Dagegen betont der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz, dass die REP als „semi-demokratische bzw. semi-extremistische rechte Flügelpartei einzustufen“²⁰ sei. Da Kailitz bei den REP zutreffend ein

¹⁶ Vgl. Thomas Sager, Der Kampf um das Ende, in: Blick nach rechts vom 24. November 2010, in: www.bnr.de/content/der-kampf-um-das-ende (gelesen am 17. Dezember 2010).

¹⁷ Dies gilt insbesondere für die Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt, bei der die Partei 12,9 Prozent der Stimmen erhielt und damit das beste Ergebnis für eine rechtsextreme Partei auf Landesebene in der Geschichte der Bundesrepublik erzielte.

¹⁸ Zu Beginn der 1990er Jahre zeigt Richard Stöss eindrücklich, dass die REP eine rechtsextreme Partei sind. Vgl. Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, 2. Aufl., Köln 1990, S. 81-86.

¹⁹ Vgl. Ralf Grünke, Die Partei der Republikaner im Wandel der Zeit: eine extremistische Partei?, in: Eckhard Jesse/Hans-Peter Niedermeier (Hrsg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 89-106, hier S. 106.

²⁰ Steffen Kailitz, Die Republikaner, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2007, S. 366-374, hier S. 372.

Streben nach ethnischer Homogenität und Freund-Feind-Denken konzediert, werden sie in dieser Untersuchung als rechtsextreme Partei berücksichtigt. Obgleich die Partei in letzter Zeit an Bedeutung verloren hat, spielt sie mit Blick auf ihre Mitgliederzahl, relativen Wahlerfolge und Abgeordneten in Kommunalparlamenten immer noch eine relevante Rolle im rechtsextremen Parteienspektrum.

Pro NRW findet in den Verfassungsschutzberichten des Landes Nordrhein-Westfalen Erwähnung, weil sich die Regionalpartei vor allem durch Islamfeindlichkeit auszeichnet. Die Partei ist auf Landesebene personell, inhaltlich und organisatorisch eine Fortsetzung des Vereins pro Köln, dem bei den letzten beiden Kommunalwahlen der Einzug in den Kölner Stadtrat²¹ gelang und durch sogenannte Anti-Islam-Kongresse die bundesweite Medienöffentlichkeit suchte.²² Zur sogenannten Pro-Bewegung gehören noch weitere kommunale Pro-Vereine, die nach dem Vorbild von pro Köln gegründet wurden. Bei den letzten Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen errangen die kommunalen Pro-Ableger Mandate in acht Stadträten und vier Kreistagen, wobei die Pro Bewegung bislang nur regionale Strukturen im Rheinland und im Ruhrgebiet besitzt.²³ Bei der Landtagswahl erreichte sie mit 1,4 Prozent der Zweitstimmen immerhin das beste Stimmenergebnis im rechtsextremen Parteienspektrum.²⁴

²¹ Vgl. Christoph Busch, Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln, in: Kathrin Mok/Michael Stahl (Hrsg.), Politische Kommunikation heute. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation, Berlin, S. 67-86.

²² Vgl. Christoph Busch, Rheinischer Rechtsradikalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 53 (2008), Nr. 9, S. 17-20.

²³ Vgl. Innenministerium des Landes NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2009, Düsseldorf 2010, S. 76.

²⁴ Vgl. Innenministerium des Landes NRW (Hrsg.), Zwischenbericht 2010. Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2010, S. 20.

3. Forschungsstand

3.1 Politische Programme

Bis in die 1970er Jahre beschäftigte sich die Politikwissenschaft kaum mit politischen Programmen. In den wenigen Studien ging sie vor allem parteivergleichend vor. Dabei griff diese jedoch nicht auf inhaltsanalytische Verfahren zurück und blieb methodisch defizitär.²⁵ Ende der 1970er Jahre gründete sich dann die „Manifesto Research Group“, die mit quantitativ-inhaltsanalytischen Methoden Wahlprogramme untersuchte. Das Nachfolgeprojekt dieser Forschergruppe, das „Comparative Manifestos Project“ (CMP), dominiert derzeit die Programmforschung. Bei diesem internationalen Dauerprojekt werden Wahlprogramme seit 1945 aus über 50 Ländern gesammelt und ausgewertet. Somit können der Bedeutungswandel von Inhalten der Wahlprogramme im Längsschnitt und parteivergleichend nachvollzogen werden.²⁶ Die CMP-Daten werden inzwischen intensiv in der Parteienforschung genutzt.

Parteiprogramme können je nach Parteityp unterschiedliche Funktionen erfüllen. Programmparteien zeichnen sich durch ihr Parteiverständnis aus, wonach Mitglieder ihre politischen Überzeugungen einbringen und diskutieren. Hier übernimmt das Parteiprogramm die nach innen gerichteten Funktionen von Integration und Identifikation.²⁷ Für diesen Parteityp trifft die Programm-Definition der Politikwissenschaftlerin Ingrid Reichart-Dreyer zu: „Programme sind komplexe Denkgebäude über gewünschte Zustände. In sie geht die in der Ausgangslage wahrgenommene Wirklichkeit ebenso ein wie die angestrebte Ordnung. Programme sind im Wortsinn Ideologien ...“²⁸ Beim Parteitypus der Wettbewerbspartei, die auf den maximalen Wahlerfolg fixiert ist, haben Programme die nach außen gerichteten Funktionen

²⁵ Vgl. Daniel Rölle, Wahlprogramme: Richtschnur parlamentarischen Handelns, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31 (2000), Nr. 4, S. 821-833, hier S. 822.

²⁶ Vgl. Manifesto Project Database Preliminary, in: <http://manifestoproject.wzb.eu/> (gelesen am 3. Januar 2011).

²⁷ Vgl. Klingemann/Volkens (Anm. 12), S. 508f.

²⁸ Ingrid Reichart-Dreyer, Macht und Demokratie in der CDU. Dargestellt am Prozess und Ergebnis der Meinungsbildung zum Grundsatzprogramm 1994, Wiesbaden 2000, S. 29f.

von Werbung und Profilierung. Bei Programmen von Parteien solchen Typus würde eine Programmanalyse also keine Erkenntnisse über die Ideologie, sondern eher über die Einschätzung der Wählermeinung bringen. Jedoch ist eine Erkenntnis des CMP, dass sich in Programmen oftmals sowohl Elemente des Typus der Programmpartei als auch des Typus der Wettbewerbspartei widerspiegeln. Dabei werden für die Parteiidentität bedeutsame Themen eher konsistent angesprochen und bei anderen Themen verschiedene, zum Teil gegensätzliche Positionen vertreten.²⁹

Für die folgende Analyse bedeutet dies, dass sie herausarbeiten soll, inwiefern das Thema Umwelt eine policy-spezifische Konkretisierung der jeweiligen Parteiideologie darstellt oder für Zwecke des Parteienmarketings genutzt wird. Es wird dabei die These überprüft, dass rechtsextreme Parteien, wie viele andere Parteien auch, zwischen den Polen Programm- und Wettbewerbspartei anzusiedeln sind und ihre Umweltprogrammatische sowohl zur Integration als auch zur Außendarstellung nutzen.

3.2 Programme rechtsextremer Parteien

In der deutschen Rechtsextremismusforschung sind Parteiprogramme kein prominentes Untersuchungsobjekt. Bemerkenswert ist, dass die mehr oder weniger dezidierten Programmanalysen von rechtsextremen Parteien theoretisch und empirisch nicht an die Parteiprogrammforschung anschließen. In empirischer Hinsicht handelt es sich im Wesentlichen um qualitative Inhaltsanalysen, wobei einige kaum über eine Deskription mit anschließender Bewertung hinausgehen. Andere setzen sich mit den Programmen vor allem ideologiekritisch auseinander und analysieren die Programmatik vor dem Hintergrund rechtsextremer Ideologien und Strategien. Einen wichtigen Grund, warum der ideologiekritische Ansatz für rechtsextreme Parteiprogramme besonders geeignet scheint, sieht der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter in der grundgesetzlich verankerten Konzeption der „wehrhaften Demokratie“. Denn diese nötigt rechtsextreme Parteien

²⁹ Vgl. Klingemann/Volkens (Anm. 12), S. 508f.

zu verbaler Mäßigung und politischem Mimikry. Insofern sind ihre Programme nicht zum Nennwert zu nehmen.³⁰

Dieser Argumentationslinie folgend postuliert der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, dass die Programme rechtsextremer Parteien nicht den Konsens der innerparteilichen Diskussion dokumentieren, sondern strategische Überlegungen der Parteiführung ausdrücken, wo sie sich hinsichtlich des Verfassungsbogens positionieren möchten. Deswegen schreiben sie demokratiefeindliche Absichten entweder nicht ins Programm oder nur sehr vage. Zudem seien rechtsextreme Parteien keine Programm- sondern Weltanschauungsparteien.³¹ Wie oben ausgeführt, entsprechen auch demokratische Parteien nur selten dem Idealtyp der Programmpartei. Stattdessen nutzen deren Parteiführungen Programme ebenfalls, um auf die Partei Umwelt einzuwirken. Insofern kann eine Analyse von Programmen rechtsextremer Parteien ebenso viel bzw. ebenso wenig aufschlussreich sein, wie von demokratischen Parteien. Es könnte immerhin Erkenntnisse bringen, wie sich die jeweiligen Parteien umweltpolitisch positionieren, inwiefern sie dies ideologisch fundieren und an welche gesellschaftlichen Diskurse sie anknüpfen.

In den meisten einschlägigen Übersichtsdarstellungen zum Rechtsextremismus wird nicht³² oder nur am Rande auf die Programmatik eingegangen³³. Jedenfalls widmen die Autoren den Programmen kein eigenes Kapitel. Systematische parteivergleichende Untersuchungen

³⁰ Vgl. Wolfgang Gessenharter, Die Parteiprogramme der Rechtsparteien: Zur Kontinuität ihres ideologischen Bestandes, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 20 (1991), Nr. 4, S. 227-233.

³¹ Vgl. Jaschke (Anm. 10), S. 105-108.

³² Vgl. etwa Uwe Backes/Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland, 2. Aufl., München 1994; Steffen Kailitz, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden 2004; Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000.

³³ Vgl. z. B. Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, München 1990, S. 43f.; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 1996, S.117f.; Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999, S. 25, 29, 32; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 132f.

sind ein Forschungsdesiderat. Die einzige nennenswerte Ausnahme ist ein sechsseitiger Aufsatz von Gessenharter aus dem Jahr 1991. In diesem zeigt er, wie die Parteien in ihren Programmen „Volk und Nation“ als homogenes Kollektiv konzipieren und dem Individuum überordnen.³⁴ In Abhandlungen zu einzelnen Parteien wird oftmals intensiver auf das Parteiprogramm eingegangen, wobei der folgende stichwortartige Überblick über aktuelle Einordnungen bereits auf Unterschiede zwischen den Parteien verweist.

So weist der Politikwissenschaftler Henrik Steglich bezüglich des inzwischen veralteten NPD-Programms von 1996 „das Primat des Nationalen in allen Fragen“³⁵ nach, wobei NPD-Protagonisten in anderen Publikationen weit schärfer formulieren würden. Insofern gibt das Parteiprogramm die Eigenpositionierung in moderater Sprache wieder. Die DVU ist in der einschlägigen Literatur vielfach als „Phantompartei“³⁶ beschrieben, die kein aktives Parteileben aufweist, weswegen es auch keine Programmdiskussion gibt. Das aktuelle Programm ordnet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen folgendermaßen ein. Demnach „bemüht sich die Partei, ihre wahre Zielsetzung zu verschleiern und hält ihr Parteiprogramm bewusst vage.“³⁷ Das gegenwärtige Parteiprogramm der REP aus dem Jahr 2002 ist im Vergleich zu seinen Vorgängern deutlich gemäßiger. So nimmt die Partei von der Propagierung völkischer Vorstellungen Abstand, wenn-

³⁴ Vgl. Gessenharter (Anm. 30), S. 227-232.

³⁵ Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen 2005, S. 20. vgl. zur Entwicklung der NPD-Programmatik die ausführliche Analyse in: Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. 1999, S. 274-364.

³⁶ Stöss (Anm. 33), S. 140; vgl. auch Britta Oberszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien, Münster 1998, S. 37f.; Pfahl-Traughber (Anm. 33), S. 28f.

³⁷ Innenministerium des Landes NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2008, Düsseldorf 2009, S. 59; Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt sowohl Oberszerninks und Schmidt als auch Pfahl-Traughber, weshalb sie zur Analyse der politischen Positionierung der Partei die „National-Zeitung“ heranziehen, in der die politischen Aussagen wesentlicher deutlicher ausfallen. Vgl. Oberszerninks/Schmidt (Anm. 36), S. 23; Armin Pfahl-Traughber, Deutsche Volksunion (DVU), in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Bonn 2007, S. 250-255, hier S. 253.

gleich wohlfahrtschauvinistische Positionen und das Streben nach ethnischer Homogenität weiterhin eine Rolle spielen.³⁸ Bezüglich des Programms von pro NRW kommt der Politikwissenschaftler Alexander Häusler in seiner Analyse zum Ergebnis, dass vom Programm „nur rudimentär auf die realpolitische Ausrichtung dieser Partei Rückschlüsse gezogen werden können. Denn dieses Programm beinhaltet keine dezidierte Darlegung politischer Konzeptionen, sondern erschöpft sich lediglich in seiner zusammenhangslosen Ansammlung von Vorurteilen und Stammtischparolen.“³⁹

Vor diesem Hintergrund wird als zweite These formuliert, dass die umweltpolitische Programmatik Rückschlüsse auf die jeweilige Ideologie sowie die jeweils anvisierten Zielgruppen und deren Diskurse zulässt, wobei Gemeinsamkeiten und Unterschiede der rechtsextremen Parteien erkennbar werden.

3.3 Rechtsextremismus und Umweltpolitik

Vertiefende Policy-Analysen zur deutschen extremen Rechten beziehen sich gegenwärtig vor allem auf das Politikfeld Sozialpolitik, Wirtschaftsordnung und Globalisierung⁴⁰. Als das „Greenpeace-Magazin“

³⁸ Vgl. Kailitz (Anm. 20), S. 371f.

³⁹ Alexander Häusler, Politische Programmatik von PRO NRW, in: Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 88-93, hier S. 93.

⁴⁰ Vgl. Florian Hartleb, Der (Anti-)Globalisierungsdiskurs der NPD, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik, 57 (2008), Nr. 2, S. 173-180; Armin Pfahl-Traughber, Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51; Bernd Sommer, Anti-capitalism in the name of ethno-nationalism: ideological shifts on the German extreme right, in: Patterns of Prejudice, 42 (2008), Nr. 3, S. 305-316. Allerdings gibt es eine gewisse Tradition von Policy-Analysen zu rechtsextremen Parteien. So analysierte Rudolf H. Brandt bereits 1969 eingehend die Militär- und Sicherheitspolitik der NPD. Vgl. Rudolf H. Brandt, Die Militärpolitik der NPD. Rücken-deckung für die UdSSR?, Dokumentation und Analyse, Stuttgart-Degerloch 1969.

2009 über das Thema rechtsextreme Ökologie berichtete⁴¹, verwies es mehrfach auf die Studie „Rechte Ökologie“ des Politikwissenschaftlers Oliver Geden aus dem Jahr 1996⁴² - und das nicht, weil es schlecht recherchiert hatte, sondern weil diese die letzte Monographie zu dem Thema war. So gibt es nur drei Monographien, die sich bezüglich der Untersuchungsanlage ähneln und alle aus der Zeit von Anfang bis Mitte der 1990er Jahre stammen.⁴³

Die Sozialwissenschaftler Thomas Jahn und Peter Wehling⁴⁴ setzen sich mit der Bedeutung des Umweltschutzes im rechten Parteienspektrum zu Beginn der 1990er Jahr auseinander, wobei sie sich schwerpunktmäßig auf die damals noch relativ stark erscheinenden REP beziehen. Zudem betrachten sie ebenfalls andere Parteien des rechten Spektrums, wie NPD, DSU und ÖDP. Insgesamt nehmen sie das gesamte rechte Lager in den Blick und zeigen, inwieweit ökologische Deutungsmuster zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus Brücken⁴⁵ bauen bzw. ein Scharnier⁴⁶ darstellen. Dabei differenzieren Jahn/Wehling innerhalb des rechten Lagers hinsichtlich gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen Ökologiekonzeptionen und machen folgende Strömungen aus: autoritär-etatistischer Konservatismus, öko-

⁴¹ Vgl. O.A., Braune Grüne, in: Greenpeace-Magazin (2009), Nr. 4, URL: <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=5812> (gelesen am 17. Dezember 2010).

⁴² Vgl. Oliver Geden, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996, S. 252.

⁴³ Ein seltenes Beispiel jüngeren Datums ist ein Kapitel in einer größeren Arbeit von Fabian Virchow, der sich mit den rechtsextremen Konzeptionen von Biologie, Natur sowie Umwelt und deren Übertragung auf Politik und Gesellschaft auseinandersetzt. Vgl. Fabian Virchow, Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten, Wiesbaden 2006, S. 65-71.

⁴⁴ Vgl. Thomas Jahn/Peter Wehling, Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern“, Frankfurt/M./New York 1991.

⁴⁵ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, in: Wolfgang Kowalsky /Wolfgang Schröder (Hrsg.), Rechtsextremismus und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 160-182.

⁴⁶ Vgl. Wolfgang Gessenharter, Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland – Gefahren für die Republik, in: Gegenwartskunde, 43 (1994), Nr. 4, S.419-430, hier S. 426f.

konservativ-christlicher Fundamentalismus, völkischer Konservatismus, Neue Rechte und „alte“ Rechte.⁴⁷

Der Journalist Volkmar Wölk zeichnet ebenfalls zu Beginn der 1990er Jahre in einem umfangreich ausgearbeiteten Vortrag ideologiekritisch die Ökologiekonzeptionen der Neuen Rechten und ihre Bezüge zur nationalsozialistischen Ideen, der Konservativen Revolution sowie der Antroposophie nach.⁴⁸ Geden analysiert Ökologiekonzeptionen und Organisationen der Umweltbewegung, die sich in einem Spannungsverhältnis zur Demokratie und den Menschenrechten befinden. Bezüglich der Organisationen wird deutlich, dass diese zwar nicht ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten, obgleich sie teilweise rechtsextreme Ideologeme aufgreifen. Insofern lassen sich in der Umweltbewegung vielfach Beispiele für eine Offenheit für die rechtsextreme Ideologie anführen.⁴⁹

Neben diesen Monographien setzt sich der Politikwissenschaftler Uwe Hoffmann intensiv mit der programmatischen Entwicklung der NPD von ihrer Gründung bis zum Programm von 1996 auseinander. Dabei zeigt er, dass die Partei bereits 1973 umweltpolitische Themen aufgriff und sich an konservativen Ökologiekonzepten orientierte. In späteren Programmen wird dann die Verbindung von Ökologie und völkischem Denken deutlicher. Zudem zeigt sich ein gewisses Maß an Umweltpopulismus. So erhebt die NPD zwar einige konkrete umweltpolitische Forderungen, unpopuläre Maßnahmen spart sie indes aus. Ferner spielt Umweltpolitik im Programm von 1996, als auch die öffentliche Aufmerksamkeit für das Themenfeld sank, nur noch eine geringere Rolle.⁵⁰

Nachdem seit Beginn der 1990er Jahren vermehrt die umweltpolitischen Einlassungen der extremen Rechten registriert wurden, interpretierte der Journalist Anton Maegerle Umweltpolitik als ein Moderni-

⁴⁷ Vgl. Jahn/Wehling (Anm. 44), S. 27-51.

⁴⁸ Vgl. Volkmar Wölk, *Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der "Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age*, Duisburg 1992.

⁴⁹ Vgl. Geden (Anm. 42).

⁵⁰ Vgl. Hoffmann (Anm. 35), S. 357-359.

sierungselement rechtsextremer Inhalte⁵¹. Ebenfalls thematisierte Jaschke die rechtsextreme Umweltpolitik im Zusammenhang mit einer ideologischen Modernisierung: „Die inhaltliche, ideologische Modernisierung hat zu einer Vermehrung von Schnittstellen mit der politischen Mehrheitskultur, insbesondere mit dem politischen Konservatismus geführt, so daß die prinzipielle Konsensfähigkeit dessen, was wir heute ‚Rechtsextremismus‘ nennen, wächst. ... Insofern gilt es, geistig-politische Strömungen rechts von der Union auf ihre historisch-politischen Triebkräfte hin zu befragen, wobei die Aspekte nationale Identität, Volk, Rasse, Umwelt von zentraler Bedeutung sind.“⁵²

Somit gehört Umweltpolitik einerseits zum Traditionsbestand rechtsextremer Politik, andererseits durch zeitgemäße Ansprache des Themas und dessen allgemeinen Bedeutungszuwachses im politischen Diskurs zu einer Modernisierungsstrategie rechtsextremer Inhalte. Die Erkenntnisse zu Rechtsextremismus und Umweltschutz führen zu der dritten These, dass das Aufgreifen der Umweltpolitik ein Modernisierungselement rechtsextremer Politik darstellt, um an Diskurse der Mitte der Gesellschaft anzuschließen.

4. Quantitative Inhaltsanalyse

4.1 Methodische Vorbemerkung

Methodisch werden die Programme inhaltsanalytisch untersucht. Dies geschieht mittels einer strukturierenden Analyse von umweltpolitischen Unterthemen und einer Frequenzanalyse zum Stellenwert der Umweltpolitik und deren Unterthemen.⁵³ Prozentangaben zum Anteil von Themenfeldern am Programm beziehen sich auf den gesamten Umfang der jeweiligen Programmtexte beginnend mit der Präambel

⁵¹ Vgl. Anton Maegerle, Eine Öko-Nische nur für die Deutschen, und bald eine Öko-Diktatur für alle. Wie das Thema Umwelt zur Modernisierung des rechtsextremen Denkens mißbraucht wird, in: Frankfurter Rundschau vom 21. Dezember 1993.

⁵² Hans-Gerd Jaschke, Modernisierung von rechts. Anmerkungen zur historisch-politischen Dynamik des rechten Lagers, in: Jahn/Wehling (Anm. 44), S. 167-180, hier S. 168.

⁵³ Vgl. Philip Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 10. Aufl., Weinheim/Basel 2008, S. 13-15.

bzw. dem ersten Kapitel. Die Titelseite, das Impressum und das Inhaltsverzeichnis werden nicht mitgezählt. Die untersuchten Programme sind die Online-Versionen, die auf den Webseiten der Parteien zur Verfügung standen. Da die Formatierung mit der Druckversion vermutlich nicht völlig übereinstimmt, wird hier auf Seitenangaben verzichtet. Die Auszählung erfolgte EDV-gestützt. Die quantitativen Angaben sollen verdeutlichen, inwieweit Umwelt überhaupt eine Rolle in den jeweiligen Programmen spielt und welche inhaltlichen Schwerpunkte die Parteien bezüglich des Umweltthemas setzen. Dies folgt weitgehend der Vorgehensweise des CMP.

Aufgenommen in der Frequenzanalyse wurden nur die als Umweltpolitik ausgewiesenen Kapitel in den Programmen. Lediglich das Programm von pro NRW enthält kein Kapitel zur Umweltpolitik. Allerdings gibt es einen Absatz, der sich explizit mit Umweltpolitik befasst und deswegen ausgewertet wurde. Da Umweltpolitik ein Querschnittsthema darstellt, ist eine solche Auswahl nicht unproblematisch. Denn zweifellos befinden sich umweltpolitisch relevante Aussagen auch in Kapiteln zur Verkehrs-, Landwirtschafts-, Energie- und Baupolitik. Anstatt aber politikwissenschaftlich zu interpretieren, ob eine Politikmaßnahme umweltpolitisch zu deuten ist, wird stattdessen den Interpretationen der untersuchten Parteien gefolgt, die in ihrem umweltpolitischen Kapiteln bzw. Absätzen deutlich machen, was sie unter Umweltpolitik verstehen. Ob eine Partei Aussagen zu regenerativen Energien im Kapitel zur Energiepolitik oder im Kapitel zur Umweltpolitik trifft, entspricht durchaus einer politischen Positionierung.

4.2 Programminhalte

Betrachtet man zunächst die Einteilung der Kapitel, so bildet Umwelt bei der DVU ein Kapitel von insgesamt 12, bei der NPD eines von 19 Kapiteln plus Präambel, bei den REP eines von 26 Kapiteln und bei pro NRW wird Umweltpolitik in einem Absatz in dem Kapitel „Das Ruhrgebiet stärken“ behandelt. Das Programm der Regionalpartei enthält lediglich sieben Kapitel. Schaut man sich nun genauer die absoluten Zahlen an, nimmt das Thema Umwelt im Programmvergleich der Parteien bei der NPD mit 390 Worten den größten Umfang ein. In ei-

ner ähnlichen Größenordnung mit 330 Worten behandeln die REP das Thema. Dagegen ist der DVU das Politikfeld lediglich 117 Worte wert. Den geringsten Umfang nimmt es bei pro NRW mit lediglich 42 Worten ein.⁵⁴ Der Vergleich hinsichtlich der Wortanzahl ist jedoch problematisch, da die Programme in ihrem Gesamtumfang stark voneinander abweichen. Während die REP mit 8248 Worten das umfangreichste Programm präsentieren, genügen pro NRW 1826 Worte.

Angesichts der unterschiedlichen Ausführlichkeit der Programme ist die Anzahl der Worte zur Umweltpolitik ein unzureichender Indikator, um die Bedeutung dieses Politikfeldes im Gesamtprogramm zu ermitteln. Dagegen ist ein vergleichbarer Indikator, den Programmanteil zur Umweltpolitik im Verhältnis zum gesamten Programmtext zu setzen. Richtet man nun den Blick auf die prozentualen Angaben, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Die größte Rolle spielt das Thema bei der NPD. Dort umfasst Umweltpolitik 5,8 Prozent des Programms, während es bei der DVU 5,7 Prozent ausmacht. Im Programm der REP nimmt das Thema 4,4 Prozent des Textes ein und bei pro NRW gar nur 2,3 Prozent.⁵⁵

Vergleicht man die inhaltlichen Ausführungen zur Umweltpolitik, ist ersichtlich, dass bei den REP und der pro-Bewegung der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie dominiert. Im NPD-Programm erfährt dieses Subthema nur eine geringe Aufmerksamkeit⁵⁶. Bei pro NRW nimmt dieses Thema rund drei Viertel des umweltpolitischen Programms ein (31 Worte; 1,7 Prozent des gesamten Programms), bei den REP immerhin noch gut ein Drittel (113 Worte; 1,4 Prozent) und bei der NPD weniger als ein Achtel (47 Worte; 0,7 Prozent). Sofern Umweltschutz in den Programmen thematisiert wird, steht dies in ei-

⁵⁴ Im Gegensatz dazu wird der Umweltpolitik im Kommunalwahlprogramm des Vereins pro Köln, aus dem pro NRW hervorgegangen ist, relativ breiten Raum gewidmet. Dort widmet die Organisation 313 Worte ihren umweltpolitischen Vorstellungen.

⁵⁵ Dies ist hinsichtlich des Kommunalwahlprogramms von pro Köln widersprüchlich, weil sich bei letzterem ein Anteil von 8,3 Prozent des Programms auf Umweltpolitik bezieht.

⁵⁶ Im vorhergehenden Parteiprogramm der NPD von 1996 war ein Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie noch das beherrschende Thema des umweltpolitischen Kapitels und nahm dort über die Hälfte des Textes ein.

nem engen Zusammenhang mit dem Konflikt von Ökonomie und Ökologie. Eine Ausnahme bildet die DVU, die das Thema Umweltschutz ohne Bezug auf die Wirtschaft anspricht. Dies macht mit 56 Worten bzw. 2,8 Prozent des gesamten Programms rund die Hälfte des entsprechenden Kapitels aus. Die NPD (20 Worte; 0,3 Prozent) und die REP (22 Worte; 0,3 Prozent) setzen sich mit Umweltschutz, ohne dies mit der Ökonomie in einen Zusammenhang zu bringen, nur am Rande auseinander.

Das zweite große Thema in den umweltpolitischen Programmteilen ist der Tierschutz. Die einzige Ausnahme stellt die pro-Bewegung dar, die den Tierschutz nicht anspricht. Bei der DVU macht es ca. die Hälfte der Umweltpolitik aus (56 Worte; 2,8 Prozent). Die NPD und die REP widmen dem Thema ungefähr ein Viertel ihres umweltpolitischen Textes. Dies umfasst bei der NPD 105 Worte und damit 1,6 Prozent des gesamten Programms und bei den REP 84 Worte bzw. 1,0 Prozent. Lediglich drei weitere Themen finden sich in den umweltpolitischen Kapiteln der Programme. Die NPD äußert sich vergleichsweise umfangreich zur Landwirtschaft (103 Worte; 1,5 Prozent). Ebenfalls beschreibt sie ihre Position zur Gentechnik relativ umfangreich in 80 Worten (1,2 Prozent). Den REP genügen dazu neun Worte (0,1 Prozent). Ebenfalls in neun Worten (0,1 Prozent) erläutern die REP ihre umweltpolitischen Ansichten zur Energiepolitik.

Tabelle 1: Umweltpolitische Themen

	NPD (2010)	DVU (1993)	REP (2002)	Pro NRW (2007)
Programm	6681	2036	8284	1826
Umweltpolitik	5,8 % (390)	5,7 % (117)	4,0 % (330)	2,3 % (42)
Ökologie vs. Ökonomie	0,7 % (47)	-	1,4 % (113)	1,7 % (31)
Umweltschutz	0,3 % (20)	2,8 % (56)	0,3 % (22)	-
Tierschutz	1,6 % (105)	2,8 % (56)	1,0 % (84)	-
Energie	-	-	0,3 % (26)	-
Gentechnik	1,2 % (80)	-	0,1 % (9)*	-
Landwirtschaft	1,5 % (103)	-	-	-

*Doppelt gezählt, auch unter der Kategorie Tierschutz.

4.3 Deutungen und Maßnahmen

Die umweltpolitischen Programmteile lassen sich aber nicht nur hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte untersuchen, sondern ebenso nach der Art des Textes. Diesbezüglich kann man zwischen Beschreibung und Interpretation der Umweltpolitik einerseits und den daraus abgeleiteten politischen Maßnahmen andererseits unterscheiden. Diese Kategorienbildung könnte man auch als Erkennen und Handeln bezeichnen. Hier interessiert vor allem das quantitative Verhältnis. Legen die Parteien also den Schwerpunkt auf die Deutungen der Umweltpolitik oder mehr auf die Maßnahmen? Ersteres ließe sich dahingehend interpretieren, dass das Programm verstärkt zur Bestimmung des eigenen grundsätzlichen Standpunktes und damit zur innerparteilichen Integration und Identifikation genutzt wurde. Letzteres wiederum wäre tendenziell für Wettbewerbsparteien bedeutsamer, die potentiellen Wählern zeigen wollen, welche Art von Politik diese konkret für ihre Stimmabgabe erwarten können.

Am deutlichsten ist das Verhältnis von Deutungen und Maßnahmen bei pro NRW, wo man ausschließlich Aussagen zur Deutung des umweltpolitischen Verständnisses findet. Politische Maßnahmen schlägt diese Partei keine vor. Hier ist allerdings der Textumfang zu den Deutungen so gering, dass es zweifelhaft ist, ob das oben beschriebene Interpretationsmuster zutrifft. Angesichts von nur 42 Worten zum Verständnis der Umweltpolitik kann man davon auszugehen, dass dies weniger der Identifikation dient, als der geringe Stellenwert dieses Politikfeldes in der Programmatik verdeutlicht. Danach folgt die NPD mit dem größten Anteil an Deutungen der Umweltpolitik. Diese nehmen in dem entsprechenden Kapitel etwas weniger als die Hälfte des Textes ein. Umgekehrt widmet die Partei den Maßnahmen etwas mehr als die Hälfte. Die vergleichsweise umfangreiche Deutung der Umweltpolitik mit 174 Worten kann tendenziell eher ein Identifikationsangebot darstellen, was bei der qualitativen Analyse näher zu untersuchen ist. Bei der DVU und den REP dominieren die politischen Maßnahmen den Programmtext. Bei der DVU umfassen die Handlungsvorschläge fast drei Viertel des Textes und bei den REP immerhin noch rund zwei Drittel. Jedoch ist der DVU-Text sehr kurz, weswegen es zweifelhaft ist, ob die darin dargelegten Inhalte eine substantielle Außendarstellung bewirken. Das Programm der REP ist insgesamt

ausführlicher, weswegen auch die Deutung der Umweltpolitik, die nur ein Drittel des entsprechenden Kapitels ausmacht, immer noch über 100 Worte enthält. Insofern kann man das Umweltkapitel dahingehend interpretieren, dass es sowohl zur Integration als auch zur Außerdarstellung beitragen soll.

Tabelle 2: Umweltpolitische Deutungen und Maßnahmen

	NPD (2010)	DVU (1993)	REP (2002)	Pro NRW ⁵⁷ (2007)
Programm	6681	2036	8284	1826
Umwelt	5,8 % (390)	5,7 % (117)	4,0 % (330)	2,3 % (42)
- Deutungen	2,6 % (174)	1,6 % (32)	1,3 % (110)	2,3 % (42)
- Maßnahmen	3,1 % (208)	3,9 % (80)	2,3 % (191)	-

4.4 Einordnung der quantitativen Ergebnisse

Quantitative Angaben haben oftmals den Anschein, Sachverhalte besonders objektiv und genau darzustellen. Allerdings gilt es, auch quantitative Ergebnisse angemessen einzuordnen, um die Aussagekraft der Zahlenangaben besser einzuschätzen. Dazu sind vier Punkte diskussionswürdig:

1. Die quantitative Inhaltsanalyse ist ein fast schon traditionelles Verfahren der Programmanalyse. Eine grundsätzliche Anmerkung zu diesem Verfahren ist, dass der Umfang nicht zwangsläufig mit der Relevanz eines Politikfeldes für eine Partei korreliert.⁵⁸ Der Umfang kann einerseits durch die Anzahl der relevanten Aspekte eines Politikfeldes steigen. Beispielsweise umfasst die Sozialpolitik eine Vielzahl relevanter Subpolitikfelder. Andererseits kann der Umfang durch die Differenziertheit der Aussagen steigen. Beides sagt aber nichts über die Relevanz aus.

⁵⁷ Im Vergleich dazu das Kommunalwahlprogramm von pro Köln: Programm: 3749 Worte; Umwelt: 8,3 Prozent, 313 Worte; Deutungen: 7,0 Prozent, 264 Worte; Maßnahmen: 1,2 Prozent, 44 Worte.

⁵⁸ Vgl. Georg Paul Hefty, Die Grundsatzprogramme von CDU und SPD. Zeugnisse der Selbstverwirklichung, in: Die politische Meinung, (2008), Nr. 459, S. 55-62, hier S. 55.

2. Die ursprünglich geäußerte Annahme, dass die Programme den innerparteilichen Konsenses ausdrücken und sich damit besonders für Ideologeanalysen eignen, muss bereits nach der quantitativen Analyse der Parteiprogramme teilweise zurückgenommen werden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der Umfang nicht bei allen Parteien unbedingt auf die inhaltliche Bedeutung für die Partei schließen lässt. Dies hieße, dass das Programm eher der Außendarstellung dient, um damit auf eine vermeintlich umfassende Programmatik zu verweisen.

3. Eine dritte Anmerkung betrifft das spezifische Politikfeld Umweltpolitik. Denn es ist umstritten, ob Umweltpolitik ein eigenständiges Politikfeld oder einen Querschnittsbereich darstellt, der sich in verschiedenen Politikfeldern niederschlägt. Jedenfalls finden sich einige umweltpolitisch relevante Aussagen auch in anderen Teilen der Parteiprogramme. So schreibt die NPD im 15. Kapitel „Energie- und Verkehrspolitik“: „Umwelt- und Verkehrspolitik bilden eine Einheit. Staatlicherseits muß ein breitgefächertes Angebot im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr bereitgestellt werden.“ Im Programm der DVU findet man in Kapitel 5 zur „Schaffung von Arbeitsplätzen“ folgende Passage: „Auch durch Umweltschutzmaßnahmen ... können Arbeitsplätze geschaffen werden.“ Und zur Verkehrspolitik fordern die REP die „Abschaffung der Ökosteuer“. Umgekehrt hat die NPD das Politikfeld der Landwirtschaftspolitik mit der Umweltpolitik in einem Kapitel behandelt und in einen inhaltlichen Zusammenhang gestellt. DVU und REP hingegen befassen sich in gesonderten Kapiteln mit der Landwirtschaftspolitik. Diese unterschiedlichen Abgrenzungen der Politikfelder erschweren den quantitativen Vergleich.

4. Ein weiteres methodisches Problem stellt hier die Reliabilität der Daten dar. Denn gerade die Unterbereiche der Umweltpolitik sind schwierig voneinander abzugrenzen. Insofern bestehen Zweifel, ob die hier vorgenommene Zuordnung von Aussagen zu den Unterbereichen eine hohe Intercodiererreliabilität aufweist. Auf einen möglichen Reliabilitätstest musste aus Ressourcenmangel verzichtet werden.

Obgleich diese vier Anmerkungen auf die eingeschränkte Aussagekraft der quantitativen Angaben hinweisen, heißt das keineswegs, dass die quantitative Analyse belanglos ist. Denn sie zeigt immerhin, dass alle extrem rechten Parteien sich in nennenswertem Umfang zur Umweltpolitik äußern, während beispielsweise die Verkehrspolitik in den

Programmen der NPD und der DVU keine Erwähnung findet. Zusammengefasst bedeutet dies, dass die quantitativen Ergebnisse nur ein weicher Indikator sind, um die Bedeutung der Umweltpolitik bei den jeweiligen Parteien zu ermitteln. Hinzuzufügen bleibt, dass Aussagen über den Umfang keine Erkenntnisse über die inhaltlichen Forderungen liefern. So ließe sich etwa wortreich die Nutzung alternativer Energiequellen ablehnen. Erkenntnisse über die Inhalte der Umweltpolitik liefert deswegen die folgende qualitative Analyse.

5. Qualitative Analyse

Die qualitative Analyse folgt dabei der strukturierenden Inhaltsanalyse⁵⁹, die die Problemdeutungen und Argumentationsfiguren zusammenfassend rekonstruiert. Diese werden in einem weiteren Schritt kontextualisiert. Dabei gilt es das jeweilige ideologische Framing des Umweltschutzthemas herauszuarbeiten, so dass ein differenziertes Bild der Umweltpolitiken und ideologischen Hintergründe der extrem rechten Parteien in Deutschland entsteht. Abschließend soll diskutiert werden, welche dieser Politiken an die politische Kultur anschlussfähig sind und damit extrem rechten Parteien potenziell Einfluss auf den öffentlichen Diskurs ermöglichen.

5.1 NPD

Zunächst postuliert die NPD in ihrem Programm die enorme Bedeutung des Umweltschutzes, weil der Mensch Teil der Natur sei: „Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung gesehen werden.“⁶⁰ Hier wird rhetorisch verdeckt einer Naturalisierung der Gesellschaft das Wort geredet, die ein wichtiges Element der rechtsextremen Ideologie ist und bereits im Nationalsozialismus propagiert wurde. Ferner zeichnet die NPD ein äußerst kritisches Bild der gegenwärtigen Situation: „Der Materialismus der letzten Jahrzehnte hat die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundla-

⁵⁹ Vgl. Mayring (Anm. 53), S. 89-90.

⁶⁰ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), beschlossen am 4./5. Juni 2010 in Bamberg, Kapitel 14.

gen in unverantwortlicher Weise vorangetrieben.“⁶¹ Diese prinzipielle, ideologische Positionierung entspricht dem Duktus des gesamten Programms, welches einen Überlebenskampf des deutschen Volkes konstruiert. So heißt es schon im ersten Satz der Präambel: „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes.“⁶² Bei einer derartig dramatischen Situation ist es naheliegend, dass es der NPD nicht um Korrekturen der gegenwärtigen Politik geht, sondern um einen Systemwechsel bei dem Menschenrechte und Demokratie keinerlei Rolle spielen, weil sie dem Überleben des vermeintlichen Kollektivs untergeordnet werden.

Ein wesentliches Element der Parteiideologie bildet eine völkisch-kapitalismuskritische Argumentation⁶³, die hier auf die Umweltpolitik gemünzt wird. Denn der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie sei auf eine „verfehlte Wirtschaftspolitik“ zurückzuführen. Mit einer richtigen Wirtschaftspolitik gäbe es also keine Konflikte zwischen Ökonomie und Ökologie. Anhand der Landwirtschaft wird diese Auffassung ansatzweise verdeutlicht: Die Landwirtschaft solle wieder ein zentraler Wirtschaftszweig werden, wobei „nationale Selbstversorgung“ anzustreben sei. Die diesbezüglichen Vorstellungen beleben das Bild einer Landwirtschaft im 19. Jahrhundert und idealisieren diese: „Der deutsche Bauernstand ist von enormer wirtschaftlicher und auch kultureller Bedeutung ...“⁶⁴ Dass Arbeitsteilung, Wettbewerb und Industrialisierung zu einer enormen Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft und damit auch Versorgungssicherheit der Bevölkerung geführt haben, findet in dieser Argumentation keinen Platz. Letztlich zeigt die NPD an diesem Beispiel ihre ablehnende Haltung gegenüber der Moderne, die sie ausschließlich mit negativen Attributen beschreibt, während sie vergangene Epochen romantisiert und anscheinend auch eine ständische Gesellschaft erstrebenswert beurteilt.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd. Präambel.

⁶³ Einige Wissenschaftler bezeichnen die Argumentation auch als „völkischen Antikapitalismus“. Vgl. z.B. Regina Wamper, Gefühlter Antikapitalismus. Der Globalisierungsdiskurs in der *Deutschen Stimme*, in: Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hrsg.), *Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis*, Köln 2009, S. 66-89, hier S. 68-76.

⁶⁴ NPD (Anm. 60), Kapitel 14.

Neben der Landwirtschaftspolitik geht die Partei auf die Gentechnik sowie auf den Tier- und Pflanzenschutz als weitere Felder der Umweltpolitik ein. Die Gentechnik lehnt die NPD entschieden ab. Die Partei möchte den Verkauf und Anbau von gentechnisch veränderten Lebensmitteln verbieten. Diese ablehnende Haltung wird nicht weiter begründet. Zudem finden sich keine Aussagen zu „roter“⁶⁵ Gentechnik. Ferner sollen keine Patente auf menschliches, tierisches und pflanzliches Erbgut zugelassen werden. Dies begründet sie mit ethischen Erwägungen und der Ablehnung einer Privatisierung des natürlichen Lebens. Mit dem Begriff der „Privatisierung“ greift die NPD auf ein Reizwort des öffentlichen Diskurses zurück. Dieses ist auch in ihrer völkisch-kapitalismuskritischen Argumentation negativ besetzt. In der sozialdemagogischen Propaganda der NPD stellt dies die ökonomische Dimension der Individualität dar, welche in der rechtsextremen Ideologie abgelehnt wird, weil der Einzelne dem Kollektiv des Volkes untergeordnet sei.

Bezüglich des Tier- und Pflanzenschutzes tritt die NPD in ihrem Programm für den Erhalt der Artenvielfalt ein. Bedroht sei diese Vielfalt durch Konzerne im landwirtschaftlichen Sektor. Unter Tierschutz versteht sie zuvörderst eine Ablehnung der industriellen Massentierhaltung. Die Lösung sieht die Partei in der Förderung einer kleinteiligen Landwirtschaft und Begrenzung von Tiertransporten. Tierversuche werden skeptisch gesehen, und Tierschutz soll sogar in der Verfassung⁶⁶ verankert werden. Unter Tierquälerei führt die NPD explizit das Schächten auf und bezeichnet es als „kulturfremd“⁶⁷. Dies sei strafrechtlich zu ahnden. Damit zielt die Partei sowohl auf das Judentum als auch auf den Islam, die beide das Schächten aus religiösen Gründen vorschreiben. Mit der Charakterisierung als kulturfremd möchte die NPD somit die Angehörigen beider Religionsgemeinschaften aus der heimischen Gesellschaft ausgrenzen. Diese Ausgrenzungs-

⁶⁵ Während „grüne“ Gentechnik sich auf Lebensmittel bezieht, bezeichnet „rote“ Gentechnik das Produktfeld der Arzneimittel.

⁶⁶ Es ist interessant, dass im Programm der Begriff des „Grundgesetzes“ nicht verwendet wird. Es bleibt deshalb fraglich, ob der Tierschutz ins Grundgesetz aufgenommen werden solle oder nach einer Systemüberwindung in eine etwaige neue Verfassung.

⁶⁷ NPD (Anm. 60), Kapitel 14.

strategie stellt eine gewisse Modernisierung rechtsextremer Ideologie dar, die man als Kulturrassismus bezeichnen kann, „dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist.“⁶⁸

Das umweltpolitische Kapitel ist mit dem restlichen Programm in hohem Maße konsistent und greift eben auch die kapitalismuskritische Wende⁶⁹ der Partei unter Udo Voigt auf. Mit den grundsätzlichen Überlegungen zur Naturalisierung der Gesellschaft und dem Rekurs auf die völkische Kapitalismuskritik, schließt die NPD an rechtsextreme Diskurse an. Indessen könnten die Aussagen zur Gentechnik und zum Tier- und Pflanzenschutz weitgehend aus Diskursen der Ökologiebewegung stammen und sind auch in der Mitte der Gesellschaft relativ populär. Trotzdem enthält das umweltpolitische Programm keine ideologischen Brüche, denn eine Romantisierung der Natur und eine Kritik der ökonomischen Ausbeutung der Natur schließt, wenn die Kernbegriffe unbestimmt genug bleiben, sowohl an Diskurse in der rechtsextremen als auch in der Umweltbewegung an. Insofern stellt das Kapitel zur Umweltpolitik eine politikfeldspezifische Ausprägung der Ideologie des völkischen Nationalismus mit kapitalismuskritischen Zügen dar und enthält gleichzeitig umweltpopulistische Aussagen, mit denen die Partei auf die Mitte der Gesellschaft zielt.

⁶⁸ Vgl. Etienne Balibar, Gibt einen „Neo-Rassismus?, in: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein (Hrsg.), Rasse, Klasse, Nation, Berlin 1998, S. 23-38, hier S. 28.

⁶⁹ Allerdings finden sich ähnliche Passagen auch schon im NPD-Programm von 1973: „Die sittlichen und moralischen Werte unseres Volkes werden fortdauernd zersetzt, unser kulturelles Erbe wird aufgegeben und statt dessen einem seelenlosen Materialismus und kalten Nihilismus der Weg geebnet.“ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Parteitag der NPD, Düsseldorf, 12. bis 14. Oktober 1973, dokumentiert in: Siegfried Hergt (Hrsg.), Parteiprogramme. Grundsatzprogrammatik und aktuelle politische Ziele von SPD, CDU, CSU, FDP, DKP, NPD, 10. Aufl., Leverkusen 1977, S. 405-439, hier S. 407. Ferner beschloss die NPD Ende 1970er auch ein Umwelt- und Lebensschutzprogramm, mit dem sie Anschluss an die aufstrebende Umweltbewegung suchte; vgl. Stöss (Anm. 8), S. 245.

5.2 DVU

Die DVU plädiert für Umwelt- und Tierschutz, wobei sie die Probleme einerseits in der „Vergiftung von Luft, Wasser und Boden“⁷⁰ und andererseits in Massentierhaltung und Tierversuchen sieht. Als Maßnahmen fordert sie Aufklärung und eine Verschärfung von Strafen. Die DVU spricht damit Alltagsdiskurse auf der Ebene des „gesunden Menschenverstandes“ an, in denen eine rücksichtslose Ausnutzung von Flora und Fauna abgelehnt wird. Diese Art der Ansprache bedeutet aber auch, dass die einzelnen Punkte sehr allgemein und unverbindlich bleiben. Sachkenntnis über spezifische umweltpolitische Problemlagen ist nicht ersichtlich, Konflikte mit anderen Politikzielen werden ausgeblendet und komplexe Lösungen nicht thematisiert. Bemerkenswert ist, dass die DVU sich mit diesem Politikfeld unideologisch auseinandersetzt. So findet sich der Nationalismus, den die Partei ansonsten vertritt, hier nicht wieder. Umweltverschmutzung wird als „Gefahr für den Menschen“⁷¹ und nicht etwa für den Deutschen angesprochen. Ebenso fehlen autoritäre Politikkonzepte in diesem Politikfeld, die man bei extrem rechten Parteien erwarten könnte. Stattdessen propagiert die Partei in diesem Programmteil einen Gleichklang aus Stärkung der Eigenverantwortung und staatlichen Maßnahmen. Damit dürfte das Programm anschlussfähig an viele Alltagsdiskurse über Umweltschutz sein, wenngleich es wegen der geringen inhaltlichen Substanz ökologisch Interessierte nicht überzeugen dürfte. Die eingangs zitierte Einschätzung des DVU-Programms durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, wonach die eigentliche Zielsetzung durch vage Aussagen verschleiert werden soll, trifft auf das Politikfeld Umweltpolitik zu. Solchermaßen tragen die programmatischen Aussagen zur Umweltpolitik weder zur Integration noch zur Identifikation mit der Partei bei. Vielmehr ist das Programm an die parteiexterne Öffentlichkeit gerichtet und fungiert zur Entradikalisierung des Images, um die Wahlchancen der Partei zu erhöhen.

⁷⁰ Deutsche Volksunion (DVU) (Hrsg.), Partei-Programm der Deutschen Volksunion (DVU), beschlossen am 14. August 1993, Kapitel 11.

⁷¹ Ebd.

5.3 REP

Die REP leiten ihr Kapitel mit einer Art Präambel ein, in der sie als Ziel ihrer Umweltpolitik definieren, „die den Menschen anvertraute Schöpfung zu bewahren und die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes auf Dauer zu sichern.“⁷² Damit nennen sie zwei markante Bezugspunkte ihrer Wahrnehmung dieses Politikfeldes. Zum einen greifen sie mit dem Schöpfungsbegriff den christlichen Umweltdiskurs auf, der die Umwelt als ein von Gott geschaffenes Phänomen sieht. Diese besäße deshalb einen besonderen Wert, der bewahrt werden müsse. Zum anderen betonen sie den instrumentellen Wert von Umwelt als Lebensgrundlage. Dabei sticht hervor, dass dies nicht universalistisch für alle Menschen gilt, sondern nationalistisch und kollektivistisch nur auf das deutsche Volk bezogen wird.

Die REP beschreiben Umweltpolitik zunächst in einem Spannungsfeld zwischen ökologischen und ökonomischen Erfordernissen, wobei der Umweltschutz aber im Zweifelsfall nachrangig ist: „In unserer auf Fortentwicklung angewiesenen Gesellschaft kann es keinen Stillstand und auch kein Nullwachstum geben, der Fortschritt soll aber im Einklang mit der Natur stehen“⁷³. Dies wird in verschiedenen vagen Vorschlägen zur Energie- und Verkehrspolitik auf politische Maßnahmen bezogen. Hier ist die Leitlinie, kein grundsätzliches Umsteuern zu fordern, sondern die bisherige Politik nur umweltpolitisch zu ergänzen. Euphemistisch verklärt wird diese Strategie folgendermaßen: „Natur- und Landschaftsschutz nicht nur als Selbstzweck, sondern auch im Interesse der Menschen“⁷⁴. Die Partei schlägt vor, laufende Atomkraftwerke weiter zu betreiben, aber keine neuen zu bauen, alternative Energiequellen zu nutzen und die Brennstoffzelle weiter zu erforschen. Der ÖPNV soll gefördert werden, ohne den Individualverkehr einzuschränken. Dabei fällt auf, dass die REP auch als Maßnahme eine „Begrenzung des grenzüberschreitenden Verkehrs“⁷⁵ fordern. Warum grenzüberschreitender Verkehr umweltpolitisch problemati-

⁷² Die Republikaner (Hrsg.), Bundesparteiprogramm. Die Republikaner: sozial – patriotisch – ökologisch, beschlossen am 12. Mai 2002 in Künzell, Kapitel V.2.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd.

scher sein soll, als der Binnenverkehr erläutert das Programm nicht. Anscheinend ist nach deren Auffassung ein Austausch mit dem Ausland per se negativ zu sehen. Hier wird schemenhaft der Nationalismus der REP deutlich. En passant definieren sie damit Umweltschutz zum Heimatschutz um.

Bei der Ursachenbeschreibung von Umweltproblemen, „(e)in kurzfristiges Gewinnstreben nach amerikanischem Vorbild führt zu verantwortungsloser Ausbeutung der Natur“⁷⁶, greift die Partei ein anti-amerikanisches Stereotyp auf, das von der extremen Rechten bis in die Mitte der Gesellschaft auf Resonanz trifft. Bezüglich des Umweltschutzes betont die Partei die Rolle des Staates. So soll er den Gewässer- und Immissionsschutz gegenüber partikularen Interessen durchsetzen. Wurde zunächst der Fortschrittsgedanke betont, schlagen die REP zum Themenfeld Naturschutz und Landwirtschaft Maßnahmen vor, die sich unter dem Motto „zurück zur Natur“ subsumieren lassen: extensive Landwirtschaft fördern, Düngemittel und Schädlingsmittel reduzieren, naturgemäße Produktionsmethoden. In eine ähnliche Richtung zielen Forderungen, die „Wegwerfgesellschaft“⁷⁷ zu beenden und Mischwälder zu fördern. In einem eigenen Abschnitt, und somit optisch herausgehoben, stellen die REP einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltproblemen her, weshalb „(a)uch aus diesem Grund ... eine weitere Zuwanderung abzulehnen“⁷⁸ ist. Ausgrenzung wird hier also nicht wie sonst, mit biologischer oder kultureller Unvereinbarkeit begründet, sondern mit dem Schutz der Umwelt.

Schließlich beschäftigen sich die REP mit dem Tierschutz. Als Leitlinie formulieren sie: „Tiere (sollen) als Mitgeschöpfe geachtet und vor nicht artgerechter Haltung und vermeidbarem Leid geschützt werden“⁷⁹. Im Gegensatz zur vorher postulierten wirtschaftsfreundlichen Haltung, die nur geringe ökologisch motivierte Beschränkungen befürwortet, räumen die REP dem Tierschutz eine höhere Priorität als ökonomischen Interessen ein, wobei sie diesen Konflikt aber nicht thematisieren. So sprechen die REP sich dafür aus, Käfighaltung und

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Ebd.

Lebendtransporte über 50 km täglich zu verbieten sowie eine sehr enge Begrenzung von Tierversuchen zu medizinischen Zwecken. Ferner treten sie dafür ein, Tierschutz im Grundgesetz ohne Einschränkungen zu verankern. Die REP wenden sich in diesem Zusammenhang gegen die Ausnahmen aus religiösen Gründen und zu Forschungszwecken. Mit der Ablehnung von Ausnahmen zielen sie insbesondere auf das Schächten ab, welches sie in einer gesonderten Forderung ausdrücklich ablehnen. Ausnahmegenehmigungen zum Schächten werden bislang Juden und Muslimen erteilt. Angesichts einer aktuellen Anti-Islam-Kampagne der REP, in der Muslimen Grundrechte abgesprochen werden⁸⁰, scheint der Tierschutz nur ein vorgeschobenes Argument, um Muslime zu diskreditieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass beim Thema Tierschutz mit dem Begriff „Mitgeschöpfe“ explizit auf christliche Bezugspunkte rekurriert wird. Somit schwingt implizit eine Frontstellung vom eigenen christlichen Kollektiv gegenüber dem fremden und potentiell feindlichen muslimischen Kollektiv mit.

In der Gesamtschau ist der umweltpolitische Programmteil der REP relativ ausführlich, wobei sowohl grundsätzliche Problemwahrnehmungen als auch konkrete politische Maßnahmen artikuliert werden. Es zeigen sich dabei verschiedene Ideologeme und Stereotype von christlichem Konservatismus über Nationalismus und Antiamerikanismus bis hin zur Islamfeindlichkeit. Damit greift die Partei Diskurse sowohl von der demokratischen Rechten bis hin zur extremen Rechten auf. Trotzdem ist die Partei ideologisch schwer zu verorten. Dies liegt daran, dass sie sich nicht derart dezidiert ideologisch positioniert, wie z.B. die NPD. Die hier aufgezeigten ideologischen Andeutungen illustrieren, warum sich Verfassungsschutzbehörden und Wissenschaft damit schwer tun, das Verhältnis der Partei zu Menschenrechten und Demokratie eindeutig zu bestimmen. Bezüglich der Funktion des Programms zeigt sich, dass dies zugleich der Integration und der Außendarstellung dient.

⁸⁰ Vgl. Die Republikaner, Positionspapier „Moscheebauten und Integration von Moslems“, o.J. (<http://www.rep.de/upload/CMS/rep.de/Daten/Informationen/Diskussionen/Moscheebauten%20und%20Integration%20von%20Moslems.pdf>, gelesen am 17. September 2009).

5.4 Pro NRW

Im Programm von pro NRW ist Umwelt ein weitgehend belangloses Thema. Inhaltlich wird es als Bedrohung der Ökonomie konstruiert: „Einschlägige Maßnahmen dürfen aber nicht die wirtschaftliche Entwicklung behindern.“⁸¹ Zur Lösung von Umweltproblemen, die aber nicht benannt werden, setzt die Partei ausschließlich auf Technikoptimismus. Trotz der sehr vagen Aussagen dürfte die Tonalität des Abschnitts weitgehend anschlussfähig an wirtschaftsfreundliche Diskurse im liberal-konservativen Milieu sein. Diesen Eindruck konterkariert allerdings das Kommunalwahlprogramm von pro Köln. Die umweltpolitischen Ausführungen umfassen drei Punkte: Zwei Punkte davon beinhalten, für die Region zentrale wirtschaftsfreundliche Infrastrukturentscheidungen zugunsten des Umweltschutzes abzulehnen: den Ausbau des Godorfer Hafens in Köln und die Nachtflugerlaubnis für den Flughafen Köln/Bonn.⁸² Insofern scheinen die umweltpolitischen Positionen mit Blick auf den maximalen Wahlerfolg disponibel zu sein. Zumindest bezüglich dieses Politikfeldes verhält pro NRW sich wie eine Wettbewerbspartei, bei der das Programm vor allem zur Werbung von Wählern dient. Überraschend ist, dass der von ihr propagierte kulturelle Rassismus, der sich vor allem in ihrer Anti-Islam-Kampagne niederschlägt⁸³, keine Resonanz in der Umweltpolitik findet. Während die NPD und die REP mit einer vergleichbaren Ideologie gegen das Schächten von Tieren eintreten, um damit unter dem Deckmantel des Tierschutzes die religiösen Praktiken des Islams zu diskreditieren, greift die pro-Bewegung diesen Punkt nicht auf.

5.5 Ergebnisse im Vergleich

Nach der Analyse der einzelnen umweltpolitischen Kapitel erfolgt nun ein parteiübergreifender Vergleich. Dieser bezieht sich dabei auf vier Aspekte: 1. Die Funktion dieses Programmteils für die jeweilige Par-

⁸¹ Pro Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 7 Punkte pro NRW. Parteiprogramm der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen, beschlossen am 7. September 2007, Kapitel 6.

⁸² Vgl. Pro Köln (Hrsg.), Programm für die Wahl zum Rat der Stadt Köln 2009, o.O. o.J., Kapitel 8.

⁸³ Vgl. Busch (Anm. 22), S. 18-20.

tei, 2. das Framing der Umweltpolitik, 3. den umweltpolitischen Lösungsansatz und 4. die Anschlussfähigkeit des umweltpolitischen Programms an gesellschaftliche Diskurse.

Mit Blick auf die Funktion lässt sich idealtypisch unterscheiden, dass das umweltpolitische Programm bei Programmparteien eine Policy-Spezifizierung der Ideologie darstellt, während bei Wettbewerbsparteien das Programm versucht, die Erwartungen der potentiellen Wählerschaft zu erfüllen. Keines der untersuchten Programme weist darauf hin, dass eine der vier rechtsextremen Parteien sich als Programmpartei versteht. Das NPD-Programm enthält sowohl ideologische Elemente als auch Aussagen, die an Umweltpolitik interessierte Wähler ansatzweise befriedigen könnten. Insofern stellt sich die Partei als Mischtyp dar. Auch die REP vereinen die Typen der Programm- und der Wettbewerbspartei. Versatzstücke rechtsextremer Ideologie und pragmatische Lösungsvorschläge für umweltpolitische Konflikte ergänzen sich. Am ehesten entspricht pro NRW dem Typus der Wettbewerbspartei. Im Vergleich zum Wahlprogramm von pro Köln zeigen sich sogar deutliche Widersprüche, was dafür spricht, dass dieser Policy-Bereich mit Blick auf kurzfristige Stimmungslagen in der Wählerschaft konzipiert wurde. Etwas aus dem Rahmen der Betrachtung fällt die DVU. Die Funktion des Programms lässt sich nicht auf den Parteitypus zurückführen. Denn sowohl das umweltpolitische Kapitel als auch das gesamte Programm bleiben erstaunlich oberflächlich. Dies spiegelt die Besonderheit der DVU wider, die als „Phantompartei“ die Programmarbeit weder für eine Integration der Mitglieder noch für die Außendarstellung nutzt. Stattdessen spielen die Mitglieder keine Rolle und die Außendarstellung besorgen die Publikationen aus dem Verlag des ehemaligen Vorsitzenden Gerhard Frey bzw. die Werbekampagnen im Wahlkampf. In der Gesamtschau bedeutet dies, dass die jeweiligen Parteien dem umweltpolitischen Kapitel in ihren Programmen unterschiedliche Funktionen zuschreiben.

Schaut man sich das Framing der umweltpolitischen Kapitel an, so zeigt sich auch hier eine erstaunlich große Bandbreite im rechtsextremen Parteienlager. Die NPD buchstabiert ihren kapitalismuskritischen Ultranationalismus, der weite Teile des Programms bestimmt, hier für die Umweltpolitik durch. Als Subframing thematisiert die Partei einerseits eine Romantisierung der Landwirtschaft und andererseits eine

Abwehrhaltung gegen die Moderne, die sie als Materialismus und unverantwortliche Industrialisierung charakterisiert. Bei der DVU hingegen ist schwierig, eine grundlegende Idee hinter dem umweltpolitischen Kapitel auszumachen. Am ehesten lässt es sich als „gesunder Menschenverstand“ bezeichnen. Damit ist gemeint, dass die Partei eine rücksichtslose Nutzung der Natur bezüglich einzelner offenkundiger Problemfälle anprangert. Das umweltpolitische Kapitel der REP enthält sowohl das umweltpolitische Deutungsmuster des Fortschrittsglaubens bzw. Technikoptimismus als auch das Deutungsmuster einer Romantisierung von Natur und Landwirtschaft. Dass diese beiden Frames durchaus im Spannungsverhältnis zueinander stehen können, wird freilich nicht thematisiert. Pro NRW hingegen setzt einseitig auf den Fortschrittsglauben. Interessanterweise rekuriert pro Köln im Wahlprogramm auf das Deutungsmuster der Bewahrung der Heimat. Insofern scheint das umweltpolitische Framing gemäß des Typus der Wettbewerbspartei beliebig und damit austauschbar zu sein.

Obgleich sich zwischen den Parteien die Deutungsmuster der Umweltpolitik zum Teil gravierend unterscheiden, liegen die vorgeschlagenen umweltpolitischen Maßnahmen nicht so weit auseinander. Die NPD favorisiert das Mittel des Verbots, um Tiere zu schützen und den Einsatz von Gentechnik zu verhindern. Zudem sieht sie im unspezifizierten Mittel der Förderung eine geeignete Lösung, den landwirtschaftlichen Sektor zu stärken. Angesichts des grundlegenden kapitalismuskritischen Ultranationalismus schwebt der Partei letztlich aber eine Überwindung des politischen Systems vor, auch wenn sie dies aus taktischen Gründen nicht so offen schreibt. Die DVU spricht sich ebenfalls für Verbote als umweltpolitische Maßnahme aus, ebenso befürwortet sie aber auch eine verstärkte Aufklärungsarbeit. Auch die REP treten für Verbote als zentrales politisches Steuerungsmittel ein. Zudem glaubt die Partei, dass der technische Fortschritt künftig Lösungen für Umweltprobleme finden wird. Schließlich propagieren sie eine stärkere Nationalisierung der Politik mitsamt einer stärkeren Abschottung gegenüber dem Ausland als umweltpolitische Maßnahme. Der Regionalpartei pro NRW reicht ein Hinweis auf kommende technische Lösungen, um umweltpolitischen Probleme aus ihrer Sicht zu bewältigen.

Die Parteien schließen mit ihrer Umweltpolitik an verschiedene gesellschaftliche Diskurse an. Die NPD bezieht sich mit ihrem unverhohlenen Ultranationalismus einerseits auf extrem rechte Diskurse, wobei die Romantisierung der Landwirtschaft durchaus auch anschlussfähig an wertkonservative Diskurse ist. Andererseits greift die Partei mit der Ablehnung der Gentechnik und dem Tierschutz ökologische „Gewinner“-Themen auf, die in der Mitte der Gesellschaft relativ populär sind und vom konservativen bis grün-alternativen Parteienspektrum Zustimmung finden. Die diffuse umweltpolitische Programmatik der DVU lässt sich nicht bestimmten gesellschaftlichen Diskursen zuordnen. Sie entspricht am ehesten Alltagsdiskursen, die bei einer als unverhältnismäßig empfundenen Umweltnutzung auftreten. Bei den REP lassen sich im Programm Anklänge an rechtsextreme Diskurse finden, wenn sich die Partei anti-amerikanisch oder nationalistisch positioniert. Letzteres wird freilich rhetorisch nur angedeutet, so dass ebenso Anschlüsse an national-konservative Diskurse gegeben sind. Mit der Übernahme christlich geprägter Begriffe orientieren sich die REP zudem am christlich-konservativen Ökologie-Diskurs. Pro NRW versucht mit seiner wirtschaftsfreundlichen und technikoptimistischen Umweltprogrammatik sich in den liberal-konservativen Diskurs einzubringen. In der Gesamtschau wird deutlich, dass Programmfunktionen, Deutungsmuster, und Lösungsvorschläge zwischen den Parteien zum Teil erheblich variieren. Deswegen unterscheiden sich auch die Diskurse, an die die jeweiligen Programme anschlussfähig sind.

Tabelle 3: Umweltprogrammatik parteivergleichend

	NPD (2010)	DVU (1993)	REP (2002)	Pro NRW(2007)
Programm-Funktion	Identifikation und Außendarstellung	Außendarstellung	Identifikation und Außendarstellung	Außendarstellung
Framing	Kapitalismuskritik	Gesunder Menschenverstand	Fortschrittsglaube / zurück zur Natur (Umweltromantik)	Fortschrittsglaube
Lösungen	Systemüberwindung	Aufklären und Strafen	Technik und Nationalismus	Technik
Anschlussfähig	extrem rechte (evtl. auch extrem Linke) Diskurse	Anything goes - Alltagsdiskurse	Christlicher und Nationalkonservativer Diskurs mit extrem rechten Topoi	Liberal-konservativer Diskurs

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Um die eingangs aufgeworfene erkenntnisleitende Frage, welche Bedeutung die rechtsextremen Parteien der Umweltpolitik zumessen, zu beantworten, werden die Ergebnisse hinsichtlich der drei aus dem Forschungsstand abgeleiteten Thesen zusammengefasst:

Die erste These, dass rechtsextreme Parteien ihre Umweltprogrammatik sowohl zur Integration als auch zur Außendarstellung nutzen, bestätigen nur die Ergebnisse zur NPD und den REP. Pro NRW und die DVU hingegen gehen auf dieses Themenfeld im Programm ausschließlich zu Zwecken der Außendarstellung ein. Obgleich der Umfang des umweltpolitischen Programms variiert, erreicht er maximal ein niedriges Niveau. Daraus lässt sich folgern, dass Umweltpolitik weder für die Integration noch für die Außendarstellung eine entscheidende Bedeutung besitzt.

Laut der zweiten These lässt die umweltpolitische Programmatik Rückschlüsse auf die jeweilige Ideologie sowie die jeweils anvisierten Zielgruppen und deren Diskurse zu. Die Analyse zeigt, dass bei allen untersuchten Parteiprogrammen die Umweltpolitik ein policy-spezifisches Spiegelbild der Gesamtcharakteristik des Programms darstellt. So bleiben inhaltlich vage Programme auch bezüglich der Um-

weltpolitik weitgehend belanglos, dagegen rekurren ideologisch inspirierte Programme in ihren umweltpolitischen Kapiteln auf Ideologeme wie z.B. Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier zeigen sich indes auch die eklatanten inhaltlichen Differenzen zwischen den Parteien. Denn die Programme beinhalten jeweils eine unterschiedliche Gesamtcharakteristik. Dies bedeutet, dass es keine einheitliche umweltpolitische Programmatik der extremen Rechten in Deutschland gibt. Insofern schließen die Parteien an unterschiedliche Diskurse der entsprechenden gesellschaftlichen Milieus an: Sie reichen von (völkischen) kapitalismuskritischen Diskursen, in denen die Ökologie als Folge einer verfehlten Wirtschaftsordnung bedroht sei, über liberal-konservative Diskurse, in denen Umweltschutz die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beschränke, bis hin zu christlich-konservativen Diskursen, in denen Umwelt als Teil der göttlichen Schöpfung zu bewahren sei. Und schließlich werden auch Alltagsdiskurse aufgegriffen, die offenkundige Umweltverschmutzungen und Tierquälerei kritisieren.

Die dritte These lautet, dass Umweltpolitik ein Modernisierungselement rechtsextremer Politik darstellt, um an Diskurse der Mitte der Gesellschaft anzuschließen. Tatsächlich ist zu konstatieren, dass die rechtsextremen Parteien in ihrer Programmatik nicht auf nationalsozialistische Begründungsmuster eingehen, wie sie etwas in einer „Blut und Boden-Rhetorik“ oder Germanen-Mystik zum Tragen kämen. Damit unterscheiden sich die Parteien von der Neonazi-Szene, die durchaus auf die Umweltpolitik im Dritten Reich positiv Bezug nimmt. Angesichts der divergierenden umweltpolitischen Programmatiken der extremen Rechten muss aber die These zurückgewiesen werden, dass das Umweltthema generell ein ideologisches Modernisierungselement darstellt – auch wenn dies vereinzelt zutreffen mag. Vielmehr zeigt sich, dass Umweltpolitik mittlerweile einen hohen Stellenwert im politischen Diskurs besitzt, weshalb auch rechtsextreme Parteien nicht umhin kommen, sich dazu programmatisch zu äußern. Was sie im Einzelnen dazu sagen, hängt in starkem Maße davon ab, wie sie sich unterhalb der verbindenden Leitidee des Ultranationalismus ideologisch positionieren, ob sie sich eher als Programm- oder eher als Wettbewerbspartei definieren und an welche gesellschaftlichen Teildiskurse sie anknüpfen wollen. Somit spiegelt sich die Zer-

splitterung der rechtsextremen Bewegung gleichsam in der umweltpolitischen Parteiprogrammatik wider.

Die intensive Analyse der relativ knappen umweltpolitischen Kapitel der Parteiprogramme soll nicht den unzutreffenden Eindruck erwecken, damit wäre die umweltpolitische Programmatik der rechtsextremen Parteien hinreichend untersucht. Eine Längsschnittanalyse ließe die langfristigen programmatischen Entwicklungen stärker in den Blick nehmen und damit validere Aussagen über eine zu diskutierende inhaltliche Modernisierung der rechtsextremen Parteien treffen. Eine Verbreiterung der Materialbasis etwa um Parteizeitungen, Wahlprogramme und weiteren Quellen könnte eine differenziertere und vermutlich widersprüchlichere Programmatik zeigen. Ebenso wäre eine Verbreiterung der Fallbasis durch die Berücksichtigung weiterer rechtsextremer Parteien aus Europa interessant, weil dadurch deutlich werden könnte, ob die Bedeutung der Umweltpolitik je nach Land variiert oder ob unterschiedliche Typen von rechtsextremer Umweltpolitik existieren. Da in dieser Studie nur das Programmangebot untersucht wurde, wäre im Anschluss zu untersuchen, wie intensiv und mit welchen Mitteln die jeweiligen Parteien ihre umweltpolitischen Vorstellungen kommunizieren. Die in der Einleitung erwähnten Beispiele weisen darauf hin, dass dies durchaus in nennenswertem Umfang geschieht. Zudem lässt die Untersuchung des Angebots keine Aussagen über die Rezeption zu. Erkenntnisse dazu wären mit Blick auf die politische Kultur, insbesondere die der Umweltbewegung, bedeutsam. In methodischer Hinsicht scheint, die hier vorgenommene Triangulation quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren für weitere Programmanalysen ein erkenntnisförderlicher Weg zu sein.

Ungeachtet der begrenzten Aussagekraft, die eine Querschnittsanalyse der Umweltpolitik in den Parteiprogrammen besitzt, weisen die Ergebnisse darauf hin, dass sich nicht eine von allen rechtsextremen Parteien vertretende Umweltpolitik herauskristallisiert. Stattdessen messen die Akteure der umweltpolitischen Programmatik unterschiedliche Bedeutungen zu und vertreten deswegen auch divergierende Inhalte. Die größte Gemeinsamkeit besteht darin, dass Umweltpolitik bei allen rechtsextremen Parteien keinen inhaltlichen Schwerpunkt darstellt. Mit anderen Worten: das Grün im Braun sind nur einige verstreute Farbtupfer.

„Thor Steinar“. Eine Bekleidungsmarke zwischen sportlicher Straßenmode und rechtsextremistischer Szene

Elmar Vieregge

1. Einleitung und Fragestellung

Anfang der 1990er Jahre prägten Bomberjacken und mit Stahlkappen verstärkte Stiefel nicht nur das Erscheinungsbild rechtsextremistischer Skinheads, sondern auch die Vorstellung der Öffentlichkeit über ein für Angehörige der rechtsextremistischen Szene typisches Aussehen. Doch nur wenige Jahre später veränderten sich sowohl die Szene als auch die modischen Vorlieben ihrer Angehörigen. Es entstanden zunächst Kleidungsmarken, die durch eindeutige Aufdrucke wie „White Pride“ oder „Racewar“ keinen Zweifel über ihre politische Verortung offen ließen. Sie erwiesen sich als langlebig und machten es dem außen stehenden Betrachter leicht, ihre Träger dem Rechtsextremismus zuzuordnen.

Ein Wandel erfolgte mit dem Entstehen des Textilherstellers „Thor Steinar“. Er entwickelte sich seit 1999 von einem kleinen Anbieter aus Brandenburg zu einem gefestigten Betrieb und schien zunächst lediglich ein neuer Akteur innerhalb der Bekleidungsindustrie zu sein. Größere Aufmerksamkeit erlangte die Marke jedoch, nachdem „Antifaschisten“ ihr einen rechtsextremistischen Hintergrund vorwarfen, dann bürgerliche Medien darüber berichteten und schließlich einige Behörden diese Einschätzung teilten. Derartige Vorwürfe ergehen bis heute, während der Hersteller die Behauptungen bestreitet und mit juristischen Mitteln reagiert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit die Vorwürfe zutreffen oder ob es sich bei „Thor Steinar“ lediglich um eine gewöhnliche Bekleidungsmarke handelt. Da Rechtsextremisten auch nicht einschlägige Produkte vereinnahmen und dadurch missbrauchen,¹ ist unabhängig von der Bewertung der möglichen politischen

¹ Beispiele für derartige Vereinnahmungen sind der Baseballschläger oder die Zimmermannshose. Im ersten Fall fand der Ausrüstungsgegenstand eines US-amerikanischen, in Deutschland kaum betriebenen Sports Verbreitung unter

Ausrichtung zu klären, ob und warum sich Rechtsextremisten von „Thor Steinar“ angesprochen fühlen könnten. Dazu wird zunächst die Entwicklung der Marke beschrieben (2.). Dies geschieht im Zusammenhang mit einer Darstellung rechtsextremistischer Bekleidungsstile bis zur Entstehung des Labels (2.1) sowie mit einer Betrachtung der damaligen Situation im Rechtsextremismus (2.2). Darauf folgt eine Produktanalyse (3.) hinsichtlich der von Rechtsextremisten häufig behandelten Themengebiete Germanien (3.1), Gewalt (3.2), Militär (3.3) und „Drittes Reich“ (3.4). Schließlich wird bewertet, inwieweit „Thor Steinar“ bei Rechtsextremisten beliebt ist und ob dabei ein politischer Hintergrund besteht (4.).

2. Entwicklung

Damit ein Kleidungsstil szenerelevant werden kann, muss er von einem signifikanten Teil einer Szene akzeptiert werden. Geschieht dies, so funktioniert Mode als Ausdruck der Zusammengehörigkeit und als Transportmittel für die Einstellungen ihrer Träger. Sie wird dadurch Ausweis und Propagandamittel. Um die Bedeutung einer neu aufkommenden Kleidungsmarke innerhalb eines Personenspektrums einzuschätzen, bietet sich eine Betrachtung der bereits bestehenden Stile an, da sich durch einen Vergleich Anknüpfungspunkte bzw. Gemeinsamkeiten zeigen können. Dabei dürften für das Aufkommen einer neuen Bekleidungsmarke nicht nur deren stilistische Eigenarten, sondern auch Besonderheiten in der Verfassung der Szene förderlich sein.

2.1 Rechtsextremistische Kleidungsstile bis zu den 1990er Jahren

Die rechtsextremistische Szene ist keine einheitliche Erscheinung. Ihre Angehörigen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihres Alters und ihrer sozialer Herkunft, sondern auch hinsichtlich ihrer Gewaltbe-

gewaltbereiten Rechtsextremisten, die ihn als Waffe missbrauchen. Im zweiten Fall handelt es sich um eine aus dunklem Cord hergestellte, traditionell von Zimmerleuten getragene Hose, die in den letzten Jahren als „heimatliches“ Bekleidungsstück vor allem bei den neonazistischen „Freien Kräften“ beliebt ist.

reitschaft oder ihres Verhältnisses zum „Dritten Reich“. Ebenso heterogen ist deren äußeres Erscheinungsbild. Es gibt keine verbindliche, der Bedeutung einer Uniform gleichkommende Kleiderordnung, und für das modische Auftreten der meisten Szeneangehörigen dürfte der persönliche Geschmack Vorrang vor der politischen Einstellung haben. Deren Kleidung entspricht in der Regel jener der Mehrheitsgesellschaft. Dennoch entwickelten junge, aggressive oder subkulturell geprägte Rechtsextremisten wiederholt Vorlieben für bestimmte Kleidungsstile.

In den 1970er und 1980er Jahren pflegten neonazistische Rechtsextremisten teilweise einen am historischen Nationalsozialismus orientierten Stil. Im „Braunhemd“ mit Krawatte und darauf angebrachtem Parteiabzeichen kopierten sie die Uniform der SA und setzten sich bewusst in die Tradition der NSDAP.² Eine weitere Variante bestand in der Orientierung am Auftreten der Nationalsozialisten während des zeitweiligen Verbots ihrer Partei nach dem Putschversuch vom 9. November 1923. Dazu trugen Neonazis schwarze Hosen zu gleichfarbigen Stiefeln sowie weiße Hemden und dazu teilweise schwarze Krawatten. Sofern sie bei dieser Variante auf Partei- oder Vereinsabzeichen verzichteten, konnten sie sich einerseits strafrechtlich unverfänglich in der Öffentlichkeit bewegen und dennoch als eine sich am historischen Vorbild orientierende Gemeinschaft in Erscheinung treten.³ Während das „Braunhemd“ auf den Kreis der sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Personen begrenzt blieb, nutzen unterschiedlich ausgerichtete Rechtsextremisten den unauffälligeren Stil in Schwarz und Weiß bis heute.

Zu Beginn der 1980er Jahre verbreitete sich ein weiterer Bekleidungsstil, als mit den Skinheads ein neuer Bereich innerhalb des deutschen Rechtsextremismus entstand. Dabei handelte es sich um eine bereits in den 1960er Jahren in England mit unpolitischer Ausrichtung entstan-

² Vgl. Georg Biemann/Joachim Krischka (Hrsg.), *Nazis, Skins und alte Kameraden*, Dortmund 1986, S. 68; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1978*, Bonn 1979, S. 34.

³ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1976*, Bonn 1977, S. 43.

dene Subkultur von Arbeiterkindern.⁴ Deren Kleidung war Ausdruck des Stolzes auf ihre proletarische Herkunft. Sie umfasste Jeanshosen und T-Shirts sowie die in Fabriken üblichen Sicherheitstiefel mit Stahlkappen. Dazu kamen aber auch Produkte etablierter Modemarken, etwa Sweatshirts und Kapuzenjacken von „Lonsdale“, karierte Button-Down-Hemden von „Ben Sherman“ oder Poloshirts von „Fred Perry“.⁵ Während die Subkultur mit ihrer Mode ohne einen extremistischen Hintergrund entstanden war, erlangten Ende der 1970er Jahre englische Rechtsextremisten Einfluss auf einen Teil der Szene, wobei sie deren Stil beibehielten. Als dann in der Bundesrepublik eigene Skinheadgruppen entstanden, engagierten sich deutsche Rechtsextremisten in ihnen und übernahmen den englischen Kleidungsstil, der später nicht nur unter subkulturellen Aktivisten, sondern bis in die Jugendorganisation der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) Verbreitung fand.⁶ Dabei handelte es sich um eine von den Textilfirmen nicht gewünschte Aneignung, da sie dadurch in der Öffentlichkeit fälschlicherweise als rechtsextremistisch diskreditiert wurden. Insbesondere der Hersteller „Lonsdale“ reagierte darauf mit dem Verweis, dass er als Boxsportausrüster traditionell dunkelhäutige Sportler fördert und startete eine gegen Rassismus gerichtete Kampagne.⁷

Als Reaktion darauf, aber auch zum eigenen Gelderwerb bauten Rechtsextremisten in den 1990er Jahren eigene Bekleidungsmarken wie „Consdaple“ oder „Masterrace“ auf.⁸ Diese kopierten den Stil der

⁴ Zur Subkultur der Skinheads, siehe: George Marshall, *Spirit of '69. A Skinhead Bible*, Dunoon 1994; Christian Menhorn, *Skinheads. Portrait einer Subkultur*, Baden-Baden 2001.

⁵ Zur Skinheadmode: Marshall (Anm. 4), S. 167-174, Nick Knight, *Skinhead*, London 1982, S. 36-47, Klaus Farin (Hrsg.), *Skinhead. A way of life*, Bad Tölz 1999, S. 93-98.

⁶ Vgl. Holger Apfel (Hrsg.), *„Alles Große steht im Sturm“*. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 192.

⁷ Vgl. Michael Flacke, „Lonsdale loves all colours“, veröffentlicht unter: www.stern.de/lifestyle/mode/?id=530510, 30. September 2004 (gelesen am 11. März 2008).

⁸ Mit der Nutzung szenefremder Kleidungsmarken durch Rechtsextremisten und dem Stil der eigenen Marken beschäftigten sich: Lorenz Korgel/Dierk Borstel, *Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum*. Be-

unpolitischen Hersteller, verbreiteten aber eindeutige Aussagen über aufgedruckte Schlagwörter.⁹ Als nachteilig erwies sich, dass die in interner Konkurrenz stehenden Szenemarken ihre Produkte mit immer martialischeren Aufdrucken (Kampfhunde, Waffen, NS-Symbolik, etc.) versahen, was ihre Kunden teilweise dem Risiko einer Strafbarkeit aussetzte und sie nach außen leicht erkennbar machte. Zudem sahen sie sich zuweilen dem szeneinternen Vorwurf ausgesetzt, einen schlechten Stil zu fördern, der teilweise ins Lächerliche abglitt. Dieser wurde an sehr jungen, körperlich nicht beeindruckenden Rechtsextremisten festgemacht, deren Oberbekleidung mit Parolen und deren Bomberjacken mit Aufnähern überfrachtet waren, mit denen sie sich selber als vermeintlich kompromisslose „Rassekrieger“ oder „Elitekämpfer“ deklarierten.

Im Kontrast dazu wandten sich einige Aktivisten Ende der 1990er Jahre unauffälliger Outdoorbekleidung in dunklen Farben zu. Andere imitierten das Auftreten des Schwarzen Blocks der linksextremistischen Autonomen oder kopierten einen Stil, der aus der auch bei Linksalternativen beliebten Musikrichtung des Hardcore stammt. Zu ihm gehörten Cargohosen und Shorts in auch beim Militär gebräuchlichen Farben sowie T-Shirts und Turnschuhe.

2.2 Veränderungen der rechtsextremistischen Szene in den 1990er Jahren

Die Hinwendung zu einem unauffälligeren Erscheinungsbild entsprach der organisatorischen Entwicklung des Rechtsextremismus. Während er in der Heimatregion von „Thor Steinar“ nach der Wiedervereinigung zunächst einen erheblichen Zustrom von jüngeren Menschen erfuhr, die einen Kleidungsstil pflegten, der im Straßenbild vieler Städte zwischen Ostseeküste und Erzgebirge auffiel, änderte sich die Szene gravierend. Nach einer Welle fremdenfeindlicher Gewalt, die wiederholt Menschenleben kostete und 1993 ihren Höhepunkt mit

standsaufnahme und Handlungsstrategien, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 213-228.

⁹ Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Abteilung Verfassungsschutz, Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen, Düsseldorf 2006, 3. Auflage, S. 77 f.

einem Brandanschlag auf eine türkische Familie in Solingen erreichte, forderte die breite Öffentlichkeit ein stärkeres Vorgehen von Politik und Behörden. Rechtsextremisten wurden nicht nur Objekte einer ohnehin schon starken gesellschaftlichen Ächtung und erlitten Nachteile im Berufsleben, sondern wurden auch Ziele staatlicher Maßnahmen. Sicherheitsbehörden, Justiz und Politik erhöhten ihren Verfolgungsdruck durch verstärkte Polizeikontrollen, eine konsequentere Strafverfolgung sowie mehrere Vereinsverbote. Auf die damit verbundene Zerschlagung des größten Teils ihrer Strukturen reagierten Neonazis mit einer Neuorganisation in losen Gruppierungen („Kameradschaften“).¹⁰ Zudem versuchten sie, sich durch ein dezenteres Erscheinungsbild der Aufmerksamkeit der Polizei zu entziehen und Nachteile am Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu vermeiden.

Ende der 1990er Jahre befanden sich jüngere Rechtsextremisten im Hinblick auf ihr modisches Auftreten sowie ihre Organisierung in einer Phase des Umbruchs, in der ein unauffälliges, gleichsam sportliches und straßenorientiertes Erscheinungsbild aufkam. Dadurch waren Aktivisten zwar in der Öffentlichkeit nicht mehr so sichtbar, andererseits trennte sie zumindest äußerlich wenig von Altersgenossen, die nicht extremistisch organisiert waren, sich aber als antibürgerlich verstanden, Musik der Band „Böhse Onkelz“ schätzten und körperlichen Auseinandersetzungen (etwa bei Fußballspielen) offen gegenüberstanden. In verschiedenen Klein- und Mittelstädten der neuen Bundesländer bildeten sich unübersichtliche Jugend-/Jung erwachsenenszenen, denen sowohl Rechtsextremisten als auch antibürgerliche, aber auch verhaltensunauffällige Personen angehörten.

Das traf auch auf die um Berlin gelegenen brandenburgischen Kommunen zu. In mehreren Orten hatten sich bereits Anfang der 1980er Jahre kleinere Gruppierungen gebildet, die an subkulturellen Strömungen des Westens orientiert waren, darunter Skinheadcliquen. Bereits einige Jahre später verbreiteten sich bei einem Teil der Angehörigen rechtsextremistische Vorstellungen, die mit dem Untergang der DDR offen hervortraten. Aktivisten aus den westlichen Bundesländern waren präsent, und es entstand eine im Alltagsleben sichtbare rechts-

¹⁰ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1997, Bonn 1998, S. 89.

extremistische Szene.¹¹ Deren Mitglieder bewegten sich Mitte der 1990er Jahre in einer von sozialen Umbrüchen und hoher Arbeitslosigkeit geprägten Region nicht in gesellschaftlich ausgegrenzten Zirkeln, sondern hatten auch unbelastete Kontakte zu Jugendlichen und Jungerwachsenen. Beobachter der rechtsextremistischen Szene Brandenburgs konstatierten über Freizeitangebote vorgetragene Einflussnahmeversuche auf kaum in demokratische Strukturen eingebundene männliche Jugendliche sowie sich in ihren Lebensläufen als entwertet führende Menschen¹² und „neben einem lebensweltlich verankerten völkisch-nationalistischen Milieu ein(en) organisierte(n) rechtsextreme(n) Bewegungskern.“¹³

2.3 Die Marke „Thor Steinar“

„Thor Steinar“ entstand nach eigenen Angaben 1999¹⁴ und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte. Dabei kursierte die Marke derart unter Rechtsextremisten, dass sie die Aufmerksamkeit von Szenebeobachtern und Presseorga-

¹¹ Vgl. Norbert Madloch, Die Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und in Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990, in: Robert Harnischmacher, (Hrsg.), Angriff von Rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins, Rostock 1993, S. 53-67.

¹² Vgl. Dirk Wilking, Milieus des Rechtsextremismus. Organisationen und Gesellungen in Brandenburg, in: Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hrsg.), Rechtsextremismus in Brandenburg, Berlin 2007, S. 90-102, hier S. 99.

¹³ Vgl. Christoph Kopke, Die „nationale Bewegung“ in Brandenburg. Rechtsextreme Parteien, Wahlvereine, Verbände und Vereinigungen seit 1990. Ein Überblick, in: Schoeps/Botsch/Kopke/Rensmann (Anm. 12), S. 69-89, hier S. 69.

¹⁴ Der Hersteller benannte in seinen Katalogen das Gründungsjahr 1999, vgl. Thor Steinar, Katalog für Wintersportkleidung, undatiert, verbreitet im Winter 2009/2010, S. 2; ders., Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 32. Zudem präsentierte dessen Internetseite kurz vor dem zehnjährigen Jubiläum das Logo der Marke in Kombination mit der Zahl 1999, vgl. ders., News Portal, Impressum, www.thorsteinar.net/pages/impressum.php, undatiert, eingesehen am 8. März 2008. Darüber hinaus offerierte die Marke 2009 ein als „Jubiläumsmodell“ beschriebenes Kleidungsstück mit der Bezeichnung „Kapuzenjacke 10 Jahre“, vgl. ders., Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 21.

nen weckte. Diese verwiesen hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus auf die Jahre 2002 mit der markenrechtlichen Registrierung und 2003 mit der Gründung der für „Thor Steinar“ zukünftig verantwortlichen, im brandenburgischen Königs Wusterhausen angesiedelten Firma „MediaTex GmbH“.¹⁵

Der neue Bekleidungshersteller vermarktete seine in hoher Qualität produzierten, sportlich gestalteten Textilien erfolgreich als Streetwear. Dabei gab er sich und seinen Erzeugnissen ein nordisch-germanisches Image, indem er die germanische Mythologie auf seiner Internetseite thematisierte¹⁶, germanische Symbole oder die norwegische Flagge auf Kleidungsstücken anbrachte sowie nach norwegischen Städten benannte Ladenlokale eröffnete. Zudem weckte „Thor Steinar“ mit zweideutigen Aufschriften, Bildern und Symbolen auch das Interesse von Rechtsextremisten. Es wurde allgemein sichtbar, als sich auf rechtsextremistischen Demonstrationen häufig Teilnehmer mit „Thor Steinar“-Kleidung einfanden.¹⁷

Auf diese Entwicklungen reagierten „Antifaschisten“. Sie warfen der „MediaTex GmbH“ einen rechtsextremistischen Hintergrund vor. Dabei sagten sie den damaligen Firmenleitern Axel Kopelke und Uwe Meusel Verbindungen in die rechtsextremistische Szene nach, konnten aber kein nachhaltiges Engagement belegen.¹⁸ Um 2004 traten „Thor

¹⁵ Vgl. Peter Nowak, Rechter Schick, in: Blick nach Rechts, Nr. 7 vom 31. März 2006, S. 4; ohne Autorennennung, „Thor Steinar“ goes Walhalla?, in: Antifaschistisches Infoblatt, Nr. 65, Winter 2005, S. 10 f., elektronisch unter: www.nadir.org/nadir/periodika/aib/archiv/65/10.php (gelesen am 17. März 2008).

¹⁶ Vgl. Thor Steinar Info, Startseite, www.thorsteinar.name/pages/startseite.php?lang=EN (gelesen am 17. März 2008); des., Die Götter, www.thorsteinar.name/pages/die-goetter.php (gelesen am 17. März 2008).

¹⁷ So etwa während einer am 1. Mai 2009 von etwa 150 Neonazis in Mainz veranstalteten Demonstration, vgl. Mario Thurnes/Peter Mlodoch, 1. Mai. „Kein Raum für Rassisten“, in: Frankfurter Rundschau, 2. Mai 2009, elektronisch unter: www.fr-online.de/_em_cms/_globals (gelesen am 26. Juli 2010).

¹⁸ Die sich auf Angaben nicht namentlich benannter „lokale(r) AntifaschistInnen“ berufenden Kritiker warfen Kopelke Besuche einzelner rechtsextremistischer Veranstaltungen, nicht näher erläuterte Kontakte zu einem Neonazi sowie den Betrieb eines Geschäftslokals vor, das auch rechtsextremistische Jugendliche angezogen haben soll. Sie belegten diese Behauptungen jedoch

Steinar“-Gegner, darunter eine „No Thor Steinar Offensive 2004“, verstärkt publizistisch an die Öffentlichkeit.¹⁹ Sie sahen einen rechts-extremistischen Charakter der Marke und bezogen sich dazu unter anderem auf deren Logo und deren Namen. Das Logo war ein roter Schild, der neben zwei Punkten zwei weiße Runen zeigte, die den Buchstaben T und S ähnelten. Eine sah wie ein nach oben gerichteter Pfeil aus. Die zweite bestand aus zwei nach oben gerichteten Balken, die durch einen schrägen Balken verbunden waren. Sie glich sowohl der einst von Heinrich Himmlers SS für den Buchstaben S eingesetzten Sig-Rune als auch dem bei Nationalisten als Wolfsangel bekannten Zeichen. Anhand dieser Runen zeigte sich eine provozierende Zweideutigkeit, die für „Thor Steinar“ typisch war, denn einerseits belegten germanische Schriftzeichen allein noch keinen rechtsextremistischen Hintergrund, doch werden diese andererseits traditionell von Rechtsextremisten eingesetzt. Sowohl die für den Buchstaben T genutzte Tyr-Rune als auch das für das S eingesetzte Zeichen waren von der Waffen-SS als militärische Abzeichen genutzt worden und sind auch gegenwärtig unter Rechtsextremisten verbreitet.²⁰ Ebenso zweideutig

nicht und machten keine Angaben über weitergehende Aktivitäten, die eine aktive Einbindung in die rechtsextremistische Szene bewiesen hätten, vgl. Kampagne „Stop Thor Steinar“/Kerstin Baumann (V.i.S.d.P.), Flugblatt. Stoppt Nazikleidung Thor Steinar!, April 2004, elektronisch unter: www.inforiot.de/red/index.php (gelesen am 17. März 2008); Antifa Freiburg, Naziklamotten stinken!, www.antifa-freiburg.de/spip.php?page=antifa&id_article=274&design=3 (gelesen am 17. März 2008).

¹⁹ Vgl. No Thor Steinar Offensive 2004, Informationsseite, www.inforiot.de/red/index.php, aktualisiert am 18. August 2007, eingesehen am 17. März 2008. Die Vereinigung war wohl identisch mit der Kampagne „Stop Thor Steinar“ (Anm. 18).

²⁰ Die Wolfsangel wird insbesondere von Neonazis benutzt, vgl. Michael Kühnen, Die Zweite Revolution. Band I: Glaube und Kampf, Lincoln/USA 1987, S. 29, 31; Widerstand. Die Neue Front, 5 Jg. (1987), Nr. 43, Titelblatt. Die Angehörigen der rechtsextremistischen Szene sind sich der Nutzung der Tyr-Rune durch die 32. Division (30. Januar) sowie der Wolfsangel durch die 2.Division (Das Reich) und 34. Division (Landstorm Nederland) der Waffen-SS aufgrund von Szenepublikationen bewusst, vgl. Deutsche Militärzeitschrift, Nr. 1/2007, Sonderausgabe. Die Waffen-SS, S. 54 f. Die Kombination aus beiden Zeichen setzt darüber hinaus das „Thule Seminar“ ein, eine sich als Gedankenschmiede verstehende rechtsextremistische Kleinorganisation,

wie das Logo konnte der Name „Thor Steinar“ interpretiert werden. Dessen erster Teil bezog sich auf den bei zeitgenössischen Rechtsextremisten beliebten germanischen Gott Thor, und der zweite Teil hörte sich an wie der Familienname des von Neonazis für seinen prägenden Beitrag beim Aufbau und beim Kampfeinsatz der Waffen-SS verherrlichten Obergruppenführers Felix Steiner.

Das publizistische Engagement der „Thor Steinar“-Gegner erwies sich als erfolgreich, denn es beflügelte die Medienberichterstattung, der dann behördliche Maßnahmen folgten. 2004 sah das Landgericht Neuruppin eine derartige Ähnlichkeit des Logos mit den von der Waffen-SS genutzten Zeichen, dass es den Tatbestand des § 86a des Strafgesetzbuches erfüllt glaubte, der die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ahndet. Darauf leiteten verschiedene Staatsanwaltschaften Verfahren gegen Personen ein, die Kleidungsstücke mit dem Logo in der Öffentlichkeit trugen. Dies bedingte einen erheblichen wirtschaftlichen Rückschlag für den Bekleidungshersteller, der sich daraufhin ein neues Logo zulegte. Es war ein mit zwei Punkten versehenes weißes X auf dem bekannten roten Schild. Zudem wehrte sich die Marke juristisch und erreichte schließlich 2005 vor dem Brandenburgischen Oberlandesgericht die Rücknahme des Verbotes ihres alten Logos.²¹ Sie nutzte dennoch zunächst das neue Logo weiter, bevor sie ab 2010 wieder das alte einsetzte. Die „MediaTex GmbH“ ging darüber hinaus mit Presseerklärungen und ihrem Anwalt gegen Medien und Behörden vor, die ihr einen rechtsextremistischen Hintergrund vorwarfen.²²

die aber relativ unbekannt geblieben ist und den für „Thor Steinar“ verantwortlichen Personen deshalb nicht zwingend bekannt sein musste, vgl. Thule Seminar, www.thule-seminar.org/inhalt_referenz.htm (gelesen am 13. Mai 2011).

²¹ Vgl. Matthias Müller, „Ein längst überfälliges Urteil“. Interview mit dem Rechtsanwalt Markus Roscher, in: Junge Freiheit, Nr. 39 vom 23. September 2005, elektronisch unter: jf-archiv.de/archiv05/20053909236/htm (gelesen am 18. April 2011).

²² So wendete sich die Firma gegen die Behauptung der taz, nach der die Kleidung von Neonazis hergestellt werde, vgl. Thor Steinar News Portal, Berichtigung, undatiert, www.thorsteinar.net/pages/gegendarstellungen/taz-nr.1.php (gelesen am 29. April 2008); As, T-Hemden aus rechter Hand, in: Die Tages-

Wenngleich „Thor Steinar“ juristisch erfolgreich war, erhielt sie eine negative Bekanntheit durch Presseberichte oder Aussagen der bayerischen und brandenburgischen Landesbehörden für Verfassungsschutz, die auf die Beliebtheit der Marke bei Rechtsextremisten hinwiesen.²³ Schädlich waren auch öffentliche Positionierungen bekannter Einrichtungen, wie etwa der Fußball-Bundesligisten „Werder Bremen“²⁴ und „Borussia Dortmund“²⁵, die das Tragen der Kleidung auf ihren Geländen untersagten. Dem Ruf der Marke schadete außerdem die Klage des Staates Norwegen, der die Nutzung seiner Flagge untersagen wollte.²⁶ Hinderlich war darüber hinaus das Satire-Projekt „Storch Heinar“ eines SPD-Landespolitikers aus Mecklenburg-Vorpommern. Es parodierte die auf Männlichkeit setzende Modemarke durch Kleidungsstücke mit dem Comic-Bild eines klapprigen, mit Stahlhelm und Hitlerbärtchen versehenen Storches.²⁷

zeitung, 4. Juli 2005, elektronisch unter: www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2005/07/04/a0269&type=98 (gelesen am 2. Mai 2008).

²³ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern/Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, Neonazismus und Rechtsextremistische Gewalt, München 2005, S. 23; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg/Abteilung Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbericht 2007, Potsdam 2008, S. 162.

²⁴ Vgl. Werder Bremen, „Thor Steinar“-Kleidung im Weser-Stadion nicht erwünscht, 24. April 2007, www.werder.de/aktuelles/news/meldung.php?id=10633 (gelesen am 13. April 2008).

²⁵ Vgl. Borussia Dortmund, Stadionordnung, § 6 Verbote, www.bvb.de/?%98Z%1B%E7%F4%9D (gelesen am 13. April 2007).

²⁶ Vgl. Johannes Radke, Norwegen klagt gegen Thor Steinar, in: Der Tagesspiegel, 15. Februar 2008, S. 5, elektronisch unter: www.tagesspiegel.de/politik/norwegen-klagt-gegen-thor-steinar/1166392.html (gelesen am 6. Juni 2011). Eine endgültige gerichtliche Entscheidung war bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes nicht bekannt.

²⁷ Vgl. Mathias Brodkorb, In eigener Sache: Thor Steinar verklagt Storch Heinar, 21. Juli 2010, www.endstation-rechts.de (gelesen am 22. Juli 2010). Diese Projekt schadete der MediaTex GmbH offenbar so sehr, dass sie einen Markenrechtsprozess führte, den sie allerdings im Oktober 2010 vor dem Landgericht Nürnberg verlor, vgl. AFP, Storch Heinar gewinnt Prozess, Die Tageszeitung, 11. August 2010, elektronisch unter: taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/storch-gewinnt-prozess-gegen-rechts/ (gelesen am 3. Juni 2011).

Darüber hinaus wirkten „Thor Steinar“-Gegner unter anderem durch Demonstrationen auf Vermieter von Ladenlokalen ein, was eine Ausbreitung von Verkaufsstätten erheblich behinderte.²⁸ Doch es blieb nicht bei einer andauernden Öffentlichkeitsarbeit²⁹ und Demonstrationen, denn Linksextremisten verübten mehrfach Gewalttaten. Wiederholt bedrohten sie sowohl Rechtsextremisten als auch nicht extremistisch eingestellte Personen, die entsprechende Kleidungsstücke in der Öffentlichkeit trugen, oder griffen sie sogar körperlich an.³⁰ Das solchen Handlungen innewohnende Eskalationspotential zeigte sich im Juli 2007 in Berlin-Friedrichshain, als Presseangaben zufolge eine aus rund zehn Personen bestehende Gruppe vor einer Diskothek zunächst vier Rechtsextremisten bemerkte, von denen einer eine „Thor Steinar“-Jacke trug. Dies führte zunächst zu einem Angriff auf die Rechtsextremisten, die im Anschluss an eine erste Schlägerei einen ihrer Gegner niederschlugen und mit Tritten gegen dessen Schädel lebensgefährlich verletzten.³¹ Linksextremisten verübten zudem eine große Zahl an Sachbeschädigungen. So prägten die sichtbaren Folgen von Farbbeutelattaken und Steinwürfen das äußere Erscheinungsbild verschiedener „Thor Steinar“-Ladenlokale,³² aber auch von firmenfrem-

²⁸ Vgl. Julia Walker, Ladenschluss bei Thor Steinar, in: Die Tageszeitung, 2. Juli 2008, S. 7.

²⁹ Vgl. Rainer Brahm, Rechts und trendy, in: Lotta, Nr. 30/Frühjahr 2008, S. 33 f.

³⁰ Vgl. Ck, Prügel wegen „Thor Steinar“-Jacke, in: Göttinger Tageblatt, 16. April 2010, elektronisch unter: www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Goettingen/Uebersicht/Pruegel-wegen-Thor-Steinar-Jacke, eingesehen am 5. Mai 2010; Bib, Nazi-Jacke: Noch ein Übergriff, in: Göttinger Tageblatt, 19. April 2010, elektronisch unter: www.goettinger-tageblatt.de/Nachrichten/Goettingen/Uebersicht/Nazi-Jacke-Noch-ein-Uebergriff (gelesen am 5. Mai 2010).

³¹ Vgl. Frank Jansen, Neonazi-Attacke: Opfer war vermutlich kein Unbeteiligter, in: Der Tagesspiegel, 14. Juli 2007, elektronisch unter: www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/neonazi-attacke-opfer-war-vermutlich-kein-unbeteiligter/1557818.html (gelesen am 26. Mai 2011). Der genaue Ablauf der Auseinandersetzungen war bis zur Erstellung dieses Textes gerichtlich noch nicht geklärt.

³² Vgl. Eds., Anschlag auf Thor-Steinar-Laden, in: Berliner Zeitung, 19. Februar 2008, S. 16; Stefan Strauss, Erneut flogen Steine gegen Thor Steinar, in: Ber-

den Geschäften, die Produkte der Marke in ihr Sortiment aufgenommen hatten. Während der unmittelbare Verkauf dadurch erheblich behindert wurde, konnten die Kleidungsstücke erfolgreich über das Internet vertrieben werden.

Trotz aller Behinderungen hielt sich die am Amtsgericht Potsdam im Handelregister unter dem Aktenzeichen 16853P eingetragene „MediaTex GmbH“ am Markt.³³ Ihre Geschäfte verliefen derart erfolgreich, dass deren Geschäftsführer Uwe Meusel 2008 den Bau einer Villa in Königs Wusterhausen angehen konnte. Gegenüber einem Journalisten bestritt er damals jegliche Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene und gab sich rein als Geschäftsmann.³⁴

Im Winter 2008/2009 kam es zu einer ebenso überraschenden wie einschneidenden Änderung, denn ein ausländischer Investor kaufte die Firma auf. Die Presse meldete die Übernahme der „MediaTex GmbH“ durch die in Dubai angesiedelte, von einem Faisal al Zarooni geleitete „International Brands General Trading“ (IBGT) sowie die Einsetzung eines Mohammed M. Aweidah als Geschäftsführer.³⁵ Das Engagement der arabischen Firma deutete einerseits auf den wirtschaftlichen Erfolg des brandenburgischen Unternehmens, führte aber bei seinen rechtsextremistischen Kunden zu heftigen Reaktionen. Diese lehnten den Investor aus rassistischen Gründen ab, warfen der bisherigen Leitung Geldgier vor, sahen in deren kaufmännischen Handeln Verrat und dis-

liner Zeitung, 17. März 2008, S. 21; Philipp Oehmke, „Kauft nicht bei Nazis“, in: Der Spiegel, Nr. 13 vom 22. März 2008, S. 182.

³³ Vgl. Thor Steinar, News Portal (FN 14).

³⁴ Vgl. Frank Pawlowski, Thor-Steinar-Modemacher baut sich ein Haus und wehrt sich gegen Gerüchte über NPD-Heim, in: Märkische Allgemeine, 10. Juli 2008, elektronisch unter: www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11246615//62129/ (gelesen am 22. Juli 2010).

³⁵ Vgl. Johann Osel, Eigen-Thor für Mohammed, in: Süddeutsche Zeitung, 20. März 2009, elektronisch unter: www.sueddeutsche.de/politik/2.200/szene-label-thor-steinar-eigen-thor-fuer-mohammed-1.403877 (gelesen am 15. März 2011); ohne Autorennennung, Arabischer Investor kauft Thor Steinar, in: Berliner Morgenpost, 24. März 2009, elektronisch unter: www.morgenpost.de/berlin/article/1058671/Arabischer_Investor_kauft_Thor_Steinar.html (gelesen am 20. März 2009).

kutierten einen Boykott.³⁶ In der Folgezeit gaben verschiedene Kataloge zunächst die arabischen Namen M. M. Aweidah³⁷ beziehungsweise F. Zaroni (sic!)³⁸ als Geschäftsführer an. In der zweiten Hälfte 2010 wurde schließlich ein H. Waespe als Geschäftsführer der nun unter einer Adresse im westlich von Königs Wusterhausen gelegenen Mittenwalde auftretenden Firma genannt.³⁹

Nach rund einem Jahrzehnt ihrer Existenz war „Thor Steinar“ eine umstrittene, jedoch wirtschaftlich erfolgreiche Marke. Allerdings blieb dieser Erfolg regional begrenzt auf das Gebiet der östlichen Bundesländer. Dies belegen sowohl die Verteilung der Ladenlokale als auch der Versandkunden. So existierten im Jahr 2008 Geschäfte in Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden.⁴⁰ Ein Jahr später bestanden acht Geschäfte, wovon sich lediglich zwei in Großstädten der westlichen Bundesländer befanden.⁴¹ Bis 2011 stieg zwar die Zahl der Standorte in den östlichen Bundesländern auf neun, doch es hielt sich lediglich in Essen ein einziges westlich gelegenes Geschäft.⁴² Diese regionale Verteilung bestätigte die von Hackern geknackte und Ende 2009 verbreitete Kundendatei des Internetversands von „Thor Steinar“.⁴³ Die

³⁶ Vgl. Ohne Autor, Soll „Thor Steinar“ boykottiert werden? (26. Mai 2009), http://de.altermedia.info/general/soll-thor-steinar-boykottiert-werden-260509_28965.html, (gelesen am 21. Juli 2010), Ohne Autor, Staatsanwaltschaft eingeschaltet - Aktuelle Daten von Geschäftskunden sind nicht betroffen. Kommentare, 5. Januar 2010, http://de.altermedia.info/general/nach-ccc-hackerangriff-das-sagt-thor-steinar-05-01-10_39029.html (gelesen am 21. Juli 2010).

³⁷ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 119.

³⁸ Vgl. ders., Katalog für Wintersportbekleidung, undatiert, verbreitet im Winter 2009/2010, S. 35.

³⁹ Vgl. Thor Steinar, Online Shop, Impressum, www.thorsteinar.de/IMPRESSUM:_:4.html (gelesen am 29. Dezember 2010).

⁴⁰ Vgl. Thor Steinar Online Shop, Alle Läden geöffnet, undatiert, www.thorsteinar.de (gelesen am 8. März 2008).

⁴¹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 115.

⁴² Vgl. Thor Steinar, Läden, undatiert, www.thorsteinar.de/LAEDEN:_:13.html (gelesen am 15. März 2011).

⁴³ Vgl. Luise Strothmann, Hacker outen Thor-Steinar-Fans, in: Die Tageszeitung, 2. Januar 2010, elektronisch unter: www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/hacker-outen-thor-steinar-fans, eingesehen am 6. Januar 2010. Da-

Veröffentlichung schadete der Firma nicht nur durch eine Verunsicherung unter ihren Onlinebestellern, sondern zeigte anhand der Auswertung der Postleitzahlen der Besteller in Relation zur Einwohnerzahl ihrer Wohngegenden eine weit überwiegende Konzentration in den östlichen Bundesländern.⁴⁴

3. Produktanalyse

Da weder die „MediaTex GmbH“ noch deren Verantwortliche organisatorisch in die rechtsextremistische Szene eingebunden waren oder sind und keine einschlägige Propaganda verbreiteten, ist die Bedeutung von „Thor Steinar“ für rechtsextremistische Kunden anhand der Produktpalette zu untersuchen.⁴⁵ Sie umfasst ein breites Angebot aus qualitativ hochwertigen Jacken, T-Shirts, Polos, Sweatshirts, Hemden und Hosen mit einer sportlichen Note. Die Produktpalette richtet sich, trotz eines zunehmenden Angebots für Frauen und einer kleinen Kinderkollektion, an eine vorwiegend männliche Kundschaft. Das Kernsegment bildet „Streetwear“, wengleich Thor Steinar vor allem seit dem Engagement des arabischen Investors ein Wintersport- sowie ein Outdoorsegment aufgebaut hat. Eine Verbindung zwischen der eigentlich gegensätzlichen urbanen Kleidung und der für den Aufenthalt in der Natur bestimmten Kleidung bilden Textilien mit am Militär ange-

nach gingen bei der Marke elektronische Bestellungen über 459.546 € im Jahr 2006, 1.807.215 € im Jahr 2007 und 1.265.397 € im Jahr 2008 ein.

⁴⁴ Vgl. Ohne Autor, Thor Steinar Hack, elektronisch veröffentlicht unter: http://events.ccc.de/congress/2009/wiki/Hacked/thorsteinar.de_deleted, 30. Dezember 2009 (gelesen am 8. Januar 2010).

⁴⁵ Eine informative Analyse der bis zu Frühjahr 2008 angebotenen Produkte enthält: Recherchegruppe Investigate Thor Steinar/A. Schmidt (V.i.S.d.P.), Die kritische Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke, Berlin 2008. Die Verfasser beschäftigten sich detailliert mit der Kollektion (vgl. S. 12-30), arbeiteten den Einsatz von Doppeldeutigkeiten heraus (vgl. S. 7) und belegten ihre Ausführungen mit einem Fußnotenapparat. Gleichwohl blieben die Angehörigen der „Recherchegruppe“ anonym, gingen nicht auf die gegen „Thor Steinar“-Läden und deren Kunden verübten Straftaten ein und argumentierten teilweise undifferenziert. So behaupteten sie verallgemeinernd, dass sämtliche Kunden „wissentlich oder unwissentlich eine totalitäre, rassistische und menschenverachtende Ideologie“ unterstützen (vgl. S. 35). Diese Merkmale deuten auf eine Herkunft der Schrift aus der „antifaschistischen“ Szene.

lehnter Farbgebung in khaki oder mattgrün, beziehungsweise im Tarnfleckmuster.⁴⁶ Die gesamte Kollektion entspricht dem allgemeinen Modetrend für junge Männer und ist damit markttauglich. Gleichzeitig bieten insbesondere ihre bequem geschnittenen Hosen entsprechend eingestellten Kunden den Vorteil, dass sie deren Bewegungsfreiheit bei überhüfthohen Tritten in Straßen- bzw. Stadionkämpfen nicht behindern.

Der Stil von „Thor Steinar“ richtet sich an eine junge, männliche und körperlich aktive Käuferschaft, wodurch sich nicht automatisch ein Bezug zu einer rechtsextremistisch geneigten oder eingestellten Kundenschaft ergibt. Gleichwohl war und ist die thematische Gestaltung eines Teils der Textilien geeignet, die Aufmerksamkeit rechtsextremistisch geneigter oder eingestellter Personen zu erregen. Welche Ausmaße diese Gestaltung hat, zeigt sich an vier wiederholt angesprochenen und für Rechtsextremisten interessanten Themen. Es sind: Germanien, Gewalt, Militarismus und „Drittes Reich“.

3.1 Germanien

Eine Beschäftigung mit der germanischen Geschichte und der germanischen Mythologie allein belegt an sich keinen rechtsextremistischen Hintergrund. Jedoch missbrauchten die Nationalsozialisten das Erbe der germanischen Vorfahren, um eine vermeintliche Rechtfertigung für ihre rassistische Ideologie und ihre kriegerische Machtentfaltung zu erhalten. Daran anknüpfend sehen gegenwärtige Rechtsextremisten in der Welt der Germanen einen Gegenentwurf zum von ihnen bekämpften demokratischen Verfassungsstaat mit seiner friedlichen, internationalen Ausrichtung und seiner Grundauffassung von der Gleichwertigkeit aller Menschen. Sie begrüßen zudem, dass der Kampf ein zentrales Element der germanischen Mythologie war. Ihre Bewunderung für den mit einem Speer bewaffneten Göttervater Odin (Wotan) gründet sich vor allem auf dessen Funktion als „Lenker der Schlachten“, wie es in einem gleichnamigen Lied der einst einfluss-

⁴⁶ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 6, 39; Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 70 f., 76, 79-82.

reichsten rechtsextremistischen Musikgruppe „Landser“ heißt.⁴⁷ Daneben verehren sie den mit einem Hammer bewaffneten Gott Thor als nahezu unbezwingbaren Krieger und als Vorbild für ihre eigene kämpferische Haltung.

Die den Namen des germanischen Gottes führende Marke „Thor Steinar“ bedruckte derart häufig Produkte mit germanischen Motiven, dass dies ein sie charakterisierender Aspekt wurde.⁴⁸ Dazu gehörten Textilien, die Runen zeigten⁴⁹ oder den Ragnarök genannten Untergang der Welt in einem vernichtenden Endkampf⁵⁰ und den Göttersitz Asgard thematisierten.⁵¹ Mehrfach fanden sich auf Textilien oder Postern⁵² die Abbilder der Götter Odin (Wotan)⁵³ und Thor⁵⁴ sowie von Wikingerschiffen.⁵⁵

Gerade an der Verwendung der Wikingerschiffe zeigt sich der doppeldeutige Stil der Bekleidungsmarke. Sie bezog sich dabei weniger auf die Leistungen der Wikinger als Fernhändler, sondern mit Beschriftungen wie „Sturm und Drang“⁵⁶, „raue Gesellen“⁵⁷ oder „Viking In-

⁴⁷ Vgl. Landser, Ran an den Feind (CD), Lenker der Schlachten, o. O. und o. J. (Lied 16).

⁴⁸ Eine Analyse entsprechender Produkte aus dem Zeitraum Herbst 2006 bis Sommer 2007 lieferte: Investigate Thor Steinar (FN 45), S. 12-18.

⁴⁹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 29; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 27, 49.

⁵⁰ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 30.

⁵¹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 34; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 41.

⁵² Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 68; ders., Katalog Herbst & Winter 07-08, S. 102; ders., Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 113.

⁵³ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 32; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S.46; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 47, 49; ders. Katalog Herbst/Winter 2010, S. 42.

⁵⁴ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 33; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 55.

⁵⁵ Vgl. Thor Steinar, Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 31; ders. Katalog Herbst & Winter 2008, S. 49; ders. Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 28, 30.

⁵⁶ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 44.

⁵⁷ Vgl. Thor Steinar, Katalog Herbst & Winter 07-08, S. 45.

vasion“⁵⁸ auf deren einst gefürchtete Kriegszüge. Auch in diesem Fall haben die mittelalterlichen Skandinavier nichts mit dem Rechtsextremismus der Neuzeit gemein. Andererseits war das Wikingerschiff bereits im „Dritten Reich“ und im früheren deutschen Rechtsextremismus ein geschätztes Motiv. So verwendete der „Nordland Verlag“, der SS-Propagandawerke als Schwerpunkt seines Programms hatte, das Motiv eines derartigen Schiffs als Firmenzeichen, und die von den 1950er Jahren bis Mitte der 1990er Jahre aktive „Wiking-Jugend“ (WJ) griff das Motiv auf, indem sie es auf ihren Zeitschriften zeigte.⁵⁹ Innerhalb des aktuellen Rechtsextremismus setzt der bundesweit bekannte Neonazi Thorsten Heise das Motiv ein, indem er es für seine gleich dem historischen Vorbild „Nordland Verlag“ benannte Publikationsstätte nutzt.⁶⁰

Mit den germanischen Motiven sprach und spricht „Thor Steinar“, ohne eine politische Aussage zu verbreiten, zugleich Personen mit einem generellen Interesse an der germanischen Geschichte als auch „raue Gesellen“ ohne extremistischen Hintergrund und Rechtsextremisten an. Die Marke wurde dadurch nicht nur für eine allgemeine Kundschaft interessant, sondern auch für Personen mit einem aggressiven Habitus oder für am germanischen Erbe orientierte Rechtsextremisten.

3.2 Gewalt

Einige Kleidungsstücke kamen Kunden, denen es um die Zurschaustellung ihrer aggressiven Haltung sowie um körperliche Auseinandersetzungen ging, nicht nur durch einen bewegungsfreundlichen Schnitt entgegen. Sie sprachen Gewalttätigkeiten direkt an, insbesondere Kämpfe unter Fußballhooligans. Das geschah etwa durch die Sweatjacke „Sportskanone“ mit ihrem Rückenaufdruck „3.“. Damit bezog sich „Thor Steinar“ auf die so genannte „Dritte Halbzeit“, eine unter

⁵⁸ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 18, 52, Katalog Herbst/Winter 2010, S. 51.

⁵⁹ Vgl. Wiking-Jugend, Idee und Gestalt, Bad Zwischenahn 1954, Titelblatt, S. 8, 10; ders., Drachenboot. Pimpfenschrift der Wiking-Jugend, Nr.2 /1962, Titelblatt.

⁶⁰ Vgl. A. K. Busch, Blutzeugen. Beiträge zur Praxis des politischen Kampfes in der Weimarer Republik, Fretterode 2008, S. 4 und 565.

Hooligans übliche Bezeichnung für ihre neben den beiden in den Fußballstadien gespielten Halbzeiten ausgetragenen Kämpfe.⁶¹ Diese thematische Gestaltung war keine Einzelercheinung, sondern Teil einer Ausrichtung auf die Szene der Fußballgewalttäter. Der entsprach auch ein mit dem Produktnamen „Halbzeit“ betiteltes T-Shirt, das auf dem Rücken mit „3.“ bedruckt war.⁶² Zum Sortiment gehörte darüber hinaus auch eine Sportjacke mit der Aufschrift „Kontaktfreudig & Erlebnisorientiert“, zwei Begriffe, mit denen sich Hooligans im ersten Fall selbst charakterisieren, im zweiten Fall von der Polizei bezeichnet werden. Ein das Kleidungsstück bewerbender Begleittext beschrieb es als „Trainingsjacke (...) für jeglichen Einsatz bestimmt“.⁶³ In Kombination mit unterhalb der Aufschrift abgedruckten Blutflecken verherrlichte „Thor Steinar“ Fußballgewalt und wandte sich direkt an eine aus Hooligankreisen stammende Kundschaft. Vor diesem Hintergrund überraschte nicht, dass in einem Katalog eine Kapuzenjacke namens „Thaibox“, die eine Kampfszene in einem Boxring sowie den Schriftzug „Furchtlos & Beharrlich“ zeigte, nicht vor dem Hintergrundbild einer Boxhalle, sondern eines Stadions mit Rasenspielfläche beworben wurde.⁶⁴

Eine positive Haltung zur Gewalt zeigte „Thor Steinar“ auch durch Abbildungen gefährlicher Tiere im Angriff. Eine Verbindung dieser Motive mit der Hinwendung zur Fußballgewaltszene erfolgte durch ein T-Shirt, das außer dem Schriftzug „Kontaktfreudig & Erlebnisorientiert“ auch einen Löwen im Sprung zeigte.⁶⁵ Mit dieser Darstellung eines attackierenden Raubtieres betonte der BekleidungsHersteller den aggressiven Charakter des mit dem Schriftzug verbundenen Hooliganismus und verherrlichte diesen. Das Motiv des gefährlichen Tieres als Ausdruck der Grundhaltung bestimmter Träger von „Thor Stei-

⁶¹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 29. Eine Interpretation der Ziffer auf dem Rücken als reine, im Fußballsport für Verteidiger übliche Spielernummer wäre nicht schlüssig, da diese ohne einen Punkt angebracht wird. Die Ziffer mit dem Punkt galt somit nicht dem Spieler Nummer 3, sondern der 3. Halbzeit.

⁶² Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 38.

⁶³ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2008, S. 25.

⁶⁴ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2009, S. 23.

⁶⁵ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 50.

nar“-Produkten fand auch in weiteren Fällen Verwendung. Ein „Wettkampf“ genanntes T-Shirt zeigte zwei mit gesenkten Köpfen aufeinander zugehende Stiere sowie einen in der Mitte liegenden Fußball. Ein begleitender Schriftzug „Survival of the strongest“ verband dabei Aggression und Fußballsport mit sozialdarwinistischen Anklängen.⁶⁶ Die Abbildung animalischer Aggression erfolgte auch losgelöst von der Fußballthematik, indem Produkte schlicht einen die Zähne fletschenden Wolf zeigten.⁶⁷ In allen Fällen ging es nicht um die ornamentale Verwendung von Tierbildern, sondern, da die abgebildeten Tiere beim Einsatz ihrer natürlichen Waffen gezeigt wurden, um den Ausdruck von Gefährlichkeit, Kampfbereitschaft und Gewalt. Kunden konnten mit diesen Textilien eine dementsprechende Einstellung öffentlich präsentieren.

Auch die Verherrlichung von Gewalt begründete an sich keinen rechtsextremistischen Hintergrund, denn sie richtete sich an einen allgemeinen Kundenkreis, der nicht zwangsläufig extremistisch motiviert sein musste. Dennoch sprachen die Textilien nicht nur unpolitische Hooligans und sonstige Randalierer, sondern auch Rechtsextremisten an. Letztere haben in der Regel ein sozialdarwinistisches Weltbild, das den Kampf nicht als einen wenn möglich zu vermeidenden Teil, sondern als eigentlichen Sinn des Lebens begrüßt. Das gilt insbesondere für subkulturell orientierte Rechtsextremisten, für die Gewalt ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und darüber hinaus ein Selbstzweck zum Ausdruck ihrer aggressiven Grundhaltung ist.

3.3 Militär

Den Aspekt Gewalt sprach „Thor Steinar“ zudem durch das Thema Militär an. Auch dabei ergab sich ein rechtsextremistischer Bezug nicht zwangsläufig, da ein entsprechendes Interesse keine extremistische Motivation voraussetzt. Andererseits ist unter Rechtsextremisten ein Militarismus verbreitet, der die Führung von Kriegen ohne eine angemessene Betrachtung des damit verbundenen menschlichen Lei-

⁶⁶ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 35.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 28; Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 46.

des begrüßt und die Streitkräfte des „Dritten Reichs“ verherrlicht.

Die Bekleidungsmarke offerierte Produkte, auf denen moderne Waffen abgebildet waren,⁶⁸ darunter ein Kampfhubschrauber⁶⁹ oder ein von Luftlandedivisionen eingesetztes Transportflugzeug.⁷⁰ Die Abbildungen von Waffen sprachen zwar Kunden mit einer Affinität zum Militär an, waren für sich genommen jedoch keine Verherrlichung des Krieges in einem militaristischen Sinn. Dazu kam es hingegen mehrfach, indem der Einsatz von Waffen durch eine humoristische Darstellung verharmlost wurde. Dies geschah etwa durch ein Sweatshirt mit der Abbildung eines modernen Sturmgewehrs unter der Überschrift „Hausbesuche“⁷¹ oder durch ein T-Shirt mit der Skizze einer Feuerwaffe unter dem Schriftzug „Ultima Ratio“.⁷² In weiteren Fällen erfolgte dies durch ein T-Shirt, welches das aus der Marinefliegerei stammende Symbol eines Adlers mit einem Torpedo in seinen Fängen sowie die Worte „Sektion Wassersport“ zeigte,⁷³ oder eines, auf dem sich die Abbildung einer Bombe sowie die Beschriftung „Bombenstimmung“ befanden.⁷⁴ Die Marke bemühte sich zudem um ein militärisches Image, indem sie Produkte mit der Aufschrift „Division Thor Steinar“ anbot, womit sie eine Selbstbezeichnung wählte, die sie mit einem militärischen Großverband verglich.⁷⁵

Mit diesen Produkten bediente „Thor Steinar“ den Geschmack nicht nur am Militär interessierter, sondern militaristisch eingestellter Kunden. Diese Verherrlichung militärischer Gewalt korrespondierte einerseits mit der generellen Verherrlichung von Gewalt und belegte ebenfalls an sich noch keinen rechtsextremistischen Hintergrund der Marke. Andererseits bediente sie auch bei diesem Aspekt das Interesse von Rechtsextremisten.

⁶⁸ Eine Analyse solcher zwischen Herbst 2006 und Sommer 2007 offerierter Kleidungsstücke befindet sich in: Investigate Thor Steinar (Anm. 45), S. 29 f.

⁶⁹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Herbst & Winter 07-08, S. 21.

⁷⁰ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 17; ders. Katalog Herbst & Winter 2008, S. 46.

⁷¹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 29.

⁷² Vgl. Thor Steinar, Katalog Ostafrika 2011, S. 48.

⁷³ Vgl. Thor Steinar, Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 40.

⁷⁴ Vgl. Thor Steinar, Katalog Ostafrika 2011, S. 46.

⁷⁵ Vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006, S. 6, 39.

3.4 „Drittes Reich“

Rechtsextremisten interessieren sich in der Regel nicht nur für moderne Waffen, sondern speziell für das Militärgerät des „Dritten Reiches“. Aufgrund einer Orientierung am NS-Staat und einer Faszination für dessen Streitkräfte und Waffentechnologie schätzen sie Kleidungsstücke mit entsprechenden Abbildungen. Die „Thor Steinar“-Kataloge bewarben wiederholt derartige Produkte.⁷⁶ Darunter war Oberbekleidung mit dem Bild des in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs eingesetzten, aufgrund seiner technischen Fortschrittlichkeit legendären Düsenjägers „Messerschmitt Me 262“ und dem Untertitel „Flugschule“.⁷⁷ In einem weiteren Fall wurde ein T-Shirt mit dem Abbild eines U-Bootes, offenbar dem von der Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg eingesetzten Typ VII C, und dem Schriftzug „Sektion Wassersport“ angeboten.⁷⁸ Wenngleich in diesen Fällen eindeutige politische Aussagen unterblieben, sprach die Marke Kunden aus der rechtsextremistischen Szene an, welche die Streitkräfte des „Dritten Reiches“ verherrlichen. Da deren Ausrichtung allgemein bekannt ist, kann angenommen werden, dass „Thor Steinar“ deren Interesse nicht zufällig erregte, sondern ihnen ein Angebot machte.

Dabei vermied die Marke direkte Bezüge auf den nationalsozialistischen Staat. Sie bezog sich jedoch unter Nutzung von Doppeldeutigkeiten auf dessen militärische Handlungen und thematisierte damalige zivile Neuerungen. So verbreitete „Thor Steinar“ ein mit der Aufschrift „Wüstenfuchs“ versehenes T-Shirt, das den Umriss Afrikas zeigte, über dessen nördlichen Teil das Abbild besagten Tieres prangte.⁷⁹ Damit hatte sich die Marke auf den ersten Blick lediglich mit der Fauna des Kontinents beschäftigt. Dennoch gab es einen indirekten Bezug auf den General Erwin Rommel, der 1941-43 mit dem Afrika-

⁷⁶ Eine Analyse derartiger von Herbst 2006 bis Sommer 2007 angebotener Textilien enthielt: Investigate Thor Steinar (Anm. 45), S. 19-23.

⁷⁷ Vgl. Thor Steinar, Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 36; ders., Katalog Herbst & Winter 07-08, S. 20.

⁷⁸ Vgl. Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 46. Zum U-Boot: Fritz Köhl/Axel Niestlé, Vom Original zum Modell: Uboottyp VII C. Eine Bild- und Plandokumentation Bonn 1997.

⁷⁹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 32; ders. Katalog Herbst & Winter 2008, S. 47.

Korps einen Feldzug in Nordafrika auf eine Weise geführt hatte, welche ihm bei seinen alliierten Gegnern die Bezeichnung „Wüstenfuchs“ einbrachte. Mit dieser Zweideutigkeit konnten insbesondere Rechts-Extremisten ihre Verehrung für den populärsten General der Wehrmacht und die von ihm geführten Einheiten ausdrücken, ohne dem Vorwurf einer Verherrlichung der nationalsozialistischen Kriegsführung begegnen zu müssen.

Der Einsatz von Doppeldeutigkeiten erfolgte auch anhand eines T-Shirts mit der Aufschrift „Flugsafari“ und den Namen dreier afrikanischer Nationalparks.⁸⁰ Auch bei dieser Textilie gab es zunächst keinen Bezug zum „Dritten Reich“. Ein solcher bestand dann aber doch in der Abbildung einer Skizze des für die Safari eingesetzten Flugzeugs. Es war eine „Junkers Ju 52“, der Flugzeugtyp, der einerseits den zivilen Luftverkehrsmarkt der 1930er Jahre prägte, andererseits auch das Rückgrat des Transportwesens der Luftwaffe des Zweiten Weltkrieges, als auch des Afrika-Korps, bildete. Wie beim „Wüstenfuchs“-T-Shirt lag eine Zweideutigkeit vor, die von Rechtsextremisten auch als solche verstanden worden sein dürfte.

Eine Doppeldeutigkeit lag auch bei einem T-Shirt vor, auf dem die Aufschrift „Rio de Janeiro“, die Zahl „36“ und ein Zeppelin vor der Kulisse des Zuckerhuts prangten.⁸¹ Es thematisierte die in den 1930er Jahren weltweit bewunderten Leistungen der deutschen Luftschiffahrt, die Deutschland bis zur Explosion der „Hindenburg“ 1937 mit Zielen in Nord- und Südamerika verband. Die Doppeldeutigkeit ergab sich dadurch, dass das „Dritte Reich“ diese zivile Leistung zu propagandistischen Zwecken einsetzte, um eine vermeintliche Überlegenheit des Nationalsozialismus zu belegen. Auch in diesem Fall hätte „Thor Steinar“ Rechtsextremismus-Vorwürfen mit dem berechtigten Hinweis begegnen können, keinerlei politische Agitation getätigt zu haben. Andererseits hat die Marke die Aufmerksamkeit rechtsextremistischer Kunden geweckt, deren Interesse - wie bei der „Junkers Ju 52“ - weniger auf den Leistungen der zivilen Luftfahrt, als auf deren Repräsentationswert für das „Dritte Reich“ liegen.

⁸⁰ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 33, 47, ders. Katalog Herbst & Winter 2008, S. 47.

⁸¹ Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühling & Sommer 2008, S. 31.

Die Aufmerksamkeit rechtsextremistischer Kunden dürften zudem eine Kapuzenjacke und ein T-Shirt erregt haben, die an die Ornamentik des „Dritten Reiches“ anknüpften. Sie zeigten die beiden Buchstaben „TS“ flankiert von zwei Vogelflügen. Diese ähnelten im Design den Schwingen des vom NS-Staat als Wappentier genutzten Adlers.⁸² Somit setzte die Bekleidungsmarke im Zusammenhang mit dem Thema „Drittes Reich“ wiederholt Doppeldeutigkeiten ein, mit der sie das Interesse von Rechtsextremisten erregte.

4. Bewertung

„Thor Steinar“ gab und gibt sich als einfacher Modehersteller und bestreitet einen rechtsextremistischen Hintergrund.⁸³ Auch wenn Kritiker den in der Gründungszeit verantwortlichen Personen einen solchen Hintergrund vorwarfen, wurden keine schlüssigen Belege für ein über vereinzelte Kontakte hinausgehendes Engagement bekannt. Indessen entstand die Marke in Brandenburg zu einer Zeit, als die Grenzen zwischen einer vormals strukturierten rechtsextremistischen Szene und verschiedenen Jugend- und Jungerwachsenengruppen durchlässig waren. Somit konnten zur Gründungszeit der Marke Personen oder Organisationen in die rechtsextremistische Szene hineinwirken, ohne in sie eingebunden zu sein.

„Thor Steinar“ tat genau dies durch den Vertrieb von Produkten, die für Rechtsextremisten interessant waren. Diese wirkten nicht durch eindeutige Aussagen, sondern durch Doppeldeutigkeiten. Mittels des wiederholten Einsatzes dieser Methode in den drei Themengebieten Germanien, Gewalt und Militär sprach die Marke unauffällige Kunden, Hooligans, aber auch Rechtsextremisten an. Das besondere Interesse der zuletzt genannten Kunden weckte die Marke durch das Themengebiet „Drittes Reich“. Sie bot Textilien mit Abbildungen von Waffen seiner Streitkräfte und mit weiteren Anspielungen an, was auf eine bewusste Adressierung dieser Käuferschaft deutet. Dass diese erfolgreich war, zeigte sich auf zahlreichen Demonstrationen der rechtsextremistischen Szene, bei denen aufmerksame Beobachter Marschierende mit „Thor Steinar“-Kleidung feststellen konnten. Sie war für

⁸² Vgl. Thor Steinar, Katalog Frühjahr & Sommer 2010, S. 14, 48.

⁸³ Vgl. Pawlowski (Anm. 34).

Rechtsextremisten modischer Ausdruck ihrer politischen Einstellung. Das manifestierte sich auch durch die Aussage eines rechtsextremistischen Leipziger Fußballfans. Er bekannte sich als Rassist, bejahte die Frage nach einer durch seinen „Thor Steinar“-Pullover vermittelten Botschaft und gab dazu an, dass er das Kleidungsstück trug, „weil doch jeder weiß, was damit gemeint ist, und es nicht verboten (ist).“⁸⁴ Damit verwies er auf einen weiteren Grund, der die Marke für Rechtsextremisten interessant machte. Sie konnten sich damit präsentieren, ohne sich strafbar zu machen. Hier ist zu beachten, dass die dafür geeigneten Produkte nur einen kleinen Teil des gesamten Sortiments ausmachten, das weit überwiegend keine Anknüpfungspunkte für Rechtsextremisten bot. Gleichwohl hatten gerade diese Produkte einen starken Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung der Bekleidungsline, die direkt Gewalt, Militarismus und nordische Mythologie und sowie indirekt das „Dritte Reich“ thematisierte.

Dem durch den rechtsextremistischen Teil der Kundschaft vor allem in Ostdeutschland geförderten Aufbau der Marke kam zugute, dass sich viele Rechtsextremisten zum Zeitpunkt ihrer Gründung im von Klein- und Mittelstädten geprägten Brandenburg modisch neu orientierten, zunehmend informelle Strukturen schufen und Kontakte zu nicht in die Szene eingebundenen Personen unterhielten. „Thor Steinar“ erwies sich als wirtschaftlich überlebensfähig, trotz Behinderungen, etwa durch die Berichterstattung „antifaschistischer“ Medien oder Gewalttaten von Linksextremisten. Diese steigerten allerdings auch den Bekanntheitsgrad des Bekleidungsherstellers bundesweit und dürften das Interesse von Personen mit unangepassten Haltungen gefördert haben. Zudem wurde die Marke durch ihren sportlich-modischen, aber teilweise auch aggressiven Stil für männliche Kunden interessant, die auf der Straße und in Fußballstadien gewaltbereit auftraten. Im Hinblick auf diese Kundengruppen scheint eine Einschätzung des Publizisten Burkhard Schröder zuzutreffen, der äußerte: „Thor Steinar ist in Sachen Mode, was die Böhsen Onkelz für die Musik sind: ein Ange-

⁸⁴ Vgl. Christoph Ruf/Olaf Sundermeyer, In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München 2009, S. 134.

bot für den rechten Rand, für den ‚White Trash‘ und alle Verlierer mit Trotzhaltung, aber auch für die nur gefühlt bösen Jungs“⁸⁵

Ob der Herstellung von Textilien, die den Bedürfnissen von Rechts-extremisten entgegenkamen, ein rechtsextremistischer Hintergrund der hinter „Thor Steinar“ stehenden Personen zugrunde lag, ist nicht belegbar. Die Produktion könnte sowohl aufgrund einer Nähe zur rechts-extremistischen Szene als auch aus einfacher Lust an der Provokation im Rahmen einer ungeplanten Entwicklung oder lediglich zur erhofften Absatzsteigerung erfolgt sein. Die tatsächliche Motivation ist unklar. Letztendlich wurde „Thor Steinar“ von der rechtsextremistischen Szene angenommen und tat nichts, um dies zu verhindern. Die Marke wuchs auf dieser Basis, und sie tat es trotz erheblicher Behinderungen durch gegnerische Publikationen, linksextremistische Straftaten, behördliche Positionierungen oder Strafverfahren. Der dann entscheidende Einschnitt erfolgte im Winter 2008/2009 durch das Engagement des arabischen Investors. Aufgrund der rassistischen Einstellungen bisheriger Kunden aus der rechtsextremistischen Szene und weniger provokanter Kollektionen des auf Erträge zielenden neuen Eigentümers sank die Bedeutung der Marke „Thor Steinar“ für den Rechtsextremismus erheblich.

Andererseits hat „Thor Steinar“ eine bleibende Wirkung erzeugt. Sie zeigt sich daran, dass es mittlerweile mehrere Nachahmer gibt, welche die Bedürfnisse der rechtsextremistischen Szene bedienen. Diese kopieren den nordisch-germanischen Stil und bieten eigene Kleidungsstücke an. Darunter befindet sich der zur NPD gehörende „DS-Versand“, der sich etwa mit seinem Pullover „Narvik“ auf die norwegische Hafenstadt bezieht und dadurch bei seiner Stammkundschaft Assoziationen zur Einnahme dieser Stadt durch Wehrmachtsverbände im Jahr 1940 wecken dürfte.⁸⁶ Mehr als nur einzelne Produkte verkauft der bundesweit bekannte Neonazi Thorsten Heise. Er offeriert im Internet Textilien seines Vertriebes „Division Nordland“, den er auch als „Viking trade company“ vorstellt. Die Angebotspalette um-

⁸⁵ Burkhard Schröder, Blümchenshorts des Bösen, in: Die Tageszeitung vom 2. Mai 2008, elektronisch unter: www.taz.de/1/debatte/kommentar/artikel/1/bluemchenshorts-des-boesen/ (gelesen am 26. April 2011).

⁸⁶ Vgl. DS-Versand, Pullover Narvik, www.ds-versand.de/product_info.php?info=4445_Pullover-Narvik.html, eingesehen am 13. Januar 2009.

fasst dabei sowohl eigene Erzeugnisse als auch Produkte von „Erik & Sons“, eines weiteren Nachahmers.⁸⁷ Dieser vom früheren „Thor Steinar“-Mitarbeiter Udo Siegmund⁸⁸ geführte, wie sein Vorbild ebenfalls in Königs Wusterhausen angesiedelte Anbieter⁸⁹ bezeichnet sich als „Viking Brand“ und vertreibt eine komplette eigene Modelinie, deren Produkte denen „Thor Steinars“ ähneln, wie etwa ein T-Shirt mit dem Bild Odins.⁹⁰ Auffallend ist bei den Nachahmern, dass sie bei Bezügen zum „Dritten Reich“ direkter und damit provokanter sind als ihr Vorbild. So bietet auch „Erik & Sons“ ein T-Shirt mit dem Bild des im Zweiten Weltkrieg eingesetzten U-Boot-Typs VII C an, das nicht mit dem Aufdruck „Sektion Wassersport“, sondern mit dem Namen der die britische Schlachtflotte beherbergenden Bucht „Scapa Flow“ versehen ist und sich damit direkt auf die Versenkung des Schlachtschiffs „Royal Oak“ durch ein deutsches U-Boot im Oktober 1939 bezieht.⁹¹ Die gleiche Kombination aus Nachahmung und mit für Rechtsextremisten interessanteren Provokationen verwenden zudem die zwei Bekleidungshersteller „Max H8“ und „Ansgar Aryan“. Ihre Sortimente stellen nicht nur Bezüge zur germanischen Mythologie her⁹² und enthalten sich auf Hooliganismus beziehende T-Shirts mit dem Rückenaufdruck „3.“,⁹³ sondern auch Textilien mit dem Abbild der im „Dritten Reich“ entwickelten Rakete „V2/A4“,⁹⁴ des von Rassisten missbrauchten Keltenkreuzes⁹⁵ oder der Aufschrift „Aryan Resistance“.⁹⁶

⁸⁷ Vgl. Division Nordland, Impressum, <http://division-nordland.com/impressum.html>, eingesehen am 12. November 2009.

⁸⁸ Vgl. Nowak (Anm. 15). Nowak berief sich bei seinen Aussagen zu Siegmund auf Rechercheergebnisse des Antifaschistischen Infoblatts und des mit der Aufklärung rechtsextremistischer Aktivitäten beschäftigten schwedischen Magazins Expo.

⁸⁹ Vgl. Erik & Sons, Impressum, www.erik-and-sons.de/index.asp?sid=&1=DE&kat=&show=site&site=1&sz=, eingesehen am 17. März 2011.

⁹⁰ Vgl. Erik & Sons, Katalog, undatiert (Klappentext zur Naudhiz-Rune), S. 25.

⁹¹ Vgl. ebenda, S. 5. Zum Vergleich dazu das Thor Steinar-Produkt unter Anm. 78.

⁹² Vgl. Max H8, Katalog Frühjahr/Sommer 2008, S. 6; Ansgar Aryan, Katalog Kollektion Frühjahr/Sommer 09, S. 5.

⁹³ Vgl. Max H8 (Anm. 92), S. 2. Zum Vergleich dazu das Thor Steinar-Produkt unter Anm. 62.

⁹⁴ Vgl. Max H8 (Anm. 92), S. 3.

⁹⁵ Vgl. Ansgar Aryan (Anm. 92), S. 13.

Auch wenn sich die Bedeutung von „Thor Steinar“ für die rechtsextremistische Szene stark verringert hat, prägte die Marke das Erscheinungsbild von Teilen der Szene und hat ihr dadurch ein modisches Vermächtnis hinterlassen. Der brandenburgische Verfassungsschutz vertrat die Auffassung, ihr Sortiment diene als „identitätsstiftendes Erkennungszeichen unter Rechtsextremisten“.⁹⁷ Diese Einschätzung mag vielleicht etwas zu weit greifen, da „Thor Steinar“ mit seinen Doppeldeutigkeiten und Andeutungen nicht auf etwas so tief sitzendes wie eine politische Identität eingewirkt hat. Dennoch verschaffte der BekleidungsHersteller Rechtsextremisten die Möglichkeit, ihre Einstellung im öffentlichen Raum durch Kleidung sichtbar zu machen, ohne sich dadurch automatisch zu einer entsprechenden Haltung bekennen zu müssen. „Thor Steinar“ war und ist weder eine rechte extremistische Marke noch eine rechtsextremistisch eingebundene Marke, aber eine Marke, die sich für Rechtsextremisten interessant gemacht hat. Sie prägte das modische Erscheinungsbild einer im Umbruch begriffenen Szene nachhaltig und war dadurch stilbildend.

5. Schlusswort und Zusammenfassung

„Thor Steinar“ hat der rechtsextremistischen Szene einen Weg aus einem modischen Dilemma gezeigt. Deren subkultureller Teil hatte sich einst eines aus dem westlichen Ausland stammenden und somit eines deutschen Nationalisten fremden Kleidungsstils bedient. Die ihn prägenden Hersteller wie „Lonsdale“, „Ben Sherman“ oder „Fred Perry“ waren aber nicht nur unpolitisch, sondern standen eigentlich im Widerspruch zum Rechtsextremismus mit seinen rassistischen und das „Dritte Reich“ beschönigenden Grundauffassungen. Im Vergleich zu den innerhalb der rechtsextremistischen Szene gegründeten Marken wie „Masterrace“ oder „Consdaple“, welche die politische Ausrichtung ihrer Träger deutlich zeigten und dadurch leicht zu gesellschaftlichen Ausgrenzungen führten, konnten Rechtsextremisten mit einigen Erzeugnissen der in der Heimat entstandenen Marke „Thor Steinar“ provozieren, ohne im öffentlichen Raum zu stark aufzufallen.

⁹⁶ Vgl. ebenda, S. 9.

⁹⁷ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Anm. 23).

Dem wirtschaftlichen Aufstieg folgte das ebenso überraschende wie einschneidende Engagement des arabischen Investors. Dieser scheint „Thor Steinar“ zu einer gewöhnlichen, wenngleich leicht provozierenden Marke zu entwickeln.⁹⁸ Dabei steht er allerdings vor dem Problem, dass sie weiterhin den Umsatz schädigenden Ruf eines zumindest dem Rechtsextremismus nahe stehenden Herstellers haben wird, gleichzeitig aber einen großen Teil des Interesses rechtsextremistischer Altkunden eingebüßt hat.

⁹⁸ So hat die neue Geschäftsleitung Provokationen im Zusammenhang mit dem „Dritten Reich“ und dessen Waffentechnologie zurückgefahren. Stattdessen scheint sie moderater provozieren zu wollen, indem Motive mit Bezügen zur deutschen Kolonialherrschaft in Afrika eingesetzt werden. Thor Steinar hatte bereits in der Vergangenheit in seinen Sommerkatalogen die imperialistische Herrschaft über Deutsch-Ostafrika (Tansania) und Deutsch-Südwestafrika (Namibia) thematisiert, vgl. Thor Steinar, Katalog Expedition Heia Safari, Frühjahr/Sommer 2006; ders., Katalog Outlet, undatiert (wohl 2007), S. 41; ders. Katalog Frühjahr und Sommer 2010, S. 71. Im Sommer 2011 veröffentlichte die neue Geschäftsleitung ihren Katalog jedoch unter dem Motto „Thor Steinar in Ostafrika“ mit augenscheinlich dort aufgenommenen Werbefotografien von Textilien mit Bezügen zur Kolonialzeit, vgl. Thor Steinar, Katalog Ostafrika 2011, S. 2, 24 f., 26, 66.